Nr. 217. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das rote Parlament.

Chemnitz, 15. September.

Grau und unfreundlich hängt der Himmel über Stadt und Land. Unter stetigem Regenschauer halten die Delegierten des Proletariats ihren Einzug in die Industriemetropole des Erzgebirges mit ihren zahllosen Fabrikschornsteinen, mit ihren Straßenzügen, die sich bald krumm und eng, bald kilometerweit langgestreckt hinziehen wie die Fäden eines gigantischen steinernen Spinngewebes. Gleich beim ersten Anblick zeigt Chemnitz den reinen Typus eines Stadtbildes, wie es nur der hastende und schaffende Industriekapitalismus mit seinen sozialen Begleiterscheinungen schaffen kann. Ein großer Teil der Delegierten konnte gleich beim Eintreffen noch eine andere charakteristische Erscheinung unserer heutigen „gottgewollten" Staats- und Gesellschaftsordnung wahrnehmen. Der Ausgang am Bahnhof wurde ihnen versperrt durch ein aus den Kaisermanövern zurückkehrendes Bataillon, dessen Mannschaften die deutlichen Spuren der Strapazen und Entbehrungen trugen, die eine solche Kräfteprüfung des Militarismus im Gefolge hat. Aber gegenüber dem Kapitalismus und Militarismus wird hier in dieser Woche der Sozialismus seine sieghafte Kraft erweisen in einer Tagung, auf die Freund und Feind in aller Welt mit gespannter Aufmerksamkeit blickt.

Der sozialdemokratische Parteitag vermehrt die Geschichte der Stadt Chemnitz um ein neues bedeutsames historisches Moment. Vor anderthalb Jahrtausenden gründeten schwarzhaarige, rundköpfige Sorben am Chamenizi (Steinbach) eine Siedelung, die heute zu einer fast 400 000 Einwohner zählenden Stadt geworden ist. Das durch deutsche Einwanderung im Mittelalter zur Stadt gewordene Chemnitz hat im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche Klassenkämpfe in seinen Mauern gesehen. In ihm und in seiner Nähe regte sich lange der revolutionäre Trotz des mittelalterlichen ketzerischen Kommunismus. Vor den Toren von Chemnitz kämpften die Bergknappen des Erzgebirges mit Spieß und Morgenstern und kurzer Wehr für ihre Rechte und für ihre Freiheit. Als im Jahre 1848 die Stürme der bürgerlichen Revolution über das Land dahinbrausten, wurde auch die Bevölkerung von Chemnitz mitgerissen. Und als ein Jahr später der sächsische Freiheitskampf in den Dresdner Maitagen mit Hilfe preußischer Bajonette niedergeschlagen wurde, da spielte sich in den Mauern von Chemnitz der letzte Akt dieses historischen Dramas ab: hier wurden die Führer der aus Dresden geflüchteten provisorischen Regierung, Heubner und Bakunin, den konterrevolutionären Gewalten ausgeliefert.

In den Septembertagen des Jahres 1912 weht wieder ein revolutionärer Sturm über die Stadt. Aber er trägt nicht das Getöse von Barrikadenkampf, von Flintenschüssen und Todesschrei über das Land, nein es ist der gewaltige Atem einer geistigen Revolution, wie sie die Welt noch nie gekannt hat, einer Revolution, die Leib und Geist des ganzen arbeitenden Volkes befreien soll. Nach einem Erfolge ohnegleichen auf parlamentarischem Gebiete treten die Abgesandten des deutschen Proletariats unter der Anteilnahme der gesamten Internationale zusammen, um neue Kämpfe und neue Siege vorzubereiten und auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus eine neue Etappe zu schaffen.

Es ist nur eine Begleiterscheinung des Klassenkampfes, potenziert durch philiströse Engherzigkeit, daß der Parteitag nicht im eigentlichen Chemnitz tagen kann, sondern weit außerhalb der Stadtperipherie. Das Kaufmännische Vereinshaus in der Stadt wurde dem Parteitage nicht zur Verfügung gestellt. So mußte denn auch am Sonntagabend der Parteitag weit draußen in Altendorf in der großen Sporthalle eröffnet werden.

Wer den Eröffnungsfeierlichkeiten in Mannheims Nibelungensaal oder in Jenas Volkshaus beigewohnt hat, wird in dieser nüchternen Riesenhalle ein Gefühl der Enttäuschung empfunden haben, aber der Mangel an architektonischer Schönheit wurde hier wettgemacht durch die Wucht einer echt proletarischen Massenversammlung. Denn viele Tausende waren aus der Stadt und aus den erzgebirgischen Wahlkreisen herbeigeströmt, um der feierlichen Eröffnung beizuwohnen. Sind doch diese Kreise Hochburgen der Partei gewesen seit den Tagen, in denen die Arbeiter zum ersten Male die Waffe des Stimmzettels führen konnten. Leider wurden die Tausende enttäuscht, da sie den Genossen Bebel nicht hören konnten, der schon in den sechziger Jahren hier geredet hat. Mit Rücksicht auf seine Gesundheit mußte zu aller Bedauern darauf verzichtet werden, daß die zündenden Worte unseres Vorkämpfers die Ouverture des Kongresses bildeten.

Eröffnet wurde die Vorversammlung durch eine schlichte Begrüßungsrede des Genossen Max Müller-Chemnitz. Er hob besonders hervor, daß das Chemnitzer Proletariat an den Kämpfen und Leiden der deutschen Arbeiterbewegung im vollsten Maße hat Anteil nehmen müssen, daß es aber trotz Sozialistengesetz und Polizei- und Justizaktionen unaufhaltsam vorwärtsgegangen ist, so daß sich heute in Chemnitz über 40 000 Arbeiter zur Arbeiterbewegung bekennen.

Genosse Haase eröffnete darauf als Vertreter des Parteivorstandes den Parteitag. Mit berechtigtem Stolze verwies er auf den Wahlerfolg dieses Jahres, aber auch auf das in der Wehrvorlage zu Tage getretene Rüstungsfieber und die das deutsche Volk aushungernde Teuerung und die Rücksichtslosigkeit der Regierung. Besonderen Eindruck auf die Tausende machte die Verlesung des Telegramms von der Stuttgarter Teuerungsdemonstration. Nach Hinweis auf die Bestrebungen, die auf eine Knebelung der Arbeiter hinauslaufen, nach Hinweis auf Kriegsgefahr und internationale Spannung schloß Genosse Haase seine wirkungsvolle Rede mit dem Wunsche, daß dieser Parteitag dazu beitrage, daß bald aus der Welt verschwinden mögen alle die sozialen Schäden, die Unwissenheit und Ausbeutung hervorbringen.

Daran schloß sich die Erledigung der üblichen geschäftsordnungsmäßigen Formalitäten: Wahl der Kommissionen, des Vorstandes, Verlesung von Begrüßungstelegrammen usw. Als Leiter des Parteitages wurden die Genossen Haase und Noske gewählt. Des weiteren wurde beschlossen, als weitere Punkte die Lebensmittelteuerung und den Bergarbeiterschutz in die Tagesordnung aufzunehmen.

Eingeleitet und geschlossen wurde die Eröffnungsfeier durch Vorträge eines Massenchors von Arbeitersängern, die in der hochgewölbten Halle wirksam zur Geltung kamen.

Erster Tag.

Chemnitz, 16. September.

Heute morgen fanden sich die Delegierten im Wintergarten in Schönau zusammen. In einem freundlichen, wohlausgeschmückten Saale, der leider die Masse der Parteitagsteilnehmer kaum fassen kann, sollen die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parlaments stattfinden. Genosse Haase begrüßt nach Eröffnung die Vertreter der fremden Bruderparteien unter Hinweis auf die engen Bande, die die deutsche Arbeiterschaft mit dem gesamten internationalen Proletariat verbinden. Von diesem internationalen Solidaritätsgefühl waren auch die Grüße durchdrungen, die die Vertreter Schwedens, Englands, Belgiens, Frankreichs, Deutsch-Oesterreichs, Böhmens, Ungarns und Rußlands dem deutschen Parteitage überbrachten.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, nach der mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse die Arbeitszeit des Parteitages auf die Zeit von 9 bis 5 Uhr mit einer einstündigen Frühstückspause festgelegt wird, erhält Genosse Ebert das Wort zum Geschäftsbericht. Unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht konnte Genosse Ebert darum, wie glänzend sich unsere Organisation in dem gewaltigen Wahlkampfe bewährt hat und wie befruchtend wieder der Wahlsieg auf die Bewegung eingewirkt hat. Aber trotz aller Fortschritte und Erfolge darf es hier keinen Stillstand geben, ebensowenig auch auf dem Gebiete der ebenfalls erfreulich fortgeschrittenen Jugendbewegung und Frauenorganisation. Die Finanzpolitik des Parteivorstandes hat sich in sehr starkem Maße mit den verschiedenen Parteiunternehmungen zu befassen. In diesem Zusammenhange verwies Genosse Ebert auf einen Beschluß des Münchener Parteitages, der vor ungenügend fundierten Blattgründungen warnt; ein Beschluß, an den im Hinblick auf unerquickliche Erfahrungen mit vollem Recht erinnert werden muß. In sehr ausführlicher Weise ging dann Genosse Ebert auf die Göppinger Angelegenheit ein, die so viel Staub aufgewirbelt und dem Parteivorstande die maßlosesten Angriffe eingetragen hat. Mit großem oratorischen Geschick führte der Redner des Parteivorstandes hinein in die Wirrungen und Irrungen dieser unerfreulichen Vorgänge. Die Aeußerungen des Parteitages während der Ausführungen Eberts lassen darauf schließen, daß die drei todesmutigen Kämpfer für Göppingens Freiheit gegen „Meinungserdrosselung" und „Parteibureaukratie" vom Parteitage keine Ruhmeskränze erhalten werden. Allgemeine Aeußerungen des Unwillens rief vor allem die Kampfesmethode Radeks und dessen eigenartige Anschauungen über Organisationspflicht hervor. Mit dem wirksamen Hinweis auf die Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Partei, für die der Vorstand stets eintrete, schloß Genosse Ebert unter lebhaftem Beifall seine Rede.

Einen trotz aller Aufwendungen für den Wahlkampf erfreulichen Bericht konnte Genosse Braun geben. Hinter den Summen der Parteibilanz birgt sich ein ungeheurer Opfermut von Millionen von Proletariern. Die Anregungen und kritischen Ausführungen, die Genosse Braun über die Finanzierung des Wahlkampfes und Abführung der Beiträge an die Zentralkasse gab, werden zu einer gesunden Ausgestaltung des Geschäftslebens der Partei beitragen. Mit sarkastischem Spott erwähnt Genosse Braun die törichten und gehässigen Bemerkungen der „Nordd. Allg. Ztg." über die Parteifinanzen. Auch er warnte vor leichtfertiger Gründung von Parteiblättern.

Der langjährige Vorsitzende der Kontrollkommission, Genosse Kaden, legte in seinem Bericht dar, daß diese Instanz im inneren Leben der Partei die ihr zugewiesene Aufgabe gewissenhaft erfüllt hat.

Um in der Göppinger Angelegenheit volle Klarheit zu schaffen, gab der Parteitag einem Vertreter Göppingens, dem Genossen Schepperle Gelegenheit, die verworrene Geschichte der Göppinger Sanierungsaktion von seinem Standpunkte aus ausführlicher darzustellen. Der Redner hielt am Schlusse seiner Darlegungen die Behauptung aufrecht, daß die Ulmer Genossen und der württembergische Landesvorstand die finanziellen Nöte Göppingens haben ausnutzen wollen, um das dortige Blatt in revisionistisches Fahrwasser zu lenken. Die recht verbitterte Art, mit der Genosse Mattutat-Stuttgart den Ausführungen Schepperles entgegentrat, bewies, wie tief der persönliche Zwist in Württemberg in das Parteileben eingefressen und eine gesunde Entwickelung lahmgelegt hat. Der von ihm angegriffene Genosse Westmeyer reagierte ebenso bitter, so daß der Parteitag die unangenehme Pflicht hatte, sich aus dieser unerfreulichen Debatte ein Urteil über den württembergischen Bruderkrieg zu bilden.

Die Genossen Roßmann-Ulm und Hildenbrand sowie Genosse Heymann wehrten sich gegen die Angriffe der Gegenseite. Und so standen Aussage gegen Aussage, so daß man die Lösung des Göppinger Sanierungsproblems, wie sie Genosse Ebert dem Parteitage dargestellt hatte, als die einzig mögliche anerkennen muß. Das gab, allerdings mit mancherlei Vorbehalten und Einschränken, selbst Genosse Henke-Bremen zu, der ebenso wie Genosse Lensch-Leipzig die Haltung seines Blattes in der Göppinger Affäre rechtfertigte. Zum Glück nahm der Parteitag einen Schlußantrag an, der den Göppinger Auseinandersetzungen ein Ende machte.

Zur Teuerung.

Folgen der Fleischteuerung.

Wie die Fleischnot und die Fleischteuerung preistreibend selbst auf das Pferdefleisch wirkt, muß allenthalben die ärmere Bevölkerung spüren. So wurden auch in Görlitz die verschiedenen Fleischsorten um 5—10 Pf. pro Pfund erhöht. Für das Pfund Pferdefleisch müssen dort und auch anderwärts bereits 50 Pf. bezahlt werden, so daß dieses Fleisch bald so hoch im Preise steht wie vor einer Reihe von Jahren das Rindfleisch. In England erhält man jetzt noch Rindfleisch zu einem Preis, für den man in Deutschland nur Pferdefleisch kaufen kann. Dafür marschiert Deutschland in der Welt voran — allerdings in der Lebensmittelteuerung und künstlich hochgehaltenen Fleischnot.

Nach einer vorliegenden Meldung aus Rudolstadt sagte der Vertreter der Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt im Landtage auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hin nicht nur jede gewünschte Maßregel zur Hebung der Fleischnot zu, sondern erklärte darüber hinaus ausdrücklich, im Bundesrat für die von der Sozialdemokratie gewünschte Einberufung des Reichstags eintreten zu wollen. Für Maßnahmen gegen die Fleischnot stimmten nach dieser Meldung auch die beiden bündlerischen Mitglieder des Landtages.

Teuerung und Kommunen.

Der Stadtrat der Stadt Mannheim befaßte sich am 12. September abermals mit der Fleischteuerung. Er beschloß, dahin zu wirken, daß Ein- und Verkaufspreise miteinander in Einklang gebracht werden; ferner, für die Haltung von Mutterschweinen und für die Aufzucht von Ferkeln Prämien zu gewähren, um damit die Landbevölkerung in den zur Stadt gehörenden Vororten zur Schweinezucht anzueifern. Sodann will sich die Stadt an einer in Bildung begriffenen Genossenschaft zur Errichtung einer Schweinemästerei beteiligen. Sobald die Einfuhr von Gefrierfleisch gestattet ist, soll solches beschafft und zum Selbstkostenpreis zum Verkauf gebracht werden. In einem Anschreiben an den Konsumverein soll dieser angegangen werden, sich an der Bekämpfung der Teuerung zu beteiligen. — Die Oberbürgermeisterkonferenz wurde aufgefordert, mit dem badischen Ministerium in Verhandlungen zu treten, um bei der Regierung auf Oeffnung der Grenzen hinzuwirken. Vor allem soll die badische Regierung im Bundesrat für Ermäßigung der Futtermittelzölle eintreten. Ebenso sollen die Oberbürgermeister der badischen Städte für Aufhebung der staatlichen Fleischakzise eintreten und endlich erging an diese die Aufforderung, ihrerseits beim „Deutschen Städtetag" dahin zu wirken, daß dieser endlich einmal in Aktion tritt. Er soll eine Bewegung gegen die agrarische Politik ins Leben rufen. Der von Sozialdemokraten gemachten Anregung, sich mit Eingaben direkt an die Reichsregierung und an den Reichstag zu wenden, wurde nicht stattgegeben.

Die Stadtverwaltung in Zeitz beauftragte die Delegierten zum Deutschen Städtetag, energisch jede Forderung auf Beseitigung der herrschenden Teuerung zu unterstützen. Bemerkenswert war in der Debatte, die in der Stadtverordnetenversammlung gepflogen wurde, die Aeußerung des „liberalen" Stadtverordneten und Direktors Stöve, eines Bruders des nationalliberalen Reichstagsabgeordnten Stöve. Der Herr Direktor, in dessen chemischer Fabrik noch Stundenlöhne von 27 und 28 Pf. nichts seltenes sind, wagte nämlich, eine Not zu bestreiten, indem er auf die „Vergnügen" hinwies, die nicht abgenommen hätten. Die Arbeiter verdienen zu viel, ihnen sei der Kamm geschwollen, deshalb gäben sie so viel aus! So redete der Herr Direktor, dessen Einkommen man auf 30 000 M. schätzt, die Not aus der Welt. Und dieser Mann nennt sich „liberal".

Der Magistrat der Stadt Lüdenscheid i. W. fordert in einer Eingabe an den Bundesrat die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh, die Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch und die zeitweise Ermäßigung oder Aufhebung der Einfuhrzölle für Futtermittel und lebendes Vieh.

In der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung fand am Freitag eine Teuerungsdebatte statt. Die sozialdemokratische Fraktion präsentierte unsere bekannten Forderungen. Außerdem lag ein zahmer Antrag der Freisinnigen sowie ein noch zahmerer der städtischen Finanzkommission vor. Die sogenannte „Soziale Vereinigung christlich-nationaler Arbeiter" hatte auch einen Antrag ge-

stellt; deren Vertreter hatte es aber vorgezogen, den Antrag in der Tasche zu behalten. Angenommen wurde der Antrag der Finanzkommission mit einer kleinen, von Sozialdemokraten und einigen Freisinnigen vertretenen Verbesserung.

Etwas weiter gingen die Stadtverordneten-Versammlungen in **Wermelskirchen** und **Ronsdorf**, wo unsere Anträge angenommen wurden.

In **Cronenberg** stimmten die bürgerlichen Stadtverordneten unseren Anträgen allgemeiner Art einstimmig zu. Die Durchführung kommunaler Maßnahmen wurde jedoch zuvor einer Kommission überwiesen.

Der Stadtmagistrat **Augsburg** hat einstimmig beschlossen, an den Bundesrat den Antrag zu stellen, daß lebendes Schlachtvieh und Fleisch ohne die bekannten Beschränkungen eingeführt werden können und die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel ermäßigt werden. Zur Durchführung dieser Anregungen wird an den Bundesrat das Gesuch um sofortige Einberufung des Reichstages gestellt. Weiter wurde beschlossen, städtische Fleischverkaufsstellen einzurichten und sofort einen Versuch mit der Einfuhr von Gefrierfleisch und frischem Fleisch durch die Stadtgemeinde zu machen, dann eigene Schweinemästereien zu errichten und eine Viehmarktskasse zu schaffen, die mit städtischer finanzieller Unterstützung es den weniger kapitalkräftigen Metzgern ermöglichen soll, sich von den Viehhändlern unabhängig zu machen. Ferner werden Maßnahmen getroffen zur Beschaffung billiger Kartoffeln, Gemüse und Obst durch die Stadtgemeinden für Minderbemittelte, auch wird die Anlage von kommunalen Obst- und Gemüsegärten in Erwägung gezogen. Um den Zwischenhandel zu beschneiden, soll die städtische Marktordnung einer Revision unterzogen werden. — Die Mittel zur Durchführung dieser Maßnahmen sollen aus dem städtischen Notfonds genommen werden, der sich auf etwa 200 000 M. beläuft.

In den pfälzischen Städten **Ludwigshafen, Speyer** und **Kaiserslautern** wurde in den Stadtratskollegien den sozialdemokratischen Anträgen zugestimmt, den Bundesrat um sofortige Einberufung des Reichstages zu ersuchen; verlangt wurde weiter die wenigstens zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und die Oeffnung der Grenzen. In Speyer wurde außerdem der Bürgermeister beauftragt, mit den übrigen pfälzischen Städten zwecks einer gemeinschaftlichen Aktion gegen die Teuerung in Verbindung zu treten. In Ludwigshafen hatte auch die Metzgerinnung dem Stadtrat eine Resolution unterbreitet, die ebenfalls die sofortige Einberufung des Reichstages und Freigabe der Einfuhr von Schlachtvieh verlangt. Einer Anregung unseres Genossen Binder folgend, soll auch in diesem Jahre der gemeindliche Kartoffeleinkauf, wie auch die Fleisch- und Milchversorgung in Erwägung gezogen werden.

In **Würzburg** nahm das Gemeindekollegium (Stadtverordnete) die sozialdemokratischen Anträge zur Milderung der Fleischteuerung einstimmig an. Auch Zentrum und Liberale hatten sich dafür erklärt, obwohl die Zentrumspresse das Bestehen eines Notstandes leugnet.

Kundgebungen gegen die Teuerung.

Der Deutsche Handelstag hat seine Eingabe vom 5. Dezember v. J. an den Reichstag wiederholt. Er fordert darin: Zulassung möglichst ungehinderter Einfuhr lebenden Viehs, Freiheit des Viehverkehrs im Inland, Zulassung der Einfuhr ausgeschlachteten, gekühlten und gefrorenen Fleisches unter Beseitigung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erschwerungsmaßregeln, Zulassung der Einfuhr von Büchsenfleisch und Fleischdauerwaren, Herabsetzung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Futtermittel, Kartoffeln und Gemüse. Der Eingabe ist die dringende Bitte angefügt, endlich einmal wirksame Maßregeln zu ergreifen.

Ein Justizmord an einem Proletarier eingestanden.

Aus Paris wird uns geschrieben:

In der Affäre des Strafsoldaten Rousset, die das französische Proletariat seit einem Jahre in Aufregung hält, ist ein neuer, sensationeller Zwischenfall eingetreten. Der Leutnant Pan-Lacroix, der die Untersuchung gegen Rousset beim ersten Kriegsgericht geführt hat, erklärt in einem Brief an den Hauptmann, der das Referat im zweiten Verfahren innehat, das nach der am 22. Februar vom obersten Gerichtshof ausgesprochenen Kassation des ersten Urteils beim Kriegsgericht in Constantine eröffnet worden ist, daß er seine Anschauung über die Schuld Roussets vollständig geändert habe und den Angeklagten, infolge der erwiesenen Wertlosigkeit der belastenden Aussagen, für unschuldig halte. Dieser Widerruf bedeutet für Rousset die sichere Befreiung und für die französische Arbeiterschaft, die diese proletarische Dreyfusaffäre fast ganz auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, führen mußte, einen großen moralischen Erfolg. Zugleich aber eine neue furchtbare Niederlage der militärischen Standesjustiz, der die glücklichen Erfolgjäger der Dreyfusaffäre die Krallen zu beschneiden — an die versprochene Abschaffung denken sie ja gar nicht mehr — noch immer nicht die Zeit gefunden haben.

Rekapitulieren wir kurz die Geschichte des Falles Rousset, der das militärische Gegenstück zum Fall Durand bildet.

Vor vier Jahren starb der Strafsoldat Aernoult in einer Gefängniszelle einer Garnison in Südoran. Der Befund sprach von einem natürlichen Tod, aber eine Anzahl von Soldaten erklärte, daß Aernoult von seinen Vorgesetzten zu Tode gemartert worden sei. Am hartnäckigsten hielt Aernoults Kamerad Rousset diese Behauptung aufrecht. Die Arbeiterpresse Frankreichs schlug Lärm, eine Versammlungskampagne setzte ein und schließlich sah sich die Militärbehörde genötigt, ein Verfahren einzuleiten, das aber, wie gewünscht, die „Unschuld" der Bezichtigten ergab. Die Arbeiterschaft wollte freilich nicht an sie glauben und sie hat, als nach langwierigen Einwendungen und Schikanen die Ueberführung der Leiche nach Paris durchgesetzt wurde, ihr ein großartiges Begräbnis gerüstet.

Rousset aber, der „Verleumder" seiner Vorgesetzten und Verunglimpfer der Armee überhaupt, hatte in der Folge begreiflicherweise ein noch weniger gutes Leben, als das des Soldaten in den afrikanischen Strafbataillonen ohnehin ist. Im August v. J. geschah es nun, daß ein Strafsoldat namens Brancoli in einem Raufhandel mit Soldaten erstochen wurde. Rousset war ein paar Minuten, bevor die Tat geschah, in der Gesellschaft gewesen. Er erklärte zwar, sich früher entfernt zu haben, aber die Untersuchung wurde vom Leutnant Pan-Lacroix in einer Weise geführt, daß schließlich mehrere Soldaten so aussagten, wie es diejenigen wünschen mochten, die sich des trotzigen Anklägers von Vorgesetzten gerne entledigen wollten. Rousset wurde zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, was im afrikanischen Klima auf Verurteilung zu einer langsamen Hinrichtung hinausläuft.

Die Angelegenheit kam indes nicht zur Ruhe. Der Hilferuf des unschuldig Verurteilten wurde vom französischen Proletariat vernommen und die von diesem begonnene Propaganda zwang schließlich die Regierung, den Fall von neuem zu untersuchen. Wohl fand der Appell des für Roussets Rehabilitation eintretenden Komitees bei der großen Mehrheit der gesättigten Kämpfer für „Wahrheit und Gerechtigkeit" kein Gehör. Nicht nur die große liberale Presse, sondern auch die radikalen Blätter fanden es nicht der Mühe wert, sich damit zu beschäftigen, ob es bei der Verurteilung des „Apachen" Rousset mit rechten Dingen zugegangen sei. Von der nichtrevolutionären Presse abgesehen war es nur das Wochenblatt „Les Droits de l'Homme", das sich energisch für die Revision einsetzte. Die Entscheidung fiel, als am 29. Juli die vier Hauptbelastungszeugen widerriefen und erklärten, unter Beeinflussung und Pression unwahr ausgesagt zu haben. Der Hauptschuldige an dem Lügenbau der Anklage war Leutnant Pan-Lacroix gewesen. Der neue Untersuchungsrichter hat ihn, wohl um Aergernis für die Frömmlinge des Militarismus zu vermeiden, nach Hause geschickt, ohne ihn mit Rousset und den widerrufenden Zeugen zu konfrontieren, worauf der Leutnant, wie er sagt, vom Ehrgefühl, möglicherweise auch von Gewissensbissen getrieben, aber jedenfalls im Interesse seiner Reputation die am Anfang dieses Artikels erwähnte Erklärung abgab.

Von der Anklage gegen Rousset ist nichts mehr übrig und die Rückkehr in die Freiheit ist dem Geprüften sicher. Die Ehre aber, den Unschuldigen aus den Fängen einer kasten- und klassenmäßig befangenen Justiz gerettet zu haben, gebührt dem französischen Proletariat, seinem unzerstörbaren Enthusiasmus für die Gerechtigkeit. Der Bourgeoisrepublik hat der Ruf „Vive Rousset" als aufrührerisch und „antipatriotisch" gegolten. Zahllose Proletarier sind seinetwegen verhaftet, verurteilt oder von Polizisten geprügelt worden. Ihnen wird keine Sühne zuteil worden, der Schrecken des Millerandschen Gesetzes über die Strafbataillone hängt über ihnen. So kann der Erfolg in dem einen Fall nicht zur Folge haben, daß das Proletariat den Kampf gegen den Militarismus in seinen traditionellen Formen und seiner klassenstaatlichen Wirksamkeit einstellt oder mäßigt.

Rousset frei.

Paris, 15. September. (Eig. Ber.) Rousset ist gestern nach der Abteilung der sich auf freiem Fuß befindenden Kranken im Militärspital von Constantine übergeführt worden. Das bedeutet seine provisorische Freilassung, der die zweifellose Einstellung des zweiten Strafverfahrens bald die endgültige folgen lassen wird. Daß sie Rousset in der Krankenzelle trifft, wie Durand die seine in der Irrenzelle, ist jedenfalls bezeichnend für das blinde, unmenschliche Wüten der Klassen- und Kastenjustiz. Hoffentlich wird der standhafte Ankläger der Peiniger Aernoults die Folgen seines Martyriums bald überstanden haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September 1912.

Schutz vor Streikbrechern!

In **Burg** bei Magdeburg wurde in der Nacht zum Montag der dreißigjährige Schuhfabrikarbeiter Fritsche auf offener Straße von einem Streikbrecher erschossen. Fritsche befand sich in Begleitung einiger Kollegen auf dem Nachhausewege, wo sie an der Holzbearbeitungsfabrik von A. G. Wolff vorbeikamen, bei der seit einiger Zeit die Arbeiter streiken. Einer der von der Firma herbeigezogenen Streikbrecher verübte vor dem Grundstück dadurch Lärm, daß er mehrmals mit seinem Stock an den Rolläden entlang fuhr. Ein Begleiter Fritsches ließ deswegen die Bemerkung fallen: „Na, Dich haben sie wohl ausgeschlossen." Der Arbeitswillige erklärte: „Was willst Du Lump, Du hast wohl lange keine bayerische Bohne im Wanst gehabt". Als sich die Angefahrenen diese Pöbelei verbaten, gab der Streikbrecher plötzlich aus einer Entfernung von 8—10 Metern zwei Schüsse ab. Der zweite Schuß traf Fritsche, der an den Folgen im Krankenhause gleich nach seiner Einlieferung starb. Der Revolverheld legitimierte sich dem Polizeibeamten gegenüber mit den Worten: „Ich habe geschossen; ich bin Arbeitswilliger bei der Firma Wolff!"

Der Vorfall zeigt wieder, wie nötig das von den Scharfmachern geforderte Gesetz zum Schutz der — „Arbeitswilligen" ist.

Straßendemonstrationen in Stuttgart.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Als Antwort auf die Verweigerung eines freien Versammlungsrechtes beriefen, wie gemeldet, Partei und Gewerkschaften auf Sonntagvormittag in Groß-Stuttgart dreiundzwanzig öffentliche Volksversammlungen ein. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, teilweise sogar überfüllt. Um 12 Uhr kam die Masse der Versammlungsteilnehmer auf die Straße. Nach dem Gewerbehalleplatz zu gehen, war ihnen verboten worden. Die Massen suchten sich daher einen anderen Ort aus, der seiner ganzen Lage nach sich zu einem Demonstrationsplatz weit besser als der Gewerbehalleplatz eignet. Von allen Seiten strömten kurz nach 12 Uhr die Massen auf dem Schloßplatz zusammen. In wenigen Minuten war die weite Fläche von einer unübersehbaren Menschenmenge gefüllt. Annähernd 10 000 sind es sicher gewesen, die hier vor den Fenstern des königlichen Schlosses gegen den Hunger, gegen die kapitalistische Gesellschaft protestierten. Der Polizeidirektor war glänzend rehabilitiert. Diese Menge hätte wirklich auf dem Gewerbehalleplatz nicht untergebracht werden können.

Von dem Platze aus, wo sonst zur Erbauung staatserhaltender Gemüter die Militärmusik ihre Weisen ertönen läßt, richtete Genosse Crispien zündende Worte an die Riesenversammlung: „Man hat uns das Recht zur Demonstrierung nehmen wollen, die Stuttgarter Arbeiterschaft demonstriert, wann und wo ihr das beliebt!" sagte der Redner unter dem tosenden Beifall der Tausenden. Ein Hohngelächter wurde laut, als bekannt gegeben wurde, daß im nahen Waisenhaus 400 Polizisten untergebracht worden seien. „Laßt Euch nicht provozieren," ermahnte Crispien die Versammlung. Ein Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie und die Demonstration hatte an diesem Ort ihren Zweck erfüllt. Jetzt gings vorbei am alten Schloß, am Ministerium des Innern, allwo aus einem Fenster das erstaunte Gesicht des Ministers v. Pischek zu sehen war. Auf dem Marktplatz staute sich die Menge wieder. Von den Stufen des Rathauses aus geißelte Genosse Westmeyer den skrupellosen Lebensmittelwucher. Durch die Königs-, Tübinger und Hauptstätterstraße zogen die Demonstranten nach dem Marienplatz. Vom Balkon des „Kaiserhauses" aus hielt Genosse Eggert, Ortsbeamter des Metallarbeiterverbandes, eine Ansprache. Auch die Genossen Crispien und Westmeyer richteten nochmals einige Worte an die Versammelten, die dann in größter Ordnung auseinandergingen.

Das Polizeiaufgebot wurde im Waisenhause zurückbehalten. Die ganze Veranstaltung ging daher ohne die geringste Störung vor sich.

Kriegsministerium und Koalitionsrecht der Militärarbeiter.

Der Vorstoß des Kriegsministeriums gegen das Koalitionsrecht der Militärarbeiter stößt auf Widerspruch bei den — Nationalliberalen. Die Nationalliberalen, auf die sich die Regierung sonst immer verlassen konnte, wenn sie Organisationen der Staatsarbeiter, Eisenbahner, Postangestellten usw. an die Wand zu drücken versuchte, sind plötzlich zur Kritik übergegangen. Woher diese Wendung zum Guten? Sehr einfach: Der nationalliberale Abgeordnete Ickler, von Beruf Vorschlosser in der Bahnhofswerkstatt in Göttingen, ist Vorsitzender des Kartells deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände, dem auch der Militärarbeiterverband angehört. In dieser seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kartells hat Ickler mit dem Kriegsministerium verhandelt und ist offenbar dabei empfindlich getäuscht worden. Die „National-Zeitung" berichtet über die Vorgänge folgendes:

„Sobald die Gerüchte von einem Verbot des Militärarbeiter-Verbandes kursierten, hat auf Wunsch der Militärarbeiter der Abg. Ickler zusammen mit dem Vorsitzenden des Verbandes dem Kriegsministerium einen Besuch abgestattet. Die beiden Herren wurden dort sowohl von dem Stellvertreter des Generalmajors Wandel, Major Schulz, als auch von dem Vorsteher der Bekleidungsämter, Oberst v. Oven, empfangen. Zwar wurde von Major Schulz zunächst der scharfe Ton gerügt, der in letzter Zeit in dem Organ des Militärarbeiterverbandes beliebt worden sei. Auf ausdrückliche Veranlassung des Abg. Ickler versprach der Verbandsvorsitzende den Herren im Ministerium, daß in Zukunft in seinem Organ jede unnötige Schärfe und Härte vermieden werden sollte. Daraufhin erklärte auch Major Schulz, daß gegen den Militärarbeiterverband nicht das geringste geschehen solle. Die beiden Dezernenten gaben überhaupt der Ansicht Ausdruck, daß die Verwaltung hier von den Arbeitern vollständig mißverstanden werde, denn das Ministerium wolle weiter nichts sagen, als daß es irgendwelche Agitation innerhalb seiner Betriebe nicht dulden könne.

Man besprach dann vielleicht eine Stunde lang noch alle wichtigen sozialen und beruflichen Fragen und schied in vollstem Einvernehmen voneinander. Allerdings hat Herr Major Schulz die Herren, von der Unterredung doch nichts in die Presse zu bringen.

Hätte man nun danach annehmen sollen, daß nun alles zur vollsten Zufriedenheit erledigt sei, so muß man umsomehr erstaunen, daß nachher doch in fast allen Militärbetrieben den Arbeitern der Beitritt und die Betätigung für den Militärarbeiterverband untersagt sein soll. Noch mehr muß man aber erstaunen, daß die sozialdemokratische Presse in der Lage ist, einen Geheimerlaß des Kriegsministeriums vom 29. August bekannt zu geben, der also erst eine geraume Zeit nach der Unterredung mit dem Abg. Ickler erschienen ist, in dem aber trotzdem die Militärarbeiter vor einer Betätigung in dem deutschen Militärarbeiterverband eindringlichst gewarnt werden, und in dem besagt wird, daß Arbeiter, die durch Wort, Schrift oder Tat den Verband unterstützen, sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben.

Damit hat also das Kriegsministerium das gerade Gegenteil von dem getan, was dem Reichstagsabgeordneten Ickler wie auch dem Vorsitzenden des Militärarbeiterverbandes gelegentlich ihrer Rücksprache versprochen worden ist. Es ist selbstverständlich, daß dieser Angriff auf die ohnehin schon sehr beschränkte Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter noch ein parlamentarisches Nachspiel haben wird. Ein Volksvertreter ist schließlich auch nicht dazu da, daß man die ihm gegebenen Zusicherungen ohne weiteres in den Wind schlagen kann.

Bei der Unterredung im Ministerium wurde übrigens auch durch den Abgeordneten Ickler erreicht, daß der Vorsitzende des Verbandes in Zukunft alle Wünsche und Beschwerden dem Ministerium vortragen dürfe. Auf diese Weise ließe sich ja eine öffentliche Kritik leicht vermeiden, und ein gutes Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft herstellen. Wenn durch die entgegengesetzten Maßnahmen dieses Einvernehmen verhindert wird, so ist das gewiß nicht Schuld der Arbeiterschaft, sondern lediglich auf die geheimen Einflüsse im Ministerium zurückzuführen."

Den braven Nationalliberalen mag es besonders bitter aufstoßen, daß ihre Mogelei hinter den Kulissen so schnöde zusammenbricht, sobald das Kriegsministerium seinen Herrenstandpunkt herauskehrt. Es wäre so nett gewesen, der Oeffentlichkeit aus dem Wege zu gehen und den Militärarbeitern von Zeit zu Zeit einige durch Hintertreppenbeitelei erworbene Brocken präsentieren zu können, die man dann als Erfolge staatstreuer und nationalliberaler Arbeiterführung zur Schau stellen könnte. Das alles ist nun hin, und die Staatsarbeiter werden rasch genug einsehen, daß nur im energischen Kampf gegen das Unternehmertum, auch wenn dies von einer Staatsbehörde repräsentiert wird, ihre Interessen gewahrt werden können.

Wo das Zentrum regiert.

Wie die Zentrumspartei in den Orten, wo sie die Macht hat, rücksichtslos parteipolitische Geschäfte treibt, geht aus folgendem hervor:

In dem von der Zentrumspartei beherrschten Industrieort Westerholt im Wahlkreise Recklinghausen, beabsichtigte die Zentrumspartei ein geeignetes Lokal zur Abhaltung ihrer Versammlungen und Festlichkeiten zu errichten. Man stellte nun an die Gemeindevertretung den Antrag um Beihilfe. Die Gemeinde kam diesem Ersuchen in der Weise nach, daß das Arbeitsamt die gesamte Ausführung und Ueberwachung der Bauarbeiten übernahm. Ferner wurden die ganzen, wohl mehrere Tausend Mark betragenden Straßenbaukosten erlassen.

Zentrum und Nationalpolen in Oberschlesien.

Der Pfarrer Wick von Krzanowitz bei Kosel in Oberschlesien liegt mit seinen nationalpolnischen Pfarrkindern in harter Fehde. Der Pfarrer ist Zentrumsanhänger; die Nationalpolen stehen aber im Augenblick auf keinem guten Fuße mit dem Zentrum. Die Feindschaft hat sich daraus entsponnen, daß bei den letzten Wahlen das Zentrum in Oberschlesien schlecht abschnitt. Es verlor einige Mandate an die Polen. Welche Formen diese politische Gegnerschaft zwischen Pfarrer und Pfarrkindern angenommen hat, zeigt eine Versammlung, die die Polenpartei am 8. September abgehalten hat. Polnische Blätter berichten darüber:

„Die Polen wollten eine Versammlung unter freiem Himmel in Krzanowitz abhalten. Dem Pfarrer aber lag daran, diese Versammlung zu verhindern. Auf dem Nachbargrundstück des Versammlungsplatzes veranstaltete er mit einigen Kriegervereinlern einen Mordsspektakel, so daß sich der Redner der Polen nur schwer verständlich machen konnte. Der Pfarrer schrie ihm zu: „Halt's Maul!" und seine Begleiter johlten und lärmten nach Kräften. Als darauf ein zweiter polnischer Redner auftrat, holte auch der Pfarrer Verstärkung herbei in Gestalt eines Drehorgelspielers, der auf das Kommando Sr. Hochwürden sein ganzes Repertoire herunterspielte. Alle möglichen Melodien überfluteten das feindliche Lager: „Heil Dir im Siegerkranz" — „Hupf mein Mädele" — „Deutschland, Deutschland über alles" — „O, Susanna, wie ist das Leben doch so schön", und wie die herzerhebenden Leierkastenlieder alle hießen. Der Pfarrer dirigierte, denn was der Leiermann spielte, das sangen seine begeisterten Kriegervereinsleute. Aber auch dieses „Konzert" erreichte seinen Zweck nicht — die Polenversammlung hielt dem Spektakel stand

und tagte weiter. Schließlich unternahm der geistliche Feldherr einen letzten Vorstoß gegen die Gegner, indem er in eigener Person auf ihrem Versammlungsplatz erschien, bewaffnet mit Notizbuch und Bleistift. Die Polen vermuteten, daß er zu Denunziationszwecken Notizen mache, nahmen ihn beim Kragen und führten ihn zu seiner heulenden Truppe zurück. Zum Schluß sangen die frommen polnischen Versammlungsbesucher ein Kirchenlied. Kaum waren die ersten Töne erklungen, da gab der Pfarrer dem Leiermann den Befehl, ebenfalls loszulegen. Der Priester fuchtelte mit Hut und Stock den Takt zu der lustigen weltlichen Weise, während drüben seine polnischen Pfarrkinder mit entblößten Häuptern ihr Marienlied zu Ende sangen."

Soweit die polnischen Zeitungen über das merkwürdige Sonntagsvergnügen des Krzanowitzer Pfarrherrn. Wir Sozialdemokraten staunen darüber nicht — wir kennen die skrupellose Art zur Genüge, in der Zentrumspriester kämpfen.

Reichsdeutscher Mittelstandstag.

In Braunschweig wurde gestern der zweite Reichsdeutsche Mittelstandstag unter starker Beteiligung von Mitgliedern aus allen Teilen des Reichs durch den Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Eberle aus Nossen mit einer programmatischen Ansprache über des „Mittelstandes Notlage" eröffnet. Vertreter hatten entsandt von den Behörden des Reichs das Reichsamt des Innern und das Reichspostamt, vom preußischen Staate das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und die Zentral-Genossenschaftskasse, ferner das braunschweigische Ministerium und die kgl. sächsische Staatsregierung, welche alle die Förderung des Mittelstandes in Aussicht stellten.

Huldigungstelegramme wurden abgesandt an den Kaiser, den König von Sachsen und den Regenten des Herzogtums Braunschweig.

Der Nationalliberalismus in Württemberg.

Auf der Landesversammlung der nationalliberalen Partei Württembergs bekundeten alle Redner eine scharfe Abneigung gegen eine Großblockpolitik nach badischem Muster, weil in Württemberg die Gefahr einer schwarz-blauen Mehrheit nicht vorhanden sei. Der geeinigte Liberalismus (Nationalliberale und Volkspartei) müsse bei den kommenden Landtagswahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einer ganz außerordentlichen Schärfe führen.

Auf Urlaub.

Der durch den Fall Knittel so unrühmlich bekannt gewordene Bezirksoffizier, Hauptmann Kammler in Rybnik ist auf 45 Tage beurlaubt worden. Damit steht nach militärischen Gepflogenheiten seine Verabschiedung bevor.

Abgewimmelt.

Der konservative preußische Landtagsabgeordnete Rahardt, der jüngst auf der Tagung deutscher Handwerkerkammern in Würzburg einen Zusammenstoß mit den Regierungsvertretern hatte, hat seine Aemter im Hansabund und in der Mittelstandsvereinigung niedergelegt. Natürlich wird versichert, daß dieser Rücktritt vollständig freiwillig erfolgte.

Landtagsersatzwahl in Schleusingen-Ziegenrück.

Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Schleusingen-Ziegenrück für den verstorbenen Landtagspräsidenten Frhrn. v. Erffa erhielten Landrat Wagner-Schleusingen (Kons.) 135 Stimmen, Kaufmann Dörr-Suhl (Natl.) 67 Stimmen. Landrat Wagner ist gewählt.

Die Ereignisse in der Türkei.

Abbruch der Friedensverhandlungen?

Konstantinopel, 16. September. Nachrichten aus authentischer Quelle besagen, der letzte italienische Vorschlag bei den Friedensverhandlungen sei dahin gegangen, die Türkei erkläre die Unabhängigkeit Libyens und gebe ihre dortigen Interessen dadurch auf. Italien werde sich dann mit den Eingeborenen verständigen. Die Pforte soll diesen Vorschlag für unannehmbar erklärt haben. Es verlautet, daß die ottomanischen Delegierten Lausanne verlassen haben.

Die Kriegsagitation in Bulgarien.

Sofia, 16. September. Der Vollzugsausschuß der mazedonischen Vereine in Adrianopel berief hier für gestern vormittag eine große Volksversammlung zur Erörterung des gegenwärtigen Standes der mazedonischen Frage ein. Die einzelnen Redner betonten, der Krieg sei für das bulgarische Volk notwendig, nicht um Eroberungen zu machen, sondern um seine Lebensinteressen zu wahren. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Die Lage in Albanien.

Konstantinopel, 16. September. Die jungtürkische Presse veröffentlicht fortgesetzt beunruhigende Nachrichten über die Lage in Albanien. Wie Terdjumani Hakikat berichtet, versuchten die Aufständischen, eine zwischen Tirana und Durazzo gelegene Ortschaft anzugreifen, wurden jedoch zurückgeschlagen. Sie hatten 40 Tote und 80 Verwundete. In Skutari wurden mitten auf dem Markte zwei Gendarmen getötet und ein Major schwer verwundet. Aus den an der montenegrinischen Grenze gelegenen Ortschaften sind zahlreiche Beamte nach Skutari geflüchtet.

Aus der Cyrenaika.

Rom, 15. September. (Meldung der Agenzia Stefani.) General Briccola, der Kommandat des Besatzungskorps in der Cyrenaika, meldet durch Funkspruch aus Derna unter dem 14. d. Mts.: Am Morgen besetzte General Reisoli eine starke Stellung, die die Gegend von Kasr el Lebon und weiterhin die Straße nach Sidi Azi beherrscht. Der Besetzung ging ein Kampf mit starken feindlichen Abteilungen voraus, denen durch Gewehr und Geschützfeuer starke Verluste zugefügt wurden. Die Befestigung der eingenommenen Stellung ist sofort in Angriff genommen worden. Die Verluste der Italiener, die trotz der großen Hitze zahlreiche Beweise hervorragender Widerstandskräfte lieferten, betrugen drei Tote und zehn Verwundete.

Griechische Unruhen auf Samos.

Konstantinopel, 16. September. (P.-C.) Wie der „Osmanische Lloyd" aus Samos erfährt, griff eine gut bewaffnete griechische Bande den Flecken Marabhon-Kampos an. Es kam zu einem erbitterten Kampfe zwischen ihnen und der türkischen Besatzung, wobei es eine Reihe Toter und Verwundeter gab. Man befürchtet, daß der Aufstand um sich greifen werde.

Oesterreich-Ungarn.

Parlamentseröffnung hinter Militärkordon.

Budapest, 15. September. (Eig. Ber.)

Das ungarische Abgeordnetenhaus nimmt am 17. September nach einer zehnwöchentlichen Pause seine Tätigkeit wieder auf. Dieselbe bestand im Monat Juni darin, daß ein Militärkordon das Haus umschloß und nur Abgeordnete der Regierungspartei passieren ließ, daß die Polizei täglich zweimal in den Sitzungssaal einmarschierte und die oppositionellen Abgeordneten hinauswarf. Nachdem so die Vorbedingungen einer ersprießlichen parlamentarischen Arbeit für die von dem Grafen Tisza und dem Ministerpräsidenten Lukacs geführte Regierungspartei hergestellt wurden, ging es an die „Gesetzesfabrikation". Ueber Budapest war der Belagerungszustand verhängt, Militär und Gendarmerie besetzte alle öffentlichen Gebäude, an den größeren Plätzen und Knotenpunkten des Verkehrs kampierten feldmäßig ausgerüstete Soldaten. Die Versammlungsfreiheit war aufgehoben, die Presse wurde verfolgt, das sozialdemokratische Organ „Népszava" tagtäglich konfisziert und sein Verschleiß auf Straßen, Bahnhöfen, Tabaktrafiken verboten. Der Vorwand, unter welchem der Absolutismus seinen Einzug hielt, hieß: Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments, Geltendmachung des parlamentarischen Majoritätsprinzips gegen die Revolte einer unbotmäßigen Minderheit. Der wahre Grund aber war ein ganz anderer: es war ein verzweifelter Versuch, durch einen Staatsstreich den Vormarsch des allgemeinen Wahlrechts zu hindern und die arg gefährdete Adelsherrschaft zu retten.

Nun ist die Obstruktion niedergeworfen, aber mit ihr wurden auch alle Grundlagen der Rechtsordnung erschüttert; die Rechtmäßigkeit der auf dieser Weise gebrachten Gesetze wird überall angezweifelt. Das Klassenparlament ist geschändet, erniedrigt, aber der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht ertönt lauter und mächtiger als je zuvor. Der gegen das allgemeine Wahlrecht geplante Staatsstreich rückte das Wahlrechtsproblem erst recht in den Mittelpunkt des politischen Kampfes, der in dem Momente des Zusammentretens des Abgeordnetenhauses ausschließlich von diesem beherrscht wird.

Die oppositionellen Parteien haben unter dem Drucke des proletarischen Aufstandes vom 23. Mai ihren alten Widerstand gegen die Forderung der Arbeiterschaft wenigstens teilweise aufgegeben und einem Wahlrechtsentwurf zugestimmt, der zwar nicht das allgemeine Wahlrecht im europäischen Sinne enthält, dem größtem Teile der industriellen Arbeiterschaft das gleiche, geheime, direkte und gemeindeweise Wahlrecht aber trotzdem verleiht.

Die Regierung und ihre Gefolgschaft fanden aber auch noch diese Lösung der Wahlrechtsfrage zu radikal und möchten ein noch engherzigeres Wahlrecht schaffen. Das nächste Ziel des nun wieder heftiger einsetzenden politischen Kampfes ist, die Regierung und ihr wirkliches Haupt, den Grafen Tisza, zu stürzen, nicht nur weil sie die Urheber des Staatsstreiches sind, sondern weil sie den reaktionärsten Standpunkt in der Frage des Wahlrechts vertreten. Solange Lukács ungarischer Ministerpräsident und Tisza Präsident des Abgeordnetenhauses ist, wird das ungarische Abgeordnetenhaus keine normale Tätigkeit leisten. Die oppositionellen Abgeordneten werden alles aufbieten, um ein normales Funktionieren des Rumpfparlamentes unmöglich zu machen und die regierende Bande dazu zwingen, entweder mit Bajonetten oder gar nicht ihre Geschäfte weiter zu führen. Und so wird das durch den Tisza geschändete Haus in der nun beginnenden ganz kurzen Tagung der Schauplatz von heftigen Kämpfen und Skandalen sein. Die Polizei rüstet heute schon fieberhaft für den 17. September, die Gendarmerie wird aus dem ganzen Lande nach Budapest beordert, in den Kasernen steht ein großer Teil der Garnison in Bereitschaft — nette Vorbereitungen für den Beginn der Tätigkeit einer gesetzgebenden Körperschaft! Die Situation ist jetzt auf diesen Gegensatz gestellt: entweder wird auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechts, nach der Entfernung der beiden Missetäter der Friede mit der Opposition geschlossen oder es wird das Säbelregiment zum System erhoben, was aber in dem heutigen Ungarn, mit seiner mächtig aufstrebenden Arbeiterschaft für die Dauer unmöglich ist. Ungarn geht schweren Kämpfen und bewegten Tagen entgegen, in denen bei der Entscheidung die sozialdemokratische Arbeiterschaft ein gewichtiges Wort mitsprechen wird. Die Verfolgungen haben unsere Partei gestärkt: die „Népszava" gewann seit dem Juni beinahe 10 000 neue Abonnenten, und eine Sammlung, die für die Opfer des 23. Mai veranstaltet wurde, ergab 100 000 Kronen! Dies sind Zeichen, die uns mit Zuversicht erfüllen, und es ist ganz bestimmt, daß das ungarische Proletariat, welches am 23. Mai einen so überwältigenden Beweis seiner Kraft, seines Mutes und seiner Opferfreudigkeit gab, auch in den kommenden Kämpfen seinen Mann stellen wird.

Frankreich.

Der Kampf der Lehrer.

Paris, 16. September. Der Verband der Lehrersyndikate erklärt in einem von 18 Syndikaten unterzeichneten Aufruf, daß er durch sein Eintreten für den Sou du soldat, für den allgemeinen Arbeiterverband und für den unschuldig verurteilten Soldaten Rousset weder eine antipatriotische noch eine antimilitaristische Kundgebung, sondern nur seine Gemeinschaft mit der Arbeiterklasse betätigt habe. Der Verband kündigt sodann an, daß er dem von der Regierung erlassenen Auflösungsbefehl entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde, vor allem, um die verweltlichte Schule zu stützen und den Rückschrittlern die Stirn zu bieten, die bereits lärmend triumphierten.

Afrika.

Ein Arbeitersieg in Südafrika.

Bei einer Provinzialratswahl in Johannesburg, der Hauptstadt des Goldminengebietes im alten Transvaal, wurde der Arbeiterkandidat Bernberg mit 1251 Stimmen gegen den unionistischen Kandidaten, der nur 616 Stimmen erhielt, gewählt. Man hatte den Sieg des Arbeiters erwartet, nicht aber eine so große Mehrheit.

Aus der Partei.

Eine Glanzleistung der reaktionären Bureaukratie.

Im Kreise Wittenberg (Provinz Sachsen) haben dieser Tage zwei Dokumente das Licht der Welt erblickt, die die hochnäsige und bornierte Art illustrieren, mit der Junkertum und Bureaukratie noch immer in Preußen das arbeitende Volk glauben behandeln zu können. In Kemberg wurde dem Gewerkschaftskartell von dem Bürgermeister ein Gewerkschaftsfestzug verboten mit der Begründung, daß die „öffentliche Sicherheit" insofern gefährdet sein würde,

„als die beteiligten Kinder, da sie bei entstehenden Reibereien oder Schlägereien am meisten zu leiden haben werden, erfahrungsgemäß in kopfloser Verwirrung sich und andere, auch eventuell die Zuschauer, an der Gesundheit schädigen. Im übrigen wird der geplante Umzug, dessen besondere Berechtigung nicht anerkannt wird, durch Verschärfung der Parteigegensätze die Gemüter erhitzen, was die öffentliche Sicherheit gefährden dürfte."

Wurde diese Verbotsbegründung damals mit Recht eine Beleidigung der Arbeiterschaft genannt, so bleibt sie doch ein sanfter Backenstreich gegenüber den Faustschlägen, die der Landrat von Trotha-Wittenberg, bei dem Beschwerde eingelegt war, der Arbeiterschaft in seinem Antwortschreiben versetzt.

Der Herr schreibt nämlich:

Auf die Beschwerde vom 14. August eröffne ich Ihnen, daß nach den angestellten Ermittelungen der öffentliche Aufzug, für den Sie die Genehmigung der Polizeiverwaltung in Kemberg nachgesucht hatten, einer sozialdemokratischen Demonstration dienen sollte.

Die Polizeiverwaltung hat befürchtet, daß es aus Anlaß dieser Demonstration zu Schlägereien kommen könnte, in solchen mit Recht eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickt und diese Gefährdung für um so schwerwiegender gehalten, als an dem Aufzuge auch Kinder teilnehmen sollten, für welche die bezeichneten Unzuträglichkeiten in besonderem Maße eine Gefahr bedeutet haben würden. Sie hat deshalb den Aufzug verboten. Es ist dies nur zu billigen; denn Demonstrationen wie die in Rede stehende bezwecken stets die Förderung der verbrecherischen, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Beseitigung des Königtums und die Wehrlosmachung des Vaterlandes gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie. Es muß deshalb auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie infolge der berechtigten, tiefen Erbitterung, die sie bei dem ehrenhaften, königstreu und patriotisch gesinnten, durch sie dreist herausgeforderten und verhöhnten Teil der Bevölkerung hervorrufen müssen, zu Streitigkeiten zwischen dieser und den sozialdemokratischen Elementen führen, welche den öffentlichen Frieden in der von der Polizeiverwaltung befürchteten Weise stören. Ich weise Ihre Beschwerde daher zurück.

gez. v. Trotha.

Ein Kommentar würde diesem echt borussisch-junkerlichen Ukas die Wirkung nehmen. Wir wollen nur noch feststellen, daß in der Stadt Wittenberg, dem Wohnort dieses „Königlichen" Landrates, seit Jahren die Gewerkschaften ihren Umzug mit Erlaubnis der etwas liberalen städtischen Polizei unternehmen. Natürlich ist es dabei stets friedlich und ruhig hergegangen. Das weiß der Herr Landrat aus dem Geschlechte derer von Trotha auch; aber in seinem landrätlichen Allmachtsbewußtsein hält er es für seine Pflicht, die Arbeiterschaft zu brüskieren.

Karl Radek sendet uns folgende Erwiderung:

Die Genossin R. Luxemburg veröffentlicht in der Samstagsnummer des „Vorwärts" eine Zuschrift, in der sie den Protest der Genossen Axelrod, Martynow, Trotzki, Siemkowski, Igoreff und Schwartz gegen das außerordentliche Gericht, das mich verurteilt, als Racheakt der russischen Opportunisten gegen den radikalen polnischen Parteivorstand darstellt, der sie „mit eiserner Faust" niederhielt. Die eiserne Faust bei Seite gelassen, sei nur zu bemerken, daß der „Opportunist", Genosse R. Trotzki, noch im Jahre 1910 ständiger Mitarbeiter der polnischen wissenschaftlichen Revue und russischen Angelegenheiten, und daß der Genosse Siemkowski noch im Jahre 1911 dieselbe Rolle in unseren legalen Zeitschriften spielte. Jetzt ruhen sie sanft im opportunistischen Orkus. Was die Erklärung der Genossin Luxemburg über die ihr unbekannten politischen Differenzen zwischen mir und der polnischen Parteileitung anbetrifft, so macht sie in demselben Augenblick, wo sie zugestehen muß, daß ihr ein Artikel von mir noch aus dem Jahre 1910 bekannt ist, in dem ich gegen die Gewerkschaftstaktik des polnischen P. V. auftrat, die auf die Aufrechterhaltung der Spaltung in der polnischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung herausging, selbst in der Periode des schwierigen Wiederbaus der von der Konterrevolution zertrümmerten Organisationen. Daß der Genossin Luxemburg nichts bekannt ist von den weiteren scharfen Auseinandersetzungen zwischen mir und den Leitern der Partei in dieser Frage und der der Vereinigung mit dem linken Flügel der P. P. S., ist erklärbar dadurch, daß die Genossin R. Luxemburg in ihrem durch zwanzigjährigen Aufenthalt im Ausland berechtigten Widerwillen zum Emigrantentum an den vertraulichen Parteidiskussionen nicht teilnahm, und daß es zu einer öffentlichen Austragung der Differenzen nicht kam, weil die wissenschaftliche Revue der Partei seit über zwei Jahren nicht erscheint.

Zum Schluß möchte ich feststellen, daß die polnischen Emigranten und Studenten, die gegen die an das Faustrecht so sehr erinnernde Art, wie meine Angelegenheit behandelt worden ist, protestieren, der Genosse Z. Leder ist, Mitglied des polnischen P. V. seit 1909, Genosse C. Hanecki, Mitglied des polnischen P. V. seit 1902, Genosse A. Malecki, Mitglied des polnischen P. V. seit 1906, Genosse Krakus, Sekretär unserer legalen Redaktion, Genosse Dalski, einer der Wiederhersteller unserer Organisation im Jahre 1901, Genosse Aleksander, Leiter unserer Militärorganisation. Daß diese Genossen vor Jahren die Universität besuchten, und daß sie nach Abbüßung langer Gefängnisstrafen sich im Auslande befinden, ist zwar eine große Sünde, aber sie wird dadurch gemildert, daß ein Doktortitel auch zu den Lorbeeren der Genossin Luxemburg gehört, und daß Südende sich auch nicht in Russisch-Polen befindet.

Mich mit den Mitgliedern des polnischen P. V. in den Verdiensten um den polnischen Marxismus zu messen, brauche ich nicht, aus Rücksicht auf die viel kürzere Zeit, in der ich die Ehre hatte für ihn einzutreten, wie auch in der Hoffnung, daß ich das Versäumte nachholen werde, trotz meiner „Entlarvung".

Karl Radek.

*

Wir geben diese Zuschrift mit dem Bemerken wieder, daß die „Bremer Bürgerzeitung" bis heute ihren Lesern von der Einsendung der Genossin Luxemburg keine Kenntnis gegeben hat. Wir haben daher Verständnis für das Bedürfnis Radeks in unserem Blatte zu antworten, da ja sonst die Genossen in Bremen erfahren müßten, wie sie informiert werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kein Wahrheitsbeweis?

Am 18. März d. J. veröffentlichte die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" in Kiel eine Notiz aus Itzehoe. Es wurde darin behauptet, der Polizist Däne hätte einen epileptisch veranlagten Menschen, der einen Anfall hatte und am Boden lag, mit Fäusten bearbeitet, und der Kontrolleur Gassau von der Wach- und Schließgesellschaft hätte den kranken Mann mit der Faust auf den Kopf geschlagen. Beide Beamte fühlten sich beleidigt und erstatteten gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung", den Genossen Bielenberg, Anzeige. Die Staatsanwaltschaft erhob auch prompt die Anklage. Eine ausgedehnte Beweisaufnahme ergab, daß einige Zeugen unter ihrem Eide bestätigten, daß der kranke Mensch von den Beamten mit Fäusten mißhandelt worden ist. Ein Verwaltungssekretär und ein Kaufmann haben ferner gesehen, daß bei dem Vorfall Fäuste auf und nieder sausten. Sie haben aber nicht gesehen, wohin die Schläge trafen. Die Beamten, einige Schüler und ein Arbeiter vom Militärproviantamt bestritten, daß der Kranke mißhandelt worden sei. Der Polizist habe den Mann nur auf die Hand geschlagen, damit dieser seine Pelerine loslassen sollte. Das Schöffengericht in Kiel hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht und verurteilte unseren Genossen zu 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tage Gefängnis.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht den Aussagen zweier Zeugen, die eidlich die Behauptungen des Artikels bestätigt hatten, nicht folgen könne, weil diese Zeugen im Verdacht ständen, irgendwelche Verbindungen mit dem Artikel zu haben. Genosse Bielenberg hatte aber ausdrücklich erklärt, daß die beiden Zeugen gar nichts mit dem Artikel zu tun haben. Der Vorsitzende folgerte aber so: Irgendeiner müsse doch den Artikel veranlaßt haben. Die beiden Zeugen sind Parteigenossen des Angeklagten, deshalb falle der Verdacht auf sie. Recht bezeichnend ist auch folgende Aeußerung des Vorsitzenden in der Urteilsbegründung: Das Gericht habe dem Angeklagten strafmildernd angerechnet, daß er nun einmal als Redakteur der Zeitung einer bestimmten Partei alles einseitig beurteilt. Deshalb sei auch von einer Freiheitsstrafe abgesehen worden.

Gewerkschaftliches.

Behördlich sanktionierter Unternehmerterrorismus.

In der Zwangsinnung der Bäckermeister in Magdeburg spielen sich eigenartige Vorgänge ab. Diese Unternehmervereinigung hat anläßlich der Lohnbewegung der Gesellen in diesem Jahre beschlossen, daß solche Innungsmitglieder, die mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren in ein Vertragsverhältnis eintreten, täglich in eine Ordnungsstrafe von 20 M. genommen werden. Durch das Urteil des Oberlandesgerichts in Naumburg wurden Streik und Boykott als erlaubte Kampfmittel bezeichnet und der Antrag der klagenden Bäckermeister, den Beklagten die Veröffentlichung der tariftreuen Betriebe zu untersagen, wurde abgelehnt. Trotzdem fordert die Zwangsinnung von den Mitgliedern, die als tariflich veröffentlicht werden, die nach ihrem Beschluß fälligen Ordnungsstrafen ein und droht bei Nichtbezahlung der Beträge mit Zwangsvollstreckung.

Diese bestraften Innungsmitglieder wendeten sich schließlich beschwerdeführend an den Magistrat der Stadt Magdeburg. Sie wurden jedoch abgewiesen mit der Trostspendung, daß der Magistrat bereit ist, eine Ermäßigung der Strafe sowie Bewilligung von Ratenzahlungen anstreben zu wollen.

Ein eigenartiges Schauspiel. Mitglieder einer Unternehmer-Zwangsorganisation werden unter Beihilfe der Aufsichtsbehörde deshalb bestraft, weil sie eine straffreie Tat begingen, nämlich weil sie mit der Arbeiterorganisation Tarife vereinbarten. Obwohl noch niemals entschieden wurde, daß Mitglieder einer Zwangsorganisation Tarifverträge nicht abschließen dürfen, werden solche Unternehmer, die derartige Verträge abschließen, unter Zustimmung der Aufsichtsbehörde von einer Zwangsinnung bestraft.

Nach einer bisherigen noch nicht vollständigen Zusammenstellung betragen die unter Zustimmung und Hilfeleistung des Magistrats der Stadt Magdeburg eingeforderten ungeheuren Geldstrafen die Summe von 12 000 Mark. Die Folge der Zwangsvollstreckungen wird unfehlbar der Ruin vieler Kleinmeisterexistenzen sein. Und dieser unerhörte Terrorismus wird von einer Handwerkerorganisation unter Beihilfe der Behörde ausgeübt, weil einige Innungsmitglieder den Arbeitern mehr Luft und Licht gönnten. Welches Geschrei würden die Scharfmacher erheben, wenn sich dieser Vorgang in einer Arbeiterorganisation abspielen würde?

Berlin und Umgegend.

Zuckerbrot und Peitsche.

Eine besondere Luft weht auch aus dem Erlaß, welchen die Firma Borsig in Tegel aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens den Beamten und Arbeitern als eine besondere Gnade übermittelte.

Der Anschlag lautet:

Aus Anlaß des 75jährigen Bestehens unserer Firma haben wir uns zu einer Reihe von Aufwendungen für unsere Beamten und Arbeiter entschlossen.

1. Außer den bisherigen Aufwendungen für arbeitsunfähige oder sonst in Not geratene Beamte und Arbeiter und deren Angehörige haben wir jährlich 20 000 M. für diesen Zweck ausgesetzt.

2. Alle Beamten, die mindestens 5 Jahre ununterbrochen bei uns beschäftigt sind und ein Gehalt bis 3600 M. beziehen, erhalten, wenn verheiratet, einen vollen Monatsgehalt, die unverheirateten die Hälfte. Alle Beamten, die ein Gehalt von 3600 bis 9000 M. beziehen, erhalten die verheirateten 300 M., die unverheirateten die Hälfte.

3. Alle Arbeiter, die 15 Jahre und darüber bei uns ununterbrochen beschäftigt sind, erhalten 50 M. Alle Arbeiter, die ununterbrochen 5—15 Jahre bei uns arbeiten, erhalten ein Geschenk nach Maßgabe der beschäftigten Jahre.

Dann wird noch angekündigt, daß die Arbeiter, die 25 Jahre beschäftigt sind, zu ihrer Jubiläumsfeier statt 95 M. — 100 M. erhalten. Weiter heißt es:

Alle Arbeiter, die 7—15 Jahre ununterbrochen beschäftigt sind, erhalten drei Tage Urlaub unter Fortzahlung des durchschnittlichen Tagelohnes des letzten Jahres, den die betreffenden verdient haben. Die über 15 Jahre Beschäftigten erhalten sechs Tage Urlaub unter denselben Bedingungen.

Auffällig ist in dem Erlaß, daß die Beamten und Meister, die über fünf Jahre beschäftigt sind und bis 3600 M. beziehen, einen vollen Monatsgehalt erhalten, die Arbeiter erst nach 15 Jahren und darüber — 50 M., die Arbeiter von 5—15 Jahren je nach Dauer ihrer Beschäftigung; diejenigen, die ununterbrochen fünf Jahre dort sind, erhalten ganze 5 M., für sechs Jahre — 6 M. Die über sechs Jahre Beschäftigten sind außerordentlich dünn gesät. Aus welchem Grunde, das werden wir gleich sehen. In jedem Satze des Anschlags finden wir das Wörtchen „ununterbrochen". Dieses Wörtchen macht den Wert der „Aufwendungen", wie die Herren v. Borsig sich in ihrem Erlaß ausdrücken, illusorisch.

Ende vorigen Jahres waren die Former, Dreher und Fräser im Streik. Alle daran Beteiligten erhalten nichts, weil sie als „neu eingestellt" betrachtet werden, wenn auch ein Teil zehn bis zwanzig Jahre und darüber beschäftigt ist. Dann haben im Jahre 1906 über zwei Drittel der bei Borsig beschäftigten Arbeiter den 1. Mai gefeiert und werden infolgedessen als „neueingestellt" geführt. Beim letzten Streik wurde von dem Herrn v. Borsig erklärt, daß keine Maßregelungen vorgenommen würden. Sind dies nicht indirekte Maßregelungen? Wenn man bedenkt, wie viel von dem Drittel der am 1. Mai 1906 im Betrieb Gebliebenen mit der Arbeit gewechselt haben oder gestorben sind, so bleiben wohl herzlich wenig übrig, die fünfzehn Jahre und darüber „ununterbrochen" bei Borsig beschäftigt sind. Dann der Urlaub. Die 1906 den 1. Mai gefeiert haben, sind — soweit sie nicht am Streik beteiligt waren — ja im nächsten Jahre wieder sieben Jahre dort, diejenigen, die im vorigen Jahre mitgestreikt haben, müssen noch sechs Jahre warten. Und hier zeigt sich das Verderbliche des ganzen Systems: Wer es wagt, wider den Stachel zu löken und sich nicht alles gefallen läßt, wer die Arbeit niederlegt, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen oder das Errungene zu erhalten, geht der Vergünstigungen verlustig, weil er ja als wieder „neu eingestellt" bei Aufnahme der Arbeit geführt wird. Aus all dem ist wohl zu ersehen, mit welchem Maße gemessen wird: Für die Fügsamen und Beamten Zuckerbrot, für die Arbeiter die Peitsche.

Die in den Schraubenfabriken beschäftigten Automateneinrichter und Einrichter an Einzelbänken beschäftigten sich am Sonntag in einer Versammulng mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Handke gab eine kurze Uebersicht von der seinerzeit erfolgten Lohnbewegung und ihres Resultats, um dann den gegenwärtigen Stand der Lohnbeträge in den einzelnen Betrieben zu besprechen. Er stellte fest, daß die Akkordpreise in jeder Fabrik anders seien und für dieselben Arbeitsleistungen die größte Ungleichheit in der Entlohnung besteht. Des weiteren ging Redner auf das sogenannte „Maschinendurchlaufen" in einzelnen Betrieben ein. Es ist damit die ununterbrochene Tätigkeit der Automaten auch während der Ruhepausen gemeint. Es wurde u. a. bei den seinerzeit gepflogenen Verhandlungen mit der Firma Butzke vereinbart, daß die Automaten durchlaufen könnten, die Arbeiter aber dafür eine 10prozentige Zulage erhalten sollten. Nun verlangten die Arbeiter in diesem Betriebe später wiederum die Ausschaltung der Automaten während der Pausen, und es kam in dieser Fabrik dieserhalb zu einem zweiwöchigen Streik. In anderen Betrieben dagegen laufen die Automaten auch durch, jedoch erhalten die betreffenden Arbeiter dafür eine Stunde mehr und diese als Ueberstunde vergütet. Redner vertrat den Standpunkt, daß im Interesse beider Parteien eine einheitliche Regelung dieser Frage stattfinden müsse. Entweder laufen die Maschinen in allen Betrieben durch und alle Arbeiter erhalten dieselbe Vergütung, oder aber die Automaten haben während der Pausen überall stille zu stehen.

In der Diskussion wurde die ungleiche Entlohnung darauf zurückgeführt, daß der eine Arbeiter mehr Automaten bedient wie der andere; während von anderer Seite der Verschiedenartigkeit der übertragenen Arbeiten die Schuld beigemessen wird. Bei der Firma Butzke, die hauptsächlich für die Mißstände in Betracht kommt, sind, sage und schreibe, 12 oder noch mehr Lehrlinge beschäftigt. Die Lehrlingszüchterei nimmt in dieser Branche überhaupt schlimme Formen an, und das Bedauerlichste dabei ist, daß diese jungen Leute unzureichend und einseitig ausgebildet werden und ihre erworbenen Kenntnisse in der Regel später gar nicht verwerten können. Neben dem Lehrlingswesen steht auch das Schieberwesen in hoher Blüte.

Die Versammlung beschloß auf Vorschlag Handkes, daß die Arbeiter aus jenen Firmen, wo das Durchlaufen üblich ist, in nächster Zeit in einer Versammlung entsprechende Maßnahmen betreffs einheitlicher Abschaffung dieses Mißstandes zu treffen haben. Desgleichen sollen Werkstubensitzungen stattfinden für jene Firmen, bei denen die Arbeiter so schlecht entlohnt werden.

Die Frage der Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der Emaillebranche stand auf der Tagesordnung einer Versammlung der Emaillierer, welche am Sonntag im Gewerkschaftshause tagte. In einer früheren Versammlung sind Wünsche auf Regelung der ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche laut geworden. Ueber die herrschenden Zustände sind nun Feststellungen gemacht worden, über deren Ergebnis jetzt Behrend einen Ueberblick gab. Die höchsten Schichtlöhne sind 4 bis 5 M., und das bei einer Schicht von 11 Stunden. Als Höchstlöhne kommen auf die Stunde 40, 45 und 50 Pf. Als niedrigste Schichtlöhne kommen 3,50 M. in Frage. Die Arbeiterinnen (Austrägerinnen) haben Löhne von 2 M., 2,30 M. bis 2,50 M. Solche Löhne wie in der Emaillebranche sind kaum noch in einer anderen Branche der Metallindustrie zu verzeichnen. Ein anderer Uebelstand ist das vielfach grassierende Ueberstundenwesen. Es ist in einer Anzahl Betriebe vorgekommen, daß die Achtstundenschicht in eine Zwölfstundenschicht durch Zulegung von Ueberstunden umgemodelt worden ist. Und das, obwohl die Arbeit am Ofen in der dort herrschenden Hitze eine sehr anstrengende ist. Eine Zeitlang sind deswegen öfter Differenzen vorgekommen und man hat auch die Zwölfstundenschicht in einzelnen Betrieben wieder zurückgedrängt. Der Versuch, die Schichten auszudehnen, wird aber stets aufs neue gemacht. Die Kollegen, deren Vertrauensmänner kürzlich zusammengekommen sind, verlangen Abschaffung der Schichtlöhne und Einführung von Stundenlöhnen, die so bemessen sein sollen, daß auch bei einer kürzeren Schichtdauer verdient wird, was zum Leben notwendig ist. Man will auch versuchen, durch prozentuale Zuschläge für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit diese einzuschränken. Es sind verschiedene Vorschläge dazu gemacht worden. Die definitive Feststellung der gewünschten Lohnsätze usw. erfolgt später.

In der Diskussion wurden die mitgeteilten Tatsachen bestätigt. Ja, wie ein Redner betonte, daß sogar schon Schichten von 20 bis 24 Stunden vorgekommen seien. Es wurden noch verschiedene Anregungen laut für die Regelung der Verhältnisse im einzelnen. So ist es vorgekommen, daß beim Anheizen der Oefen durch eine Person Unfälle passierten. Das Anheizen sollen deshalb stets zwei Personen besorgen. Der Mangel an Verbandszeug hat sich wiederholt unangenehm bemerkbar gemacht. Auch hierin soll Abhilfe geschaffen werden, sowie noch in manchen anderen Punkten. Zunächst dürfte ein Vorgehen in einer Anzahl bestimmter Betriebe in Frage kommen, wenn die Genehmigung der Verwaltung der Organisation erteilt wird. Die Versammlung wählte eine Kommission, die sich mit der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Berlin) in Verbindung setzen soll, um deren Zustimmung zu einem entsprechenden Vorgehen nachzusuchen.

In der Bonbon- und Schokoladenfabrik Seifert u. Haake, Lietzmannstraße, ist es nun gestern fast einmütig zur Arbeitsniederlegung gekommen, nachdem die Firma noch in letzter Stunde von der Verbandsleitung unternommenen Vermittelungsversuch zurückgewiesen hatte. Außer einigen Antreibern und etwa drei alten fast verbrauchten Arbeitern waren keinerlei Streikbrecher zu verzeichnen. Die Zustände bei dieser Firma sind die schlimmsten des ganzen Berufes. Die Hälfte der Arbeiter, 30 an der Zahl, sind Arbeitsburschen unter 16 Jahren, die bisher bei täglich zehnstündiger Arbeit ganze neun Mark die Woche verdienten. Aber auch der Lohn der älteren Arbeiter — Anfangslohn 18 M. — ist das niedrigste, was in Berlin in dieser Industrie bezahlt wird. Es sind Fälle zu verzeichnen, daß gelernte Arbeiter nach fünfjähriger und längerer Beschäftigungszeit Höchstlöhne von 25 M. erzielten. Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß die Firma eifrigst bestrebt war, das Eindringen der Organisation in ihren Betrieb zu hindern, daß sie sogar schon als Strafe dafür, daß die Arbeiter Versammlungen besuchten, die Entlassung der betreffenden anordnete. Die Situation ist für die Streikenden außerordentlich günstig. Die Industrie befindet sich in der Hochkonjunktur! Einstweilen muß die Firma Sarotti, Belleallancestraße, Streikarbeit liefern, das heißt Seifert u. Haake läßt sich Schokolade und Bonbons von dieser Firma kommen. Der Geist der Streikenden, einschließlich der Arbeitsburschen, die sich sämtlich dem Streik angeschlossen haben, ist ein überaus zuversichtlicher. Zuzug ist streng fern zu halten.
Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Bezirksleitung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Kampf gegen den Zwangsarbeitsnachweis im Kreise Hagen-Schwelm

ist beendet. Die Unternehmer haben in eine Milderung der Satzungen des Nachweises willigen müssen. Der beendete Kampf bedeutet einen Erfolg der organisierten Arbeiter.

Die Sperre der Gießereibetriebe hatte in den letzten Wochen derart gewirkt, daß eine Anzahl Betriebe ihre Produktion bedeutend einschränken mußten. Es kam deswegen am Donnerstag, den 5. September, zu Verhandlungen. Diese verliefen resultatlos; sie hatten auch hauptsächlich nur den Zweck, zu prüfen, inwieweit die Beschwerden der Arbeiter gegen die Handhabung des Unternehmernachweises berechtigt waren. Selbst die Unternehmerkommission mußte einen Teil der Beschwerden als berechtigt anerkennen. Sie erklärte aber den Organisationsvertretern, sie sei nicht berechtigt, bindende Abmachungen zu treffen; sie wolle jedoch dafür eintreten, daß der Vorstand des Unternehmervereins erneut mit den Organisationsvertretern verhandle. Diese Verhandlungen fanden am 11. September statt und führten zum Frieden.

Es wurde den Organisationen das Recht zugestanden, bei Beschwerden der Arbeiter gegen den Nachweis diese vor der unparteiischen Beschwerdekommission zu vertreten. Bisher konnte nur der Arbeiter selbst Beschwerden vorbringen. Ferner kann in Zukunft bei Ausbruch eines Streiks der Nachweis nicht willkürlich sämtliche Arbeitsuchende der bestreikten Firma zuweisen. Bei derartigen Fällen tritt der Ausschuß und der Vorstand des Unternehmervereins zusammen, um den Streikfall zu untersuchen; zu diesen Sitzungen werden die Organisationsvertreter zugezogen. Ferner wurde der § 12 der Satzungen einer Aenderung unterzogen. Derselbe bestimmte bisher, daß Arbeitsuchende, die sich auf den Nachweisstellen ungebührlich betragen, 14 Tage gesperrt werden. Die bestimmte Fassung wurde fallen gelassen und durch die Worte „kann 14 Tage gesperrt werden" ersetzt. Es wurde zugesichert, daß in Zukunft nicht generell 14 Tage gesperrt wird, sondern die Sperre soll auch mit 3 bis 4 Tagen erledigt sein. Bei allen derartigen Sperren ist der Nachweis auf Anfrage verpflichtet, den Organisationsvertretern die Gründe, die zur Sperre führten, mitzuteilen. Die Beamten des Nachweises sollen nochmals angewiesen werden, den Arbeitern gegenüber in korrekter und höflicher Weise aufzutreten. Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung dürfen nicht stattfinden.

Wenn, wie aus Vorstehendem ersichtlich, auch nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt wurden, so sind die Arbeiterorganisationen doch ein gutes Stück weitergekommen. Die Sperre der Gießereibetriebe ist hiermit aufgehoben; die Gießereiarbeiter können zurückkehren.

Die Bewegung der Metallarbeiter im Köln-Mülheimer Industriebezirk.

Nachdem von 11 Firmen mit über 600 Beschäftigten die Forderungen der Arbeiter nahezu restlos bewilligt wurden und die Kommissionsverhandlungen ergaben, daß der Arbeitgeberverband den Beschluß gefaßt hatte, bei der Verkürzung der Arbeitszeit nicht unter 57 Stunden pro Woche zu gehen, beschloß das Zentralkomitee den Hauptvorstoß gegen die beiden größten Betriebe, Humboldt, Köln-Kalk und Gasmotorenfabrik Köln-Deutz zu richten. Nach mehreren Versammlungen und Verhandlungen nahmen die Arbeiter der Firma Humboldt nachfolgende Zugeständnisse endgültig an:

1. Eine regelmäßige Minimalarbeitszeit von 57 Stunden pro Woche vermindert um die Wasch- und Rüstpausen von 6 mal 6 (3 und 3) Minuten ist 36 Minuten, sodaß eine reine Arbeitszeit verbleibt von 56 Stunden 24 Minuten, beziehungsweise 56⅖ Stunden. Die Einteilung der Arbeitszeit bleibt den Arbeitern überlassen.

2. Ueberstunden sind diejenigen Stunden, welche über die normale Arbeitszeit hinausgehen, für diese werden feste Zuschläge gewährt und zwar: für die ersten drei Ueberstunden am Tage 12 Pf. Von der vierten Stunde ab 15 Pf. Für Sonntagsarbeit 20 Pf. Die Lohnarbeiter erhalten den Zuschlag zu ihrem Stundenlohn, die Akkordarbeiter zu ihrem Akkord.

3. Für Nacht- und Wechselschicht werden 80 Pf. pro Schicht bezahlt.

4. Für die Verkürzung der Arbeitszeit von 2½ Stunden pro Woche tritt für die Lohnarbeiter ein Ausgleich von 4,2 Proz. ein. Bruchteile werden nach oben abgerundet. Ist es den Akkordarbeitern in der Zukunft nicht möglich, einen angemessenen Verdienst zu erreichen, so findet eine Nachprüfung der Akkordsätze statt.

Die Zugeständnisse der Gasmotorenfabrik Köln-Deutz sind dieselben und kann man diese Zugeständnisse wohl als offizielle Zugeständnisse des Arbeitgeberverbandes betrachten. Es dürfte wohl anzunehmen sein, daß die bei den vorbenannten maßgebenden Firmen erzielte Einigung insofern entscheidend für den Ausgang der Bewegung ist, daß etwaige Kämpfe größeren Umfanges nicht mehr zu befürchten sind. Das Zentralkomitee der Arbeiter hat beschlossen, daß die obigen Vereinbarungen nunmehr als Mindestforderungen für alle übrigen Betriebe gelten sollen und ist gewillt, auch mit den äußersten Mitteln für die Durchführung dieser Vereinbarungen einzutreten.

Achtung, Maschinisten!

Die Maschinisten der Fischdampfer von Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Maschinisten der Fischdampfer fordern eine gerechte Regelung der Löhne und ihrer Dienstverhältnisse. Nach Beschluß des Reedervereins müssen die Maschinisten, die ihre Stellung bei einer Reederei aufgeben und bei einer anderen anfangen wollen, wieder zu dem niedrigsten Heuersatz anfangen. — Kein Maschinist lasse sich verleiten, nach benannten Orten Stellung auf Fischdampfern anzunehmen, auch dann nicht, wenn von den Fischdampferreedereien glänzende Angebote gemacht werden, da dieselben Angebote nicht von Bestand sind.

Aussperrung in der Göppinger Textilindustrie.

Bei der Firma W. Betz u. Söhne hatten vor einiger Zeit zirka 30 Rollerinnen und Spulerinnen Lohnforderungen gestellt. Ihr seitheriger Tagelohn bewegte sich zwischen 2,50 und 2,80 M. Obwohl ihre Forderungen sehr minimal waren, lehnte sie die Firma ab, weshalb die Arbeiterinnen die Arbeit einstellten. Die Firma versuchte nun, alle organisierten Arbeiter auf die Straße zu werfen. Sie stellte an die Arbeiter das Ansuchen, einen Revers zu unterschreiben, in dem sie erklären, nicht Mitglied des Textilarbeiterverbandes zu sein. Dies lehnten die Arbeiter jedoch ab. Jetzt kündigt die Bezirksgruppe Göppingen des Verbandes süddeutscher Textilarbeiter die Aussperrung aller im deutschen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen an. Man denke, wegen einer winzigen Lohnerhöhung von zirka 30 Arbeiterinnen sollen Tausende auf die Straße gesetzt, arbeits- und brotlos gemacht werden! An die Textilarbeiter und Arbeiterinnen geht hiermit die Aufforderung, Göppingen zu meiden.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt.

Schlettstadt, 16. September. (W. T. B.) Amtliches Wahlergebnis. Bei der heutigen **Reichstagsersatzwahl im dritten elsaß-lothringischen Wahlkreis** für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Dr. **Will** erhielten bei 16 157 eingeschriebenen Wahlberechtigten und 12 197 abgegebenen Stimmen Redakteur Dr. **Haegy-Colmar** (Elsß. Zentr.) 7112, Gewerkschaftssekretär **Imbs-Straßburg** (Soz.) 2759 und Weingutsbesitzer **Andlauer-Schlettstadt** (Fortsch. Volkspartei) 2306 Stimmen. **Haegy ist somit gewählt.**

Bei der Reichstagswahl am 12. Januar dieses Jahres erhielt der Zentrumskandidat 8492, unser Genosse 4065 Stimmen. Die fortschrittliche Volkspartei hatte keinen Kandidaten aufgestellt, da sie bei der Wahl im Jahre 1907 nur 2091 Stimmen erhalten hatte.

Die Friedensverhandlungen.

Genf, 16. September. (W. T. B.) Die italienischen und türkischen Friedensunterhändler erklärten einem Mitarbeiter des „Journal de Geneve", sie hätten keinen Befehl zur Abreise von ihren Regierungen erhalten. Die Verhandlungen von Ouchy dauern fort. Beide Teile hegen den festen Wunsch, zu einer Einigung zu gelangen.

Protest der Araber gegen die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 16. September. (P.-C.) Ein Notabelnrat der Araber aus Tripolitanien und der Cyrenaika richtete an die türkische Regierung ein Telegramm, in dem er gegen die Friedensvorverhandlungen strengen Protest einlegt. In der Eingabe an die Hohe Pforte wird erklärt, daß der Friedensabschluß nur auf Basis der vollständigen Aufrechterhaltung der Rechte und der Souveränität der Türkei möglich sei. Die arabische Bevölkerung werde bis zum letzten Blutstropfen den Kampf fortsetzen; da sie volle Zuversicht auf eine ruhmreiche Beendigung des Feldzuges hege.

Das Erdbeben am Marmarameer.

Konstantinopel, 16. September. (W. T. B.) Wie Privatnachrichten melden, sind die Ortschaften, die bereits vom letzten Erdbeben heimgesucht waren, durch die neuerlichen Erdstöße vollständig zerstört worden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden drei Personen getötet und zwölf verletzt. Bei Ganos brachen plötzlich große Wassermengen hervor, die bald wieder verschwanden. In der Nähe von Myriophito hat sich der Boden um einen halben Meter gesenkt.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Nr. 217. 29. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Dienstag, 17. September 1912.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Massenversammlungen

am Sonntagvormittag.

Chemnitz, 15. September.

In vielen Tausenden war die Arbeiterschaft von Chemnitz und aus dem ganzen Industriebezirk schon am heutigen Morgen nach den drei großen Lokalen geeilt, in denen Volksversammlungen stattfanden, in denen namentlich die ausländischen Delegierten zum Parteitag sprachen. Das unfreundliche Wetter und der immer wieder einsetzende strömende Regen konnte nicht verhindern, daß sich nicht nur in den Sälen, sondern auch im Freien dicht gekeilte Menschenmassen ansammelten, die immer wieder die Versicherungen der internationalen Solidarität des Proletariats mit begeisterten Ovationen aufnahmen. Alle Versammlungen waren wegen ihrer kolossalen Ueberfüllung von der Polizei abgesperrt worden, sogar die, die in dem großen Garten des Volkshauses tagte. Hier überbrachte als erster Redner der englische Genosse

Quelch, Vertreter der Social Democratic Party

die brüderlichen Grüße der englischen sozialistischen Arbeiter. In seiner, von dem Genossen Dr. Karl Liebknecht übersetzten Rede, erinnert er eingangs an das polizeiliche Mißgeschick, das ihm beim Internationalen Kongreß in Stuttgart zugestoßen ist, wo bekanntlich unser englischer Genosse wegen einer Rede gegen die Kriegshetzer zum Verlassen des gastlichen deutschen Bodens gezwungen wurde. Die Versammlung nahm diese Reminiszenz mit jener verständnisinnigen Heiterkeit entgegen, die überall in sächsischen Proletarierversammlungen die Erwähnung polizeilicher Nadelstiche hervorruft. Quelch gab dann seiner außerordentlichen Freude über das gewaltige Wachstum der deutschen Arbeiterbewegung Ausdruck und geißelte mit scharfen Worten das Treiben der Kriegshetzer in Deutschland und England. Auch wir englischen Sozialisten werden mit Euch alles daran wenden, diese volksfeindliche Interessenpolitik einer Handvoll Kapitalisten auf das schärfste zu bekämpfen. **Genau so wie in Deutschland hat auch in England die Arbeiterklasse nicht nur nicht das geringste Interesse an einem Kriege, werde er nun zu Wasser oder zu Lande geführt, sondern hier wie dort hat das Proletariat in Erkenntnis seiner dringendsten Interessen den entschlossenen Willen, alles, was in seiner Macht steht, zur Verhinderung jeder Völkerschlächterei zu tun,** von der höchstens die an der Lieferung von Kriegsmaterial und an der Zurückwerfung der Arbeiterbewegung durch den Chauvinismus interessierten Kapitalisten Vorteile ziehen könnten. Immer wieder müssen wir den lügnerischen Ausstreuungen dieser Kreise entgegentreten, als ob die Völker einen Krieg wollten! (Stürmischer Beifall.)

In überaus temperamentvoller Weise sprach nun Genosse

Rouanet-Paris,

Mitglied der französischen Deputiertenkammer und Redakteur unseres französischen Zentralorgans „L'Humanité". Auch seine Rede wurde von Karl Liebknecht ins Deutsche übersetzt und auch der französische Genosse wandte sich mit aller Schärfe gegen die Treibereien der Chauvinisten, die vor gar nicht allzulanger Zeit die Völker diesseits und jenseits der Vogesen beinahe in einen Vernichtungskrieg hineingerissen hätten. Wir aber, Deutsche wie Franzosen, wissen und rufen es in die Welt, daß unbekümmert um Landesgrenzen **die Herzen der Arbeiter zueinander gehören und für einander schlagen.** Wir Franzosen wissen, daß Ihr Deutsche so denkt und ich kann Euch versichern, daß unsere französischen Arbeiter, soweit sie der stets wachsenden sozialistischen Bewegung angehören, genau dieselbe Gesinnung für Euch hegen. Sie senden Euch brüderliche Grüße und wünschen Glück und Gedeihen der großen deutschen Sozialdemokratie. (Brausender Beifall.)

Nun ergriff, mit einer stürmischen Ovation begrüßt, Reichs- und Landtagsabgeordneter Genosse

Dr. Karl Liebknecht

das Wort, um in kurzen Sätzen — der Regen setzte mit vergrößerter Wucht ein — den beiden Vorrednern namens der deutschen Arbeiter und namens der Partei herzlich zu danken. In allen Ländern sind die Methoden der Nationalisten die gleichen, und überall wird versucht, die Proletarier gegeneinander zu hetzen. Um so mehr muß die internationale Sozialdemokratie bestrebt sein, den Frieden aufrecht zu erhalten, und jedenfalls ist heute auch die Sozialdemokratie die stärkste Stütze des Weltfriedens. Immer mehr werden die Arbeitermassen infolge unserer Aufklärungs- und Bildungsarbeit durchdrungen von dem Verlangen, den Frieden zu erhalten und immer kräftiger wird der Widerstand, den sie den Versuchen der Kriegshetzer entgegensetzen, die Arbeiter ins Schlepptau zu nehmen. Dr. Liebknecht schloß seine Rede mit einem kurzen Hinweis auf die immer wahnwitzigeren Rüstungen der Regierungen und auf die Gefahren der imperialistischen Politik und mit der Aufforderung, zu erneuter und verstärkter Arbeit für das Proletariat und damit für das gesamte Volk. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Der große Saal des Volkshauses war von Tausenden Menschen so dicht gefüllt, daß trotz der polizeilichen Absperrung, die weiteren Zuzug fernhielt, ein Durchkommen durch den Saal zur Unmöglichkeit wurde. Als die Versammlung dann zu Ende war, dauerte es gut eine halbe Stunde, ehe die Massen das Freie gewinnen konnten. Erster Redner war in dieser Riesenversammlung der Vertreter der belgischen Sozialdemokratie,

Genosse de Brouckère-Brüssel.

Seine in französischer Sprache gehaltenen Ausführungen wurden vom Genossen Grumbach-Paris übersetzt. De Brouckère sprach von dem tiefen Eindruck, den diese Massendemonstration der Chemnitzer Arbeiter auf ihn mache. Ueberall hat das Volk die gleichen Ideale, die Ideale des Sozialismus, denn die wirtschaftliche Lage des Proletariats ist in allen Ländern gleich. In dem belgischen Textilbezirk von Gent sind die Verhältnisse ganz ähnliche wie hier, in dem sächsischen Manchester: bittere Armut wohnt neben dem Reichtum der Wenigen, hier wie dort die gleiche Ausbeutung eines großen Teils des Proletariats. Aber ein Trost ist mir geworden: Man hat mich über Eure Organisation aufgeklärt und ich habe Euren Kampf und Eure Kraft, Eure Methoden und Eure Erfolge kennen gelernt. Ich weiß, daß Ihr in diesem Tempo dem großen Ziel der gesamten Arbeiterschaft weiter zuschreiten werdet. Wir Vlämen fühlen uns verwandtschaftlich mit Euch Sachsen verbunden. Das belgische Volk kämpft einen schweren Kampf gegen sein elendes Mehrstimmen-Wahlrecht. Unsere Gewerkschaften begegnen den gleichen Schwierigkeiten, die dem Proletariat aller Länder im Wege stehen. Unsere Regierung gründet Streikbrecherorganisationen. Uns hilft nicht der Liberalismus, nicht der Klerikalismus, wir müssen uns selbst helfen. Wenn man unserem berechtigen Streben nicht entgegenkomme, so werden wir uns ein Entgegenkommen erzwingen. Die Mittel dazu haben wir in der Hand. **Wir bereiten den Generalstreik vor.** In dem gleichen sozialistischen Geiste wie Sie, führen wir unseren Kampf und werden hoffentlich siegen! (Großer anhaltender Beifall.)

Unter lautem Händeklatschen und lebhaften Hochrufen ergriff zum das Wort der Vertreter des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Genosse

Karl Seitz-Wien:

Gern kommen wir zu Euch, Ihr Sachsen, von denen das Feuer der sozialistischen Bewegung zu uns nach Oesterreich hinübergeschlagen hat. Noch heute, wenn wir in die Alpenländer in Versammlungen kommen, tritt manchmal ein Proletariergreis auf uns zu, der uns erzählt, wie er vor Jahrzehnten in Sachsen den sozialistischen Gedanken empfangen hat. Viel haben wir von der deutschen Bruderpartei gelernt und ihr fühlen wir uns noch enger verbunden, als der gesamten Internationale. (Großer Beifall.) In dieser Zeit der Kongresse ist bei uns in Wien auch der Eucharistische Kongreß zusammengetreten — eine große Heerschau der klerikalen Partei, die immer noch die stärkste ist in dem armen, unglücklichen, von Pfaffen und Aristokraten zu Tode regierten Oesterreich. (Beifall.) Das kaiserliche Haus, der Hochadel, die Großindustriellen stehen an der Spitze dieses Kongresses und auch mancher Kohn und Rosenstingl hat zu den Kosten dieses Kongresses stark beigetragen (Hört! hört! und Stürmische Heiterkeit), denn die Herren wissen, daß diese klerikale Veranstaltung ihren Interessen dient. (Lebhafte Zustimmung.) Da kommen die Armen und Beladenen, die Kleinbauern, deren Existenz vom Großgrundbesitz vernichtet wird, die kleinen Beamten, deren kümmerliches Gehalt in seiner Kaufkraft immer noch verringert wird durch die wahnsinnige Teuerung, und da kommen schließlich sogar die Arbeiter zu diesem Kongreß in Wien, allerdings nur solche, die dazu gepreßt werden von den Unternehmern, von der Verwaltung der Stadt Wien. Sie alle erwarten Rat und Hilfe in ihrer Not von dem Pfaffenkongreß — aber man antwortet ihnen nur mit dem Hinweis auf das Evangelium, das da sagt: Sorget nicht, was Ihr essen werdet und banget nicht, womit Ihr Euch bekleidet, sehet die Lilien auf dem Felde, sie denken nicht und der Herr kleidet sie. (Sehr gut.) Da kommen die hohen Militärs, die Duellrichter und predigen das Wort des einfachen Zimmermannssohns, der da sagte: So Dich einer schlägt auf die eine Backe, so halte ihm auch die andere hin. (Erneute Zustimmung und Sehr gut.) Und da kommen schließlich die Leute von der Hochfinanz und von den Banken und beten mit frommem Augenschlag: „Willst Du vollkommen sein, so gehe hin und opfere alles, was Du hast, den Armen! (Stürmische anhaltende Bewegung und großer Beifall.) Den Armen aber, die vom Kongreß Hilfe in ihrer Not erwarten, denen wird gesagt, daß doch nach Gottes Wort ihr Lohn im Jenseits um so größer sein werde! — Das ist das Sonderbare, daß sich Proletarier immer noch dieser Lehre beugen, statt wie jener die Peitsche zu nehmen und die Händler und Schacherer zum Tempel hinauszujagen (Tosender Beifall), das ist das Sonderbare, daß in diesen armen Proletariern niemals die Mannesseele erwacht und das proletarische Herz zu schlagen anfängt. (Sehr wahr!) Wir tun, trotzdem wir es schwer haben in Oesterreich, was wir tun können, und Euer Beispiel stärkt uns in unserer Kulturarbeit. Von diesem Parteitag wird der Ruf an die Arbeiter hinausgehen, sich der Organisation anzuschließen, und wenn Ihr zwar 900 000 Organisierte habt, aber 4½ Millionen Stimmen, so wird dieser Ruf nicht unnütz sein. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Seitz schließt seine höchst eindrucksvolle und begeisternde Rede mit einer kurzen Besprechung der Teuerung und fordert die deutschen Arbeiter auf, die Wucherzollpolitik zu brechen, denn Deutschland ist der Welt beispielgebend. (Stürmischer Beifall.)

Die dritte Versammlung fand in dem dicht gefüllten Saale des Wintergartens statt.

Genosse Vandervelde,

der Vertreter der belgischen Sozialdemokratie, überbrachte den deutschen Genossen die Grüße der belgischen Arbeiterschaft. Er kennzeichnete die besonderen Verhältnisse, die in der belgischen Politik unter dem Druck der klerikal-reaktionären Regierung eingetreten seien. Ein Mehrstimmenwahlrecht von ausgeprägt reaktionärem Charakter entrechte die Massen der belgischen Arbeiterschaft, wenn auch bei den letzten Wahlen nicht in erster Linie die Arbeiterschaft, sondern das liberale Bürgertum eine Niederlage erlitten habe. Jetzt sei es die größte Aufgabe der Genossen Belgiens, allein oder mit Hilfe der radikalen Elemente des Bürgertums dieses reaktionäre Mehrstimmenwahlrecht zu beseitigen. Wir bereiten in diesem Augenblick **den Generalstreik zur Erreichung des allgemeinen gleichen Stimmrechts** vor. (Bravo!) Seien Sie versichert, daß wir vor diesem ernsten Entschluß sehr wohl der Verantwortung uns bewußt gewesen sind, die wir damit übernehmen. Wir wissen, daß sogar in der Regierung eine Mehrheit gegen das bestehende Wahlrecht vorhanden ist, es gibt aber auch auf der anderen Seite Gruppen, die am liebsten die Arbeiterbewegung in einem Blutbade ersticken lassen möchten. Wir hoffen, daß unsere Arbeiterschaft Diplomatie genug besitzen wird, um zu warten, bis die Partei den Kampf gebietet und nicht, wenn es den Machthabern paßt. Wir stehen seit Jahren in einem ununterbrochenen Kampf mit der Reaktion und wir sind jetzt gezwungen, zu außerparlamentarischen Mitteln zu greifen. Damit arbeiten wir nicht nur für die Entwicklung des Sozialismus, sondern für die Befreiung der ganzen Nation. Wir sind so weit gekommen, zu sagen, die Niederlage bei einem Generalstreik würden wir den augenblicklichen Zuständen in unserem Lande vorziehen! Es lebe die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Rauschender Beifall.)

Genosse Branting,

der Vertreter der schwedischen Sozialdemokraten, sprach nicht nur im Namen seiner engeren Landsleute, sondern der Parteigenossen der drei skandinavischen Länder seine Grüße und Glückwünsche den deutschen Genossen aus. Die Sozialdemokratie habe in allen Ländern dieselben Grundsätze, weil in allen Ländern die Arbeiterschaft in derselben Weise von der Reaktion und dem Kapitalismus bedrängt werde. Freilich würden durch die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern auch die taktischen Grundsätze der Partei bestimmt. Deshalb sei auch die schwedische Partei genötigt gewesen, im Wahlkampf eine politische Verbindung mit den bürgerlich-radikalen Elementen einzugehen. Durch diese vorübergehende politische Verbindung werde aber in keiner Weise eine Schwächung der Erkenntnis des Klassengegensatzes zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie herbeigeführt. Genosse Branting erinnerte dann an den gewaltigen Generalstreik der schwedischen Gewerkschaften von 1909 und er dankte bei dieser Gelegenheit besonders herzlich den deutschen Genossen für die reiche moralische und materielle Unterstützung, die sie ihren kämpfenden Brüdern in Schweden hätten zuteil werden lassen. Bei dem Wahlkampf von 1911, der in Schweden zum ersten Male unter dem auf dem Papier stehenden allgemeinen Stimmrecht ausgekämpft worden sei, habe die schwedische Arbeiterschaft ihre Quittung erteilt denjenigen, die bei dem Generalstreik von 1909 ihr feindselig gegenüberstanden. Trotz aller ungünstigen Bestimmungen des neuen Wahlrechts sei es gelungen, **64 sozialdemokratische Abgeordnete** in die Zweite Kammer zu bringen. (Bravo!) Auch die Gewerkschaftsbewegung, die nach dem großen Kampfe etwas gehemmt war, sei jetzt wieder in rüstigem Vorwärtsschreiten begriffen und in der Partei arbeiteten Industriearbeiter und Bauern Hand in Hand gegen die kapitalistische Reaktion. Wir kämpfen in allen Ländern Hand in Hand, wenn auch die Kriegsgerüchte hin- und herflattern. Die Brüderschaft der Arbeiter ist unerschütterlich. Es lebe hoch die Internationale! (Begeistert stimmten die versammelten Genossen in das Hoch ein.)

Als letzter Redner sprach

Genosse Dr. Frank,

der mit stürmischem Jubel von den Versammelten empfangen wurde. Wir haben zwei Vertreter zweier Länder gehört, die uns in mehr als einer Hinsicht Gelegenheit zum lernen geben. Wir müssen uns nämlich in Deutschland davor hüten, durch die vielen Liebenswürdigkeiten der ausländischen Freunde ein bißchen Größenwahn zu bekommen (Heiterkeit). Genosse Vandervelde klagte über die belgische Regierung. Vielleicht wird es seinen Mut stärken, wenn er hört, daß die klerikale Regierung seines Landes keineswegs die schlechteste ist. Ich will sie nicht loben, aber so schlecht wie die deutsche Regierung kann sie nicht sein (Beifall). In den Bauernhäusern meiner Heimat, des Schwarzwaldes, hängt an der Wand oftmals die Darstellung eines Pferdes, auf dem alle Pferdekrankheiten angezeichnet sind. Wenn ich so ein Bild sehe, muß ich immer an die Regierung und den deutschen Reichskanzler denken. Er ist politisch blind, denn sonst müßte er sehen, wie durch die wucherische Wirtschaftspolitik die Ernährungsmöglichkeit des Volkes immer mehr herabgedrückt wird. Er ist auch politisch taub, sonst müßte er hören, was die Millionen ausgebeuteter Arbeiter gegen diese Ausbeutung für Klagen erheben. Er ist auch stumm. Unsere Reichstagsfraktion hat einen Brief an den Kanzler gerichtet, er solle den Reichstag einberufen, damit durch Oeffnung der Grenzen und andere Maßnahmen die Not gelindert werde. Bis zum heutigen Tage haben wir keine Antwort. Er hat auf diesen Brief ebensowenig geantwortet, wie auf die vier Millionen Briefe, die ihn bei den letzten Wahlen in Gestalt sozialdemokratischer Stimmzettel über die Empörung des Volkes unterrichtet hatten. Der Reichskanzler schweigt, der stumme Kanzler. Lahm ist er auch, denn er rührt keine Hand und regt keinen Finger, um der Not des Volkes zu steuern. Ich komme also zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung, der deutsche Reichskanzler so ziemlich alle politischen Roßmängel hat, die es überhaupt gibt. (Beifall und Heiterkeit.) Wir sind auch insofern übler daran, als die belgischen Genossen, als bei uns eine reaktionäre Regierung noch nicht dadurch hinweggefegt wird, daß sich die Mehrheit des Volkes bei den Wahlen gegen sie erklärt. Bei uns kann das Volk in seiner überwältigenden Masse zum Ausdruck bringen, daß die Regierung nichts taugt; die lange Exzellenz bleibt trotzdem auf dem Posten. In Deutschland regiert eben nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille eines einzelnen Menschen, der Wille des Kaisers. Deshalb mögen die belgischen Brüder mit Neid auf unser Wahlrecht schauen, wir schauen umgekehrt mit Neid darauf, daß wenigstens ihre Regierungsmethode ein ganz Teil moderner und menschenwürdiger ist als unser Zustand in Deutschland. Der Bundesrat ist zurzeit, wo alles auf Taten der Regierung wartet, nicht beieinander. Er wird vielleicht den Beschluß fassen, die Grenzen zu öffnen, aber nicht für ausländisches Fleisch, sondern für die geliebten Jesuiten. Wir haben keine Angst vor ihnen, aber eine Regierung, die ihre Pflicht kennt, müßte in diesem Moment andere Sorgen haben. (Beifall.) Man weiß in der Regierung wohl, daß die drückende Not zu vielen Arbeitskämpfen führen wird, und deshalb geht man mit der Absicht um, das jetzt schon bestehende **Ausnahmerecht für die Streikbrecher** weiter zuungunsten der Arbeiterschaft zu verschärfen. Da kann nur geholfen werden, wenn wir nach dem Muster der ausländischen Bruderorganisationen alle Kräfte der Arbeiterschaft zusammenfassen. Keiner von uns glaubt, daß mit den 110 Roten die Kämpfe beendet sind, nein, die **Kämpfe beginnen** erst. (Sehr richtig!) So lange es in Deutschland eine Industrie gibt, gibt es eine Sozialdemokratie, und so lange es eine Sozialdemokratie gibt, so lange sich die deutsche Arbeiterschaft nicht niederducken, so lange bleibt sie fest und aufrecht auf ihrem Wege zu Sonne, Licht und Freiheit. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Grundke schloß dann die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie.

In der Feldschlößchenbrauerei in Kappel, wohin sich die Scharen derer gewandt hatten, die in den ursprünglich in Aussicht genommenen Sälen keinen Einlaß mehr gefunden hatten, sprach als erster Redner das Pariser Gemeinderatsmitglied

Marcel Cachin.

Er begann mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß er die Sprache Goethes nicht sprechen könne. Der Gott der Christen, der einst zur Pfingstzeit den Geist der Apostel erleuchtete und ihre Zungen in allen Sprachen der Welt sprechen ließ, tut heute keine solchen Wunder mehr (Heiterkeit) und besonders nicht zugunsten der Sozialdemokraten (erneute Heiterkeit), aber wenn auch die Sprache verschieden sei, so sei doch gleich der Gedanke, der alle heute beseelt. Ueber die Grenzen hinaus begeistert ein Ideal den Proletarier der Gegenwart. Mit Freude überbringe er die Grüße der französischen Arbeiter. Trotz einer langsameren Entwicklung marschiert auch die französische Sektion der Internationale, und wie Ihr, sind wir des endgültigen Triumphes sicher. Besonders im gegenwärtigen Augeblick gedeiht der Sozialismus in Frankreich und bemüht sich, praktisch und positiv zu werden, ohne seine Kraft und seinen ererbten Elan zu verlieren. Wir zählen eine Million Wähler und in den letzten Monaten haben wir die Rathäuser einiger der größten Industriestädte Frankreichs erobert. Unser Zentralorgan „l'Humanité" breitet sich aus und ebenso wächst die Gesamtorganisation der Partei. Mit leidenschaftlichem Interesse verfolgen wir den Fortschritt der sozialistischen Bewegung in Deutschland. Die begeisterte Freude über Eure Siege, sie klingt in unseren Herzen wieder. Wie fern ist die Zeit, wo nach dem Worte Heinrich Heines Deutschland unter der Hut von 40 Monarchen sanft schlief! Heute ist es aufgewacht, wenn es jemals geschlafen hat. Unsere Bewunderung für Eure organisierte Kraft, die ihren Weg zum Ziel mit der heiteren Gewißheit einer Naturkraft geht, ist außerordentlich. Euer Ziel ist das unsere. Das bekräftigen wir immer aufs neue gegenüber den Lügen der Bourgeoisie. Wie Ihr, wollen wir der Ausbeutung des Menschengeschlechts durch die Expropriation der Kapitalisten ein Ende bereiten und allen wiedergeben was ihnen von einigen genommen wurde.

Wie Ihr denken wir, daß **der Friede heute notwendiger als je** ist um die Kultur der Arbeiterschaft zu entwickeln, darum hören auch wir nicht auf, gegen den Wahnsinn unserer Chauvinisten zu protestieren, gegen die Begehrlichkeit unserer Kolonialschwärmer anzukämpfen, die genau wie die Euren davon träumen, die Völker in blutige Kriege hineinzuhetzen. Wir sind entschlossen, morgen noch mehr und noch besseres für den Frieden zu tun, die internationalen Zusammenkünfte unserer Vorkämpfer immer häufiger zu veranstalten, die sozialistische Propaganda in die Kreise der proletarischen Jugend hineinzutragen, unsere Aktion gegen jede Kriegsgefahr zu verschärfen und zu verstärken.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Eröffnung des Chemnitzer Parteitages bevorsteht, halten wir Heerschau über die Armee des Friedens, die sich hier vereinigt, um die höhere Zivilisation von morgen vorzubereiten, während

Euer Kaiser, während unsere Generäle Parade abhalten über die Truppen, die die Bourgeoisie ausrüstet, um Mord und Zerstörung in die Länder zu tragen, gehen wir Sozialisten geraden Wegs auf unser Ziel zu, ohne uns durch irgend ein Hindernis schrecken zu lassen, auf das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Brüderlichkeit unter den Völkern. Im Namen des Paris der Kommune, im Namen der französischen Sektion der Internationale der Arbeit grüße ich Euch, sächsische Genossen aus dem roten Königreich. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie, immer mächtiger und immer siegreicher. (Stürmischer Beifall.)

Nach der Uebersetzung durch den Genossen Heilmann-Chemnitz erhält das Wort Reichstagsabgeordneter

Robert Schmidt-Berlin,

als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Er versichert den französischen Kameraden, daß auch die deutschen Arbeiter eingesehen haben, daß ausschließlich die Bourgeoisie an Krieg und Eroberung interessiert sei. Er gibt einen Ueberblick über die großen Erfolge der Sozialdemokratie in Deutschland im letzten Jahre und über die neuen Anstrengungen der Gegner der Arbeiterklasse, die Zuchthausgesetzpropaganda und die herrschende Teuerung. Mit scharfen Worten geißelt er die deutsche Justiz und erinnert an das Bild der Madonna mit dem Kinde von Bochum, das Bild der Bergarbeiterfrauen, die „man mit dem Säugling an der Brust ins Gefängnis geworfen habe, weil sie in berechtigtem Zorn über Verrat und Streikbruch ein rasches Wort hingeworfen hatten. Er fordert von den Arbeitern die Anstrengung aller Kräfte, um zu verhindern, daß die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung durch neue Ausnahmegesetze geschädigt werde und die Verwirklichung des Sozialismus zu erreichen.

Mit einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden König-Chemnitz-Süd und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie erreicht die Demonstrationsversammlung ihr Ende.

(Schluß gegen 1 Uhr mittag.)

* * *

Die Eröffnung des Parteitages.

Die Vorversammlung.

In dem Vorort Altendorf erhebt sich das gewaltige Gebäude der Sporthalle. Hier wird der Chemnitzer Parteitag feierlich eröffnet. Das erinnert an den Nürnberger Parteitag, der in der imposanten städtischen Festhalle im Luitpoldheim im äußersten Süden der alten Reichsstadt seinen Anfang genommen hatte. Und auch in der sächsischen Weberstadt drängen sich die Massen in ungeheurem Ansturm gegen die Sporthalle, die zwar 7000 Menschen faßt, aber natürlich lange nicht all den vielen, die Eingang finden wollen, Zutritt gewähren kann.

Die riesige Halle ist geschmackvoll ausgeschmückt. An den Wänden und an der Decke Fahnen und Embleme. Der Haupteingang ist in den Farben der Stadt Chemnitz, blau und gelb, gehalten, und ein großes leuchtendes Bild zeigt das Emporsteigen der Morgensonne. Die Halle wird beherrscht von der 4 Meter hohen Rednertribüne, die ein Baldachin überdeckt. Die Brüstung der Rednerestrade ist auf dunkelgrünem Grunde rot drapiert. Rote und weiße Farben geben dem Ganzen eine würdige Umrahmung. Neben der Rednertribüne grüßt das Chemnitzer Parteibanner: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" Gegenüber steht in mächtiger Fraktur die alte Parole der Unterdrückten: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Kernige Sprüche zieren die Wände. Im Saal sind die Gewerkschaftsbanner verteilt und die Sinnbilder der Handwerke.

Die Halle, deren einfache, aber imposante Konturen durch Glühlampenketten markiert in die Nacht hinausleuchten, macht bei Eröffnung des Parteitages einen wundervollen Eindruck. Dicht gedrängt, aber trotzdem in wohlgeordneten Reihen sitzen über 7000 Parteigenossen und Genossinnen in dem Riesenraum, in dem nur die vorgeschriebenen nicht allzu breiten Gänge zwischen den Tischreihen und an den Wänden rings herum freibleiben. Plötzlich entsteht in der gewaltigen Masse eine rasch wachsende Bewegung. Alles erhebt sich, aller Augen richten sich nach dem einen Eingang, durch den der greise Führer der Partei, Genosse **Bebel**, den Saal betritt. Tosender Beifall und begeistert wiederholte Hochrufe begrüßen ihn. Aber auch die Vertreter der ausländischen Bruderparteien, die zum Teil den deutschen Parteigenossen gut bekannt sind, werden herzlich begrüßt. Es sind die Genossen Skaret- und Seitz-Wien für die österreichische Gesamtpartei, Buchinger- und Weltner-Budapest für Ungarn, De Brouckère- und Vandersmissen-Brüssel für Belgien, Schweden hat den Genossen Branting entsandt, Großbritanien unseren Quelch, aus Frankreich sind der Pariser Gemeinderat Marcel Cachin und der Kammerdeputierte Rouanet, von der russischen Emigration unser alter Genosse Axelrod-Zürich erschienen, auch Genosse Trotzky ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie Böhmens wird durch den Abg. Hillebrand-Karlsbad und den Landesparteisekretär Cermak-Teplitz und die Wiener Parteiorganisation durch den Genossen Pirkebner vertreten. Die junge zentralistische tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei hat den alten Bergarbeiterabgeordneten Cingr und den Genossen Viktor Stein-Wien delegiert. Zu dem Parteitag sind über 500 Delegierte erschienen. Der Parteivorstand ist vollzählig, die Reichstagsfraktion zum größten Teil anwesend.

Männergesang eröffnet weihevoll die diesjährige Tagung der deutschen Arbeiterpartei. 600 Sänger haben auf einer Tribüne, die die ganze eine Schmalseite ausfüllt, Aufstellung genommen und meisterhaft bringen sie drei preisgekrönte Chöre zum Vortrag. Dann besteigt der Vorsitzende der Parteiorganisation des Wahlkreises Chemnitz, Genosse Müller, die Rednertribüne, um nach traditioneller Uebung die Delegierten des Proletariats des ganzen Reiches willkommen zu heißen und eine Skizze der Parteientwickelung in Chemnitz und dem Erzgebirge zu geben.

Genosse Müller:

Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, die Sendboten des deutschen Proletariats in Chemnitz willkommen zu heißen. Spät kamen die Vertreter der Arbeiterklasse nach Chemnitz, doch sie kamen, und die Freude der Arbeiter ist um so größer.

Als wir Sie in Jena einluden, zu uns zu kommen, waren wir der optimistischen Auffassung, Sie in dem größten Chemnitzer Lokal begrüßen zu können. Aber wir hatten die Entwickelungsfähigkeit eines Teiles des Bürgertums überschätzt, der Kaufmännische Verein, dem das Lokal gehört, lehnte die Aufnahme des Arbeiterparlamentes ab. Der Wunsch der Leute, die die Saalabtreibung inszenieren, um uns zu schädigen, ist wie immer nicht in Erfüllung gegangen, die Herrschaften haben sich ins eigene Fleisch geschnitten. Wir sind überzeugt, daß Sie sich auch in den nunmehr gemieteten Räumen, die hell und groß sind, wohl fühlen werden.

Chemnitz, die Stadt der Arbeit nennt man sie, ist eine Stadt des Proletariats, in der über 120 000 Menschen im Dienste des Kapitals stehen. Wenn je ein Parteitagsort darauf Anspruch machen konnte, historischer Boden für die Arbeiterbewegung zu sein, dann Chemnitz nicht in letzter Linie. Hier hat sich ein gewaltiges Stück Arbeitergeschichte abgespielt.

Im März 1848 forderten Rat und Stadtverordnete in einer Adresse an den König in ziemlich kräftigem Tone Preßfreiheit und eine wahre Volksvertretung. Der heutige Rat und die aus einem jämmerlichen Wahlrecht hervorgegangene Stadtverordnetenversammlung würden sich zu einer solchen Entschiedenheit nicht entschließen. Die sind aus anderem Holze geschnitzt. Wenn z. B. die „Volksstimme" sich in Entrüstung dagegen wendet, daß der Bürgermeister in der Stadtverordnetensitzung gegen die Sozialdemokratie und auf Grund des bekannten Reichsverbandsmaterials Angriffe richtet, dann läuft der Rat der Stadt zum Kadi und verhilft einem Bürger der Stadt zu 4 Monaten Gefängnis.

Chemnitz und seine Umgebung haben der Sozialdemokratie zu der ersten parlamentarischen Vertretung verholfen. Von dieser Zeit nahm die Arbeiterbewegung im Chemnitzer Kreise einen glänzenden Aufschwung. Anfang 1870 legte Försterling, der 1867 in den Norddeutschen Reichstag gewählt worden war, das Mandat nieder. Die Einheit der Chemnitzer Arbeiterbewegung war geschaffen und mit Recht konnte Theodor York 1871 sagen, daß es in Chmnitz weder Eisenacher noch Lassalleaner gäbe, sondern nur Sozialdemokraten. (Beifall.) Im Juli 1870 kam die erste Sächsische Landeskonferenz der Eisenacher Partei in Chemnitz zusammen, in der u. a. eine geharnischte Resolution gegen den Krieg gefaßt wurde. Auch nach dem siegreichen Verlauf des Krieges gaben die Chemnitzer Arbeiter einen trefflichen Beweis ihrer prinzipiellen Aufklärung über den Imperialismus. Das nahm die Bourgeoisie als willkommenen Anlaß, eine chauvinistische Verhetzung hervorzurufen, doch dieser Versuch schlug fehl. Eine große Versammlung beschloß eine Vertrauenskundgebung für die sozialdemokratischen Vertreter und erteilte ihnen die Ermächtigung, im Namen der Chemnitzer Arbeiter zu sprechen, da diese durch die Mandatsniederlegung Försterlings ohne Vertretung waren.

Zu Beginn des Jahres 1871 schufen sich die Chemnitzer Arbeiter in der „Freien Presse" ein Organ, das mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Mit der Hilfe des Rechtsanwalts Otto Freytag in Leipzig gelang es, das Blatt über Wasser zu halten und eine kleine Druckerei zu errichten, so daß die „Freie Presse" zum Aerger der Spießer weiter erscheinen konnte. Die Reaktionäre gaben natürlich den Kampf nicht auf, in dem sie Polizei und Justiz unterstützten. An Anklagen fehlte es nicht und an Strafen selbstverständlich auch nicht. Nach ungefähr einem halben Jahre konnten die ersten Redakteure, Becker und Lyser, schon über 8 Monate Gefängnis quittieren. Am 5. Juli 1871 war die Redaktion ganz verwaist. Im selben Jahre kam Johann Most zu uns, dessen agitatorische Kraft den Chemnitzer Arbeitern unvergeßlich blieb. Aufs engste waren die Geschicke der Chemnitzer Arbeiterbewegung bis zum Sozialistengesetz mit Most verknüpft.

Im Jahre 1872 übernahm Julius Vahlteich die Leitung der „Freien Presse", die sich unter seiner Leitung so gut entwickelte, daß 1877 sogar einmal ein Ueberschuß von 800 M. zu verzeichnen war. Es würde zu weit führen, wollte ich alle Einzelheiten in der Geschichte der „Freien Presse", die ein Stück der Arbeiterbewegung selbst ist, hier besprechen. Erwähnt sei nur noch, daß auch Max Kegel, der Dichter des Proletariats, 5 Jahre in der Redaktion des Blattes tätig war, noch viele andere Führer der Arbeiterbewegung haben hier gewirkt oder sind aus dem Chemnitzer Bezirk hervorgegangen. (Lebhafter Beifall.)

Das Ausnahmegesetz vernichtete mit einem Schlage, was sich die Chemnitzer Arbeiter unter großen Opfern geschaffen hatten, doch den Mut ließen sie deshalb nicht sinken. Sie arbeiteten unerschrocken weiter, sie ertrugen alle Verfolgungen.

Nach dem Fall des Schandgesetzes setzte die Arbeiterbewegung in Chemnitz wieder kräftig ein, bald wurde der Funken, der unter der Asche glimmte, zur hellen Lohe. Das 1887 verlorene Reichstagsmandat wurde glänzend wiedergeholt und dauernder Besitzstand der Partei. (Bravo!) Die schon in den Jahren des Ausnahmegesetzes eroberten Landtagswahlkreise wurden selbstverständlich behauptet, bis die in Sachsen eingeführte preußische Dreiklassenschmach die sozialdemokratischen Vertreter aus der sächsischen Landstube entfernte. Was Polizei, Gerichte, Verwaltungsbehörden auch unternahmen, sie vermochten die Chemnitzer Arbeiterschaft auf ihrem Siegeszuge nicht aufzuhalten. Zu welchen Leistungen die Polizei sich verstieg, mögen Sie daran erkennen, daß 1895 der Vorsitzende des Metallarbeitervereins aufgelöst wurde. (Heiterkeit.) Das gleiche Schicksal widerfuhr dem Vertrauensmann der Partei. Ebenso ging es noch anderen Parteigenossen, die Auflösung ist ihnen gut bekommen, sie sind meist heute noch unter uns und leisten treue Dienste im Kampfe gegen unsere Gegner.

Je mehr die politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter schikaniert wurde, um so mehr wuchs sie heran. Heute besitzt die Chemnitzer Arbeiterschaft ein Zeitungsunternehmen in einem stolzen Druckereigebäude, 60 000 Abonnenten mustert die „Volksstimme", der Wahlverein hat 14 000 Mitglieder, die Gewerkschaften zählen 40 000 Mitglieder. Eine starke Genossenschaft ist vorhanden, ein eigenes Heim ist im „Volkshause" geschaffen. (Bravorufe.) Das alles sind Beweise hierfür, daß die Chemnitzer Arbeiterschaft auf dem Posten ist und zu kämpfen weiß. Ueber den 7 Reichstagswahlkreisen und 12 Landtagswahlkreisen des Chemnitzer Bezirks flattert das rote Banner, und in den Gemeinden arbeiten viele Sozialdemokraten. Wenn auch in das Chemnitzer Stadtparlament durch das elende Berufswahlrecht nur wenige Arbeitervertreter hineinkommen können: ihr Einfluß macht sich trotzdem geltend, und dem Ansturm der Arbeiter wird auch das Stadthaus nicht lange mehr widerstehen können. Mit Stolz kann die Chemnitzer und erzgebirgische Arbeiterschaft auf das Erreichte blicken. (Zustimmung.) Die Reaktion ist eifrig an der Arbeit, das arbeitende Volk soll nach ihren Wünschen rechtlos gemacht werden, Attentate gegen das Koalitionsrecht werden geschmiedet, während das Volk von schwerer Teuerung heimgesucht wird. Daß der Chemnitzer Parteitag die für den Kampf nötigen Waffen schärfen und neue hinzufügen möge, das ist der innigste Wunsch der Chemnitzer und der erzgebirgischen Arbeiter. Glückauf zur Arbeit, Genossen und Genossinnen, ich heiße Sie nochmals im Namen der Parteigenossen des 16. Kreises willkommen. (Langanhaltender Beifall.)

Es ergreift nun das Wort der Vorsitzende des Parteivorstandes

Haase:

Parteigenossen! Genosse Bebel, der schon seit mehreren Tagen hier in Chemnitz weilt, während dieser Zeit mit bewundernswerter Frische und Arbeitskraft eine anstrengende Tätigkeit im Dienste der Partei entwickelt hat, und auch an den Verhandlungen des Parteitages teilnehmen wird, ist zu seinem eigenen Bedauern nicht in der Lage, heute hier die Eröffnungsrede zu halten. Wir mußten uns überzeugen, daß diese Kraftleistung ihm nicht zuzumuten war und so haben wir uns, wenn auch schweren Herzens, darin gefügt, ihn heute hier nicht zu hören. Hier nicht in Chemnitz, mit dem ihn Erinnerungen aller Art verbinden, hier nicht in Chemnitz, einer der ältesten Städte der modernen Arbeiterbewegung. Hier hat er 1866 die sächsische Volkspartei gegründet und ein Programm entworfen, das bei Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1869 wesentlich zur Grundlage ihres Programms gemacht wurde. Hier hat er mit leidenschaftlicher Glut die Lassalleaner bekämpft und nach Beendigung des Bruderkampfes mit ihnen am 18. September 1869 eine Versammlung abgehalten, die er selbst als eine der schönsten bezeichnet, die er erlebt hat. Hier in Chemnitz hat er auch jenen denkwürdigen Prozeß durchgemacht mit Auer, Dietz, Frohme, Ulrich u. a. Jenen denkwürdigen Prozeß, in dem die Regierung versuchte, die sozialdemokratische Partei als eine Geheimpartei auf Grund des Strafgesetzbuches zu vernichten. Haben wir vom Genossen Müller vorher gehört, wie hart, wie rigoros die Klassenjustiz hier in Chemnitz ist, damals zeigte sie den Angeklagten ein freundliches Gesicht. Die Genossen Bebel und Auer verstanden es, die Richter davon zu überzeugen, daß die aufgebaute Anklage eine ungeheuerliche war, und sie wurden freigesprochen. Freilich genossen sie nur einen vorübergehenden Triumph, denn nachdem das Reichsgericht, an welches sich die Staatsanwaltschaft gewandt hatte, dieses Urteil aufgehoben und den Richtern in Freiburg, an welche die Sache zur Verhandlung überwiesen wurde, den Weg gezeigt hatte, wie das Strafgesetzbuch auch gegen die Partei angewendet werden könne, erfolgte dort die harte Verurteilung.

Parteigenossen! Wie hat sich seit dem Jahre 1866 Chemnitz verändert, wie hat sich seit 1869 die Parteibewegung hier entwickelt. Freilich ist das für uns eine Erscheinung, die wir ohne weiteres erwartet haben, wenn auch die Aelteren sich nicht eine Vorstellung davon machen konnten, in welchem Umfange, in welcher Art im einzelnen die Vorwärtsbewegung sich vollziehen würde, denn die Industrie erzeugt das klassenbewußte Proletariat und mit ihrem Wachstum vermehrt sich die Sozialdemokratie. Seit 1890 ist das Chemnitzer Reichstagsmandat ununterbrochen im Besitz der Partei und wir wissen, nichts kann mehr dieses Mandat den Chemnitzer Sozialdemokraten entreißen. Im ganzen Königreich Sachsen sind die Fortschritte der Partei glänzende. Haben wir es doch in diesem Jahre erlebt, daß in sämtlichen 23 sächsischen Wahlkreisen eine größere Stimmenzahl für uns aufgebracht wurde, als selbst im Jahre 1903. Und das, obwohl die bürgerlichen Gegner überall mit einer Energie den Wahlkampf führten, wie man das früher nicht gekannt hat. Haben sich doch vielfach bis 90 Proz. aller Wahlberechtigten an dem Kampfe beteiligt. Parteigenossen! Bis auf drei Wahlkreise hat die Sozialdemokratie sämtliche Wahlkreise erobert, und wenn noch nicht die letzten Burgen des Kapitalismus gefallen sind, so lag das wahrlich nicht an fehlendem Kampfeifer und fehlender Entschlossenheit unserer Freunde, sondern lediglich an der sozialen Struktur dieser Kreise. Aber wir zweifeln nicht daran, daß einmal, unterstützt durch die wirtschaftliche Entwickelung, aber dann auch unter den wuchtigen Hieben der immer stärker ausgebauten Organisationen, schließlich auch diese Kreise der Sozialdemokratie anheimfallen werden. (Beifall.) Die Entwickelung des Kapitalismus führt uns immer neue Scharen zu, und die herrschenden Klassen regieren, als ob sie mit Blindheit geschlagen wären, so daß immer mehr und mehr uns Fernstehenden die Augen geöffnet werden für die Schäden, die die herrschende Gesellschaftsordnung in sich birgt und für ihre Tendenz zur immer größer werdenden Verelendung der Massen. Nur der Zusammenschluß aller derjenigen, die unter diesem furchtbaren System leiden, macht es möglich, daß durch diesen Kapitalismus die Kultur nicht vollständig vernichtet wird.

Weil die Regierungen uns so wirksam unterstützen und namentlich in den letzten Jahren alles getan haben, was dazu führen mußte, das Volk mit Erbitterung zu erfüllen, so war zu erwarten, daß bei der Reichstagswahl in diesem Jahre unser Hafer blühen würde. Parteigenossen! Sie wissen, daß die Früchte, die wir gesammelt haben, wohl größer und prächtiger ausgefallen sind, als die meisten von uns erwartet haben. Ueber vier Millionen Stimmen sind für uns abgegeben worden. Der Anteil unserer Stimmen hat sich, soweit die Wahlberechtigten in Frage kommen, von 24 auf 29 Proz. vermehrt. Von den abgegebenen Stimmen haben wir diesmal 34 Proz. auf uns vereinigt. Wir haben eine Stimmensteigerung erlebt von der einen Wahl zur anderen, wie noch niemals, um fast eine Million Stimmen. (Lebhafter Beifall.) 110 Abgeordnete sind in das Reichsparlament eingezogen. Mancher unserer alten erprobten Führer hat uns erzählt, daß sie in der Jugend, als sie selbst mitten im Feuer standen, als der erste Sozialdemokrat in den Reichstag einzog, als sich ein paar andere dazu gesellten, daß sie da gar nicht die Vorstellung hätten haben können, daß einmal dort im Reichstage soviel rote vaterlandslose Gesellen sitzen könnten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Die sozialdemokratische Fraktion hat sich immer weiter ausgedreitet, die Menge der bürgerlichen Linken ist immer mehr und mehr nach rechts, auch äußerlich und räumlich, hingedrängt worden. So hat sich im Reichstag ein Bild entwickelt, daß gerade den Alten, die früher ganz vereinsamt dort waren, im ersten Augenblick als etwas kaum Faßbares erschien. Es hat gar manchen bei uns im Deutschen Reiche gegeben, in unseren Reihen, der infolge dieses glänzenden Sieges erwartete, daß, wenn auch nicht die Burgen des Kapitalismus sofort unter dem wuchtigen Anprall dieser 110 wackeren Männer niedergeschlagen würden, so daß doch wenigstens Gesetze geschaffen würden, die eine wesentliche Erleichterung von den Lasten oder doch eine wesentliche Milderung der Leiden mit sich bringen würden.

Richtig ist das eine, und kann nicht bestritten werden, daß die **Machtposition der Sozialdemokratie sich so erheblich verstärkt** hat, daß die Partei mehr als vorher in der Lage ist, verbrecherische Anschläge gegen die Arbeiterklasse abzuwehren. Aber, Genossen, wir stellen eine Minderheit, und zwar eine immerhin noch recht beträchtliche Minderheit dar, und das erste große Gesetz, das die Regierung dem Reichstage vorlegte, bedeutete nicht eine Erleichterung für das Volk, sondern eine ungeheure Belastung. **Flotten- und Heeresvermehrung** war die Parole, unter der der neue Reichstag versammelt wurde. 40 000 Soldaten wurden mehr eingestellt, über 650 Millionen Mark dem Moloch Militarismus und Marinismus geopfert und alle bürgerlichen Parteien traten auf die Seite der Regierung und bewilligten die Lasten, so daß die Sozialdemokratie allein stand. Und wir müssen uns sagen, daß damit noch nicht das Ende erreicht ist. Einem großen Teil der Bürgerlichen, den industriellen Scharfmachern insbesondere, war diese Flotten- und Militärvorlage viel zu gering, und die Militärs, die ihr Wesen treiben im Flottenverein und im Wehrverein, haben sich lebhaft darüber beklagt, daß die Regierung so bescheiden gewesen ist, daß die Sicherheit des Deutschen Reiches nicht genügend gewährleistet sei, sie haben in Aussicht gestellt, daß bald **neue Forderungen** kommen würden, und, Parteigenossen, das ist sicher, wie daß auf den Morgen der Abend folgt. Die Lasten, die durch diese Wirtschaft auf die breiten Massen gewälzt sind, sind schier unerträglich, das Volk muß schließlich darunter zusammenbrechen und wenn die Steuerschraube auch noch fester angesetzt wird, schließlich gibt es nichts mehr, was man aus dem Volke herauspressen kann. Die Bürgerlichen sehen sich deshalb genötigt, trotz ihrer Abneigung gegen die Steuern, obwohl sie es bisher immer verstanden haben, Heeres- und Flottenvorlagen zu bewilligen, aber die Zahlung den anderen, dem dummen Michel zu überlassen (sehr gut! und Heiterkeit), jetzt doch ernstlich an die Bewilligung einer Besitzsteuer heranzugehen. Wie die Besitzsteuer aussieht, das können wir nach dem Charakter der bürgerlichen Parteien heute schon vermuten, man wird alles tun, um auch bei dieser Gelegenheit noch aus den weniger bemittelten Schichten so viel wie möglich herauszuholen und die reicheren Schultern zu schonen. Wohin führt das? Das kann nur dahin führen, daß die **Erregung gegen dieses Regiment** in immer größere Kreise dringt und daß, weil die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die den Forderungen der Regierung Widerstand entgegensetzt, sie auch von denen, die ihr heute noch fernstehen, angesehen wird als die Partei, um deren Fahne sie sich scharen müssen. (Sehr gut!)

Zu all den Lasten kommt hinzu die **Teuerung der Lebensmittel.** Die Regierung hat seit Jahren versucht, dem Volke einzureden, es sei die Teuerung nur eine vorübergehende Erscheinung. Nun, Genossen, ich glaube, sie wird nicht den Mut haben, auch jetzt noch mit dieser Ausrede zu kommen. Die Teuerung ist eine internationale Erscheinung geworden, freilich bei uns im Deutschen Reich verschärft durch die Zollpolitik, durch das Schutzzollsystem, das als ein volksfeindliches System über unsere Reihen hinaus immer weitere und weitere Kreise der Bevölkerung erkennen müssen. Der Notstand ist so groß, wie nie zuvor, das kann auch die Regierung nicht mehr ableugnen. Aber was tut sie trotz aller Anregungen, die ihr gegeben werden? Nichts. In kühler Ruhe verharrt sie, ja ihre Kundgebungen klingen wie ein **blutiger Hohn auf das darbende und hungernde Volk.** (Sehr richtig!) Parteigenossen! Obwohl von allen Seiten gefordert wird, in erster Linie von uns, von uns sogar in einer Eingabe an den Reichskanzler, daß endlich der Reichstag zusammengerufen werde, um das Fleischbeschaugesetz in denjenigen Bestimmungen abzuändern, welche im wesentlichen die Einfuhr von Fleisch, namentlich von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien hindern, erklärt die Regierung, dazu liege kein Anlaß vor. Sie

habe bei der Industrie Informationen eingeholt und gehört, daß das auch gegenwärtig sehr gut möglich sei. Ja, es mag sein, daß man gefrorene Hammel zur Not auch noch auf der Grundlage unseres Fleischbeschaugesetzes in ganzen oder halben Körpern einführen kann. Aber das ist unmöglich, wie alle Sachverständigen bekunden, bei Rindern, und keine Industrie wird sich darauf einrichten, Fleisch nach Deutschland aus Argentinien und Australien zu importieren, wenn sie nicht die Gewißheit hat, daß nicht nach kurzer Zeit durch schikanöse agrarische Gesetze ihre Einrichtungen vernichtet, ihr Profit geschmälert wird. Wie stark die Erregung ist, das beweist unter anderem ein Telegramm, das eben aus Stuttgart bei uns eingegangen ist. Die Stuttgarter Genossen haben, unterstützt von den weitesten Kreisen des Bürgertums, in einer großen öffentlichen Versammlung Protest erheben wollen gegen die Haltung der Regierung und ihre Forderungen formulieren wollen auf Beseitigung des Notstandes. Da hat der Bürgermeister die Versammlung unter freiem Himmel verboten mit der Begründung, es handle sich hier um eine aktuelle Frage, die nicht nur das Proletariat interessiere, sondern auch das Bürgertum, und es sei anzunehmen, daß solche Scharen an den Platz strömen, daß der Platz sie nicht fassen kann, und daß die Sicherheit und Ordnung dadurch gefährdet wird. (Hört, hört!) Ein Anerkenntnis aus amtlichem Munde, wie die Frage aufwühlt, nicht nur das Proletariat, sondern auch alle Kreise des Mittelstandes. (Sehr wahr!) Und was ist geschehen? Das Telegramm besagt:

Nachdem die Polizei unsere Versammlung unter freiem Himmel gegen die Fleischnot verboten hatte, fand heute mittag gegen den Willen der Polizei eine **Massendemonstration gegen die Teuerung** auf dem Schloßplatz, dem Marktplatz und dem Marienplatz statt. Etwa **12—15 000 Personen** nahmen an der Demonstration teil. Fünf Redner hielten Ansprachen. (Stürmischer Beifall.) Unter Massengesang zogen die Teilnehmer durch die Straßen. Die Demonstration nahm einen ruhigen und wuchtigen Verlauf.

Parteigenossen! Die Regierung benimmt sich bei uns, wie sehr oft in kritischen Zeiten, wie auch in der Vergangenheit die Regierungen gegenüber dem Volke sich benommen haben, sie glaubten mit einer verächtlichen Handbewegung über das Hungern, über die Demonstrationen hinweggehen zu können. Die Regierung hat nichts gelernt aus der Geschichte. (Sehr wahr!) Parteigenossen! **Die Geduld der Masse ist auf eine harte Probe gestellt.** Was die Regierung auch tun wird, schließlich wird das Volk seinen Willen durchsetzen, denn es ist unmöglich, daß Tausende und Abertausende noch länger so darben, ja, daß sie einer Hungersnot entgegengeführt werden (Lebhafte Zustimmung). Während so das Volk leidet, versuchen die Scharfmacher, den Arbeitern die Möglichkeit einzuschränken, aus eigener Kraft die Lebensbedingungen zu verbessern. Schon im Reichstage versuchten die Konservativen, ein **kleines Zuchthausgesetz** zu empfehlen, in einer Resolution ein sogenanntes Arbeitswilligengesetz zu fordern. Mit 273 gegen 62 Stimmen wurde dieser Anschlag zurückgewiesen. Aber wir wären töricht, wenn wir uns in der Hoffnung wiegen wollten, daß damit alle Gefahr vorüber sei, daß dies starke Stimmenverhältnis eine Gewähr dafür biete, daß solche Pläne nicht so leicht im Reichstage wieder auftauchen können. Nein, auch diejenigen, die dagegen gestimmt haben aus bürgerlichem Lager, sind zu einem großen Teil unsichere Kantonisten, sie möchten nicht ein offenkundiges Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, das noch mehr erbittert. Aber auf dem Boden des allgemeinen Rechts, mit Hilfe des allgemeinen Strafgesetzbuches möchte man den Arbeitern neue Fesseln anlegen. Nun, wenn ein solcher Versuch unternommen wird, so wird uns das nicht einschläfern, wir werden vielmehr die Augen offen halten, und das Proletariat wird, wie es die eine Zuchthausvorlage beseitigt hat, hoffentlich auch die Kraft entwickeln, auch neue Versuche dieser Art zu schanden zu machen. (Lebhaftes Bravo.)

Da die Kraft des Proletariats immer stärker wird trotz aller Mittel, die die Regierung zur Bekämpfung anwendet, so versucht man jetzt mit Hilfe der Schule, mit Hilfe der sogenannten Jugendpflege die jungen Arbeiter, den Nachwuchs einzufangen und von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Was haben unsere Gegner früher getan für die Jugend des Proletariats? Haben sie sich jemals um sie gekümmert? Nein, erst mit dem Moment, wo unsere Jugendbewegung anfängt, prächtig zu gedeihen, als die Regierung zu der Ueberzeugung kam, daß immer mehr und mehr junge Seelen erfüllt werden mit der sozialistischen Weltanschauung, da erinnerte man sich der proletarischen Jugend. (Sehr richtig!) All die Verwahrlosung, die der Kapitalismus, der die Frauen von ihren Kindern reißt, der die jungen Leute im frühen Alter in die Fabriken hineintreibt, all diese Verwahrlosung hat die Regierung früher nicht dazu bestimmt, irgend etwas für die Jugend zu tun. Jetzt hat man in Preußen 1 Million, inzwischen weitere 1½ Millionen bewilligt. Aber glauben wirklich die Bürgerlichen, daß diese Wehrvereine der proletarischen Massenbewegung irgend einen Abbruch tun können? Jede Million, die die Regierung für diese Zwecke neu bewilligt, ist ein wuchtiger Ansporn für die Mütter des Proletariats, nun erst recht ihre Kinder zu durchtränken mit dem Geist der sozialistischen Auschauungen. (Lebhafter Beifall.) Der letzte Katholikentag hat geglaubt, daß man die ganze Schule durchdringen müsse mit christlich-katholischem Leben, daß die Schulpolitik auf dies Gebiet geschoben werden müsse, in der Hoffnung, dadurch noch die Schäflein einzufangen. Auch dieser Versuch wird scheitern. Ihm gegenüber stellen wir unser Schulprogramm auf, das darauf hinausläuft, nicht einzufangen durch irgendwelche konfessionellen Schranken die jungen Leute, sondern vielmehr sie zu erziehen zu freien Kämpfern für die Ideale der Menschheit.

Parteigenossen! Ist so die innere Politik wenig erfreulich, so leben wir dauernd jetzt in der Furcht, daß eines Tages die Kriegsfurie durch das Land oder gar durch die ganze zivilisierte Welt rasen könnte. Genossen! Die Rüstungen, die bei uns beschlossen werden, haben zur notwendigen Folge, daß auch die anderen großen Staaten rüsten. Auf die Bewilligung unserer Militär- und Marineforderungen folgte sofort die Marinevorlage in England, folgten Bewilligungen für eine neue Flotte in Rußland, folgte eine Vorlage in Frankreich und eine weitere Vorlage in Oesterreich. Und dieses Rüsten birgt in sich die Gefahr, daß eines Tages die Kanonen, die Torpedos gegeneinander ins Feuer geschickt werden. Auf dem Balkan, fern in der Türkei, dort, wo nach einem Worte Bismarcks nicht einmal die Knochen eines pommerschen Grenadiers irgend geopfert werden sollten, da hat Deutschland inzwischen große wichtige Interessen, wirtschaftliche Interessen gewonnen und es ist mehr als je interessiert an dem Schicksal dieses Landes. Dort auf dem Balkan, da steht es jetzt aus wie in einer einzigen großen Pulverkammer. Ein Funke braucht nur hineinzufliegen und die Explosion ist da und ein Weltkrieg kann entstehen. Zwischen uns und England wird hin und her gehetzt. Die Kriegstreiber sind am Werke, um diese Kulturnationen gegeneinander in den Krieg zu treiben. Die ganze wirtschaftliche Situation bringt an sich schon eine Spannung zwischen jenen Ländern hervor. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, allen denjenigen entgegenzutreten, welche das Mißtrauen noch verstärken, welche die beiden Nationen in den Krieg hineintreiben wollen. Gegenüber dem Chauvinismus, gegenüber dem Kriegsgeschrei ist unsere Parole: **Verständigung zwischen den Kulturnationen, Völkerfriede, Freiheit für alle Völker!** (Stürmischer Beifall.)

Parteigenossen! Der Bischof von Regensburg war es, der das Wort aussprach: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Er hat damit den Arbeitern, die noch jetzt dem Zentrum folgen, klar vor Augen geführt, daß, wenn es nach der Auffassung ihrer Oberen geht, sie dauernd in Knechtschaft verharren sollen. Parteigenossen! Demgegenüber ist unsere Losung: **Fort mit der Knechtschaft,** Befreiung von der Geistesknechtschaft, Befreiung von aller Ausbeutung und Unterdrückung. Es ist kein Zweifel, daß, mag sich auch die ganze bürgerliche Welt gegen uns verschwören, unser Siegeslauf nicht aufgehalten werden kann. Dafür sorgt schon die ökonomische Entwicklung und, Parteigenossen, wir wissen, daß der Tag erscheinen wird, an welchem unter Beseitigung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung in einem sozialistischen Gemeinwesen alle diejenigen Leiden beseitigt sind, welche entspringen aus Unwissenheit und Ausbeutung. (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre den Parteitag für eröffnet.

Auf Vorschlag von Heilmann-Chemnitz werden zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt: Haase (vom Parteivorstand) und Noske-Chemnitz. Die Gewählten nehmen die Wahl mit Dank an.

Auf Vorschlag von Auer-München werden zu Schriftführern gewählt: Brecour-Kiel, Fahrow-Berlin, Frau Baader-Berlin, Dörnke-Hannover, Trinks-Karlsruhe, Schmidt-Stettin, Grohe-Hamburg, Birnkammer-München.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Antrag von Schmitt-München gewählt: Kirch-Ottensen, Blume-Hamburg, Doescher-Elberfeld, Giermann-Nürnberg, Strobel-Mannheim, Lorenz-Reinickendorf, Frau Bollmann-Halberstadt, Scheib-Leipzig, Sänger-München. Die Beschwerdekommission wird, entsprechend dem von Fritsch-Liegnitz erstatteten Vorschlag folgendermaßen zusammengesetzt: Ryssel-Leipzig, P. Hoffmann-Hamburg, Thurow-Neukölln, Dr. Süßheim-Nürnberg, Seel-Mainz, Löbe-Breslau, Müller-München, Limbertz-Düsseldorf, Hörsing-Beuthen.

Vorsitzender Haase: Der Parteitag ist damit konstituiert.

Im Anschluß daran gibt der Vorsitzende Haase folgende Telegramme bekannt:

„Die sozialdemokratische Partei der Schweiz grüßt die deutschen Genossen aufs herzlichste und wünscht ein gutes Gelingen des Parteitages. Wie die sozialdemokratische Partei der Schweiz nach heftigen inneren Kämpfen im letzten Jahre stärker, geschlossener und einiger als je dasteht, so möge auch der deutsche Parteitag trotz aller Verschiedenheit im Temperament und in den taktischen Anschauungen laut bekunden, daß die erste Aufgabe und die vornehmste Pflicht der Sozialdemokratie ist die Hochhaltung der Parteidisziplin, die Wahrung der Einheit und Einheitlichkeit der Partei. In diesem Zeichen werden sich die Sozialdemokraten überall immer und immer wieder finden. Hoch die Solidarität der internationalen Sozialdemokratie. Für die Geschäftsleitung: Studer-Zürich." (Bravo!)

Aus Sophia ist folgendes Telegramm eingegangen: „Die Vereinigte sozialdemokratische Partei Bulgariens, die von Anfang an den deutschen Sozialismus zum Lehrer hatte, sendet den deutschen Brüdern sozialistische Grüße zur ernsten Arbeit. Es lebe der völkerbefreiende Sozialismus. Sakasoff." (Beifall.)

Namens der dänischen Sozialdemokratie telegraphiert Stauning: „Glück zu Ihrer Arbeit! Hoch der Sozialismus!"

Auch die sozialdemokratische Jugend Nordwestböhmens hat aus Dux ein Telegramm gesandt und mehrere Depeschen und von örtlichen Parteiorganisationen aus dem Reiche eingegangen.

Vorsitzender Haase schlägt vor, die alte Geschäftsordnung wieder gelten zu lassen und sie en bloc anzunehmen.

Lipinski-Leipzig: Ich möchte bitten, die Verhandlung hierüber heute zu vertagen. Es ist doch nötig, daß in der Art der Festsetzung unserer Geschäfts- und Tagesordnung eine Aenderung eintritt. Dazu müssen aber erst die Unterlagen beschafft werden und diese Beratung kann auch nicht in so großem Kreise vor sich gehen. Ich bitte also, diesen Teil unserer heutigen Verhandlung auf morgen zu vertagen.

Vorsitzender Haase: Ich würde mich diesem Vorschlag anschließen, glaube aber, daß wir heute sehr gut das Programm unserer Versammlung in diesem Kreise festsetzen können. Wenn Lipinski nachher die Vorschläge hört, die ich zu machen habe, wird er auch dieser Meinung sein. Ich halte es für nötig, heute unsere Arbeit möglichst zu fördern, da wir in den nächsten Tagen viel zu tun haben.

Lipinski hält seinen Antrag aufrecht. Bei der Abstimmung wird der Antrag Lipinski abgelehnt und die alte Geschäftsordnung hierauf en bloc genehmigt.

Vorsitzender Haase: Wir kommen nun zur

Festsetzung der Tagesordnung.

Der Parteivorstand schlägt Ihnen vor, noch zwei Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen und zwar die Lebensmittelteuerung und den Bergarbeiterschutz. (Zustimmung.) Ich höre keinen Widerspruch, Sie sind mit diesem Vorschlage einverstanden. Damit sind die Anträge 26 und 174 erledigt, die ebenfalls dahin gehen, die Teuerung auf diesem Parteitag zu besprechen. Ich schlage weiter vor, die Erörterung über die Lebensmittelteuerung vorzunehmen nach der Erledigung des Berichtes der Kontrollkommission und den Punkt Bergarbeiterschutz zu setzen hinter den Bericht der Reichstagsfraktion. (Der Parteitag ist damit einverstanden.) Es liegt nun noch der Antrag Nr. 1 von Steglitz vor, die bürgerliche Jugendpflege in Deutschland auf die Tagesordnung zu setzen. (Nach Befragung der Versammlung:) Der Antrag ist nicht ausreichend unterstützt. Ebenso findet der von Teltow-Beeskow gestellte Antrag auf Verhandlung der Steuerfrage nicht genügende Unterstützung. Damit ist die Tagesordnung des Parteitages festgestellt. Der Vorsitzende schlägt nun vor, täglich von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr zu tagen.

Lipinski-Leipzig: Es sind eine Reihe von Anregungen in dieser Frage gegeben worden und es erscheint wünschenswert den Delegierten Gelegenheit zu geben, sich über die Frage einer Aenderung der Tagungszeit zu äußern. Aber ich meine, daß es in der gegenwärtigen Situation und da uns jegliches Material zu dieser Frage fehlt, unmöglich ist, eine Aenderung zu treffen. Ich bitte deshalb, die Aenderung der Geschäftszeit erst morgen zu beraten.

Dieser Anregung gibt der Parteitag statt und vertagt sich hierauf auf morgen, Montag, 9 Uhr vormittag.

Schluß der Sitzung ½9 Uhr abends.

Der Rest des Abends wird durch Chöre der Arbeitersänger ausgefüllt.

Witterungsübersicht vom 16. September 1912.

Stationen	Barometer-Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer-Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	758	W	3	heiter	11	Haparanda	751	NO	2	wolkig	9
Hamburg	762	NW	3	wolkenl.	9	Petersburg	750	SO	1	Regen	9
Berlin	760	NW	3	wolkig	8	Scilly	758	NO	1	wolkig	12
Frankf. a. M.	765	NW	1	wolkig	10	Aberdeen	766	SW	1	heiter	11
München	765	W	4	wolkig	8	Paris	768	NNO	1	bedeckt	11
Wien	759	W	5	heiter	10						

Wetterprognose für Dienstag, den 17. September 1912.

Zunächst vielfach heiter, nachts aber kühl, am Tage etwas wärmer bei mäßigen westlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung mit leichtem Regen.

Berliner Wetterbureau.

Kleines Feuilleton.

Die nichtoperative Behandlung der Geschwülste. Ueber dieses wichtige Thema sprach auf der 84. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte, die am Montag in Münster eröffnet wurde, Prof. Czerny aus Heidelberg, der hervorragende Spezialist für Krebsforschung. Professor Czerny betonte, daß er nicht mit leeren Händen erscheine, daß aber ein spezifisches Heilmittel gegen den Krebs bisher immer noch nicht gefunden ist und vielleicht auch niemals gefunden werden wird. Jedes Jahre bringe neue und manchmal, wenigstens nach den Versprechungen der Erfinder, unfehlbare Mittel in dem Kampfe gegen das schreckliche Krebsleiden, allein bei näherer Prüfung bleibt meist wenig davon übrig. Wie wichtig es ist, die Behandlungsmethoden des Krebsleidens zu verbessern, wird schon aus der einen Tatsache ersichtlich, daß jetzt etwa 50 000 Menschen jährlich dieser Krankheit erliegen und daß über 100 000 Krebskranke dauernd unter uns leben. Demgegenüber geschieht von Staats wegen unglaublich wenig, zumal, wenn man bedenkt, wie viele Millionen für die Bekämpfung der Tuberkulose, der Viehseuchen und der Tropenkrankheiten ausgegeben werden. Das läßt sich nur dadurch erklären, daß man bisher glaubte, das einzige Mittel gegen den Krebs sei die operative Behandlung. Aber bei aller Hochschätzung der großen Fortschritte, die diese Behandlungsmethode gemacht hat, lassen ihre Dauerresultate noch sehr viel zu wünschen übrig.

In neuester Zeit hat die Heilung der Geschwülste mittels chemischer Präparate einen neuen wissenschaftlichen Anstoß durch das Tierexperiment bekommen. Da längst bekannt ist, daß Krebse und Sarkome sich mit Vorliebe auf dem Wege des Blutkreislaufes im Körper verbreiten, lag der Gedanke nahe, die Gewülste lieber auf dem Wege von den Blutbahnen aus, als durch den Magen und Darm anzugreifen. Prof. Wassermann und Kayser haben in die Schwanzvene von tumorkranken Mäusen eine Kombination von Selen-Eosin eingespritzt und gezeigt, daß die Metallsalze bis in die Zellkerne der Geschwülste eindringen. Vorläufig liegt bei diesen interessanten Versuchen die toxische (tötende) noch zu nahe der therapeutischen (heilenden) Dosis, so daß man sie noch nicht auf den kranken Menschen zu übertragen gewagt hat. Interessant ist, daß Neuberg und Caspari besonders schöne Wirkungen mit Verbindungen von Kupfer und Zinn beobachtet haben. In etwas anderer Richtung bewegen sich die Versuche von Dr. Richard Werner mit Cholinsalzen. Es ist ihm gelungen, Cholinverbindungen herzustellen, die haltbar, wenig giftig und doch therapeutisch wirksam sind. Die an sich sehr alte Arsentherapie hat neuerdings durch die Einführung des Ehrlichschen Salvarsans einen neuen Aufschwung erfahren. Ehrlich hat dem Vortragenden mitgeteilt, daß vielleicht das Neosalvarsan für die Behandlung offener Geschwüre Vorteil haben könnte. Neben diesen Heilverfahren spielt heute die Strahlentherapie ebenfalls eine Rolle, die Bestrahlung schützt jedoch nicht vor Rückfällen. Natürlich bedürfen alle geschilderten Methoden noch sehr der Ausbildung, ehe sie an die Stelle der durch tausendfältige Erfahrungen festbegründeten operativen Beseitigung der Geschwülste treten können. Czerny bespricht dann die beobachteten Schädigungen nach der Anwendung des Messers und zeigt, wie man diese Schäden durch die Entfernung mit hochgespannter Elektrizität beseitigen kann. Aber je mehr Mittel vorhanden sind, um so schwieriger ist es, die richtige Indikation und ihre Anwendung zu finden. Die Prüfung auf ihren Wert erfordert eigene Krebsinstitute, wie ein solches bereits in Heidelberg besteht. Freilich reicht die Zahl der Forschungsinstitute lange nicht aus, und es wäre zu begrüßen, wenn die hochzivilisierten Nationen England und Deutschland sich einmal dazu entschlössen, je einen Dreadnought weniger zu bauen und die dafür ersparten 40 Millionen für 40 Krebsinstitute im Lande auszugeben.

Theater.

Freie Volksbühne (im Residenztheater): „Francillon" von Alexander Dumas Sohn. Da, wo Francine durch ihre Freundin Therese überlistet, das heißt zum Geständnis ihrer Unschuld gebracht wird, liegt die Achillesferse dieses sonst als klassisch anzusprechenden Schauspiels, in dem wohl zum ersten Male gewisse soziale Menschenrechte der Frau in der neuzeitlichen Gesellschaft diskutiert werden. Und an jenem Punkt schlägt auch der mit glaubwürdigem Ernst operierende Dramatiker um in einen theatralischen Faiseur, dem es plötzlich Vergnügen bereitet, das Publikum zu verblüffen und seine Heldin als besiegt durch eignen Wesens Schwäche von der Bühne abtreten zu lassen. Ein höchst geistreich auf seine sichere Wirkung berechneter, obzwar der inneren Wahrscheinlichkeit entratender Trick eines virtuosen Bühnentechnikers ist das in jedem Falle. Der Vertreterin Francines kann diese Umkehrung gefährlich werden, wenn ihr keine blendenden Darstellungsmittel zu Gebote stehen, wie eben einer Maria Reisenhofer. Ihrer reifen vornehmen Kunst gelingt es, die Rolle der Francine zu einem theatralischen Ereignis zu gestalten, dem denn auch das ganze Haus mit atemloser Spannung hingegeben blieb — bis zum Ende. Ueberhaupt gewährt es einen hohen Genuß, das mit feinster Akkuratesse abgewogene Spiel dieses Ensembles zu verfolgen, aus dem Hugo Werner-Kahle als Marquis von Riverolles, Otto Treptow (Stanislaus von Grandredon), Lissy Krüger (Therese Smith), zum besten Teil auch Viktor Wahlberg (Lucien von Riverolles), Mila Edelberg (Annette), Oskar Fuchs (Pinguet) und Rudolf Stiatzny (Kammerdiener) durch besonders korrekte Leistungen hervortraten. An solchen Vorführungen dürfen die Mitglieder der Freien Volksbühne (vom rein schauspielerischen Standpunkt aus) recht wohl ein großes Gefallen finden.

e. k.

Die Neue freie Volksbühne veranstaltete am Sonnabend einen sehr gelungenen und reichhaltigen Einakterabend. Außer allbekannten und immer wirksamen Stücken wie Hartlebens lustiger „Lore" und Wedekinds „Kammersänger", dieser starken (fast sozialistischen) Beleuchtung modernen Künstlertums mit all' seinen Begleiterscheinungen, wurde auch etwas Neues geboten. Gogol zeigt in seinem, sonst nicht bei uns gegebenen „Spielern" dasselbe gesellschaftskritische Talent, wie in seinem „Revisor". Enthüllt er dort die Korruption des Beamtentums, so hier das Leben und Treiben berufsmäßiger Spieler und Betrüger. Das Stückchen, in dem ein in allen Künsten erfahrener Spieler von einem Komplott von vier anderen mittels einer Gaunerei hereingelegt wird, ist ebenso ergötzlich wie zum Nachdenken stimmend. — In allen Stücken wurde durchweg gut gespielt. Otto Montua (als Vetter in der „Lore"), Rob. Müller als Kammersänger und A. E. Licho, der den alten Musiker gar ergreifend gestaltete, sind besonders zu erwähnen. —r.

Musik.

Die unverbrannte Hälfte der Direktion Monti, das frühere Neue Theater, jetzt als „Montis Operettentheater" bezeichnet, führte am Sonnabend eine wirkliche Neuheit erstmalig auf, die ursprünglich für die nun verbrannte Hälfte, für das Theater des Westens, bestimmt war. Es ist eine Operette „Goldener Leichtsinn". Als die Täter bekennen sich für den Text Joseph v. Koblinski und für die Musik Charles Alfredy. Die Tat selbst ist keiner näheren Beschreibung wert. Wäre nur wenigstens etwas Mißlungenes darin, irgend ein goldener Leichtsinn, mit dem sich eine Künstlerseele über die Erfolgssicherheit hinwegsetzte! Im zweiten Akt reiht sich ein Duett (oder Terzett) an das andere, jedes eine „Attraktion" von etwas verschiedener Art, ungefähr wie im Lunapark. Und wie dort der Wackeltopf einen Gipfel des Entzückens bildet, so tut es hier ein „Wackeltanz". Könnten wir doch ein Konterfei des typischen Publikumsmenschen, der die zweimalige Wiederholung einer solchen Nummer erklatscht, als Illustration unseres Berichtes vorführen!

Und wieder waren die Darsteller — samt ihrem Oberregisseur Franz Groß und ihrem Kapellmeister Fritz Redl — um so erfreulicher. Voran (wie neulich als „Helena") Marthe Kriwitz, eine treffliche Spielerin, die mit einer Vervollkommnung ihres Gesanges zur Laufbahn in der Oper noch besser taugen könnte als zu der in der Operette. Es soll keine Verkleinerung anderer sein, wenn wir nur noch den Komiker Heinrich Peer ob der charakteristischen Einheitlichkeit seiner Leistung rühmen.

Daß aber hier wie anderswo in den öffentlichen Ankündigungen die Namen der Hauptdarsteller „fett" und die der übrigen Darsteller nur mit einfachen Lettern erscheinen, darf doch wohl als ein Unfug bezeichnet werden. sz.

Notizen.

— Alter und neuer Gartenkunst ist die Ausstellung der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst gewidmet, die am Sonntag im Kunstgewerbemuseum eröffnet wurde. Sie ist bis zum 13. Oktober öffentlich zugänglich.

— Vorträge. Direktor Archenhold veranstaltet am Mittwochabend 8 Uhr in der Treptow-Sternwarte „einen Ausflug in die Sternenwelten". Vor dem Vortrag wird der Mond und nachher der Saturn gezeigt.

— Wagner in Walhall. Zu den schmurrigen Ehrentempel deutscher Größen, den der baueifrige Ludwig I. von Bayern bei Regensburg zu einem Walhall eigener Wahl machte, soll nun auch Wagner im nächsten Jahr aufgenommen werden.

3. Wahlkreis.

Dienstag, 17. September, abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Oeffentliche Versammlung.

Experimentalvortrag des Ingenieurs Herrn **Kohl** über:

„Das Steinkohlengas im Haushalte und in seiner Verwendung als Flur- und Treppenbeleuchtung".

Eine Anzahl Speisen werden auf offener Bühne während des Vortrages vorgekocht und später als Kostproben gratis verteilt. — Es werden eine Anzahl von Gaslampen, Badeeinrichtungen usw. ausgestellt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer:** A. Pohl, Naunynstr. 30.

Verband der Maler,

Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Rückerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 19. September, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. **Wahl eines 4. Filialbeamten.** 2. **Abrechnung vom zweiten Quartal 1912.** 3. **Verbandsangelegenheit.**

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

130/8* **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 19. September 1912, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12:

Branchen-Versammlung

aller in der

Zigarettenindustrie beschäft. Mitglieder.

Tagesordnung:

1. Die Entwickelung der Berliner Zigarettenindustrie. Referent Krumnow.
2. Wahl von zwei Mitgliedern in die Sektionsleitung.
3. Branchenangelegenheiten.

☛ Das Erscheinen aller ist Pflicht. ☚

188/2 **Die prov. Sektionsleitung.**

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 18. September 1912, abends 8 Uhr:

Versammlung

der

Dachdecker und Hilfsarbeiter

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung:

Unser Kampf in Berlin. Referent: Verbandsvorsitzender **Georg Diehl** aus Frankfurt a. M. 52/3

Verbandsbuch legitimiert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 18. September, abends 8½ Uhr, in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64:

Gemeinsame

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. **Stellungnahme und Beschlußfassung über die Beitragserhöhung.** 2. Verbandsangelegenheiten.

88/19 **Die Ortsverwaltung.**

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 18. September, abends 6½ Uhr (gleich nach Feierabend), im **„Prälaten"**, Berliner Allee, Ecke Lehderstraße:

Bezirksversammlung Weißensee.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Robert Fondel** über: **„Die Krankenversicherung".** 2. Stellungnahme zu den bevorstehenden Krankenkassenwahlen. 172/5

☛ Pflicht jedes in der Weißenseer Ortskrankenkasse versicherten Kollegen ist es zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Möbel kauft man reell u. am besten beim **Tischlermeister.**

Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.

Gustav Rentel, Tischlermeister, **Landsberger Str. 6,** am Landsberger Tor

---

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,

in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Am **Montag, den 23. Septbr. 1912,** abends 8½ Uhr, findet eine

Außerordentliche General-Versammlung

bei **Merkmann,** Große Frankfurter Straße 16, statt.

Die Herren Vertreter der Kasse werden hiermit ergebenst eingeladen.

278/17 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Schlosser

u. verwandten Gewerbe zu Berlin

Vom **25. September** d. J. ab befindet sich das Kassenlokal in unserem eigenen Hause

Berlin NO. 43 Linienstr. No. 5

Hof 1 Treppe

unweit der Neuen Königstraße.

Am **24. September** bleibt die Kasse des Umzuges wegen geschlossen. 278/14

Der Vorstand.

J. A.:

Gustav Ludatsch, Vorsitzender. **Robert Krüger,** Schriftführer.

Wenn nicht I a p. Nachn. retour! **2** schöne ger. **Aale**

Riesenrollmöpse, Lachsheringe, Dose 32 Heringe Milchsauce, Gelecaal, Dose ca. **20** norw. Del-**Sard.,** Brather., Gelee-her., Kiste 40 Sp.-Bückl. oder Kiste große Bückl. 9 Sorten **zusammen 2,95 M.**

E. Napp, Altona-Ottens. 105.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 91/92.

Eröffnung

Sonnabend, den 21. September cr., abends 8 Uhr.

Udel-Quartett, Prof. Udel aus Wien.

Berl. Konzerthaus-Orchester. Frz. v. Blon.

Musikc. Kais.-Alex.-Grenad.-Rgts., Kgl. Musikdir. **Brase.**

Möbel liefert auf bequeme **Teilzahlung** bei **kleinster** Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Vorzeiger dieses erhält bei Kauf **5 Mark** gutgeschrieben.

Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu I.

Lehrplan für das 4. Quartal 1912.

Sonntag: **Praktische Nationalökonomie.** (Tatsachen der Weltwirtschaft.)

Die Entwickelung zur Weltwirtschaft. — Der internationale Handel und seine Bilanzen. — Deutschlands Welthandel und Weltpolitik. — Der moderne Imperialismus. — Produktion und Konsum der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel und der wichtigsten Rohstoffe auf dem Weltmarkt. — Der Weltverkehr. — Die kapitalistische Weltwirtschaft und die Arbeiterklasse.

Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: **Rednerschule** (mit mündlichen und schriftlichen Uebungen).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Praktische Uebungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.

Vortragender: Max Grunwald.

Montag: **Naturerkenntnis.**

Die Entwickelung unseres Sonnensystems. — Die Geschichte der Erde. — Die Entstehung des Lebens auf der Erde. — Bau und Lebenstätigkeit der organischen Wesen. — Abhängigkeit der Lebewesen von den Einwirkungen der Umwelt.

Vortragende: Frau Käte Duncker.

Montag: **Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen.**

Vortragender: Emil Dittmer.

Dieser Kursus findet im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, vorn 2 Treppen rechts, Zimmer 27 (Transportarbeiter-Verband), statt. Mitglieder, die gewillt sind, an diesem Kursus teilzunehmen, müssen mindestens ein Jahr Mitglied der Schule sein und einen Kursus im Gewerkschaftswesen besucht haben. Meldungen sind bis zum 22. September an den Vorsitzenden **H. Lamme,** Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I, einzureichen.

Dienstag: **Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.**

Ueber den historischen Materialismus. — Deutschland am Ausgange des achtzehnten Jahrhunderts. — Die Einwirkungen der französischen Revolution auf Deutschland. — Die „Befreiungskriege". — Die deutsche Reaktion. — Die ersten Regungen der deutschen Arbeiterklasse. — Wilhelm Weitling und seine Agitation. — Die Klassenkämpfe der vierziger Jahre. — Marx und Engels. — Das deutsche Bürgertum am Vorabend der Revolution.

Vortragender: Konrad Haenisch.

Mittwoch: **Literaturgeschichte** (Von Luther bis Goethe.)

Vortragender: Ernst Däumig.

Mittwoch: **Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus** (I. Teil).

Die Entstehungsgründe der modernen Sozialdemokratie. Die ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. — Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. — Die sozialistische Taktik. Der „Zukunftsstaat".

Vortragender: Julian Borchardt.

Dieser Kursus beginnt erst am Mittwoch, den 23. Oktober, und findet im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, statt.

Donnerstag: **Sozialpolitik.** (Die Geschichte der sozialpolitischen Gesetzgebung).

Gründe und Anlässe für die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Arbeiterversicherung in Deutschland. — Ansätze im früheren Recht. — Pflicht des Unternehmers, Haftpflichtgesetze. — Gehilfen-, Seemanns- und Knappschaftskassen; freie Hilfskassen. — Sozialpolitische Fürsorge in den Einzelstaaten und den Kommunen vor der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung. — Die Arbeiterversicherung im Auslande. 6/11*

Vortragender: Georg Schmidt.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Arbeiterschutz, Sozialgesetze und Gewerkschaften.)

Einfluß der kapitalistischen Produktion auf den Gesundheitszustand der Arbeiter. — Aufgaben des Arbeiterschutzes und der Sozialgesetzgebung. — Der gesetzliche Normalarbeitstag. — Arbeiterschutz für Kinder, Jugendliche, Arbeiterinnen und Heimarbeiter. — Sanitärer und allgemeiner Arbeiterschutz. — Unfallverhütung. — Internationaler Arbeiterschutz. — Organisation des Arbeiterschutzes.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonnabend: **Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie (I).**

Die sozialistische Geschichtstheorie. — Die ökonomischen Voraussetzungen der modernen Arbeiterbewegung. — Utopischer Sozialismus. Sozialistische Strömungen im deutschen Bürgertum. — Geheime kommunistische Gesellschaften. Marx. Engels. — Die ersten selbständigen Organisationsversuche der deutscher Arbeiter. Lassalle. — Die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — Die internationale Arbeiterassoziation. — Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach. — Eisenacher und Lassalleaner. Entwickelung der Organisationen. — Lassalleaner und Eisenacher bei den Reichstagswahlen und im Reichstage. Die Einigung 1875 in Gotha.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Unterrichtsbeginn: Dienstag, den **1. Oktober: Deutsche Geschichte** im 19. Jahrhundert. **Mittwoch,** den **2. Oktober:** Literaturgeschichte. **Donnerstag,** den **3. Oktober:** Sozialpolitik. **Freitag,** den **4. Oktober:** Gewerkschaftswesen. **Sonnabend,** den **5. Oktober:** Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie (I). **Sonntag,** den **6. Oktober,** vormittags 9 Uhr: Nationalökonomie; 11 Uhr: Rednerschule; beide im Schullokal. **Montag,** den **7. Oktober:** Naturerkenntnis. **Montag,** den **7. Oktober:** Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen; im Gewerkschaftshaus, Zimmer 27. **Mittwoch,** den **23. Oktober:** Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus (I. Teil); im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntagvormittage. Abends Beginn pünktlich **8½ Uhr,** Ende **10 Uhr.** Sonntag vormittags Beginn **9 Uhr** resp. **11 Uhr;** Schluß **10½** resp. **12½ Uhr.**

Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Unterrichtsabenden von **7½—8½ Uhr, Sonntags** von **10½** bis **11½ Uhr** geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist **spätestens** am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu I Treppe,** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz,** Admiralstr. 40a; **Reul,** Barnimstraße 42; **Vogel,** Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski,** Ravenéstraße 6; **Horsch,** Engelufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I,** Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs,** Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu richten.

Der Vorstand.

Vorträge über die internationale Welthilfs-Sprache

★ESPERANTO

speziell über ihre Bedeutung für die org. Arbeiterschaft finden statt

Dienstag, 17. September abds. 8½ Uhr Rest. Hoppe, Neukölln, Hermannstr. 49 | **Donnerstag, 19. September abds. 8½ Uhr** Rest. Patzenhofer, Turmstr. Ecke Stromstr.

Freitag, 20. September, abends 8½ Uhr Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.

Anschliessend beginnen folgende **unentgeltliche Kurse**

Dienstag, 24. September, abends 8½ Uhr: **WEDDING,** Rest. „Zum Pankgrafen", Pank-Strasse 8. — **MOABIT,** Restaurant Prosch, Gotzkowsky-Strasse 26.

Freitag, 27. September, abends 8½ Uhr: **ZENTRUM,** Restaurant Tröbel, O. 27, Blankenfeldestrasse 10. — **NEUKÖLLN,** Hoppes Festsäle, Hermannstrasse 49.

Mittwoch, 2. Oktober, abends 8½ Uhr: NORDOSTEN, Restaurant Elbinger Str. 38. **OBER-SCHÖNEWEIDE,** Restaurant Imberg, Wilhelminenhof-Strasse 34. **RUMMELSBURG,** Rest. Stange, Schillerstr. 31. — **Lehrbuch 1,75 Mark.**

Arbeiter-Esperantisten-Vereinigung Gr.-Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Nr. 217. 29. Jahrgang. 2. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Dienstag, 17. September 1912.

Sozialdemokratischer Parteitag.

1. Verhandlungstag.

Montag, den 16. September 1912.

Der große Saal des „Wintergartens" in Schönau bei Chemnitz ist festlich geschmückt. Rings herum sind die Wappen derjenigen deutschen Städte angebracht, in denen die vorhergehenden Parteitage abgehalten wurden. Vor der rot drapierten Rednertribüne steht in einem kleinen Lorbeerhain die Büste Ferdinand Lassalles, auf der Bühne die Statuen Marx und Engels. Bei der großen Anzahl der Delegierten und der Pressevertreter reicht der Saal kaum aus, um allen Platz zu gewähren. Auf der Galerie wohnen Hunderte Zuhörer den Verhandlungen bei.

Vorsitzender **Haase** eröffnet die Sitzung um ½10 Uhr und verliest ein herzliches Begrüßungstelegramm des Pariser Zentralkomitees der russischen revolutionären Arbeiterpartei, gezeichnet Roubanowitsch. Dann gibt der Vorsitzende die Namen der zum Parteitag gekommenen Vertreter der ausländischen Bruderparteien bekannt (sie sind bereits im Bericht über die gestrige Versammlung angeführt) und fährt fort: Die deutsche Sozialdemokratie hat stets großen Wert gelegt darauf, in engster Fühlung zu stehen mit den Parteien des Auslandes. Die Siege unserer ausländischen Genossen betrachten wir als unsere eigenen Siege, und wenn sie einmal eine Niederlage erlitten, empfanden wir es überaus schmerzlich. Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir in letzter Zeit verfolgt die Kämpfe der Arbeiter in den verschiedensten Ländern, namentlich in England und Belgien, und die Fortschritte der revolutionären Bewegung in Rußland. Das Kapital wird immer internationaler, das Band, das sich um das Proletariat der Welt schließt, muß erst recht immer fester werden. Aus dem Gefühl der internationalen Solidarität heraus grüße ich die hier anwesenden Gesandten unserer Bruderparteien und heiße sie im Namen der deutschen Partei herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Branting-Stockholm

(mit lebhaftem Beifall begrüßt): Verehrte Genossen, es ist mir eine große Ehre, hier im Namen der schwedischen Arbeiterpartei den deutschen Parteitag zu begrüßen. Es ist nicht das erstemal, daß ich einem deutschen Parteitag beiwohne, ich war schon in Halle, und niemals vergesse ich den großen Eindruck, den damals die sturmerprobten Genossen auf mich gemacht haben. Damals war die schwedische Partei noch ganz jung, seitdem aber ist die Bewegung auch bei uns weiter fortgeschritten. Sie hielt mit der Industrialisierung des Landes gleichen Schritt, vielleicht ist sie ihr auch etwas vorausgeeilt. 1909 war es uns bereits möglich, den großen wirtschaftlichen Kampf auszuhalten, den das ganze Unternehmertum gegen uns führte. Wenn wir auch nicht so gesiegt haben, wie wir wollten, so ist die Arbeiterschaft doch auch nicht geschlagen worden. Mit der Regierung der Massenaussperrung haben wir 1911 abgerechnet, die schwedischen Arbeiter taten ihr Bestes, um diese Regierung zu stürzen und durch einen großen Vormarsch bei den Wahlen ihre ungebrochene Kraft zu betätigen. Wir erhielten 29 Proz. aller abgegebenen Stimmen (Bravo) und die Mitglieder unserer Reichstagsfraktion stiegen von 34 auf 64. (Lebhaftes Bravo.) Die kapitalistische Rechte, die ununterbrochen zwanzig Jahre geherrscht hatte, mußte zurücktreten, an ihre Stelle kam eine liberale Regierung, die auch der Sozialdemokratie einige Plätze in der Regierung einräumen wollte. Wir waren uns sehr bald darüber ganz einig, daß dieses Angebot nicht angenommen werden dürfe. Wir sind uns sicher, daß es nicht lange dauern wird und auch diese bürgerliche Partei wird deutlich zeigen, daß wirkliche Hilfe für die Arbeiterklasse nicht von einer bürgerlichen Partei, sondern nur aus der Partei der Arbeiterklasse selbst kommen kann. (Sehr wahr!) Wir haben aber keine Veranlassung, die Entwickelung so zu beschleunigen, daß wir diese bürgerliche Linkspartei sofort in die Arme der Reaktion treiben. Wir hoffen, daß der Gegensatz im bürgerlichen Lager noch einige Zeit bestehen wird und die Arbeiter daraus den Nutzen für den allgemeinen demokratischen Fortschritt ziehen können. Aus einer solchen Konstellation erwachsen natürlich taktische Schwierigkeiten. Von Fall zu Fall wollen wir entscheiden, was das Nützlichste für die Arbeiterklasse ist, und immer das sichere Bewußtsein bewahren, daß es sich darum handelt, das Klassenbewußtsein der Arbeiter wach zu erhalten. Ihren Verhandlungen wünschen wir das beste Ergebnis, wir sind gewohnt, auf den deutschen Parteitag mit der sicheren Ueberzeugung zu sehen, daß daraus immer etwas für die ganze Internationale Wertvolles herauskommt. Nach dem gewaltigen Wahlsieg der deutschen Bruderpartei zu Anfang dieses Jahres sind wir überzeugt, daß sie immer mehr Macht bekommen wird und von Deutschland das Signal gegeben werden kann, endlich der Arbeiterschaft eines großen Landes den Einfluß zu erringen, um das Banner der Freiheit der arbeitenden Bevölkerung über die ganze Welt flattern zu lassen. Wir hoffen, daß für die deutsche Partei auch dieser Parteitag ein neues Merkmal auf dem Weg zum künftigen Sieg bedeuten wird. In dieser Hoffnung begrüße ich den Parteitag im Namen der schwedischen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Quelch-London:

Mit dem größten Vergnügen kam ich auf Euren Parteitag, um Euch die brüderlichen Grüße und die Glückwünsche der englischen Sozialdemokratie zu überbringen. Wir haben Euren Wahlkampf mit dem größten Interesse verfolgt. Eure Arbeit bewundert und an Euren Siegen teilgenommen. Wir gratulieren Euch zu Eurer prächtig gewachsenen Vertretung im Reichstage, aber von noch größerer Wichtigkeit erscheint uns die Stimmenzunahme. Wir betrachten dies als um so bedeutungsvoller, weil wir wissen, daß Ihr ebenso wie wir Euch in bezug auf die Stimmzettel keinen Illusionen hingebt, sondern, daß Ihr darin nur das äußere und sichtbare Zeichen des Wachstums einer Bewegung erblickt, die sich nicht abseits lenken läßt, weder durch eine schlecht verhüllte anarchistische Taktik, noch durch die Aussicht auf Leere und trügerische Bourgeoisreformen, die die Bewegung nur entnerven würden, sondern welche fest und unwiderstehlich vorwärts dringt. Auch bei uns in Großbritannien sind im letzten Jahre wichtige Veränderungen eingetreten. Bald nach Eurem vorigen Parteitag hatte die damals von mir vertretene sozialdemokratische Partei entsprechend den ihr von den internationalen Kongressen auferlegten Pflichten die Einigkeit der sozialistischen Kräfte der Nation zu erstreben, eine Konferenz einberufen, auf der das gewünschte Resultat erreicht wurde und zwar durch Verschmelzung in die British-Socialist-Party. Selbst manche Gruppen der unabhängigen Arbeiterpartei, denen das Bündnis mit der Arbeiterpartei verleidet war, schlossen sich der neuen geeinigten sozialistischen Partei an. (Bravo!) Im Namen dieser Partei begrüße ich Euch, wie zählen etwa 40 000 Mitglieder, die den revolutionären Sozialismus in Großbritannien vertreten. (Bravo!) Im Gegensatz dazu ist unsere Arbeiterpartei immer mehr zum Anhängsel der liberalen Partei geworden.

Während des letzten Jahres drohte mehr als einmal der Ausbruch eines Riesenkrieges. Glücklicherweise ist das entsetzliche bis jetzt verhütet worden, aber man kann nicht sagen, daß jede Gefahr eines Konfliktes vorüber sei. Im Gegenteil, in gewisser Beziehung ist die Gefahr drohender als je. Es ist einer der Gründe, weshalb ich mich freue, mal hier anwesend zu sein, um Euch zu versichern, daß die britischen Sozialisten fest entschlossen sind, alles was in ihrer Macht steht, für die Erhaltung des Friedens zu tun. (Lebhafter Beifall.) Und daß sie sich über die Aussicht freuen, mit Vertretern der großen deutschen sozialdemokratischen Partei über die in beiden Ländern gemeinschaftlich zu ergreifenden Mittel zur Verhütung eines Krieges beraten zu können. (Erneuter Beifall.) Die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes ist gegen den Krieg und wenn sich der Frieden nicht erhalten ließe, so wäre das auf die Schuld und die Narrheit der regierenden Klassen in beiden Ländern zurückzuführen. Indem ich unserer Solidarität mit Euch Ausdruck gebe, indem ich den Wunsch ausspreche, daß wir in dem großen Kampfe gegen die Klassenherrschaft mit der ganzen Welt in Reih und Glied marschieren werden, danke ich Euch für Eure freundliche Aufnahme, beglückwünsche ich Euch zu Eurem Parteitage und zu Eurem bereits erkämpften Erfolg. Es lebe die deutsche sozialdemokratische Partei! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Als Gast ist noch eingetroffen Genosse Kamminiew vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Genosse de Brouckère-Brüssel

hielt eine französische Ansprache, die von Grumbach-Paris übersetzt wurde. Der Redner führte aus: Mein Deutsch ist schlecht, als daß ich es wagen könnte, in Ihrer Sprache meine Ausführungen zu machen. Die belgische Partei hat uns hierher geschickt, damit wir von dem lernen, was Sie heute und im Laufe der Woche verhandeln und beschließen. Das, was die Arbeiterorganisationen hier in Chemnitz geschaffen haben, hat bei uns einen sehr guten Eindruck gemacht. Es hat uns daran erinnert, daß wir vielleicht nach Dänemark zu den ersten gehörten, die Volkshäuser bauten. Jetzt haben wir indes Ursache, bescheiden zu sein und das nachzuholen, um das Ihr uns zuvorgekommen seid. In aller Kürze will ich die Situation in Belgien kennzeichnen, sind ja in unserer internationalen Familie die Sorgen des einen und auch die Sorgen des anderen.

Einstimmig beschloß in Belgien der Kongreß, der am 30. Juli tagte, die Vorbereitung des Generalstreiks. Friedlich, gesetzlich, aber mächtig und unwiderstehlich. Dieser Kampf ist jetzt unvermeidlich, es sei denn, daß die sofortige Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts erfolgte. Wir haben den Kampf nicht gewollt und nicht gemacht, die Massen forderten ihn und ihr Wille war unwiderstehlich. Deuten Sie aber meine Worte nicht so, als ob etwa das Komitee nur einer Bewegung folgte, die es selbst nicht billigt. Nein, wir sagen alle, daß der **Generalstreik unvermeidlich** ist. Die Umstände in Belgien könnten das Land reif machen zu einer bürgerlichen Demokratie, aber es leidet, wie kein anderes Land, vielleicht Rußland ausgenommen, unter der Reaktion. Die Regierung bekämpft nicht nur unsere Organisation, sie hat Gegenorganisationen geschaffen und nirgendwo ist die Organisation zur Korruption des Proletariats so gediehen wie in Belgien. Die österreichischen Genossen forderten mich auf, über die Zustände eine Studie zu schreiben. Als ich es getan hatte, schrieben sie mir zurück, ich möchte einige Einzelheiten auslassen, die belgischen Klerikalen seien auf Ideen verfallen, auf die die österreichischen Klerikalen trotz ihrer Findigkeit noch nicht gekommen wären. Auf uns lastet ein Druck, den wir nur durch das äußerste Mittel bekämpfen können, wenn wir nicht endgültig im tiefsten Marasmus versinken wollen. Wir haben alles versucht, wir haben keine Angst gehabt, mit dem Teufel zusammenzugehen und gingen auch mit den Liberalen zusammen. Am Wahltage hat der Teufel vor der Sozialdemokratie Angst bekommen und hat sich in das klerikale Weihwasser geflüchtet. (Heiterkeit.) Heute weiß das Proletariat, daß es nur allein selbständig siegen kann.

Seit wir den Generalstreik vorbereiten, sehen wir die Folgen, alle unsere Organisationen wachsen, unsere Zeitungen haben 125 000 Leser. Das Proletariat hat einen Feldzug zu seiner Selbsterziehung aufgenommen. Im Laufe dieses Winters werden in Belgien 35 sozialdemokratische Schulen eröffnet. (Bravo!) Wir werden um so mutiger kämpfen, wenn wir wissen, daß wir von der Sozialdemokratie der ganzen Welt umgeben sind. Auch die Deutschen haben Vorteil davon, wenn wir siegen. Ich muß mir hier einige Reserve auferlegen, aber an das preußische Wahlrecht denken Sie alle. Der Sozialismus vor allem hat ein Interesse daran, daß Belgien, der Hort der schwärzesten Reaktion, einen anderen Weg geführt hat. (Stürmischer Beifall.)

Cachin-Paris

hielt in französischer Sprache eine Anrede, die von Genossin Klara Zetkin übersetzt wird: Genossinnen und Genossen! Genosse Cachin, Gemeinderat von Paris, hat den Auftrag erhalten, der deutschen Sozialdemokratie zu ihrer gegenwärtigen Tagung die herzlichsten Brüdergrüße der französischen sozialistischen Partei zu überbringen. Mit Genugtuung kann Genosse Cachin konstatieren, daß die französische sozialistische Bewegung gute Fortschritte gemacht hat. Die Einigung, die sich auf Drängen der Internationale vollzogen hat, war der Ausgangspunkt dafür. Gegenwärtig sind nicht mehr die Wolken der Zwietracht, der Uneinigkeit am Himmel der sozialistischen Bewegung in Frankreich und die Einigkeit der Partei gelangt zum Ausdruck in einer größeren Aktionsfähigkeit der Partei. Auf allen Gebieten der Betätigung tritt sie zutage, sie hat auch ihren finanziellen Ausdruck darin gefunden, daß in wenigen Wochen 200 000 Frank von Parteimitgliedern aufgebracht wurden, um das Organ der Partei „L'Humanité" weiter auszugestalten. Die Sozialisten aller Länder haben durch die geschichtliche Entwicklung die Aufgabe zugewiesen bekommen, die Hüter des Friedens zu sein. Die französische Partei läßt es daran nicht fehlen, sie protestiert gegen den verbrecherischen mordspatriotischen Widersinn, gegen die wachsende Profit- und Machtlüsternheit der herrschenden Massen. Sie protestiert nicht bloß, sie handelt auch, das hat sie bewiesen im vorigen Sommer, als wegen der Marokkoaffäre die Gefahr eines Weltkrieges heraufzog. Nun stellt man heute den Genossen Frankreichs die deutschen Sozialdemokraten als nationale Musterknaben vor, genau wie in Deutschland ja die deutsche bürgerliche Presse das gleiche törichte Spiel treibt. Angesichts dieser Versuche ist es um so nötiger, daß der internationale Zusammenhang zwischen den Bruderparteien immer enger wird. Diesen Zusammenhang kann er gar nicht genug hervorheben, von welcher Wirkung die Rede Scheidemanns bei der internationalen Kundgebung zu Paris gewesen ist. Cachin grüßt uns im Namen des Paris der Kommune, im Namen der französischen Sektion der Internationale mit dem Ruf: Ehre und Ruhm der deutschen Sozialdemokratie, die unaufhörlich an Macht und Reife gewinnt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Reichsratsabgeordneter Karl Seitz-Wien:

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg und überbringe Ihnen zugleich die besten Grüße der Sozialdemokratie aus meiner Heimat. Das Berichtsjahr, auf das der Parteitag zurückblickt, war ein Ehrenjahr der deutschen und damit auch der internationalen Sozialdemokratie. Sie haben am Beginn dieses Jahres eine Schlacht geschlagen, gegen alle Reaktionäre, eine Schlacht, die wir mit Spannung verfolgten und die nach dem ganzen Aufmarsch Ihrer Truppen und nach dem Verlauf wohl einzig dasteht und unsere Bewunderung erregt. Was wir an Euch am meisten bewundern und was wir unseren österreichischen Genossen — wir haben ja wahrhaftig eine schwere Arbeit in diesem finsteren Lande zu leisten — immer wieder als leuchtendes Beispiel voranstellt: ist Ihre Unermüdlichkeit, diese wunderbare Eigenschaft der deutschen Sozialdemokratie, niemals zur Ruhe zu kommen, ob sie siegt, oder ob sie eine Niederlage erleidet.

Sie haben Ihre Tagesordnung erweitert um einen Gegenstand, der auch für uns Oesterreicher von weittragender Bedeutung ist. Sie werden auch eintreten in eine Diskussion über die Frage der Teuerung. Ich mahe mir nicht an, Ihren Beratungen vorzugreifen und kenne auch zu wenig Ihre Verhältnisse, um etwa abschätzen zu können, ob die Aktion, die Sie einleiten, unmittelbar Erfolg haben wird. Aber das Eine hoffen auch wir Oesterreicher, daß eine mächtige Antiteuerungsbewegung in Deutschland einsetzen und auch bestimmend wirken wird für die Vorarbeiten, die die Regierungen schon beginnen für die nächsten Handelsverträge. Wenn Ihr Vorsitzender und mehrere meiner Vorredner verwiesen haben auf die Bande der Solidarität, die uns mit diesen verknüpfen, so denken wir, daß gerade diese Frage zeigt, wie es sich bei unserer Solidarität nicht bloß um nebulose Gefühle handelt, sondern, daß sie die Konsequenz wirtschaftlicher Bedingungen ist, daß die Solidarität der Arbeiterklasse nicht nur die Sache der Empfindung, sondern ganz nüchterne Klassenpolitik ist. Wir wissen, daß Ihre Erfolge auch die unseren sind, wir wünschen Ihnen deshalb besonders herzlich weiteres mächtiges Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und wir versprechen Ihnen, daß auch wir unser Möglichstes beitragen werden, um Ihnen nachzustreben. Den heuchlerischen Sympathien der Offiziellen der einzelnen Staaten, die sich in Friedensversicherungen ergehen, die aber begleitet sind von einem wahnsinnigen Weiterrüsten, steht die Solidarität der Arbeiterklasse, die wahre wirkliche Internationalität, gegenüber. Sie ist die Grundlage des künftigen Friedens und je mehr wir in den einzelnen Staaten an unserer Organisation arbeiten, desto mehr können wir hoffen, daß einst der Tag kommen wird, an dem wir den Feinden unserer Klasse in allen Ländern zurufen können: Hütet Euch vor einem Weltkrieg, denn der Weltkrieg wird das Weltgericht Eurer Klasse sein! (Lebhafter Beifall.)

Parteisekretär Buchinger-Budapest

Namens des Vorstandes der ungarländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei habe ich Sie herzlichst zu begrüßen und Ihnen die Bewunderung zu verdolmetschen, die uns angesichts Ihres überwältigenden Wahlsieges übermannte. Es ist nicht meine Absicht, Ihre kostbare Zeit lange mit der Schilderung der Kämpfe des ungarischen Proletariats in Anspruch zu nehmen. Die Arbeiterschaft Ungarns befindet sich unter einem zwar nicht dekretierten, aber faktisch bestehenden Ausnahmezustand. Nach Kopenhagen mußten wir berichten, daß wir im letzten Jahrzehnt nicht weniger als 207 Jahre Gefängnis zudiktiert bekamen und die Kleinigkeit von 137 000 Kronen Strafe zahlen mußten. (Hört, hört!) Im Monat Juli dieses Jahres kam es vor, daß das täglich einmal erscheinende Parteiorgan täglich dreimal konfisziert wurde. (Hört, hört!) Beim ersten größeren Demonstrationsstreik 1905 war das Wahlrecht als eine Staatsnotwendigkeit hingestellt worden, es war die Regierung des Kaisers Franz Josef, die für das Wahlrecht eine energische Agitation entfaltete, ich könnte fast sagen, daß wir 1906 mit Franz Josef einer Meinung waren. Doch sollte sich bald zeigen, daß vom Hause Habsburg nicht nur der Dank, sondern auch eine vernünftige Politik vergebens erwartet wird. Die Regierung machte ihren Frieden mit den ungarischen Feudalen, die das Gut und Blut des Volkes zu dem Abenteuer der Annexion von Bosnien und der Herzogewina bewilligten. Im März dieses Jahres gingen allein 100000 Arbeiter auf die Straße, um für das Wahlrecht zu demonstrieren. Am 22. Mai wurde Graf Tisza, der schlimmste Feind der Wahlreform, durch parlamentarischen Staatsstreich Präsident. Am 23. Mai erhob sich das Proletariat Budapests mit einer Energie und einer revolutionären Entschlossenheit wie nie zuvor, am Abend dieses Tages hatten wir nahezu 300 Parteigenossen im Kerker und mußten sechs Tote beklagen als Blutzeugen der großen Sache und Opfer einer barbarischen Tat, wie sie sich der Westeuropäer schwerlich vorstellen kann. Aber das Proletariat gab die gebührende Antwort. In nicht ganz zwei Monaten sammelte die ungarische Arbeiterschaft 100 000 Kronen für die Opfer des 23. Mai und führte in nicht ganz sechs Wochen 11 000 neue Abonnenten dem Parteiorgan zu. Wir sind der festen Zuversicht, daß die Entschlossenheit und Energie der ungarischen Arbeiterschaft ausreichen wird, um zu triumphieren über ihre ärgsten Feinde, in erster Linie über den größten Feind des Wahlrechts, den Grafen Tisza und über den Mann, der sich Ministerpräsident nennt, es in Wirklichkeit nicht ist. Wir werden in nicht zu ferner Zeit berichten können, daß das ungarische Proletariat sich sein wichtigstes Recht, sein Wahlrecht, erkämpft hat. Ich wünsche Ihren Verhandlungen besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Viktor Stein-Wien

überbringt die Grüße der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Wir sind diesmal als lebendiger Beweis der Unbesiegbarkeit des Internationalismus und der sozialdemokratischen Prinzipientreue auch in den Reihen des tschechischen Proletariats zu Ihnen gekommen. (Beifall.) Ein Jahr furchtbarer Kämpfe liegt hinter uns, aber wir haben auch große Erfolge. Wir haben ein Tageblatt, dessen Existenz gesichert ist, wir haben in Brünn ein dreimal wöchentlich erscheinendes Organ, und unsere Prager Genossen bereiten die Ausgabe eines Tageblattes vor. Die tschechische Arbeiterpartei beginnt, sich mit neuem Vertrauen um die Fahne des Internationalismus zu scharen. (Lebhafter Beifall.) Schon fängt man an, von der einheitlichen österreichischen Sozialdemokratie zu sprechen. (Lebhafter Beifall.) Die größte und wichtigste Voraussetzung unserer Erfolge ist die Einheitlichkeit unseres Proletariats. (Erneuter Beifall.)

Axelrod-Zürich

spricht im Namen des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands. Eine Einigung der sozialdemokratischen Richtungen in Rußland ist absolut notwendig. Dieser Gedanke ist auf der letzten Konferenz, an der fast sämtliche Richtungen in Rußland teilgenommen haben, mit allem Nachdruck ausgesprochen worden. (Lebhafter Beifall.) Ich war zuerst skeptisch, bin aber über dieses Resultat sehr erfreut; der erste Schritt ist getan, eine Gesundung der Parteiverhältnisse in Rußland stehe bevor. Bei unserem Kampfe brauchen wir auch die moralische Mithilfe der Genossen der anderen Länder, besonders der deutschen. Wir wünschen ihnen weiter glänzende Erfolge. (Beifall.)

Mit stürmischem Beifall wird Genosse Bebel begrüßt, der im Saale erscheint.

Kamenjew-Rußland

hält in französischer Sprache folgende von Grumbach übersetzte Anrede: Wir grüßen den Kongreß der deutschen Sozialdemokraten. Ihr Wirken ist für uns in Rußland stets ein Beispiel gewesen. Das russische Proletariat hat seit den Tagen der Revolution von 1905 eine Reihe peinlicher Tage erlebt, aber wir können heute sagen, daß die ärgsten Tage vorüber sind, daß neue revolutionäre Energien erwachsen. Im Jahre 1912 streikten in Rußland 612 000 Arbeiter, darunter 500 000 mit politischenn Forderungen. Aber nicht nur diesem offenen Kampfe widmete sich das Proletariat Rußlands, auch in systematischer Propaganda und Selbsterziehung leistet es, was möglich ist. Zum ersten Male in

Rußland konnte in den letzten Tagen in Petersburg die hunderttste Nummer eines sozialistischen marxistischen Tagesorgans erscheinen, sechs Redakteure sitzen allerdings schon im Gefängnis. Das Proletariat Rußlands schläft nicht. In einer Konferenz unserer Partei zu Beginn des Jahres beschlossen wir die Aufstellung eines Wahlprogramms und die Beteiligung an den Wahlen. Wir werden also in den nächsten Monaten am Wahlkampfe teilnehmen und unser Bemühen darauf richten, mehr Abgeordnete zu bekommen, als in der dritten Duma. Wir werden in allem versuchen, Ihrem Beispiel zu folgen. (Großer Beifall.)

Haase: Ich teile Ihnen mit, daß wir die Freude haben, in unserer Mitte als Gast noch den Genossen Rouanet aus Paris zu sehen. Ich danke allen auswärtigen Rednern für die herzlichen Glückwünsche, die sie uns gebracht haben.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Es liegt ein Antrag Lipinski vor, die Geschäftszeit auf 7 Stunden und die Tagungszeit auf die Stunden von 9 bis 1 Uhr und von ½4 bis ½7 Uhr festzulegen.

Lipinski-Leipzig: Wir haben seit 1890 die achtstündige Arbeitszeit auf dem Parteitag festgehalten. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, weil die Parteitage fast dreimal so stark wie früher geworden sind und den Mitgliedern der vielen Kommissionen oft die Teilnahme an Parteitagsverhandlungen erschwert wird. Ich glaube, wir können jetzt eine einstündige Arbeitszeitverkürzung eintreten lassen.

Es läuft ein Antrag Ledebour ein, die Sitzung auf 9—5 Uhr festzusetzen mit einer einstündigen Pause für die Zeit von 12½ bis 1½ Uhr. Nachdem Ledebour dafür und Bebel dagegen gesprochen, wird unter Ablehnung des Antrages Lipinski beschlossen, von 9 bis 12½ und von 1½ bis 5 Uhr zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Ebert:

Soweit wir übersehen können, hat unser schriftlicher Bericht in der Partei eine gute Aufnahme gefunden; ich glaube deshalb, daß ich mich auf einige Ergänzungen und Erläuterungen beschränken kann. Die Parteiorganisation konnte am Schluß des Geschäftsjahres 970 112 Mitglieder mustern, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 133 550 Mitgliedern oder 15,9 Proz., ein Fortschritt, mit dem m. E. die Partei voll zufrieden sein kann. Vergleicht man ihn lediglich mit der Mitgliederzunahme vom Jahre 1907, so befriedigt er allerdings nicht völlig, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1906 das erste Mal versuchten, den gesamten Mitgliederbestand der Partei festzustellen und schon deshalb die Resultate der Organisationen nicht einwandfrei waren. Hatte das Resultat fast allgemein enttäuscht, so bewirkte es auf der anderen Seite, daß im ganzen Reiche unsere Parteigenossen einen wahren Wetteifer um die Stärkung der Organisation entfalteten. Berücksichtigt man alle Umstände, so konnte man allerdings nicht gut erwarten, daß wir auch im letzten Jahre eine ähnliche sprunghafte Erhöhung unserer Mitgliederzahl zu erreichen in der Lage waren, wie 1907. Außer der Stärkung der Organisation in ihrem Umfang hat sich unsere Organisation seit 1906 auch nach innen kräftig entwickelt. 1906 hatten wir 278 Wahlkreisorganisationen, darunter 165 mit über 500 Mitgliedern; in 48 Kreisen hatten wir nur Vertrauensmänner und in 33 Kreisen hatte die Partei überhaupt keine organisatorischen Anhaltspunkte. Heute haben wir 390 Wahlkreisorganisationen, darunter 233 mit über 500 Mitgliedern. 1907 zählten wir 2704 Ortsvereine, heute 4827 Ortsvereine. Die Mitgliederzahl betrug 1906 12 Proz. unserer Wählerzahl von 1903 und heute beträgt sie 23 Proz. der vorjährigen Wählerzahl. (Bravo!) Unsere Organisation ist viel umfangreicher und zugleich viel dichter geworden, und man darf wohl sagen, daß sie in den letzten Jahren eine Entwicklung genommen hat, auf die wir alle stolz sein können.

Freilich ist die Aufwärtsbewegung unserer Organisation nicht in allen Bezirken gleichmäßig, wir hatten im letzten Jahre sogar 71 Wahlkreise, die einen Mitgliederrückgang aufwiesen. Das ist keine ungewöhnliche Erscheinung, es handelt sich da hauptsächlich um junge Organisationen. Unsere in dem gedruckten Bericht enthaltene Statistik zeigt ganz deutlich, welche Bezirke und Wahlkreise hier in Betracht kommen und ich glaube, es muß genügen, wenn ich an diese Organisationen das dringende Ersuchen richte, mit aller Sorgfalt den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen und dann mit aller Energie daran zu schreiten, diese Ursachen zu beseitigen. (Zustimmung.)

Die bürgerliche, besonders die liberale Presse hat bei der Kritik unserer Berichte an die erwähnte Erscheinung angeknüpft. Auch das Verhältnis unserer Organisationsstärke, die Zahl unserer Wähler genügt der liberalen Presse nicht. Allerdings erscheinen mir die Liberalen, deren Organisationen vielfach überhaupt nur Phantasiegebilde sind, die unberufensten Kritiker zu sein. (Sehr richtig!) Ernstlicher kommt da schon das Zentrum in Betracht und die Zentrumspresse war in ihrer Kritik auf einen ähnlichen Ton gestimmt. Der Volksverein für das katholische Deutschland, den man ja wohl als die Organisation des Zentrums ansprechen darf, zählte 1908 610 563 Mitglieder, wir hatten damals nur 587 336 Mitglieder. Heute hat der Volksverein 690 140 Mitglieder, er ist also weit hinter uns zurückgeblieben, seine Zunahme seit 1908 beträgt 13 Proz., während wir eine Steigerung von 65 Proz. erfahren haben. (Bravo!) Während für den Volksverein die Kaplanokratie, zum Teil auch der behördliche Apparat aufgeboten wird und, wie wir kürzlich feststellten, wenn das nicht hilft, auch mit Wurst und Bier nachgeholfen wird (lebhafte Heiterkeit), haben wir in unserer Organisationsarbeit zu kämpfen gegen fanatische, skrupellose Gegner, gegen die Ausnutzung der sozialen Uebermacht, gegen eine ungesetzliche Verwaltungspraxis und gegen die Klassenjustiz.

Auf weitere organisatorische Einzelheiten glaube ich nicht eingehen zu sollen, zumal ja die Frage besonders auf der Tagesordnung steht. Hervorheben muß ich aber, daß sich bei den Reichstagswahlen unsere Organisation in jeder Hinsicht vorzüglich bewährte. Unsere Bezirks- und Landesorganisationen haben sich mehr und mehr gefestigt und sind zu unentbehrlichen Faktoren in der Gesamtpartei geworden, sie sind nicht nur die Träger einer einheitlichen systematischen intensiven Organisations- und Agitationsarbeit, sie sind auch das Bindeglied zwischen Wahlkreisorganisationen und zwischen der Zentralleitung der Partei. Diese für die Gesamtpartei so außerordentlich wichtige Tätigkeit der Bezirks- und Landesorganisationen tritt zwar nicht laut in Erscheinung, sie kommt auch in unserem schriftlichen Bericht nicht zur Geltung, aber um so mehr muß sie anerkannt werden, daß sie für das Funktionieren unseres Organisationsapparates von der allergrößten Bedeutung ist. Wir können ohne Ueberhebung feststellen, daß unsere Organisation die aller bürgerlichen Parteien weit übertroffen hat.

Der **Kampf um die Jugend** ist bei unserer Rekrutierungsarbeit von größter Bedeutung. Nach dem alten Rezept: Zuckerbrot und Peitsche versuchen die Bürgerlichen aller Schattierungen im Bunde mit den Regierungen die Arbeiterjugend für ihre Zwecke einzufangen. Das Vereinsgesetz öffnet der behördlichen Willkür Tür und Tor, nur gegen die proletarische Jugendbewegung wird es angewendet. Die bürgerliche Jugendbewegung, die trotz ihrer Heuchelei doch ihrem ganzen Wesen nach politisch ist, wird mit Mitteln des Staates und der Gemeinde geradezu treibhausartig gezüchtet. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß daher erkennen, wohin die Reise geht. Schon werden im gegnerischen Lager Stimmen laut, die neue Zwangsmaßnahmen für die Jugend verlangen. Es muß jedem klassenbewußten Arbeiter zur dringenden Pflicht gemacht werden, die proletarische Jugendbewegung nach besten Kräften zu fördern. Das treffliche Organ unserer Jugendbewegung, die „Arbeiter-Jugend", darf in keiner Arbeiterfamilie, wo heranwachsende Söhne und Töchter sind, fehlen. Und es liegt ein ausführlicher schriftlicher Bericht auch über den Stand der Jugendbewegung vor, ich kann nur bitten, daß die Delegierten diesem Bericht ernste Beachtung schenken.

Wohin leichtfertige Gründungen führen, das hat uns ja Göppingen gezeigt. Die Parteigenossen sind dort zur Gründung eines Unternehmens geschritten, trotzdem von allen sachkundigen Seiten dringend abgeraten wurde. Das dringende Abraten des Parteivorstandes wurde in den Wind geschlagen. Nach kaum einem halben Jahre war die Katastrophe da. Man hatte glücklich 4000 Abonnenten, aber auch über 100 000 M. Schulden, von denen der größte Teil sofort fällig war. Eine sachliche Prüfung ergab, daß die Weiterführung des Unternehmens einen jährlichen Zuschuß von etwa 12 000 M. erfordern würde. Dieses Göppinger Beispiel sollte für jeden einsichtigen Parteigenossen geradezu abschreckend wirken und von neuem zu größter Vorsicht mahnen. Jedenfalls ist der Parteivorstand entschlossen, ernstlich die Münchener Resolution zu beachten und die Parteigenossen, die diesen Beschluß außer Acht lassen, können nicht darauf rechnen, daß sie bei Pressegründungen vom Parteivorstand finanzielle Hilfe bekommen können. Der Parteivorstand muß aber auch öfter bei bestehenden Blättern mit finanzieller Hilfe eingreifen, wenn es sich um Betriebsveränderungen oder um sonstige neue Einrichtungen handelt. Dabei handelt es sich in der Regel um recht große Beträge, die dann den betreffenden Geschäften als Darlehen gegeben werden. Heute ist ein großer Teil des Parteivermögens, weit über 1 Million Mark, in solchen Darlehen angelegt. Soll der Parteivorstand auch für diesen Vermögensteil der Gesamtpartei gegenüber die Verantwortung tragen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß er auch an der Verwaltung solcher Parteigeschäfte beteiligt wird, daß ihm bei bestimmten Dingen, die die Rentabilität des Unternehmens beeinflussen, ein entscheidendes Einspruchsrecht eingeräumt wird. In der Praxis sind die Dinge so geregelt worden, daß solche Geschäfte bei Neuanschaffungen, die einen gewissen Wert übersteigen, oder bei der Festsetzung des Materials der Zeitung, bei der Lohn- und Gehaltsregelung, bei der Anstellung und Entlassung von Redaktions- und Verwaltungspersonal die Zustimmung des Parteivorstandes einzuholen haben. Weiter ist ausbedungen, daß dem Parteivorstand jederzeit das Recht zusteht, diese Unternehmen einer Revision zu unterwerfen. Heute steht eine große Anzahl Parteigeschäfte unter dieser Bedingung. Die Handhabung ist von uns jederzeit aufs loyalste geführt worden. Außer zwei Fällen sind alle Fälle bisher völlig glatt erledigt worden. In einem Falle handelte es sich um die Entlassung, in einem zweiten Falle um die Anstellung eines Redakteurs. Nach Verhandlungen mit Parteiverlag und Preßkommission der in Frage kommenden Blätter ist auch in diesen beiden Fällen Uebereinstimmung herbeigeführt worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei unserem Eingreifen die Unabhängigkeit der Redaktion gegenüber der Parteileitung wahren. Das ist bisher von uns auf das Peinlichste beobachtet worden. Wir haben nach der Richtung hin geradezu Garantien gegeben.

In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf **Göppingen** zu sprechen kommen. Es ist ja nicht angenehm, den Parteitag beim Beginn mit solchen Sachen zu behelligen, aber die Angelegenheit hat in der Partei so viel Staub aufgewirbelt, daß die Gesamtpartei von uns in dieser Frage völlige Aufklärung verlangen kann. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen; mir kommt es in der Hauptsache darauf an, Ihnen eine ruhige Darstellung der Entwickelung der Dinge zu geben und andererseits die Stellung des Parteivorstandes zu rechtfertigen. Als die Göppinger nach ihrem Zusammenbruch an uns herantraten, waren wir zunächst entschlossen, abzulehnen. Einmal erschienen uns die erforderlichen Opfer so groß, daß wir glaubten, sie vor der Gesamtpartei nicht verantworten zu können. Auf der anderen Seite konnte auf lange Jahre hinaus keine Rede von einer Existenzmöglichkeit sein. Wir hatten aber vorher die Leitung der Landesorganisation befragt und vom Landesausschuß besonders wurde geltend gemacht, daß die übrigen kleinen Parteiunternehmungen in Württemberg ebenfalls auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut seien und, würde Göppingen zusammenbrechen, dann würde auch zu ihnen alles Vertrauen schwinden und dann würden auch sie in die größte Gefahr kommen. Außerdem ist bei diesen Verhandlungen auf die schwer zu überwindenden politischen Nachwirkungen hingewiesen worden. Einstimmig empfahl uns diese Konferenz, an der auch Vertreter der Göppinger teilnahmen, in Göppingen einzugreifen. Das erste, was nach einer gewissen Prüfung des Unternehmens von uns geschah, war die Beseitigung der schlimmsten finanziellen Schwierigkeiten. Wir haben bereits am 29. April den Göppingern die erste Rate überwiesen, am 23. Mai die zweite und 29. Mai die dritte Rate. Diese Beiträge sind dem Geschäftsführer des Göppinger Unternehmens, wie dies auf der Kreiskonferenz des Wahlkreises offen ohne Widerspruch erklärt ist, ohne weitere Bedingungen ausgehändigt worden, so daß alle gegenteiligen Behauptungen unwahr sind. (Hört! hört!) In der Zwischenzeit verhandelten die Göppinger mit Ulm wegen Herstellung der „Donauwacht" in ihrer Druckerei. Diese Verhandlungen sind nicht, wie hartnäckig immer behauptet wurde, vom Parteivorstand angeregt worden, sie sind vielmehr der eigenen Initiative der Göppinger entsprungen und schon geführt worden, ehe an den Parteivorstand herangetreten worden ist. (Sehr richtig!) Wie wir das erstemal von der Sache hörten, bezeichneten wir diese Verhandlungen als aussichtslos. Als aber dann auf der vorhin erwähnten Konferenz die Göppinger und selbst Thalheimer lebhaft für die Fortführung dieser Verhandlungen eintraten (Hört! hört!), da erklärten wir sofort mit aller Deutlichkeit und mit großem Nachdruck, daß die freie Entschließung der Göppinger über die Haltung ihres Blattes dadurch unter keinen Umständen beeinträchtigt werden dürfte. (Hört! hört!) Das geschah in einer Konferenz, an der der Landesvorstand, der Ausschuß, der Parteivorstand, Ulmer Vertreter und auch Thalheimer teilnahmen. Die Konferenz beschloß einmütig, diese Verhandlungen mit Ulm weiterzuführen. Trotzdem haben wir außerdem noch dem Göppinger Verlag mitgeteilt, daß sie uns über den Verlauf dieser Verhandlungen unterrichten sollen. Auch dem Genossen Thalheimer war das bekannt, denn ihm ist dieser Brief ausgeliefert worden und der Brief ist im Gewahrsam des Genossen Thalheimer geblieben. (Hört! hört!) Als wir dann am 23. Mai wieder bei der Göppinger Geschäftsleitung über den Stand der Verhandlungen anfragten, wurde uns mitgeteilt, daß alles auf gutem Wege sei. Weitere Nachrichten sind uns nicht geworden, von keiner Seite, trotzdem wir sie von der Geschäftsleitung dringend verlangt hatten. So standen die Dinge, als dann schließlich am 1. Juni — es war eines Sonnabends — das Göppinger Parteiblatt die Mitteilung brachte, daß in einer Göppinger Parteiversammlung bereits am 30. Mai die Verschmelzung der Blätter von Ulm und Göppingen beschlossen sei. Dieser Bericht kam am Montag in unsere Hände, aber ehe wir überhaupt eine offizielle Mitteilung bekamen und zu dem Beschluß Stellung nehmen konnten, begannen bereits die Treibereien in der Parteipresse gegen uns.

Das Bremer Parteiblatt brachte am 1. Juni, also ausgerechnet an demselben Tage, an dem das Göppinger Blatt den Beschluß veröffentlichte, eine Notiz unter dem ansprechenden Titel „Ein Parteiskandal". (Hört! hört!) Der Verfasser war der Genosse Westmeyer. In dieser Notiz wurde dreist behauptet, Parteivorstand und Landesvorstand hätten erklärt, den Göppingern nur zu helfen, wenn Thalheimer beseitigt und an seine Stelle Roßmann von Ulm gesetzt würde. (Lebhafte Bewegung.) Sofort haben wir dieser durchaus unerhörten Behauptung widersprochen und noch an demselben Tage der gesamten Parteipresse eine Klarstellung über unsere Stellung zur Sache gegeben. Wer mit diesen Dingen auch nur einigermaßen vertraut ist, mußte sich sagen, daß eine Regelung in Göppingen nur mit Hilfe des Parteivorstandes, nur mit Hilfe der Zentralkasse durchgeführt werden könne. Man konnte daher von jedem, der nicht gerade Skandal suchte, erwarten, daß er zunächst die weiteren Schritte des Vorstandes abwarten würde. (Sehr richtig!) Vor allem durften wir das von Radek, Thalheimer und Westmeyer erwarten, denn sie saßen in Göppingen und mußten wissen, daß der Parteivorstand sofort beschlossen hatte, zwei Vertreter nach Göppingen zu schicken, die bereits am 6. Juni morgens die Verhandlungen aufgenommen haben. Aber darin haben wir uns getäuscht. Die Leipziger Volkszeitung brachte am 4. Juni, nachdem sie bereits im Besitz unserer Erklärung war, unter dem Titel „Ein Gewaltstreich" einen Artikel von Radek, worin die in dem Bremer Parteiblatt erhobenen Beschuldigungen mit großem Wortschwall wiederholt wurden. Es wurde behauptet, wir hätten die Verschmelzung der beiden Blätter angeregt, wir hätten sogar unsere Mithilfe von dieser Verschmelzung abhängig gemacht und dem Landesvorstand keine Bedingungen gestellt. Auf Grund dieser falschen Behauptungen kam man zu dem Fazit, der Parteivorstand vermöge die politischen Folgen seines Vorschlages nicht zu übersehen (Lachen), der Parteivorstand fühle sich nur als Verwalter der Parteigelder, er habe keinen Sinn für Parteiehre und für die Interessen der Partei. (Hört! hört! und Gelächter.) So glaubte man denn nun glücklich einmal zu dem mageren Thema von den Bureaukraten einen Beitrag konstruiert zu haben, allerdings auf Kosten der Wahrheit, denn unsere Erklärung besagte ja das Gegenteil und sie befand sich bereits im Besitz der Redaktion der Leipziger Volkszeitung. (Hört! hört!) Aber die Redaktion der Leipziger Volkszeitung glaubte sich diesen fetten Happen nicht entgehen lassen zu sollen, sie fabulierte feste darauf los von Geldschrankhütern, von Schema F, von sauberen Akten und ähnlichen Dingen. Ich glaube gerade darauf hinweisen zu müssen, um Ihnen zu zeigen, wie man mit dem Schlagwort „Bureaukratie", das ja jetzt in der Partei üblich geworden ist, auch bei dieser Gelegenheit Geschäfte machen zu können hoffte. Mit unserer Erklärung hat die Redaktion der Leipziger Volkszeitung kurzen Prozeß gemacht; sie brachte den Artikel von Radek als Leitartikel, knüpfte gnädigst unsere Erklärung hinten an und bemerkte dazu, die Erklärung des Parteivorstandes bestätigte im wesentlichen, was in dem Artikel unserer Württemberger Zuschrift dem Parteivorstand vorgeworfen wird. (Große Heiterkeit.) Tatsächlich steht die Erklärung schnurstracks im Widerspruch zu dem, was gegen uns gesagt ist. (Sehr richtig!) Wenn man so vorgeht, so ist das eine recht skrupellose Zumutung an die Urteilslosigkeit der Leser. (Sehr gut!)

Das Bremer Parteiblatt hat unsere Erklärung doch besser bewertet. Es schrieb am selben Tage: „Wir bedauern sehr, durch einen Mitarbeiter, dem auf Grund eigener langjähriger Praxis als Redakteur die volle Bedeutung solcher ganz bestimmter Erklärungen klar sein mußte, falsch unterrichtet zu sein. Daß wir das sind, beweist die folgende Berichtigung, die uns vom Parteivorstande telephonisch übermittelt wurde." Aber diese Einsicht hat nicht lange vorgehalten. Am anderen Tage brachte die „Bremer Bürger-Zeitung" den Artikel Radeks aus der „Leipziger Volkszeitung" mit der Redaktionsanmerkung, ohne auf die Berichtigung Bezug zu nehmen und ohne jeden Kommentar. (Hört! hört!) Ich glaube, die Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung" hat sich dabei selbst die schlimmste moralische Ohrfeige verabreicht. (Sehr richtig!) Aber im Eifer, das Gleichgewicht zwischen Bremen und Leipzig wieder herzustellen, scheint ihr das nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Ich habe geglaubt, auf diese Einzelheiten hinweisen zu müssen, weil sie charakteristisch sind für die polemischen Methoden dieser beiden Parteiblätter. (Hört! hört!) Westmeyer und Thalheimer setzten trotz aller unserer Erklärungen ihre Treibereien gemeinsam fort. Jede Erklärung von uns beantworteten sie mit neuen haltlosen Verdächtigungen. In vertraulichen Zirkularen und Depeschen suchten sie mit zum Teil wahrheitswidrigen Angaben die Presse zu beeinflussen. (Hört! hört!) Dabei spielten sie sich als Retter der Parteiehre und der reinen Gesinnung auf. Unsere Bemühungen zur Regelung der Angelegenheit wurden als Vertuschungsaktion bezeichnet, und den Redaktionen wurde Vorsicht gegenüber unseren Erklärungen anempfohlen. (Hört! hört! und Bewegung.) Radek trat sogar mit einer förmlichen Drohnote an den Parteivorstand heran. (Lebh. Hört! hört!) In Versammlungen, darunter in einer von 16 Personen besuchten Frauenversammlung in Göppingen, wurde die Angelegenheit in ähnlicher unverantwortlicher Weise verhandelt, und in einer Versammlung in Stuttgart wurde den Genossen Westmeyer und Thalheimer Dank und Anerkennung für diese mutvolle Erfüllung der Parteipflicht ausgesprochen. (Heiterkeit und Hört! hört!) Als wir das Dreimännerkollegium in die Enge getrieben hatten, da behaupteten sie doch noch, den Parteivorstand der Passivität beschuldigen zu müssen. Da und dort hätte er gefehlt, obgleich wir vor Monaten die Erhaltung der Unabhängigkeit der Göppinger Redaktion zur Bedingung gemacht hatten, obgleich wir in jedem Stadium der Verhandlungen daran festgehalten und finanzielle Hilfe sofort gewährt hatten und den Druck von ihren Schultern nahmen, und obgleich wir verlangten, von dem Gange der Unterhandlungen stets unterrichtet zu sein, glaubte man, uns Untätigkeit vorwerfen zu können. Wie sollten wir anders verfahren? Wie sollte man vorsichtiger zu Werke gehen, wenn man die Göppinger nicht als unmündige Kinder oder als Trottel behandeln wollte?

Folgendes ist noch zu beachten. Radek hatte am 28. Mai, ermächtigt von Thalheimer, dessen Rücktritt von der Redaktion erklärt, und Thalheimer hatte am 30. Mai zu Beginn einer Parteiversammlung in Göppingen erklärt, daß er von der Redaktion freiwillig zurücktrete. Das geschah ohne Wissen des Parteivorstandes. Das geschah, obgleich ein Telefongespräch oder ein Telegramm genügt hätte, um ein sofortiges Eingreifen des Parteivorstandes herbeizuführen. Wer bei dieser so völlig klaren und einfachen Sachlage behauptet, die Göppinger hätten unter finanziellem Druck oder Zwang gehandelt, der stellt die Tatsachen auf den Kopf. (Sehr richtig!) Beachten Sie doch nur: Radek erklärt selbst den Rücktritt Thalheimers. Er hat es damit so eilig, daß er nicht einmal dessen Zustimmung einholt, und dann schreibt er über Erpressung und Maßregelung. Thalheimer gibt in einer Parteiversammlung die Erklärung ab, daß er zurücktritt, und man muß annehmen, daß er freiwillig zurücktritt. Einige Tage später behauptet er, die Erklärung sei unwahr, sein Rücktritt sei erpreßt, und die Verantwortung für diese Erpressung trage der Parteivorstand. (Hört, hört!) So etwas nennt sich mutvolle Erfüllung der Parteipflichten. (Heiterkeit.) Dieser Sachverhalt ist in einer Sitzung vom 6. Juni in Göppingen, an der alle Parteiinstanzen des Göppinger Wahlkreises mit Radek und Thalheimer teilnahmen, festgestellt worden. Radek und Thalheimer haben auch in dieser Verhandlung eine recht merkwürdige Rolle gespielt. Nachdem wir längere Zeit verhandelt hatten, nachdem Radek sich eingehend zur Sache erklärt hatte, nahm Thalheimer einen Teil von der erwähnten zweiten Erklärung zurück, und nach weiterer Verhandlung nahm er die ganze Erklärung zurück. (Heiterkeit.) Und zwar, wie er erklärte, weil er sie nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr aufrecht erhalten könne. Radek, dem es in der Hauptsache darum zu tun war, seinen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" zu rechtfertigen, und weiteren Spektakel zu machen, war diese Erklärung Thalheimers recht unangenehm, und er bat um Unterbrechung der Sitzung. Das geschah. Radek führte sogenannte Verhandlungen mit Thalheimer, und dann kam Thalheimer zurück und gab eine dritte Erklärung ab: „Ich muß erklären, daß ich nach weiterer Ueberlegung die Vorwürfe gegen den Parteivorstand in allen Punkten aufrecht erhalte!" (Heiterkeit und Hört, hört!) Darauf meinten selbst die Göppinger Parteigenossen, es sei Zeit, zur Abstimmung zu kommen. (Pfannkuch ruft: Kalte Umschläge machen!) Dann ist in Anwesenheit von Radek und Thalheimer gegen diese beiden Stimmen von allen Göppinger Parteiinstanzen die Erklärung beschlossen worden: Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei der Sanierung des Göppinger Blattes weder dessen Verschmelzung mit dem Ulmer Parteiblatt noch dessen Druck in der Göppinger Druckerei zur Bedingung gemacht. Er hat nur gewünscht, daß versucht werden solle, den Druck des Ulmer Blattes der Göppinger Druckerei zu übertragen, um diese lebensfähig zu gestalten. Ueber den Verlauf sollte berichtet werden. Dann sollte er über die Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des Göppinger Vereins ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nichts berichtet worden, obwohl er schriftlich darum ersucht hatte. Es kann also dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden! —

Radek geriet darüber in begreifliche Erregung, er versuchte alle Augenblicke, darüber „Feststellungen" zu machen, verlangte Protokollierungen und versuchte auf recht merkwürdige Weise schriftliche Zeugnisse von den Anwesenden zu erhalten. Er drohte mit der Parteipresse usw. Nach achtstündiger Verhandlung mußten wir

uns sagen: eine weitere Verhandlung kann zu nichts führen, wir brechen ab. Die Göppinger beantragten, die Verhandlung am nächsten Tage weiter zu führen! Wir machten zur Bedingung, daß wir nur weiter verhandeln würden, wenn alle Göppinger Instanzen teilnehmen würden und alle ausdrücklich dazu bevollmächtigt sein würden. Das ist geschehen, das ist protokollarisch festgestellt und von allen anerkannt worden. Dann ist der zweite Teil der Erklärung beschlossen worden, ebenfalls einstimmig. Außerdem sind dann auch dort Verhandlungen geführt worden über ein neues Arrangement zur Sanierung. Man kam nach sachlicher Verhandlung zu einem einmütigen Entschluß auch in dieser Frage. Aber um weiteren Treibereien vorzubeugen, haben wir verlangt, daß auch dieser Beschluß allen in Betracht kommenden Parteiinstanzen zur besonderen Beschlußfassung vorgelegt werden solle. Das ist auch in einer Göppinger Sitzung geschehen. Dort ist einmütig unserem Vorschlage zugestimmt worden. Später stimmte auch die Kreisgeneralversammlung zu. Nach dieser Regelung wird das Ulmer Blatt in Göppingen gedruckt. Beide Blätter beziehen für den allgemeinen politischen Teil die Matern von der „Tagwacht" in Stuttgart. Die neue Besetzung der „Tagwacht"-Redaktion war damals schon durchgeführt. Landespolitik und den übrigen Text soll jedes Blatt selbst herstellen, abgesehen von der Unterhaltungsbeilage. Jedes Blatt hat seine eigene Redaktion und Preßkommission, die Preßkommission nur aus dem Verbreitungsbezirk. Das war der einzige Ausweg zu einer vernünftigen Regelung. Die Regelung hat sich vorzüglich bewährt. Die Göppinger Preßkommission, die nur aus Vertretern der Göppinger Genossen besteht, hat uns noch in den letzten Tagen mitgeteilt, daß diese Regelung allgemein befriedigt. Ohne Radek und seine Freunde wäre diese Regelung einige Wochen früher erfolgt. Der Partei wäre der Skandal erspart geblieben und die Göppinger hätten nicht den schweren Schaden erlitten, der ihnen zugefügt worden ist. (Sehr richtig!) Wenn jetzt von jener Seite behauptet wird, daß nur durch ihr Eingreifen diese Regelung herbeigeführt worden ist, dann sind das nichts als windige Ausflüchte. (Sehr richtig!) Denn die Vorstandsvertreter haben bereiten bei der ersten Verhandlung in Stuttgart den Göppingern Vertretern eine Regelung auf derselben Grundlage vorgeschlagen. Als wir am 5. Juni nach Göppingen fuhren, waren wir dazu entschlossen und während der ganzen Verhandlungen haben wir in diesem Sinne gewirkt. Aber es ist auch falsch, wenn jene Leute behaupten, sie hätten diese Regelung erzielt, denn wir wurden ja gerade wegen dieser Regelung auf das heftigste angegriffen. Die „Leipziger Volkszeitung" hatte sich zurückgezogen. Die „Bremer Bürgerzeitung" stand allein auf weiter Flur. Da behaupteten Radek und Thalheimer in einem Schlußartikel, wir hätten mit unserer Regelung das Blatt dem Landesvorstande ausgeliefert. Und der Dritte am Werke, der württembergische Mitarbeiter der „Bremer Bürgerzeitung", schrieb: „Jetzt ist die Sanierung in der Weise durchgeführt worden, die das Göppinger Blatt in der Tat kaputtsaniert hat." — Dabei ist der Artikelschreiber über alle Einzelheiten genau unterrichtet. Er muß also wissen, wie die Dinge liegen. Daß es sich dabei nicht um Bagatellen handelt, geht daraus hervor, daß diese Sanierung für die Parteikasse nicht weniger als 82 000 M. gekostet hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Weitere große Forderungen stehen noch aus. (Erneutes Hört! hört!)

Es bleibt mir nur noch übrig, die Erklärung zu rechtfertigen, die Genosse Braun und ich auf der Kreisgeneralversammlung auf dem Hohenstaufen gegen Radek abgegeben haben. Aber die Begründung ergibt sich wohl schon aus dem, was ich angeführt habe. (Pfannkuch: Das genügt!) Noch am Abend der Generalversammlung war Radek in Gmünd. Er erklärte, der Parteivorstand müsse unter allen Umständen das zur Erhaltung der völligen Selbständigkeit des Göppinger Blattes erforderliche Geld hergeben, das Geld, das doch von Arbeitern aufgebracht sei. (Bebel ironisch: Das mußte natürlich gesagt werden!) Ja, dieser Mann geht in so unverantwortlicher Weise zu Werke, obgleich er selbst nicht die Verpflichtung in sich fühlt, der Partei als Mitglied anzugehören. (Lebh. Bewegung und Hört! hört!) Alle gegenteiligen Behauptungen Radeks über seine Mitgliedschaft sind unwahr. Er ist erst auf dem Hohenstaufen daran erinnert worden, daß man, wenn man in der Partei mitreden will, auch Mitglied der Partei sein muß. (Lebhaftes Hört! hört!) Er hat behauptet, er sei seit 1908 Mitglied der deutschen Partei geworden, in Leipzig und im 6. Berliner Wahlkreise. Nach den Mitteilungen der Organisation sind diese Behauptungen unwahr. (Hört! hört!) Radek war in Leipzig überhaupt nicht Mitglied (Hört! hört!) und in Berlin VI war er es nur dem Namen nach. Er ist dort am 5. 10. 1908 Mitglied geworden, aber Beiträge hat er nicht bezahlt. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit.)

Parteigenossen! Ueber eine Tatsache kann ich aber nicht hinweggehen. Ich habe schon vorhin auf den Schlußartikel von Radek und Thalheimer in der „Bremer Bürgerzeitung" hingewiesen. Dieser Artikel schließt: „Wir werden in einer Broschüre der Partei das ganze in Betracht kommende Material unterbreiten, insoweit es überhaupt der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden kann. Den Rest, der von sehr großer Wichtigkeit zur Beurteilung der Frage ist, werden wir der Kontrollkommission mitteilen." (Hört! hört!) Und an anderer Stelle: „Es werden der Parteiöffentlichkeit wichtige Tatsachen vorenthalten, Dokumente, die absolut notwendig sind, zur Beurteilung einer wichtigen Frage, die seit Wochen die Parteiöffentlichkeit beschäftigt." Nun, die Broschüre hat uns bis zur Stunde nicht erreicht (Hört! hört!) und das zur Beurteilung so wichtige Material ist, wie mir Genosse Kaden mitteilt, bis zum Augenblick auch nicht bei der Kontrollkommission eingelaufen. (Hört! hört!) Nicht einmal Beschwerde gegen uns ist bei der Kontrollkommission geführt worden, trotzdem wir öffentlich dazu aufgefordert haben. Diese Erklärung Radeks — sie trägt ja nur den Namen Thalheimer mit — ist in ihrem Wortlaut darauf berechnet, raffiniert darauf berechnet, Verdächtigungen auszustreuen zur Täuschung der Parteigenossen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich weise diese Andeutungen mit aller Entschiedenheit zurück, es gibt keine Dokumente von Belang, keine wesentlichen Tatsachen in der Göppinger Angelegenheit, die von uns der Oeffentlichkeit vorenthalten worden wären. (Hört! hört!) Damit könnte ich diese Sache verlassen, wenn sie nicht dazu gedient hätte, so viel Staub aufzuwirbeln und so leichtfertig Angriffe und Verdächtigungen gegen uns in die Welt zu setzen, daß die Partei verlangen konnte, volle Klarheit in dieser Sache zu erhalten. (Zustimmung.) Ich weise alle diese Verdächtigungen als leichtfertig und haltlos (Bebel: verlogen!) (Sehr richtig!) auf das entschiedenste zurück. Ich will nicht sagen verlogen, sondern haltlos und unbeweisbar. Wir haben in dieser Sache unsere Pflicht und Schuldigkeit in weitester Weise erfüllt, trotzdem uns das Leben von einigen Quertreibern wahrlich sauer genug gemacht worden ist. Das Gravierende und Beschämende aber ist, daß einige Parteiorganisationen und Parteiblätter sich in solcher Weise haben mißbrauchen lassen. (Stürmische Zustimmung.)

Nachdem der Redner mitgeteilt hat, daß Genosse Mehring auf seinen Wunsch von den politischen Spitzartikeln in der „Neuen Zeit" entbunden und ihm dafür das gleiche Maß von Arbeit in wissenschaftlichen Aufsätzen für die „Neue Zeit" übertragen worden sei, geht er auf die Ausbreitung der **Parteipresse** ein. Wir haben im letzten Jahr 171 000 Abonnenten gewonnen gegen 146 000 im Vorjahre. Neben der Zunahme an Abonnenten hat die Parteipresse im letzten Jahre auch gewaltig an innerem Wert gewonnen. Es muß rühmend anerkannt werden, daß insbesondere während des Reichstagswahlkampfes unsere Parteipresse geradezu Glänzendes geleistet hat, große Schichten der Arbeiter aber stehen uns heute noch als Abonnenten fern und bilden die Träger der sogenannten farblosen Presse. Hier liegt noch eine große, wichtige Arbeit für die Partei, denn je größer die Ausbreitung der Parteipresse, desto mehr innerlich gekräftigt wird sie und desto größer wird ihre Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung ihrer großen Aufklärungsarbeit. Auf dem Gebiete der imperialistischen Raubpolitik, gegen den Wahnwitz der Rüstungssteigerung, gegen die Kriegshetzereien, sowie gegen die wucherische Aushungerungspolitik sind von uns Massenaktionen eingeleitet worden, die sich mehrfach zu wuchtigen Demonstrationen gestaltet haben. Die Aufhebung der Schnapsliebesgabe, die in Wirklichkeit nur eine Erhöhung der Branntweinsteuer war, hat uns veranlaßt, eine neue energische Aufforderung zur Befolgung des Schnapsboykotts ergehen zu lassen. Es liegen ja Anträge vor, die eine neue Agitation für den Schnapsboykott fordern, aber ich glaube, wir führen darüber keine lange Verhandlung und fassen keine neuen Resolutionen, sondern bekräftigen aufs neue den Leipziger Beschluß. Ein einmütiger Appell an die Arbeiterklasse, aus moralischen und politischen Gründen den

Schnapsgenuß zu meiden,

wird draußen im Lande großen Widerhall finden und die größte Wirkung ausüben. Zu allen politischen Aktionen ist von uns Agitationsmaterial ausgegeben worden, zur Reichstagswahl allein 68 verschiedene Flugblätter. Die Bezirks- und Landesvorstände sind seit der Wahl dreimal zusammenberufen worden, auch die Redakteure haben wir einmal einberufen. Mit der Kontrollkommission haben wir alle Vierteljahre konferiert und dabei alle wichtigen Parteifragen erörtert, Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht. Während früher oft über Mangel an Agitationsmaterial geklagt wurde, hört man jetzt schon vielfach, daß in dieser Beziehung manchmal des Guten etwas zu viel geboten werde. (Sehr richtig!) Einzelne Genossen machen dem Vorstand den Vorwurf der mangelnden Initiative und Aktivität. In der Organisationskommission, wo doch Genossen mit jahrelangen Erfahrungen sitzen, ist einmütig erklärt worden, daß der Parteivorstand in bezug auf Aktivität und Initiative des Guten vielleicht etwas zu viel täte. Flugblätter und Flugschriften sind im letzten Jahre in nicht weniger als 114 Millionen Exemplaren verbreitet worden, wovon 88 Millionen allein auf die Reichstagswahl entfallen. 30 000 öffentliche Agitationsversammlungen und mehr als 42 000 Mitgliederversammlungen wurden erledigt. Auch in der systematischen Bildungsarbeit wurde Großes geleistet. Die Parteiverlage in Stuttgart und Berlin haben eine gesteigerte Tätigkeit entfaltet. Ueber die Vorwärtsbuchhandlung ist schriftlich Bericht erstattet und der Verlag von Dietz hat vom 1. April 1911 bis zum 30. Juni 1912 18 Bücher in einer Gesamtauflage von 120 000 erscheinen lassen. Augenblicklich ist eine Volksausgabe des ersten Bandes des „Kapital" in Vorbereitung. (Bravo!) Die Herausgabe wurde Karl Kautsky übertragen. Das letzte Jahr war ein Jahr des Kampfes und des Sieges für die Partei. Außer der großen Steigerung der Mitgliederzahl, der erfreulichen Vermehrung der Abonnenten unserer Presse ist die Zahl unserer Gemeindevertreter von 8900 auf 10 400 gestiegen und wir konnten unsere Sitze in den bundesstaatlichen Landtagen von 188 auf 244 vermehren. Die 4¼ Millionen Stimmen bei der Reichstagswahl waren ein glänzendes Vertrauensvotum für die Partei und ihre Politik. Diese gewaltige Wählermasse zu sozialistischer Kenntnis zu bringen, sie zu überzeugten und zu kampfbereiten Sozialdemokraten zu machen, muß eine der wichtigsten Arbeiten für die nächste Zeit sein. Unsere Arbeit im Vorstand war getragen von übereinstimmender Auffassung in allen wichtigen Fragen und von schöner Kollegialität. Wir haben mit den Gewerkschaften gute Fühlung gehalten und standen zu ihrer Generalkommission fortdauernd in engen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen. (Bravo!) Zu den auftretenden Parteistreitfragen hat der Parteivorstand jederzeit klar und entschieden Stellung genommen. Bei prinzipiellen Fragen stellte er sich rückhaltlos auf den Boden des Erfurter Programms, bei taktischen Fragen ließen wir uns bestimmen durch unsere Klassenkampftaktik und durch die Beschlüsse unserer Parteitage. Freilich hat die Parteileitung kein Interesse an der Verschärfung der Meinungsstreitigkeiten. Vor allem waren wir bestrebt, die Geschlossenheit und Einheit unserer Kampffront zu erhalten, sie mit ganzer Wucht gegen den Feind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu richten. So bitte ich Sie, an die Kritik unserer Tätigkeit heranzutreten. Wird die Kritik nicht der Kritik wegen, sondern des Interesses an der Sache wegen geführt, dann muß sie zum Vorteil der Partei ausschlagen, muß sie die Kampfesfreude und Siegessicherheit unserer Parteigenossen stärken. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Parteitag vertagt sich bis 2 Uhr nachmittags.

Nachmittagssitzung.

Haase eröffnet die Sitzung gegen 2¼ Uhr mit der Verlesung folgender Begrüßungstelegramme: „Der deutschen Sozialdemokratie, der Vorkämpferin und Lehrmeisterin der sozialistischen Internationale, unseren Gruß. Ausländisches Komitee der Sozialdemokratie Lettlands in Brüssel."

„Inmitten verbrecherischer Kriegshetze und tollen bulgarischen Chauvinismus für Frieden kämpfend, sendet revolutionäre Sozialdemokratie Bulgariens innigste Brudergrüße dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der mächtigen Schützerin des Völkerfriedens. Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens."

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingelaufen von der sozialdemokratischen Partei Portugals, vom Parteivorstand aus Rom und von der sozialistischen Partei in Saloniki. Als Vertreter der holländischen Sozialdemokratie ist Genosse Wynkopp erschienen, der von Haase willkommen geheißen wird.

Sodann tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein und nimmt den

Kassenbericht

entgegen.

Referent Braun:

In dem siegreichen Jahre 1903 konnte Genosse Gerisch, der durch sein quälendes Leiden noch immer verhindert ist, am Parteitag teilzunehmen, strahlenden Gesichts ausrufen: „So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen!" Kein Wunder, er konnte trotz der erheblichen Wahlausgaben mit einem Ueberschuß aufwarten. Das kann ich ja nun freilich nicht. Wenn man so, wie wir in diesem Jahre die Gegner zu Paaren treibt, dann muß man sich damit abfinden, daß auch die Parteikasse dabei Haare läßt. Es ist doch immerhin noch glimpflich abgegangen, und das Defizit von zirka 56 000 Mark gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß. Ja, ich glaube, es gibt sogar Genossen, die der Meinung sind, der Parteivorstand habe auch im Geldausgeben nicht genügend Initiative entwickelt. (Heiterkeit.) Jedenfalls fällt bei einer Ausgabe von über 900 000 Mark für die Wahlagitation ein so geringfügiges Defizit überhaupt nicht sehr ins Gewicht. Allerdings ist das nur die Ausgabe der Hauptkasse und davon entfallen noch 450 000 Mark auf die Zuschüsse zu den Landtagswahlen in Bayern und Elsaß-Lothringen. Hierzu kommen die Aufwendungen der Wahlkreis- und Bezirksorganisationen, die nach unserer Zusammenstellung insgesamt 2 384 965,62 Mark für die Wahlagitation verausgabt haben. Auch die Gegner haben ja begriffen, daß zum Kriegführen Geld gehört, und die Herren von der Industrie und Handel ebenso wie die Nutznießer der Hungerzölle und der Liebesgaben belasten das Geschäftsunkostenkonto mehr als bisher und steuern erhebliche Beiträge zu den Wahlfonds der Parteien, von denen sie eine Vertretung ihrer kapitalistischen Profitinteressen erwarten. Diese Parteien müssen schon deshalb meist höhere Aufwendungen machen, weil sie viele Wahlarbeit mit klingender Münze bezahlen müssen, die von unseren Genossen ohne Entgelt oder gegen eine geringe Vergütung geleistet wird. Haben wir auch für den Wahlkampf finanzielle Aufwendungen gemacht in einer Höhe, wie nie zuvor, so darf uns das doch nicht leid tun, denn die Ernte entspricht diesen hohen Erntekosten. Als Politiker wird es uns immer mit Genugtuung erfüllen, wenn wir ein Wahljahr abschließen können mit dem Fazit: Viel mehr Stimmen und Mandate und etwas weniger Geld. Als Verwaltungsmenschen freilich haben wir die Ausgaben auch etwas kritisch zu betrachten, und da ist vorweg zu bemerken, daß die Genossen vielfach durch die gewaltigen Aufwendungen unserer Gegner sich verleiten lassen, es diesen gleich zu tun. Wir mußten infolgedessen in manchen Kreisen ganz erheblich dämpfen. Mustergiltig auch in finanzieller Beziehung ist die Wahl in einzelnen Bezirken vorbereitet worden, wie z. B. in Sachsen, wo die nicht unbeträchtlichen Wahlkosten ohne Zuschuß aus der Hauptkasse bestritten werden konnten. Auch Württemberg, Oldenburg und noch einige andere Bezirke kamen ohne Zuschuß aus. Dagegen haben wiederum andere Bezirke ihre Wahlkosten überwiegend mit den Mitteln der Hauptkasse gedeckt. Wäre es nach den Wünschen gewisser Wahlkreise gegangen, dann würde unser Kassenabschluß ganz anders aussehen.

Die Abführung der Beiträge an die Hauptkasse hat sich in den letzten Jahren sichtlich gebessert. Es ist kaum glaublich, wie schwer sich Neuerungen bei uns durchsetzen, insbesondere, wenn es sich ums Geldzahlen handelt. Noch immer herrscht bei den Kassierern einiger Wahlkreise eine erhebliche Unklarheit darüber, wie die 20 Proz. Beiträge für die Hauptkasse zu berechnen sind, eine Unklarheit, die die merkwürdige Wirkung hat, daß der Zentralkasse niemals mehr, sondern immer weniger zugeführt wird. (Heiterkeit.) Es muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß die klare Bestimmung des Statuts streng innegehalten wird. Die Abrechnung erfolgt am besten vierteljährlich und soll in Zukunft in allen Bezirken durch Vermittelung der Bezirksleitung erfolgen. Die Praxis hat gelehrt, daß dadurch am ehesten eine geordnete Beitragsberechnung sowie eine regelmäßige Beitragsabführung gesichert wird. Es gibt auch noch Organisationen, die es mit der guten alten Zeit halten, wo die Kreise an die Hauptkasse nur dann Geld abführten, wenn sie etwas übrig zu haben glaubten. Um Gründe, die Nichterfüllung ihrer statutarischen Pflicht zu erklären, sind die Kassierer solcher Kreise niemals verlegen. Mehr als 20 Proz. der Beiträge haben sehr wenige Kreise an die Hauptkasse abgeführt. Hier stehen nach wie vor fast nur Groß-Berlin und Hamburg in glänzender Vereinsamung da. Die Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger Genossen für die Gesamtpartei hat sich auch im Wahljahre bewährt, und es wäre nur zu wünschen, wenn andere Kreise sich daran ein Beispiel nehmen würden. Es soll nicht verkannt werden, daß es bei den stetig steigenden Anforderungen an die Kreisorganisationen manchen Kreisen nicht leicht ist, ihren Pflichtteil abzuführen. Aber gleichwohl müssen wir darauf bestehen, denn nur durch eine ordnungsmäßige richtige Beitragsabführung ist eine Stabilität der Parteifinanzen zu erzielen. Zurzeit ist die Hauptkasse zu einem erheblichen Teil auf die Geschäftsüberschüsse angewiesen, die naturgemäß sehr schwankend sind, während die dauernden Ausgaben der Hauptkasse ganz erheblich gestiegen sind. Um so mehr muß der Parteivorstand mit Sicherheit auf bestimmte Einnahmen rechnen können. Bei der zunehmenden Intensität der Kämpfe haben wir alle Veranlassung, unseren Kampffonds immer mehr zu stärken, um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein. Wie wichtig dieser Fonds ist, geht auch schon daraus hervor, daß unsere Gegner ihm ein geradezu rührendes Interesse entgegenbringen. In diesem Jahre machte sich auch die „Nordd. Allgemeine Zeit." an die Aufgabe, die Geheimnisse unseres Kassenberichts zu ergründen. In ihrer Nummer vom 25. August stellt sie erst, was bei einem Organ Bethmann Hollwegs nicht Wunder nehmen kann, tiefsinnige Betrachtungen darüber an, ob Hauptkasse und Parteikasse dasselbe ist. Dabei kommt das Blatt zu folgendem philosophischen Schluß:

„Was hier unter der neuen Bezeichnung Hauptkasse erscheint, wäre also die frühere Parteikasse. Taucht trotzdem noch eine Parteikasse auf, dann fragt es sich, ob das eine neue Kasse sein soll." (Große Heiterkeit.)

Das ist fast ebenso klar, wie das Regierungsprogramm des Reichskanzlers der gottgewollten Abhängigkeit. (Heiterkeit.) Auf derselben Höhe bewegen sich die weiteren Ausführungen des Regierungsblattes, die sich vorwiegend mit „jenem geheimnisvollen Fonds" wie es ihn nennt, beschäftigen, in den die Ueberschüsse der Partei fließen. Der Regierungsoffiziosus kommt zu dem Ergebnis, daß Millionenfonds gehalten werden, über deren Bestand keinerlei Rechnung abgelegt wird. Wäre diese Behauptung, wie auch die, daß für die Zinszahlungen Belege fehlen, nicht so saudumm, dann müßten sie als perfide Verdächtigung entschieden zurückgewiesen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Alle unsere Einnahmen und Ausgaben werden ordnungsgemäß belegt, wir legen den von der Partei eingesetzten Instanzen Rechnung ab. Dies auch den Regierungshandlangern in der „Nordd. Allg. Ztg." und ähnlichen Neidhammeln gegenüber zu tun, liegt keine Veranlassung vor. Brennen diese Herrschaften so darauf, die Geheimnisse geheimnisvoller Fonds zu ergründen, dann mögen sie nur den Wahlfonds nachspüren, die der Regierung und den ihr dienstbaren Parteien zur Verfügung gestellt werden. Dort mögen sie auch das Geheimnis lüften, das über den trüben Quellen schwebt, aus denen sie gespeist werden. Schaffen sie da Klarheit, dann haben sie sich um die Reinlichkeit und die politische Moral verdient gemacht. (Lebhafte Zustimmung.)

Zu den Ausgaben der Hauptkasse ist nicht viel zu bemerken. Ich möchte nur richtig stellen, daß der Zuschuß an die „Freie Presse" in Straßburg nur 4500 Mk. und der Zuschuß an die „Mülhausener Volkszeitung" 12 565 M. beträgt. Die erfreuliche Entwickelung der Parteipresse läßt erwarten, daß im nächsten Jahre vielleicht einige Blätter aus der Liste der Zuschußbezieher verschwunden oder doch mit erheblich geringeren Beträgen verzeichnet sein werden. Mögen sich die Genossen von der irrigen Ansicht befreien, daß wir in jedem Wahlkreise ein Blatt haben müssen, und mögen sie von leichtfertigen Gründungen Abstand nehmen. Das Geld wird besser angewendet, um ein lebensfähiges Blatt für ein größeres Gebiet leistungsfähig zu machen. Beim Darlehnskonto sind die Ausgaben nicht viel höher als die Einnahmen. Dadurch ist unseren Gegnern, die gerade an dieser Position ihre albernsten Bemerkungen zu knüpfen pflegten, das Konzept etwas verdorben. Das Klischee von der großen Pumpkasse paßte diesmal nicht recht, doch man wußte sich zu helfen, man stellte einfach die Ausgaben und Einnahmen des Darlehnskontos für eine Reihe von Jahren gegenüber und zog daraus den geistreichen Schluß, daß nahezu eine Million das Wiederkommen vergaß. Das stimmt natürlich nicht, denn wir haben weitaus über eine Million als Darlehen unseren Zeitungsgeschäften zur Einrichtung und Vergrößerung ihrer Druckereien zur Verfügung gestellt und dies Geld hat auch nicht das Wiederkommen vergessen. Im Gegenteil, es wünscht wohl nichts sehnlicher, als wieder in die Hauptkasse zurückkehren zu können. Wollte die „Nordd. Allg. Ztg." ihren Einfluß dahin geltend machen, daß diese Zeitungsunternehmungen in ihrer Entwickelung nicht gehindert werden, daß insbesondere die Staatsanwälte ihnen die ganz überflüssigen und unproduktiven Ausgaben für Strafen und ähnliche behördliche Aufmerksamkeiten ersparen, dann würden sie sicher bald die Freude erleben, daß die Einnahmen des Darlehnskontos die Ausgaben ganz erheblich übersteigen. (Heiterkeit und sehr gut!)

Die Gegner blicken mit Neid auf die erheblichen Geldmittel, die die Arbeiter zur wirksamen Führung ihrer Kämpfe aufbringen. Die einen, namentlich die Liberalen, rufen unter Hinweis auf unsere imposanten Zahlen ihren Anhängern zu: Gehet hin und tuet desgleichen! Ebenso war es früher beim Zentrum. Das war zu der Zeit, als es noch hinter Kaisergräbern seine reine Seele den roten Teufeln verkaufte. (Heiterkeit.) In der Blockehe mit den ostelbischen Junkern — im klerikalen Jargon nennt man eine Ehe zwischen Katholiken und Protestanten ja wohl Konkubinat (Heiterkeit) — ist diese Partei längst dahin belehrt worden, daß sie ihre folgsamen Schäflein leicht stutzig machen könnte, wenn sie ihnen die Sozialdemokraten als Vorbild hinstellten. Deshalb hat sich das Zentrum nunmehr zu denen geschlagen, die den Kassenbericht zum Anlaß nehmen, Gift und Galle gegen uns zu verspritzen. Im holden Verein schimpfen die klerikalen und konservativen Blätter auf die Steuerschraube der Sozialdemokratie, die den armen Arbeitern noch das Wenige erpreßt, was ihnen die Raub- und Hungerpolitik der blauschwarzen Junkerregierung gelassen hat. Nun, die Genossen werden aus diesem giftigen Geschimpfe ersehen, daß sie auf dem rechten Wege sind, sie werden sich weder durch das Wutgeheul dieser geschworenen Arbeiterfeinde noch durch das heuchlerische Getue dieser Gegner jeden Fortschritts von dem Boden des Klassenkampfes abdrängen lassen. Nach wie vor werden sie unablässig an dem Ausbau der Organisation arbeiten und ihre Kassen stärken, denn einzig dadurch können sie die politische Aufklärungsarbeit wirksamer gestalten und mit Wucht den großen proletarischen Befreiungskampf führen. Dieser Kampf wird und muß allen Widerständen zum Trotz geführt werden, bis der Bann politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Ausbeutung gebrochen ist und der kapitalistische Klassenstaat niedergerungen am Boden liegt. Dann erst wird die Bahn frei für die Kulturmission des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Den

Bericht der Kontrollkommission

erstattet

Kaden:

Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist auch im letzten Jahre gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei erfolgt. Sie entsprach daher den Grundsätzen, welche in der Erklärung enthalten sind, die ich im Namen der Kommission auf dem vorigen Parteitag abgab. Daraus geht hervor, daß unsere Kommission nicht mitleitend tätig sein konnte, was auch ihrer Natur als kontrollierende Körperschaft entspricht.

Dagegen erstreckte sich die Kontrolle selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. Der sachlichen Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe gemäß gab der Parteivorstand bei jeder vierteljährlichen Tagung der Kontrollkommission einen Ueberblick über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner letzten Tätigkeitsperioden. Gegenstand solcher Aussprachen waren zum Beispiel: Ausgestaltung des Pressebureaus in Berlin, Herausgabe von Handbüchern zu den Reichstagswahlen und zur Reichsversicherungsordnung, Veröffentlichung kleiner billiger Broschüren, Ergänzung und Erneuerung der Parteiliteratur, insbesondere über die Frage der Weltwirtschaft und des Imperialismus.

Die Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte der Partei ist immer umfangreicher geworden. Diesem Umstande trugen Parteivorstand und Kontrollkommission auch dadurch Rechnung, daß sie einen weiteren Ausbau der Kassengeschäfte in die Wege leiteten. Außer den Kassengeschäften des Parteivorstandes unterstehen der Kontrolle unserer Körperschaft: der „Vorwärts" (Zeitungsverlag und Buchhandlung), Pressebureau, Sozialdemokratische Korrespondenz, Archiv, Bildungsausschuß, Parteischule und Frauenbureau; ferner: Verlag und Druckerei der Firma J. H. W. Dietz Nachflg. in Stuttgart sowie das Rheinisch-Westfälische Bureau. Die Geschäfte aller dieser Einrichtungen sind im Verlaufe des letzten Jahres geprüft worden und gaben keinen Grund zu Beanstandungen; sie wurden in guter Ordnung gefunden.

Mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand hatte sich die Kontrollkommission zu beschäftigen. Genosse Louis Trott in Heiger (Westerwald) beklagte sich, daß sein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts in dem Ausschlußverfahren von dem Parteivorstand nicht mit der gebotenen Schnelligkeit behandelt worden ist. Es stellte sich aber heraus, daß die Verzögerung lediglich entstanden war, weil von zwei Organisationen je ein solcher Antrag gestellt worden war; der Parteivorstand mußte deshalb zur Herbeiführung einer Verständigung mit beiden verhandeln. Dadurch ging Zeit verloren.

In einer Beschwerde rügt Genosse Dickreiter in Altenburg, daß der Parteivorstand ein von ihm eingesandtes Manuskript zu einer Broschüre auf ihre Zweckmäßigkeit für eine Veröffentlichung nicht genügend geprüft habe. Der Parteivorstand machte geltend, daß er bei Einlauf des Manuskripts bereits einen anderen Parteigenossen damit beauftragt hatte, dieselbe Materie zu behandeln. Da der vom Parteivorstand mit jener Arbeit betraute Genosse aber öffentlich um Zustellung weiteren Materials ersucht hatte, bedauerte die Kontrollkommission die so kurzerhand erfolgte Ablehnung der Dickreiterschen Einsendung durch den Parteivorstand. Sie sprach sodann den Wunsch aus, daß die Materialsammlung des Genossen Dickreiter bei einer billigen Neuausgabe der fraglichen Schrift berücksichtigt werde. Der Parteivorstand hat darauf das Westfälische Bureau um einen Auszug aus beiden Sammlungen ersucht.

Die Kontrollkommission stellt einstimmig den Antrag: Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das vergangene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt werde.

Darauf wird die Diskussion mit dem Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission eröffnet.

Rau-Zittau (zur Geschäftsordnung): Ebert hat mit großer Ausführlichkeit über den Fall Göppingen berichtet. Soweit ich unterrichtet bin, werden die Göppinger Genossen seinen Ausführungen eine große Anzahl von Tatsachen entgegenstellen. Dem Parteitag und den Genossen im Lande wird eine hinreichende Orientierung über diese Angelegenheit erschwert, wenn sich die Entgegnungen der Göppinger Genossen auf eine Anzahl von 10-Minuten-Reden verteilen. Ich beantrage daher, dem Genossen Schepperle-Göppingen unbeschränkte Redezeit zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Rau-Zittau beantragt nun, dem Genossen Schepperle wenigstens eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren. Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender **Haase**: Damit unsere Debatte nicht verzettelt wird, schlage ich vor, gewisse Gruppen von Gegenständen auszusondern und besonders zu debattieren. Und zwar alle Angelegenheiten, die sich auf den Kassenbericht beziehen; alle Vorlagen über Presse und Literatur, sowie alle Anträge, die sich auf die Bekämpfung des Branntweins erstrecken, ferner die Vorschläge über Jugendpflege und Bildungsbestrebungen.

Haase stellt nun die Unterstützungsfrage für die einzelnen Anträge. Nicht genügend unterstützt wurden die Anträge 10 Hanau, 156 Heinzelmann in Lichtenberg, 157 Berlin III, 92 Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach, 93 Hamburg III, Distrikt Beddel, 94 Köln, 96 Steglitz, 161 Berlin I, 178 Beeskow-Charlottenburg; der Antrag 81 wurde zurückgezogen.

Dann wurde in die Debatte eingetreten.

Schepperle-Göppingen:

Genosse Ebert bemerkte bei der Besprechung der Göppinger Sanierungsangelegenheit, daß das Göppinger Parteiunternehmen in leichtsinniger Weise gegründet worden sei. Diesen Vorwurf muß ich als falsch bezeichnen, muß aber zugeben, daß das Unternehmen wohl ohne genügende Unterlagen gegründet wurde. (Zurufe: Na also!) Wir hatten 1100 Genossenschaftsmitglieder, meistens Arbeiter, die insgesamt die Summe von 30 000 M. zusammengebracht haben. Die Zeitung hatte 5000 Abonnenten und wurde in der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht" hergestellt. Bei Herstellung der Zeitung in Stuttgart stellten sich mehrere für uns sehr unangenehme Schwierigkeiten heraus. Wir glaubten nun, mit den vorhandenen 30 000 M. auszukommen, wenn wir eine energische Agitation zur Gewinnung von Genossenschaftsmitgliedern und Abonnenten entfalteten. Allerdings haben wir uns getäuscht, mit der Gewinnung neuer Genossenschaftsmitglieder ging es nicht nach Wunsch vorwärts, was nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen ist, daß uns von einer bestimmten Gruppe Parteigenossen, die mit der taktischen Haltung des Blattes nicht einverstanden waren, von Anfang an Schwierigkeiten bereitet wurden. Einer dieser Parteigenossen ging sogar so weit, in einem öffentlichen Lokal zu erklären: Wir werden nicht eher ruhen, bis die freie Volkszeitung bankrott gemacht hat. (Hört! hört! und Rufe: Wer war denn das?) Das war Genosse Huttelmeyer, gegen den übrigens augenblicklich ein Ausschlußverfahren schwebt. Diese Hetze hatte mit zur Folge, daß Geschäftsleute, die bei unserem Unternehmen beteiligt waren, Forderungen viel früher einreichten, als es sonst der Fall gewesen wäre. Daher sind wir auch viel früher in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ich will natürlich nicht behaupten, daß wir mit den vorhandenen Mitteln ausgekommen wären, wenn sich das nicht ereignet hätte. Nachdem wir uns vergeblich bemüht hatten, Geld zu erhalten, waren wir schließlich genötigt, uns an den Parteivorstand zu wenden, so ungern wir es taten, weil wir tatsächlich vom Landesvorstand und vom Parteivorstand bei der Gründung gewarnt worden sind. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. (Große Heiterkeit.) Wir entschlossen uns, den Genossen Kinkel zum Parteivorstand zu senden, Genosse Westmeyer sollte ihn begleiten. Wir hofften, daß, wenn Kinkel auch einen energischen Rüffel erhalten würde, er doch nach Göppingen mit einem großen Sack Geld zurückkehren würde, den ihm Westmeyer tragen helfen sollte. Das ist leider nicht eingetreten. Der Parteivorstand verhielt sich gegen unser Gesuch zunächst ablehnend, schließlich erklärte er, daß er bereit wäre, mit uns zu verhandeln, wenn der Landesvorstand seine Zustimmung zur Sanierung gäbe. Am 14. April fand denn auch in Stuttgart eine Sitzung statt, an welcher Ebert und Braun vom Parteivorstand, der Göppinger Ausschuß, die Ulmer Instanzen und der Landesvorstand teilnahm. Ebert berichtete, ihm sei vorgeschlagen worden, daß bei der Vornahme der Sanierung auch die Frage erörtert werden sollte, ob nicht zum Zweck der Herbeiführung einer besseren Rentabilität des Göppinger Unternehmens der Druck der „Ulmer Donauwacht" in unserer Druckerei bewerkstelligt werden soll.

Zwischen der „Freien Volkszeitung" in Göppingen und der „Donauwacht" bestand ein großer Gegensatz, die erstere war radikal, die zweite revisionistisch. (Heiterkeit.) Genosse Göhring erklärte sofort, daß die Herstellung der „Donauwacht" in der Druckerei der „Freien Volkszeitung" nicht so schnell zu beschließen sein werde, da hierbei weitgehende politische und taktische Fragen zu lösen sind. Die Ulmer seien mit der Haltung der „Donauwacht" einverstanden gewesen, sie müßten entschieden verlangen, daß die Haltung der „Volkszeitung" geändert würde, wenn die „Donauwacht" bei uns hergestellt werden soll, da sie nicht ohne weiteres den politischen Teil der „Volkszeitung" übernehmen könne. Demgegenüber erklärte ich, daß die Göppinger Genossen und der zehnte Wahlkreis mit der Haltung der „Fr. Volksztg." einverstanden seien, und daß die Bedingungen der Herstellung der „Donauwacht" in Göppingen nicht solche wären, daß sie ohne weiteres erledigt werden können. (Ebert: Unsere Erklärungen nicht vergessen!) Ueber die Behauptung, die mir Ebert zuruft, habe ich mit mehreren Genossen Rücksprache genommen, auch mit Kinkel, der mir sagte, es sei wichtig, daß der Parteivorstand in dieser Sitzung eine Erklärung abgegeben habe. Ich selbst aber kann mich dieser Erklärung nicht erinnern. Wir wurden einig, daß der Landesvorstand mit den Ulmer und Göppinger Instanzen über die Herstellung der „Donauwacht" weiter verhandeln und dem Parteivorstand berichten solle. Kinkel unterhandelte dann mit den Vertretern des Landesvorstandes und dem Ulmer Vertreter mehrmals, dabei schlug er namens der Göppinger Genossen vor, daß die Redaktion mit Thalheimer (für den politischen Teil) und Roßmann (für den württembergischen Teil) besetzt werden soll. Die Ulmer und Roßmann lehnten den Vorschlag ab. Da am 2. Juli mehrere Forderungen fällig wurden, gestaltete sich die Frage immer brennender. Endlich schrieb uns der Landesvorstand am 26. Mai, daß am 29. Mai eine Sitzung in Göppingen stattfinden soll. Thalheimer war wenige Tage vorher in Urlaub gegangen, an seine Stelle trat Radek in die Redaktion. Natürlich hat der jetzige Fall Radek mit der Göppinger Sanierungsangelegenheit gar nichts zu tun, Radek trat als Parteigenosse in die Redaktion ein. (Unruhe.) Wir nahmen es als selbstverständlich an, daß er Parteigenosse war. (Erneute Unruhe und Lachen.) Thalheimer hat ihn uns empfohlen und es war bekannt, daß Radek Mitarbeiter mehrerer Parteizeitungen, auch der „Neuen Zeit" war. Am 26. Mai wurde von dem Landesvorstand betont, daß es sich bei der Sanierungsfrage und Herstellung der „Donauwacht" in Göppingen nur um eine Verschmelzung mit der Ulmer „Donauwacht" handeln könne. Ferner, daß der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertritt. Bei der Debatte über die Besetzung der Redaktion erklärte Wagner vom Landesvorstand, daß, wenn beide Zeitungen miteinander verschmolzen werden, aus finanziellen Gründen nur ein Redakteur in Betracht kommen könnte. Göhring-Ulm erklärte: „Die Haltung der „Fr. Volksztg." muß geändert und so gestaltet werden, wie bisher diejenige der „Donauwacht" gewesen ist. Wir werden an Roßmann, mit dessen Tätigkeit wir zufrieden sind, festhalten. Das ist ein Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates unserer Genossenschaft." Darauf erklärte Radek: „Der Landesvorstand erklärt, daß es sich nur um eine Verschmelzung mit dem Ulmer Blatt handeln könne; Wagner erklärt, daß nur ein Redakteur in Frage komme und Göhring erklärt, daß an Roßmann festgehalten werde. Sie haben uns damit ein Ultimatum gestellt und die Pistole auf die Brust gesetzt, daß wir entweder Thalheimer entlassen müssen oder sonst nicht saniert wird."

Damit waren sämtliche Göppinger und Gmünder einverstanden, es wurde allgemein betont, daß uns ein Ultimatum gestellt sei. Zunächst wandten wir ein, daß bei einer Zeitung von diesem Umfang und Verbreitungsgebiet nicht nur ein Redakteur in Frage kommen könne, sondern mindestens zwei Redakteure. Wir unternahmen es, den Landesvorstand zu bewegen, auf die Ulmer einzuwirken, einer Redaktion Thalheimer-Roßmann zuzustimmen. Für den Landesvorstand lehnte aber Hildenbrand ab. Auch als Keil in längeren Ausführungen gegen Thalheimer sachlich und persönlich polemisierte und schließlich den Rücktritt Thalheimers forderte, griff der Landesvorstand nicht ein. In dieser Sitzung erzielten wir schließlich kein Resultat. Da sich die Ulmer anschickten, die Sitzung zu verlassen, erklärte Radek in seinem und wie er überzeugt sei, auch in Thalheimers Namen, daß sie von der Redaktion zurücktreten würden, weil eine Sanierung eintreten müsse, denn es könne nicht verantwortet werden, wenn 1100 Arbeiter und kleine Handwerker um ihr Geld kommen. Es wurde dann vom Landesvorstand verlangt, daß Göppingen eine Parteiversammlung in den nächsten Tagen einberufe, in welcher die Frage nochmals zur Debatte gestellt und über den Vorschlag abgestimmt werden solle. Am 30. Mai fand die Versammlung statt, Hildenbrand wiederholte die für die Verschmelzung gestellten Bedingungen und betonte, daß auch der Parteivorstand auf diesen Standpunkt stehe. Weiter verlangte der Landesvorstand und die Ulmer Genossen die Einsetzung einer Preßkommission von neun Mitgliedern, wovon drei Vertreter des Landesvorstandes, drei Ulmer und drei Göppinger Genossen sein sollten. Selbstverständlich verfolgte der Landesvorstand mit dieser Forderung einen Zweck, nämlich, daß die Göppinger Parteigenossen nicht imstande sein sollten, ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Aber was blieb schließlich den Göppingern übrig, als dem Vorschlag zuzustimmen, sie konnten den Bankrott nicht verantworten, auch Thalheimer wollte es nicht und erklärte sich zu folgender Erklärung bereit: „Angesichts dessen, daß infolge der Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit der „Freien Volkszeitung" und ihre Verschmelzung mit der „Donauwacht" auch eine Aenderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung" zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung" zu verbleiben. Ich brachte darauf folgende Resolution ein: Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göppingen nimmt mit größtem Bedauern den Rücktritt des Genossen Dr. Thalheimer zur Kenntnis und spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden. Was die Redaktion der „Freien Volkszeitung" in Zukunft anbelangt, so wird der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Organ im Sinne des Parteiprogramms und der proletarisch-revolutionären Taktik, deren Grundsätze in der Dresdner Resolution niedergelegt sind, geleitet wird.

Hildenbrand erklärte, wenn der zweite Teil der Resolution nicht zurückgezogen werde, dann werde der Landesvorstand die Sanierung ablehnen (Hört! hört!). Ich ließ mich schließlich dazu bewegen. Es wurde gesagt, daß wir Gelegenheit gehabt hätten, uns sofort telegraphisch an den Parteivorstand zu wenden (Zuruf: Jawohl!), aber wir haben davon abgesehen, weil wiederholt erklärt wurde, eine Sanierung werde nicht ohne die Verschmelzung zugegeben. Am Tage nach dieser Göppinger Parteiversammlung verhandelten Radek, Kinkel und ich im Landtag in Stuttgart mit Hildenbrand und Wagner über die Form der Rücktrittserklärung Thalheimers. Wir wollten eine Form, die keine zu große Demütigung für Thalheimer war. Hildenbrand aber ließ sich darauf nicht ein. Darauf gingen wir zu Westmeyer. Das erste war, daß uns Westmeyer sagte: Warum habt Ihr nicht sofort an den Parteivorstand telegraphiert? Wir erklärten ihm, daß wir überzeugt seien, es würde keinen Wert haben, da auch der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertrete, wie der Landesvorstand. Westmeyer ersuchte uns, nun wenigstens ein Brieftelegramm abzusenden und den Parteivorstand aufzufordern, in Göppingen zu erscheinen. Kinkel erklärte, daß das keinen Wert haben könne. Aber am Tage nachher wollten wir doch unsere Forderungen vorlegen. Wir unterbreiteten also dem Genossen Westmeyer den Verlauf der Sitzung vom 29. Mai und diese Tatsachen hat Westmeyer am anderen Tage der Parteiöffentlichkeit in der im „Vorwärts" erschienenen Notiz „Ein Redaktionswechsel" unterbreitet. Wenn der Landesvorstand in der Gegenerklärung sagt, er daß sich das Zentralorgan von seinen Berichterstattern [illegible] brauchen lasse, pflichtgemäß handelnde Parteigenossen zu besch[illegible] so scheint der Landesvorstand der irrigen Auffassung zu sei[illegible] wenn er seine revisionistischen Sonderbestrebungen vertritt, e[illegible] pflichtgemäß im Interesse der Gesamtpartei handelt.

Am 6. Juni fand nun eine Sitzung im Beisein des [illegible] vorstandes statt. Ebert erklärte einleitend, daß es sich zunäch[illegible] die Feststellung von Tatsachen handle, nämlich um den Verla[illegible] Sitzung vom 28. Mai. Radek erklärte Ebert und Braun gege[illegible] daß in der Sitzung vom 28. Mai von Vertretern des [illegible] vorstandes ausgeführt worden wäre, die Sanierung habe di[illegible] schmelzung mit Ulm zur Vorbedingung und der Parteivorstand [illegible] hinter dem Landesvorstand. Darauf erklärte Hildenbrand: „Ja mich für berechtigt, anzunehmen, daß der Parteivorstand als bedingung der Sanierung die Verschmelzung ansehe." Ebert wortete: „Der Parteivorstand hat den Landesvorstand zu solchen Be[illegible] tungen nicht ermächtigt." Im weiteren Verlaufe der Sitzung forderte Radek die Protokollierung der Tatsache, daß in der Sitzung vom 28. Mai betont worden sei, daß auch der Parteivorstand eine Sanierung nur in der Form der Verschmelzung übernehme. Darauf erklärte der Parteivorstand, es scheine Radek nicht darauf anzukommen, die Sanierung durchzuführen und eine Einigkeit zu erzwingen, sondern nur darum, Krach zu machen. (Zustimmung.) Braun wurde unterstützt von Ebert, der darauf hinwies, daß Radek sich fortwährend Notizen mache. Wenn Ebert behauptet, die Sitzung vom 6. Juni habe Radeks wegen abgebrochen werden müssen, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen. Die Sitzung wurde aufgehoben, nachdem die Gmünder Genossen mit 5 Stimmen bei 2—3 Enthaltungen erklärt hatten: Es ist wahr, der Rücktritt Thalheimers wurde erzwungen. Darauf antwortete Hildenbrand, daß unter den fünf Gmündern sich auch der Kreisvorsitzende befinde und der Landesvorstand darum eine Sanierung ablehne, bis nach dieser Richtung hin eine Aenderung eingetreten sein würde. Hierauf erklärte Ebert die Sitzung für geschlossen. Am nächsten Tage fand in Stuttgart die Rumpfsitzung statt, an der Radek und Thalheimer nicht teilnahmen; ich auch nicht wegen geschäftlicher Behinderung. Ich war auch nicht eingeladen und wurde lediglich über die Sitzung unterrichtet. Bei dieser Sitzung in Stuttgart wurde eine Erklärung geschmiedet, in der der Parteivorstand als der keusche Jüngling und der württembergische Landesvorstand als die unschuldige Jungfrau hingestellt wurden.

Die Erklärung wurde der Sitzung vorgelegt und von den Teilnehmern verlangt, daß sie sie unterschreiben, da sonst eine Sanierung nicht vorgenommen werde. (Ebert: Wer hat das verlangt?) Das hat mir Kopp berichtet. Am nächsten Tage wurde von Kinkel eine Sitzung des Kreisvorstandes, des Ausschusses der Göppinger Parteiorganisation und des Vorstandes und Aufsichtsrates der Göppinger Parteivereinsdruckerei einberufen. In dieser Sitzung teilte Kinkel mit, wenn die Erklärung nicht unterschrieben würde, werde die Sanierung vom Parteivorstand und Landesvorstand abgelehnt werden. Ich erklärte, daß ich meine Unterschrift dazu nicht geben könne, und wurde deshalb heftig angegriffen. Die Sitzung war sehr erregt. Kinkel kam vom Telephon mit der Mitteilung, daß nach Kenntnisnahme des Materials zur Erklärung des Rücktrittes von Thalheimer die Ulmer ihre Zustimmung zurückziehen und an den Vereinbarungen kein Interesse mehr hätten. Ich wurde gedrängt, die Erklärung zu unterschreiben, weil ich sonst einzig und allein die Verantwortung für den Bankrott hätte. Ich erklärte schließlich mich dazu bereit, betonte aber ausdrücklich, daß ich mit dem Inhalt der Erklärung nach wie vor nicht einverstanden, vielmehr der Meinung sei, daß der Rücktritt Thalheimers erzwungen ist. Mehrere andere Genossen gaben dieselbe Erklärung ab. Es steht fest, daß die Ulmer und der Landesvorstand den ernsthaften Versuch gemacht haben, unsere finanzielle Lage auszunützen, um uns ein revisionistisches Organ aufzuzwingen. Es ist Tatsache, daß der Rücktritt von Thalheimer erzwungen wurde. (Unruhe.)

Mattutat-Stuttgart:

Ich glaube kaum, daß die Ausführungen von Schepperle geeignet gewesen sind, die Feststellungen von Ebert zu erschüttern und den Eindruck hervorzurufen, als ob den Göppingern unrecht geschehen ist. Die Haltung des Parteivorstandes ist durch unsere Landesversammlung voll gebilligt. Deshalb könnte die Angelegenheit eigentlich als erledigt betrachtet werden. Aber Schepperle und seine Hintermänner scheinen auch heute noch nicht begriffen zu haben, um was es sich eigentlich handelt. Daß Parteivorstand und Landesvorstand genötigt waren, in dieser Weise vorzugehen, ergab sich allein schon daraus, weil das Unternehmen ohne eine Unterstützung der Partei und des Landesvorstandes elend zusammengebrochen wäre, nicht etwa, weil man eine Hetze gegen die „Freie Volkszeitung" inszeniert hat, sondern weil man mit der größten Unverantwortlichkeit an ihre Gründung herangegangen war. Zu derartigen Experimenten ist das Geld denn doch zu kostbar. Von diesem Standpunkte aus sind diese Maßnahmen zu verstehen, die zur Sanierung eingeleitet sind. Daß eine Aenderung in der Redaktionsführung und Herstellung stattfinden mußte, ergab sich daraus, daß ein Blatt mit 5000 Abonnenten unmöglich solche Aufwendungen machen kann, wie ein größeres Blatt. Die Hetze, von der Schepperle spricht, war in Wirklichkeit nichts anderes als der naturnotwendige Widerstand der Genossen gegen die systematische Art, wie das Göppinger Blatt einzelne Genossen herunterriß. Wenn ein Teil der Göppinger Genossen dafür kein Empfinden hatte, so ist das tief bedauerlich, um so mehr, als die Haltung des Blattes dazu beigetragen hat, daß in zehn Wahlkreisen unsere Stimmen zurückgegangen sind. (Hört! hört!) Leider ist das, was wir in Göppingen vor uns sehen, nur ein Teil der Erscheinungen, die aus Württemberg in so unliebsamer Weise bekanntgeworden sind. Es ist nur eine Einzelerscheinung in der großen Masse von Skandalen aller Art, von Verhetzungen usw., die leider der Partei in Württemberg außerordentlich geschadet haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Gegensatz zwischen Radikalismus und Revisionismus, sondern um persönliche Hetzereien und Stänkereien. Derjenige, der bei dem Göppinger Falle mit eine Rolle gespielt hat, um die Partei zu schädigen, derjenige, der neben Radek und Thalheimer mit dafür gesorgt hat, daß unsere Gegner Material gegen die Sozialdemokratie erhielten, das ist Westmeyer, der vor allem das persönliche Moment in den Streit hineingetragen hat. Dieser persönliche Streit bestand schon vor der Budgetabstimmung, vor dem Königsessen und dem Ministeressen. Ueber sachliche Gegensätze wäre man wohl einig geworden. Erst durch das Eingreifen von Westmeyer hat die Sache ein anderes Gesicht bekommen, erst seitdem zerfleischen sich die Genossen gegenseitig. So sehr ich das Vorgehen des Parteivorstandes billige, muß ich ihm doch vorwerfen, daß er nicht früh genug und nicht energisch genug eingegriffen hat. Ich halte es aber auch jetzt noch nicht für zu spät, daß endlich einmal der Parteivorstand die Genossen auf beiden Seiten zur Ordnung ruft und dadurch die Einigkeit in Württemberg wieder herstellt.

(Schluß in der 3. Beilage.)

Soziales.

Generalversammlung der Seeberufsgenossenschaft.

Die 26. Genossenschaftsversammlung der Seeberufsgenossenschaft fand in Bremen statt. Zum Vorsitzenden wurde Rich. C. Krogmann-Hamburg gewählt. Es wurden wichtige Beschlüsse über neue Unfallverhütungsvorschriften für Dampfer und Segler gefaßt, u. a. über Rudern der Besatzung in Rettungsbooten, neue Auslegung des Begriffs „Passagierdampfer" im Zusammenhang mit Einrichtungen drahtloser Telegraphie, grundlegende Aenderung und Verschärfung der Bestimmungen über die Schotten und die Verstauung loser Getreides, Trennungsschotten von Motorbooten, Beseitigung der bisherigen Vergünstigung des Freibordverschiffens in großer Küstenfahrt. — Genehmigt wurden auch die vom Vorstand vorgelegten neuen Satzungen nebst Wahlordnung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Schluß aus der 2. Beilage.

Westmeyer-Stuttgart:

Die persönlichen Angriffe gegen mich sind nicht neu. Nachdem aber hier behauptet wurde, daß die Hetze erst besteht, seitdem ich in Stuttgart bin, muß ich mitteilen, daß jene, die diese Vorwürfe erheben, ihr Meisterstück bei der letzten Gemeinderatswahl in Stuttgart abgelegt haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Jene Partei arbeitet gegen die radikalen Genossen genau so mit Flugblättern in den Fabrikwerkstätten und Häusern, als wenn eine bürgerliche Partei zu bekämpfen wäre. (Hört! hört!) Zur Generalversammlung in Cannstatt sind antiradikale Flugblätter verbreitet worden, die bei dem Genossen Dümmler gedruckt waren, der vom Schiedsgericht zum Ehrverlust verurteilt worden ist. Diese Seite bildet eine besondere Geheimorganisation in der Partei. (Hu! hu!) An die „haasenreinen" Genossen werden besondere Einladungen verschickt, sogar mit der Ueberschrift „Sozialdemokratischer Verein Stuttgart". (Hört! hört! und Unruhe). So wird der Kampf vergiftet. In den letzten Tagen hat man wieder an Parteigenossen und Nichtparteigenossen anonyme Briefe gegen mich und sogar über meine Familienverhältnisse geschickt. So pflegen diese Genossen den Frieden. Auf der Landesversammlung wollte auch mein Freund Heymann sogar hängen, was ihm freilich verflucht schlecht bekommen ist. Die heutige Fortsetzung dürfte kaum anders enden. Das Hervorzerren alter, durch die sogenannte Friedenskonferenz beigelegter Sachen aus der Heilbronner Landesversammlung durch Hildenbrand hat bewiesen, wer Streit will. Nun zu Göppingen. Ebert hat in Heilbronn erklärt, daß hier ein ernstes Wort mit mir gesprochen werden würde. Eine Liebe ist der anderen wert. Reden wir auch ein ernstes Wort. Zur vollen Klarstellung der Göppinger Sache wäre eine Kommissionsberatung erwünscht, denn alles kann hier in der Oeffentlichkeit nicht gesagt werden, und die Kommission könnte auch den abwesenden Genossen Thalheimer und Kinkel gerecht werden. Das Wort Kinkels, dem Ebert auf der Kreisversammlung in Hohenstaufen ein Ehrenzeugnis ausgestellt hat, würde hier Gewicht haben. Kinkel hat mir mit anderen die Angaben zu meinem ersten „Vorwärts"-Artikel gemacht. Da wird Ebert wohl nicht mehr von Skrupellosigkeit und Quertreibereien sprechen. Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Landesvorstand die Verschmelzung zur Sanierungsbedingung gemacht, daß Hildenbrand behauptet hat, daß der Parteivorstand ebenso denkt, und daß die Ulmer Genossen nur einen Redakteur, nämlich Roßmann, haben wollten, endlich, daß der Landesvorstand eine Vermittelung mit den Ulmern abgelehnt hat. Die Göppinger standen vor der Frage: Zusammenbruch oder Entlassung Thalheimers. Thalheimer wollte die Verantwortung nicht tragen und ging. (Zuruf: Sollte denn Roßmann entlassen werden?) Nein, beide Redakteure sollten entlassen werden. Es sollte keine Maßregelung stattfinden. (Lachen.) Redner schildert noch die verzweifelte Situation der Göppinger, wobei die Redezeit abläuft. Er schließt mit der Versicherung, daß eine Kommissionsberatung ein anderes Urteil der Genossen bewirkt hätte, als durch Eberts Ausführungen bei vielen erweckt worden sei. Urteilen Sie ruhig und objektiv. Ich glaube, die Göppinger und auch meine Wenigkeit haben getan, was wir für Parteipflicht hielten. (Zuruf: Schulden.)

Roßmann-Ulm:

Ebert hat dem Parteitag einmal Klarheit über die Methoden verschafft, mit denen in Württemberg für Einheit und Prinzipienfestigkeit gekämpft wird. Die Göppinger Genossen mußten die Initiative zur Sanierung ergreifen, nicht wir in Ulm. Der radikale Göppinger Bräutigam wollte die angeblich revisionistische Ulmer Braut heiraten. Den Göppingern ist nicht die Pistole auf die Brust gesetzt worden. Ihre Taktik grenzt vielmehr an Selbstmord. Wir wollten nur nicht alles schlucken, was das Dreimännerkollegium uns vorsetzen wollte. Wir mußten vorsichtig sein gegenüber Genossen, die heute widerrufen, was sie gestern unterschrieben haben, und mußten Garantien für die Gesundheit des Ulmer Unternehmens verlangen. Die Angriffe gegen die beteiligten Existenzen wurden mit direkten Fälschungen unterstützt. Oeffentliche Erklärungen der Ulmer Parteigenossen wurden von Radek und seinen Hintermännern direkt gefälscht, um für gewisse Handlungen, für die nur die Ulmer die Verantwortung übernehmen wollten, auch den Landesvorstand verantwortlich zu machen. Einige Parteiblätter haben uns auf Grund dieser Fälschungen als Halsabschneider hingestellt. Ich beschränke mich darauf, meiner tiefsten Verachtung vor einem solchen Tiefstand der Kampfesweise Ausdruck zu geben. (Sehr gut.) Selbstverständlich soll und muß jedes Parteiblatt redigiert werden auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse. Aber das „wie bisher" in der Göppinger Resolution bedeutet für uns, daß wir die ganze Redaktionsführung Thalheimers unterschreiben sollten. Nur durch die Opfer der Genossen des 14., 15., 16. und 17. württembergischen Wahlkreises war die Sanierung möglich. Partei- und Landesvorstand haben endlich einen Boden geschaffen, auf dem parteigenössisches Zusammenarbeiten in dem Verbreitungsgebiet des Blattes möglich ist. Das wird von Dauer sein, wenn nicht Störenfriede eingreifen. (Beifall.)

Hildenbrand-Stuttgart:

Ich protestiere gegen die Andeutung Westmeyers, als ob irgend etwas zutage getreten wäre, was hier nicht gesagt werden könnte. (Beifall.) Westmeyer hat seine Agitationsmethode auf den Parteitag übertragen. Es handelt sich da nicht um eine Verschmelzung, sondern der Landesvorstand machte seine Mitwirkung abhängig von dem Gelingen einer Vereinbarung zwischen Göppingen und Ulm. Wenn wir dem Parteivorstand empfehlen sollten, Geld zu geben, dann mußten wir auch dafür sorgen, daß aus der Weiterführung des Geschäftes nicht weitere Verluste entstehen. Die Landesversammlung hat das Vorgehen des Landesvorstandes gebilligt und Westmeyer hat trotz Aufforderung seine Vorwürfe nicht begründet. Das hat er auch heute nicht getan. Vor 1½ Jahren hat der Landesvorstand seine eigene Druckerei den Göppingern zur Verfügung gestellt. Aber nach einem halben Jahre gründeten die Göppinger in leichtfertiger und unfähigster Form eine eigene Druckerei, während sämtliche Maschinen auf Wechselakzepte gebaut waren. (Hört! hört!) Die Göppinger Volkszeitung griff nur die Genossen an und war die beste Quelle für die bürgerliche Presse. Wir, die angeblichen Gegner der Göppinger, haben nie gegen die Sanierung gewirkt. Im Gegenteil. Wir haben auch nicht Thalheimers Absetzung verlangt, aber es ist nicht verwunderlich, daß die Ulmer, die doch den Göppingern entgegenkamen, verlangt haben, daß doch ihr Redakteur nicht entlassen würde. Ehe irgend jemand die Redakteurfrage anschnitt, überraschte Radek alle mit Thalheimers Rücktrittserklärung. Ueber den zweiten Teil der Göppinger Resolution sage ich: Wenn den Göppingern wirklich um die Sanierung zu tun war, durften sie nicht einseitig Beschlüsse fassen, sondern die Ulmer wären berechtigt, mitzuentscheiden. So hätte die Preßkommission Gelegenheit, die Haltung des Blattes festzustellen. Bei einseitiger Festlegung der Göppinger war die Gefahr vorhanden, daß die Ulmer zurücktreten, die mit Lust und Liebe nicht beteiligt waren. Also wir haben nicht revisionistische Sonderbestrebungen betrieben. Leider ist den Göppingern ein revisionistisches Blatt aufgezwungen worden. Unser Bestreben war, eine Basis zu schaffen, durch die die eingegangenen Verpflichtungen erledigt werden konnten, um Zustände zu schaffen, damit in Württemberg wieder Ruhe und Frieden herrscht. Wir haben sie aber auch weiter unterstützt, um die 30 000 M. genossenschaftliche Gelder zu retten. Wir haben alles getan, wir können nur bedauern, daß es Parteigenossen gegeben hat, die aus ganz anderen als sachlichen Gründen die Sanierung in empfindlichster Weise zu Falle gebracht haben. Sie haben damit nicht nur die württembergische Partei geschädigt, sondern die Partei des ganzen Reiches. (Lebhafter Beifall.)

Es laufen folgende Anträge ein:

1. Antrag **Auer-München**: „Der Parteitag mißbilligt die von einigen Genossen gegen die bei der Sanierung des Göppinger Parteigeschäftes beteiligten Instanzen erhobenen haltlosen Vorwürfe. Der Parteitag spricht seine volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen aus und erwartet, daß die Parteigenossen bei den Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältiger beachten."

2. Ein Antrag **Höllein-Jena, Knauf-Gera**: „Die Göppinger Angelegenheit einer besonderen Kommission von neun am Streit nicht beteiligten Delegierten zur Prüfung und nachherigen Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen." Der Antrag Höllein wird nicht genügend unterstützt, der Antrag Auer findet die ausreichende Unterstützung.

Henke-Bremen:

Ich bitte Sie, den Antrag Auer abzulehnen, damit nicht bei den Württemberger Genossen ein Stachel zurückbleibt. Genosse Ebert hat bei seinen impulsiven Ausführungen den lebhaften Beifall der Mehrheit gefunden. In Nürnberg sprach er ebenso impulsiv, aber damals wandte er sich gegen diejenigen, die ihm heute Beifall gespendet haben. (Unruhe.) Auf diese rednerischen Erfolge gebe ich nicht allzuviel. Er hat auch den Bericht der Bremer Bürgerzeitung erwähnt. Wir haben den Bericht in später Mittagsstunde bekommen und konnten nur einen Auszug bringen. Dabei sind einige Irrtümer unterlaufen, die nicht auf das Konto Westmeyers fallen, sondern auf das Konto der Bremer Bürgerzeitung. Am anderen Tage lag der Bericht des Vorwärts vor und wir haben getan, was notwendig war. Durch die verschiedene Erfahrung fanden wir bestätigt, daß allerdings ein Druck auf Göppinger Genossen hinsichtlich der prinzipiellen Haltung ihres Organs ausgeübt wurde. Roßmann sollte nicht so entrüstet auftreten, sondern etwas vorsichtiger sein und daran denken, daß er einst in der gleichen Lage war wie Westmeyer. Er war früher Berichterstatter der norddeutschen radikalen Parteipresse und hat da mancherlei Scharfes geäußert über Genossen, die ihn heute in Württemberg stützen. (Unruhe.) Wir dürfen bei der ganzen Angelegenheit auch nicht die leidenschaftliche Erhitzung außer acht lassen, die durch die jahrelangen Streitigkeiten in Württemberg hervorgerufen sind. Wenn Mattutat erklärt, es handele sich nicht um sachliche Differenzen, sondern um persönliche Reibereien, so zeigt sich, daß er nur an der Oberfläche der Dinge haften geblieben ist. Wer die Dinge objektiv betrachtet, wird zu einem anderen Urteile kommen wie Hildenbrand und Roßmann. Ebert hat seine Rede dadurch wirksamer gestaltet, daß er die Organisation des Genossen Radek zugunsten des Parteivorstandes ins Feld führte. Ich frage den Parteivorstand, ob er davon Kenntnis hat, daß in der deutschen Parteipresse hervorragende ausländische Genossen Redakteurstellen bekleidet haben und heute noch Mitarbeiter der wichtigsten Parteiorgane sind, ohne Mitglieder der deutschen Partei zu sein? (Ebert: Nein!) Es handelt sich doch um die Frage, ob Radek vielleicht deshalb der Organisation nicht beitrat, weil er Spitzelgefahr und Ausweisung fürchtete. (Lachen und Unruhe.) Wenn der Mann diesen Vorwand vorbringt, so ist das doch ein Moment, über das sich reden läßt. (Widerspruch.) Ich erkenne diesen Vorwand ja auch nicht als berechtigt an, aber man kann doch die Angelegenheit nicht so verwenden, wie es hier geschehen ist, weil er ja als polnisches Parteimitglied auch organisiert ist. (Zurufe: Wo denn?) Ich will Ihnen mal was sagen, Genossen, der Radek mag ein Lump sein, aber Sie müssen es ihm beweisen! (Heiterkeit.) Er war doch jahrelang Mitarbeiter der bedeutendsten Parteiblätter und der „Neuen Zeit". Wenn dem Parteivorstand bekannt war, daß er trotzdem nicht organisiert war, so hätte man früher einschreiten müssen. Das hat man aber nicht getan und damit erwiesen, daß man diesen Einwand nicht vorbringen kann. Die „Bremer Bürgerzeitung" hat den von Ebert verurteilten Standpunkt eingenommen, um der Partei zu dienen. Wir haben unsere Parteipflicht erfüllt, und wer das abstreiten will, soll es erst beweisen.

Lensch-Leipzig:

Als leitender Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" will ich den Angriffen Eberts gegenüber mich auf die kurze Bemerkung beschränken, daß die Schilderungen Eberts für mich wie für die meisten zum großen Teil neu gewesen sind. Angesichts dieser Schilderungen stehe ich nicht an zu erklären, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" das Opfer objektiv falscher Informationen sein kann, wobei ich selbstverständlich keineswegs einen subjektiv bösen Willen ihrer Berichterstatter annehme. Ich bin überzeugt, daß heute mein Kollege, der damals in meiner Abwesenheit diese Dinge bearbeitet hat, derselben Anschauung ist wie ich. Eine solche objektiv falsche Berichterstattung kann jeder Redaktion passieren, zumal bei den bedauerlichen Verhältnissen Württembergs, wie schon Ebert ausführte, ein objektiver Bericht von Württemberg überhaupt nicht zu erhalten ist.

Heymann-Stuttgart:

Westmeyer hat heute die von ihm schon häufig angewandte taktische Methode der Ablenkung von der Sache eingeschlagen. Er sagte: Gerade jene Seite, die heute in der Göppinger Affäre Angriffe gegen ihn erhebe, habe ihr Meisterwerk bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl gemacht. Westmeyer werden doch aber in der Göppinger Angelegenheit Vorwürfe gemacht, vom Parteivorstand, Landesvorstand und den Vertretern der Ulmer Genossen, die doch mit der Stuttgarter Gemeinderatswahl gar nichts zu tun haben. Westmeyer wird also durch diese billige Wendung nicht der Verpflichtung enthoben, den Beweis für seine Behauptungen in der Göppinger Angelegenheit anzutreten. Die von Westmeyer erwähnten Zirkulare, die ich zum großen Teil gar nicht kenne und zum Teil entschieden mißbillige, sind doch meist nur Antworten auf Angriffe von der anderen Seite. Ich habe schon aktenmäßig nachgewiesen, daß der Vorfall mit diesen Geheimzirkularen von den Vertrauensmännern Westmeyers in Stuttgart gemacht worden ist. Die Göppinger Sanierung war nur möglich, durch die Vereinigung des Göppinger und des Ulmer Unternehmens, und die Ulmer hatten dabei peinlich darauf zu achten, daß ihre eigenes, gesichertes, gutes Unternehmen nicht in Gefahr gebracht werde. (Sehr richtig!) Das würde aber geschehen, wenn sie sich den Forderungen der Göppinger in bezug auf Thalheimers Beibehaltung usw. untergeordnet hätten. Damit würde der Vertrag mit der Tagwacht-Druckerei gebrochen werden, der für die Ulmer die Grundlage guten Geschäftsganges und guten Parteierfolges für ihr Unternehmen war. Der heute eine Kommissionsberatung der Angelegenheit auf dem Parteitage deshalb empfiehlt, weil er dann auch das sagen könne, was man hier nicht sagen kann, derselbe hat sich berufen geglaubt, die Interna des ganzen Göppinger Sanierungsprojektes in einer Versammlung von 600 Personen zu erörtern und Radek dazu das Wort zu geben. Für Westmeyer war die Krisis in Göppingen nur ein Mittel zum Zweck, um gegen andere Personen, denen er etwas am Zeuge flicken wollte, vorgehen zu können. In Stuttgart haben wir leider mit der Situation zu rechnen, daß derjenige, von dem angenommen werden kann, daß er etwas gegen Westmeyer zu sagen hat, überhaupt nicht in Ruhe zum Worte kommen und nicht angehört wird. (Hört! hört!) Ist es nicht ein Skandal ohnegleichen, wenn es dem Vorsitzenden der württembergischen Landesorganisation Hildenbrand nicht einmal mehr möglich ist, in Stuttgart zu reden, wenn die Anhänger Westmeyers es fertig bringen, daß Hildenbrand unter Gebrüll die Tribüne verlassen muß. (Hört! hört! bei einem Teile der Delegierten.) Das sind Zustände, die wir nie in Württemberg gehabt haben und die sich in Stuttgart nur entwickeln konnten unter dem gegenwärtigen Vorsitzenden. Das muß einmal erörtert werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nach Empfehlung durch Dr. Laufenberg-Hamburg fast einstimmig angenommen.

Roßmann-Ulm wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Henke, daß er als Redakteur der „Tagwacht" den radikalen Parteiblättern eine Korrespondenz geliefert habe.

Henke-Bremen erwidert persönlich, er habe vorhin hinzugefügt, daß Roßmann Briefe über die Vorgänge in Württemberg und über die Personen, die ihm heute sehr nahestehen, und ihr Verhalten geschrieben hat. Aber ich halte es aufrecht, daß Roßmann damals, als er diese Korrespondenzen herausgab, sich zu den Radikalen zählte. Heute zählt er sich nicht dazu, und das genügt. (Zustimmung und Unruhe.)

Roßmann-Ulm (mit Heiterkeit und Unruhe empfangen): Ich muß allerdings gestehen, daß ich in meinem Leben schon Briefe geschrieben habe. Bis jetzt habe ich aber das noch nicht als Parteiverbrechen angesehen.

Ueber den zur Göppinger Angelegenheit gestellten Antrag Auer wird erst nach einem Schlußwort abgestimmt werden. Der Parteitag vertagt sich nach ½6 Uhr abends auf morgen, Dienstag, früh 9 Uhr.

Sechster schwedischer Gewerkschaftskongreß.

Stockholm, den 12. September 1912.

Der Kongreß fand heute abend seinen Abschluß. Die Verhandlungen der zwei letzten Kongreßtage führten keine erheblichen Aenderungen, weder der Satzungen noch sonstiger Bestimmungen über das organisatorische Zusammenwirken der Gewerkschaften herbei. Der Antrag der Reorganisationskommission, die von der Landeszentrale zu leistende Unterstützung bei Abwehrkämpfen von 8 auf 6 Kronen pro Woche und unterstütztes (vollzahlendes) Mitglied herabzusetzen, wurde mit 110 gegen 51 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag der Holzarbeiter auf Beibehaltung der bisherigen Unterstützungssätze mit 84 gegen 67 Stimmen abgelehnt war. Die 51 Stimmen, die gegen den Antrag der Reorganisationskommission abgegeben wurden, fielen einem Antrage der Metallarbeiter zu, der eine weitere Herabsetzung der Unterstützung auf 5 Kronen wöchentlich forderte. Es blieb jedoch beim Vorschlage der Reorganisationskommission. — Eine lange Debatte entfesselte auch auf diesem Kongreß die Frage des Organisationszwanges in den Kollektivverträgen. Früher war es einer Reihe von Berufen gelungen, insbesondere den Transportarbeitern, den Organisationszwang durchzuführen; mit der Erstarkung der Unternehmerorganisation mußte jedoch die Bestimmung häufig wieder preisgegeben werden. Der schwedische Arbeitgeberverein hat in seinen Satzungen eine Bestimmung, die ihn zum Kampf für die „Freiheit der Arbeit" einzutreten verpflichtet, d. i. das Recht des Arbeitgebers, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, Arbeiter anzustellen und zu entlassen. Um dieses Prinzip sind bereits harte Kämpfe ausgebrochen, wo der Organisationszwang bereits durchgeführt war. Der Gewerkschaftskongreß 1909 stellte sich auf den Standpunkt der Landeszentrale, wonach gegen das von den Unternehmern vertretene Prinzip an sich nichts eingewendet, aber gegen die bisherige Praxis protestiert und verlangt wurde, daß das Koalitionsrecht gegenüber dieser Praxis geschützt wird. In der dazwischenliegenden Geschäftsperiode haben die Unternehmer freilich in entgegengesetztem Sinne gehandelt und von ihrer Uebermacht rücksichtslosen Gebrauch gemacht. Die Erbitterung gegen den „§ 23" ist daher ungemein gestiegen und mehrere Anträge zwangen den Kongreß zur erneuten Stellungnahme. Die Landeszentrale schlug eine Resolution vor, die Protest gegen die Willkür der Unternehmer erhebt und den Arbeitervertretern bei künftigen Vertragsverhandlungen auferlegt, für notwendige Schutzbestimmungen gegen diese Willkür Sorge zu tragen. Das ging der Opposition nicht weit genug. Ein Führer der Transportarbeiter beantragte, eine schärfere Fassung des Beschlusses. Sein Antrag fordert die weitmöglichste Unterstützung der Verbände durch die Landeszentrale, die künftig beim Abschluß von Tarifverträgen das Recht der Unternehmer über Einstellung und Entlassung der Arbeiter frei zu entscheiden, nicht annehmen wollten, sondern anstatt dessen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fordern, oder aber jede diesbezügliche Vertragsbestimmung ausschließen wollen. Diese Resolution wurde vom Kongreß in namentlicher Abstimmung mit 147 gegen 32 Stimmen angenommen. Falls dieser Beschluß ausgeführt werden soll, was bei der starken Majorität nicht anzuzweifeln ist, bedeutet er eine Verschärfung der kommenden gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden, da die Unternehmerorganisation zweifellos mit gleicher Zähigkeit an ihrem Prinzip festhalten wird. — Von den weiteren Verhandlungen interessiert das Ausland nur noch der Punkt: „Gesetzlicher Minimallohn für Industriearbeiter". Die Landeszentrale schlug vor, veranlaßt durch eingereichte Anträge, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, möglichst bereits in der kommenden Session den Antrag auf gesetzlichen Minimallohn einzubringen. Obgleich gegen diese recht wenig geklärte und noch weniger motivierte Auffassung wichtige Bedenken vorgebracht wurden, fand der Vorschlag der Landeszentrale eine große Mehrheit. — Die weiteren Verhandlungsgegenstände betrafen die Agitation, Bildungsbestrebungen, die Organisation der Genossenschaftsangestellten usw., in welchen Fragen der Kongreß der Landeszentrale meistens ohne Debatte beitrat. Der nächste Kongreß soll erst in fünf Jahren stattfinden, sofern nicht besondere Umstände der Landeszentrale die Einberufung des Kongresses früher notwendig erscheinen lassen. — Die Wahlen zum Landessekretariat ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Dagegen unterlagen der Sekretariatsbeisitzer und die bisherigen Beisitzer Lindley (Transportarbeiter) und Weidenhain (Buchbinder). An ihrer Stelle wurden gewählt Björklund (Holzarbeiter) und Johansson (Metallarbeiter), beide Wortführer der Opposition in der Frage der zentralisierten Unterstützung. — Mit dem Absingen des schwedischen Sozialistenmarsches fanden die Verhandlungen ihr Ende.

Aus Industrie und Handel.

Der Balkan in der Weltwirtschaft.

Trotz der ewigen Unruhen und der politischen Unsicherheit „weit hinten in der Türkei" ist die weltwirtschaftliche Bedeutung der Balkanländer im letzten Jahrzehnt bedeutsam gewachsen. Ein Blick in die Statistik des Außenhandels jener Gebiete bringt vor allem Aufklärung darüber, welche Staaten die stärksten wirtschaftlichen Interessen und dementsprechend ein entschiedenes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Donau und Balkan haben. Der nördlichste der Balkanstaaten, Rumänien, war im Jahre 1909 mit Werten im Umfang von 666,69 Mill. M. am Welt-

handel beteiligt. Davon entfielen 294,64 Mill. M. auf die Einfuhr nach Rumänien und 372,05 Mill. M. auf den Export. Den verhältnismäßig bedeutendsten Teil der Gesamteinfuhr lieferte Deutschland, das im Jahre 1909 nicht weniger als 33,84 Proz. des rumänischen Imports in der Hand hatte. In weitem Abstand waren an zweiter und dritter Stelle Oesterreich-Ungarn mit 23,27 Prozent und England mit 15,60 Proz. beteiligt. Als wichtigste Absatzländer für rumänische Produkte kamen Belgien mit 26,08 Prozent und die österreichisch-ungarische Monarchie mit 24,74 Proz. der Gesamtausfuhr in Betracht. Nach Holland brachte Rumänien im genannten Jahre, dem Werte nach gerechnet, 10,65 Proz. seines gesamten Exports. Der Außenhandel Bulgariens repräsentierte im Jahre 1908 einen Wert von 194,01 Mill. M. Der Import bezifferte sich nämlich in jenem Jahre dem Werte nach auf 104,12 Mill. M., während die Ausfuhr bulgarischer Erzeugnisse zugleich einen Wert von 93,89 Mill. M. erreichte. Unter den Einfuhrländern dieses Staates stand Deutschland im Jahre 1908 an dritter Stelle. Nach den Daten der bulgarischen Statistik wurden damals aus dem Deutschen Reich Waren im Wert von 16,68 Mill. Mark importiert. Bedeutender noch war der bulgarische Import aus England mit 18,56 Mill. M. Bei weitem die umfangreichsten Lieferungen aber stammten aus Oesterreich-Ungarn mit 28,43 Mill. Mark. Die gewerbliche Produktion Bulgariens pflegt ein lebhaftes Außenhandelsgeschäft mit der Türkei, der sie im Jahre 1908 Erzeugnisse im Wert von 26,79 Mill. M. lieferte. Belgien zahlte im gleichen Jahre für bulgarische Produkte 17,63 Mill. M. und, ebenfalls als drittwichtigstes Ausfuhrland, Deutschland 9,30 Mill. M. Für Serbiens Außenhandel liegen bereits neuere Ausweise vor, die ein sicheres Urteil über die weltwirtschaftliche Bedeutung dieses Landes gestatten. Danach hatten die Werte, die Serbien im Warenverkehr mit dem Ausland umsetzt, im Jahre 1911 die Höhe von 146,47 Mill. M. erreicht. Und zwar betrugen die Importwerte Serbiens im verflossenen Jahre 67,76 Mill. M., während die Ausfuhr Serbiens in der gleichen Periode mit 78,71 Mill. M. bewertet war. Wiederum ist es Deutschland, das vom ausländischen Bedarf Serbiens den erheblichsten Teil absorbiert hat. Die Einfuhr deutscher Waren nach Serbien stieg vom Jahre 1909 zum Jahre 1910 dem Werte nach von 23,08 Mill. M. auf 27,91 Mill. M. Oesterreich-Ungarn führte im Jahre 1910 Produkte im Wert von 12,92 Mill. M. nach Serbien ein, während Englands Absatz im genannten Land einen Wert von nur 9,14 Mill. Mark darstellt. Von der serbischen Gesamtausfuhr des Jahres 1910 gelangten Waren im Wert von 18,78 Mill. M. in die Türkei und Erzeugnisse im Werte von 17,53 Mill. M. nach Deutschland. Die überaus bedeutenden Summen endlich, die die Türkei im Welthandel umsetzt, sollen nur kurz angedeutet werden. Im Rechnungsjahr 1908/09 importierte das osmanische Reich Produkte im Wert von 581,50 Mill. M., darunter für 35,81 Mill. M. aus Deutschland und brachte in der nämlichen Periode für 341,12 Mill. Mark Erzeugnisse auf den Weltmarkt. Eins ist aus diesen Aufstellungen mit Sicherheit zu entnehmen, daß dem politischen Desinteressement Deutschlands am Balkan bedeutende wirtschaftliche Interessen gegenüberstehen. Man wird infolgedessen darauf dringen müssen, daß Deutschland im internationalen diplomatischen Konzert auf der Seite derer steht, denen es um die Aufrechterhaltung des Friedens ernst ist.

Krankenkassenangestellte und Angestelltenversicherung.

Die Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins und der Umgegend hielten am Freitag im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Versammlung ab, die von der Zentralkommission einberufen worden war. Vertreten waren 49 Berliner Ortskrankenkassen, 11 Betriebskrankenkassen, 6 Innungskrankenkassen, 23 Vororts-Ortskrankenkassen, 1 Vororts-Betriebskrankenkasse und 26 Hilfskrankenkassen, zusammen also 116 Krankenkassen.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt referierte über das Angestellten-Versicherungsgesetz.

Der Vortrag bewegte sich im allgemeinen in demselben Rahmen, wie der Vortrag desselben Referenten vom Montag, über den wir in Nummer 212 berichtet haben. Außerdem aber nahm er speziell Bezug auf das

Verhältnis der Krankenkassen und ihrer Angestellten zu dem Gesetz.

Aus diesen Ausführungen ist folgendes hervorzuheben: Aus den Krankenkassen kämen für die Angestelltenversicherung nach dem neuen Gesetz diejenigen Angestellten im Bureau in Frage, die nicht lediglich mit niederen mechanischen Dienstleistungen im Bureau beschäftigt seien. Befreit seien zum Beispiel diejenigen, die lediglich Botendienste oder Reinigungsarbeiten verrichten, sowie die, die ur Krankenkassenbeiträge einsammeln, wie das bei manchen Kassen der Fall sei. Bei manchen Beschäftigungen werde wohl erst später durch die Rechtspraxis die Grenze festgestellt werden, wo sie lediglich niedere mechanische seien und wo sie es nicht mehr seien. Nach einer Auskunft, die allerdings nicht durchaus rechtsverbindlich sei, könnten unter die Versicherung solche Personen fallen, die auf Diktat mit der Maschine schreiben beziehungsweise das ihnen diktierte Stenogramm später übertragen. Bei rein mechanischen Abschriften nach übergebenen Vorlagen werde es aber nicht der Fall sein. Für Krankenkassenangestellte, die Angestellte im Sinne des Gesetzes seien, komme Doppel-Zwangsversicherung in Frage, soweit sie nur ein Einkommen bis 2000 M. hätten. Sie seien dann nach dem Angestelltengesetz für Ruhegeld und Hinterbliebenenrente versichert und nach der Reichsversicherungsordnung für Invalidität. Wenn nun so versicherte Angestellte eine Erhöhung ihres Gehalts über 2000 M. erreichten, dann trete die Frage der freiwilligen Fortsetzung ihrer Invaliditätsversicherung aus der Reichsversicherungsordnung an sie heran. Redner würde auf alle Fälle, wenn jemand mit seinem Einkommen über 2000 M. hinauskomme, empfehlen, die Versicherung in der Invalidenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung freiwillig fortzusetzen. Im anderen Falle würden die für diese Versicherung bisher gezahlten Beiträge verlustig gehen. Das komme auch für weibliche Angestellte in Betracht, denn künftig würden auch für weibliche Angestellte aus der Reichsversicherungsordnung Beiträge nicht zurückgezahlt, wie früher. Die freiwillige Fortsetzung jener Versicherung lasse sich auch leicht ermöglichen, denn die Bedingungen dafür seien verhältnismäßig leicht.

Für Krankenkassenangestellte unter anderem sei Befreiung von der Angestelltenversicherung möglich nach § 9 des Gesetzes, welcher im Absatz I bestimmt:

„Versicherungsfrei sind die in Betrieben oder im Dienste des Reichs, eines Bundesstaates, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines Trägers der reichsgesetzlichen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung Beschäftigten, wenn ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente im Mindestbetrage nach den Sätzen einer vom Bundesrat festzusetzenden Gehaltsklasse (§ 16) gewährleistet ist; dabei ist das Durchschnittseinkommen der betreffenden Beamtenklasse zu berücksichtigen."

„Gewährleistet ist" — heiße es in der Bestimmung. Was bedeute das? Das bedeute, daß die Kasse dauernd in der Lage sei, solche Ansprüche dauernd zu erfüllen. Das könne in verschiedener Weise geschehen. Es könne eine Pensionskasse errichtet werden. Es sei aber Voraussetzung, daß ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung bestehe. Eine Kasse, die keinen Rechtsanspruch gewähre, käme nicht in Betracht. Eine Kasse, die ihn aber gewähre, unterstehe der Aufsicht des Versicherungsamtes für private Versicherung. Für Krankenkassen lasse es sich aber auch anders regeln. Eine Krankenkasse werde die verlangte Sicherheit (die „Gewährleistung" gemäß § 9) schon erfüllen, wenn sie überhaupt den Rechtsanspruch gewähre. Um das zu ermöglichen, könne eine Krankenkasse eine Ersatzkasse gründen. Es könnten auch mehrere Krankenkassen zusammen eine solche gründen, die die Voraussetzung übernehme. Sie könne auch über die Sätze des § 9 hinausgehen und höhere Sätze gewähren. Ferner könne eine Krankenkasse schlankweg in ihrer Dienstordnung (im schriftlichen Vertrag) den Anspruch gewährleisten und sicherstellen. Bei der so einzugehenden Verpflichtung könne sie zurückgreifen auf eine Ersatzkasse, sie könne aber auch zurückgreifen auf einen zurückgelegten Fonds, der durch Beiträge der Angestellten und der Kasse oder einseitig aus Beträgen der Kasse gebildet werde. Und schließlich könne eine Kasse auch aus laufenden Mitteln den Anspruch gewährleisten. Ob das aber zukünftig bei der Aufsichtsbehörde durchgehe, erscheine Redner zweifelhaft, und zwar aus finanztechnischen Gründen. Immerhin käme es auf einen Versuch an. Wolle man aus Kassenmitteln die Gewährleistung schaffen, dann wäre vielleicht ein gangbarer Weg der, einen Fonds zu schaffen durch Zurückstellung von Mitteln, die man in der Weise vornehme, wie es sonst bei Ansammlung eines Reservefonds geschehe. Ob man das aber könne, sei nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nicht ganz zweifelsfrei. Hinsichtlich einer Regelung durch die Dienstordnung verweist Redner auf die Möglichkeit des Einflusses, den auf ihre Gestaltung unter Umständen die höheren Instanzen haben, und ferner behandelte er auch im einzelnen die Möglichkeiten, die sich bei Schaffung einer Pensionskasse ergeben. So kann diese ein starkes Mittel werden, die Angestellten an den Betrieb zu fesseln, indem nämlich beim Ausscheiden aus dem Betriebe und damit aus der Pensionskasse die Ansprüche einerseits verloren gehen und andererseits die Zeit der Zahlung der Beiträge bei der Pensionskasse der Krankenkasse nicht als Beitragszeit für die Reichsversicherung angerechnet wird. Natürlich interessierten sehr die bevorstehenden Wahlen für den untersten Wahlkörper, für die Vertrauensmänner, die ihrerseits die Besitzer für die Rentenausschüsse, für die Schiedsgerichte, für das Oberschiedsgericht und für den Verwaltungsrat zu wählen hätten. Die Versicherungskarte, die als Legitimation diene, sei gegenwärtig zu lösen. Jeder Versicherungspflichtige habe sich zu dem Zwecke eine Aufnahmekarte zu besorgen. Wie verhalten sich nun diejenigen Kassenangestellten, die Aussicht hätten auf Gewährleistung von Ruhegeld und Hinterbliebenenrente gemäß § 9 des Angestellten-Versicherungsgesetzes und damit auf Befreiung von der Angestelltenversicherung? Soweit ihnen gegenwärtig ein gültiger Rechtsanspruch darauf noch nicht gewährt sei, hätten sie vorläufig die Karte zu lösen, weil sie ja zunächst gar nicht wüßten, wie und wann die Regelung erfolge. Trete die Regelung des Ruhegehaltes usw. seitens der Kasse für sie bis zum 1. Januar ein, wo das Gesetz in Kraft trete, dann höre ihre Versicherungspflicht aus dem Angestelltengesetz auf. Aber vorläufig nehmen sie an den Wahlen der Vertrauensmänner teil, was als wichtig erscheine. Auf jeden Fall müßten sie sich das Wahlrecht sichern. Und erfolge etwa die Regelung der Ruhegehaltsfrage durch die Kasse bis zum 1. April, so müßten sie die Beiträge vom 1. Januar ab zahlen, solange, bis ihnen der Rechtsanspruch auf den Ersatz gemäß § 9 gesichert sei, entweder durch die Dienstordnung oder durch Vertrag oder durch Ersatzkasse usw. Danach hätten sie dann künftig kein Wahlrecht. Jetzt aber hätten sie alles Interesse daran, die Beteiligung an der bevorstehenden Wahl zu einer möglichst umfangreichen zu gestalten und sich um die Aufnahme- und Versicherungskarte zu bemühen. Die Angestellten seien darin auch nicht abhängig vom Rendanten oder Kassenvorstand. Der Angestellte könne selbst hingehen und seine Karte lösen. Die Lösung des staatlichen Versicherungsverhältnisses ergebe sich nachher beim Eintreten der Voraussetzungen aus § 9 von selber. Die Angestellten wählten direkt ihre Vertrauensmänner. Als Arbeitgeber, die ihrerseits ihre Vertrauensmänner wählten, seien die Krankenkassenvorstände, vertreten durch den Vorsitzenden, zu betrachten. Sei der Vorsitzende besoldeter Angestellter zugleich, dann könne er nicht als Arbeitgeber wählen, ausgenommen er habe ein Gehalt von über 5000 M. und sei dann nicht versicherungspflichtig. Wenn der Vorsitzende versicherungspflichtiger Angestellter sei, dann könne der Vorstand einen anderen zur Vornahme der Wahl als Arbeitgeber legitimieren. — Die Hoffnung auf eine Verbesserung des Gesetzes wachse in dem Maße, in dem sich die Versicherten selber beteiligten, zunächst durch Wahl von Vertrauensmännern mit sozialpolitischem Verständnis. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzer Diskussion und einem Schlußwort des Referenten, der namentlich darauf hinwies, daß die Ausgabestelle niemanden eine Aufnahmekarte verweigern dürfe (die Entscheidung über Verweigerung der Aufnahme stehe einer anderen Instanz zu), nahm Simanowski das Wort. Er sprach namens der Zentralkommission die Hoffnung aus, daß auch die Berliner Vorstände der Kassen berücksichtigen möchten, was der Krankenkassentag in Köln ausgesprochen habe, nämlich daß den Krankenkassen empfohlen werde, die vollen Beiträge für ihre Angestellten zu zahlen.

Das Zirkular des Versicherungsamtes der Stadt Berlin wegen der Antragstellung auf

Bestehenbleiben von Kassen

betraf der zweite Punkt der Tagesordnung.

Das Zirkular hat zu Zweifeln Anlaß gegeben, ob diejenigen Krankenkassen, welche schon gemäß Generalversammlungsbeschluß den Antrag auf ihr Bestehenbleiben gestellt haben, ihn nochmal erneuern müßten, um der Reichsversicherungsordnung zu genügen. Der Vorsitzende des Berliner Versicherungsamtes hat auf Befragen erklärt, daß dies notwendig erscheine. Die Kommission empfiehlt deshalb den Kassen, die den Antrag stellen wollen und ihn bereits vorzeitig gestellt haben, aufs neue einen entsprechenden Beschluß durch Generalversammlung herbeizuführen und ihn dann neu zu stellen.

Es folgten dann einige Mitteilungen über die Erledigung von Beschwerden, welche die Walderholungsstätten betrafen.

Soziales.

Zur Alkoholgefahr.

Die Alkoholgefahr, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, nebst: Die alkoholischen Getränke und ihre Besteuerung, von **Emanuel Wurm.** (168 Seiten. Preis broschiert 60 Pfennig.)

Der Verfasser hat in dieser im Auftrage der Hamburger Parteiorganisation herausgegebenen Broschüre seine bereits 1907 auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Essen in seinem Referat über „Alkoholfrage und Sozialdemokratie" dargelegten Anschauungen durch zahlreiche Beweise aus der Wissenschaft wie aus dem Leben der Arbeiter unterstützt. Dabei kommt er zu der Schlußfolgerung, daß kein unüberbrückbarer Widerspruch zwischen Abstinenz und Temperenz vorhanden ist; wenn auch nicht jeder Alkoholgenuß schädlich, so kann doch schon der allergeringste zur Gefahr werden, sobald bestimmte, die Widerstandskraft des Trinkenden lähmende Einflüsse (z. B. unzureichende Ernährung) vorhanden sind. Und diese Lähmungen werden durch **soziale Bedingungen** hervorgerufen oder verstärkt, und zwar in weit größerem Umfange, als gewöhnlich angenommen wird, so daß also die Alkoholgefahr nicht nur durch Aufklärung, sondern vor allem durch Beseitigung jener sozialen Bedingungen und deren Ursache zu bekämpfen ist.

Die Broschüre schildert zunächst die **chemischen Vorgänge bei der Gärung,** die Zusammensetzung der alkoholischen Getränke, ihren Verbrauch und ihre Besteuerung, namentlich die **Branntweinsteuer,** wie sie sich im letzten Vierteljahrhundert gestaltet hat, insbesondere die neueste Aenderung von 1912, die in der Verschleierung der Liebesgabe und in der Auslieferung der Konsumenten an die Spirituszentrale gipfelt. Hieran reiht sich die Besprechung des **Schnapsboykotts und der Machenschaften des Alkoholkapitals.**

Die **individuellen Wirkungen des Alkohols** werden eingehend dargelegt, sowohl in Hinsicht auf ihre gesundheitliche Wirkung wie auf die Arbeitsleistung. Die **sozialen Ursachen und die sozialen Wirkungen des Alkoholmißbrauchs** finden auf umfangreiches Quellenmaterial gestützte Würdigung.

Den Schluß bildet eine umfassende Uebersicht sowohl über die **Maßnahmen zur Bekämpfung der Alkoholgefahr** durch Vereine, Staat und Gemeinde, Gesetzgebung und Verwaltung, als auch über die Stellung der Sozialdemokratie aller Länder in diesem Kampfe.

Wie dieser kurze Hinweis auf den reichen, in fünfzig Abschnitten übersichtlich geordneten Inhalt der Broschüre zeigt, behandelt sie Gebiete, die bisher in der Alkoholliteratur noch keine oder nur beiläufige Beachtung gefunden haben. Die Schrift sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Gänzliche Erblindung beider Augen durch Betriebsunfall.

Die Arbeiterin Alma R. erlitt am 21. August 1909 im Betriebe der Deutschen Glasglühlicht-Akt.-Ges. (Auergesellschaft) dadurch einen Unfall, daß ihr beim Einwerfen von Glasbirnen in den Glasbruchkasten ein Glassplitter in das rechte Auge flog. Tagsüber fühlte die R. das Auge, klagte auch zwei Mitarbeiterinnen am gleichen Tage über Schmerzen; am Abend entfernte ihr ein Arbeiter einen Glassplitter aus dem Auge. Einen Arzt suchte Frl. R. am 23. August auf. Dieser verschrieb ihr eine Salbe. Das Leiden wurde aber immer schlimmer. Trotzdem versuchte Frl. R. noch am 24. August zu arbeiten, mußte die Arbeit jedoch gegen 9 Uhr einstellen, da eine starke Lichteinwirkung bei der Arbeit auf beide Augen erfolgte.

Am 25. August 1909 erblindete das rechte Auge vollständig; am 28. Dezember 1909 erlosch die Sehkraft auf dem linken Auge.

Die Verletzte erhob nun durch ihren Vater Anspruch auf Entschädigung bei der **Nordbeutschen Metall-Berufsgenossenschaft.** Ihr Anspruch wurde abgewiesen, weil nicht erwiesen sei, daß Frl. R. einen Betriebsunfall erlitten, dann aber auch, weil nach ärztlicher Ansicht die Erkrankung beider Augen nicht als Folge eines Betriebsunfalles anzusehen sei, vielmehr höchstwahrscheinlich auf angeborener Mißbildung der Augen beruhe.

Gegen den ablehnenden Bescheid der Berufsgenossenschaft wurde **Berufung** beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, eingelegt. Die Berufung wurde **zurückgewiesen.** In der Entscheidung sagt das Schiedsgericht, es sei nicht für nötig erachtet worden, Ermittelungen darüber anzustellen, ob ein Unfall tatsächlich vorgelegen hat. Nach dem bedenkenfreien Gutachten des erfahrenen Augenarztes Prof. Dr. S. sei mit Sicherheit anzunehmen, daß das bei der Klägerin bestehende Leiden nicht durch den geschilderten Unfall hervorgerufen ist. Abgesehen davon, daß beide Augen nacheinander von der Erkrankung befallen wurden, entstehe diese ganze typische Affektion überhaupt nicht auf dem Wege eines Unfalls, sondern sie sei eine sogenannte konstitutionelle Erkrankung, für die meist eine hereditäre Syphilis verantwortlich zu machen ist.

Hiergegen wurde das Rechtsmittel des **Rekurses beim Reichsversicherungsamt** eingelegt. Dargelegt wurde, daß die Eltern der R. bestreiten, je an Syphilis gelitten zu haben und sechs gesunde Kinder gezeugt haben. Jede Arbeiterin werde, bevor sie in dem Betrieb Aufnahme findet, einer vertrauensärztlichen Untersuchung auch speziell der Augen unterworfen. Bei der Untersuchung des Frl. R. seien krankhafte Veränderungen der Augen nicht festgestellt. Es wäre notwendig gewesen, durch Vernehmung der Mitarbeiter festzustellen, ob der Unfall tatsächlich stattgefunden und ob Glassplitter aus dem rechten Auge entfernt wurden. Geltend gemacht wurde ferner, daß der behandelnde Arzt Spezialarzt für Augenkrankheiten Herr Dr. T. den Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall für gegeben erachtete.

Das Reichs-Versicherungsamt erhob weiteren Beweis durch Vernehmung der Mitarbeiter und durch Einholung weiterer Gutachten vom Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Sch. R., Halle a. S., behandelnden Arzt Dr. T. und vom Direktor der Universitäts-Augenklinik Prof. Dr. Kr. in Berlin. Während der Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Sch. R., Halle a. S., den Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall verneinte, hielt Herr Dr. T. und Prof. Dr. Kr. denselben für gegeben. Die Berufsgenossenschaft wurde daraufhin **verurteilt.**

Bei der Wichtigkeit des Falles lassen wir einige Stellen der schriftlichen Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes folgen:

„Die Zeuginnen K. u. L. haben bekundet, daß es bei der Arbeit, die der Klägerin oblag, öfter vorgekommen ist, daß Glassplitter der in den Glaskasten geworfenen Glühbirnen herumgeflogen und den dabei Beschäftigten in die Augen gespritzt sind.

Nimmt man hierzu die Aussage des Zeugen B., daß er der Klägerin einen Glassplitter aus dem Auge entfernt hat, so muß als erwiesen gelten, daß der Klägerin tatsächlich bei der Arbeit ein Glassplitter in das Auge geflogen ist. Allerdings ist es auffallend, daß die Klägerin dem Augenarzt Dr. Sch. nach dessen Gutachten bei ihrem ersten Besuch von dem Eindringen eines Glassplitters nichts gesagt hat. Das Reichs-Versicherungsamt hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Sch., der sein Gutachten erst beinahe acht Monate nach dem ersten Besuche der Klägerin erstattet hat, sich hierbei in seiner Erinnerung getäuscht hat, zumal die Klägerin behauptet, ihm von der Verletzung durch einen Glassplitter sofort Mitteilung gemacht zu haben. Es ist daher davon auszugehen, daß die Klägerin am 21. August 1909 bei dem Betriebe durch einen Glassplitter eine Verletzung des rechten Auges erlitten hat. Dem steht nach den Ausführungen des Prof. Dr. Kr. namentlich auch nicht entgegen, daß Dr. Sch. am 23. August 1909 eine frische Verletzung der Hornhaut nicht hat feststellen können, da diese bereits verheilt gewesen sein kann. Bei Entscheidung der weiteren Frage, ob das Augenleiden der Klägerin auf diese Verletzung zurückzuführen ist, hat sich das Reichs-Versicherungsamt dem eingehend begründeten Gutachten des Prof. Dr. Kr. angeschlossen. Danach ist die Hornhautentzündung auf beiden Augen als Folge der Verletzung durch den Glassplitter anzusehen. Hieraus folgt die Verpflichtung der Beklagten, die Klägerin für die Folgen des Unfalls vom 21. August 1909 zu entschädigen." (3 A Ia 17 285/10.)

Gerichts-Zeitung.

War der Polizeileutnant betrunken?

Diese Frage spielte eine wesentliche Rolle in einer an sich recht unbedeutenden Strafsache, die am Montag vor der 8. Strafkammer verhandelt wurde. Der Hergang, welcher der Sache zugrunde liegt, ist folgender: **Polizeihauptmann Scholber** in Zivil und **Polizeileutnant Degener** in Uniform gingen in Begleitung von zwei Damen ihrer Familie nachts über den Platz am Rosenthaler Tor. Die beiden Polizeioffiziere gingen voran, die beiden Damen hinterher. Ohne daß Polizeihauptmann Scholber etwas davon bemerkte, verschwand Polizeileutnant Degener von seiner Seite. Als er zurückkam, erfuhr der Polizeihauptmann erst, daß der Leutnant inzwischen einen Mann nach der Wache am Weinbergsweg sistiert hatte. Dieser Mann, der **Händler Karl Grunwald,** ist später anläßlich dieser Affäre vom Schöffengericht **wegen groben Unfugs** zu einer Geldstrafe von 6 M. verurteilt worden. Da er Berufung eingelegt hatte, mußte sich die Strafkammer mit der Sache beschäftigen. Hier behauptete Angeklagter, er sei vollkommen schuldlos, und ein Zeuge, der sich bei jener Gelegenheit in seiner Gesellschaft befand, unterstützte die Angaben des Angeklagten. Dieser Zeuge, Arbeiter Gebhardt, der den Eindruck eines sehr ruhigen und objektiven Beobachters macht, gab an: **Polizeileutnant Degener** habe infolge seines schwankenden Ganges den **Eindruck eines Betrunkenen** gemacht. Das sei auch wohl der Grund gewesen, weshalb drei vorübergehende junge Leute höhnende Bemerkungen über den Polizeileutnant machten. Infolgedessen habe sich der Polizeileutnant umgedreht und dem Angeklagten, der mit dem Zeugen ganz ruhig an der Bordschwelle stand, einen Verweis erteilt und, als der Angeklagte Gegenbemerkungen machte, denselben sistiert. — Der als Zeuge vernommene **Polizeileutnant Degener** stellte den Hergang ganz anders dar. Hiernach hat ein junger Mann die **Damen belästigt, der Polizeileutnant** hat ihm das untersagt, der junge Mann ist ruhig weitergegangen, aber **der Angeklagte hat sich eingemischt** und dem Polizeileutnant Vorhaltungen über sein Einschreiten gegen den erwähnten jungen Mann gemacht. Der

Polizeileutnant verbat sich das und als der Angeklagte mit seinen Bemerkungen fortfuhr, sistierte ihn der Leutnant und veranlaßte eine Anzeige. Diese Darstellung wurde zum Teil durch die Aussagen der beiden jungen Damen gestützt. — Dagegen blieb der Zeuge Gebhardt trotz aller Vorhaltungen durch die beiden Zeugen Polizeihauptmann Scholber und Polizeileutnant Degener mit voller Sicherheit bei seiner Darstellung des Vorganges. Es kam hier zu einer Szene, wie sie wohl selten vor Gericht beobachtet werden kann. **Polizeileutnant Degener,** der übrigens ganz entschieden bestritt, daß er betrunken gewesen sei, lehnte sich an den Verteidigertisch, kreuzte die Arme über die Brust, **nahm eine herausfordernde Haltung und inquirierte in herrischem Ton den Zeugen Gebhardt,** der aber trotzdem in ruhigster Weise seine ursprüngliche Aussage wiederholte. Nun trat auch **Polizeihauptmann Scholber vor.** Aber er machte nicht — was doch die Aufgabe der Zeugen ist — tatsächliche Angaben, sondern trug in einem Ton, als ob er sich in seiner Amtsstube befände, **Argumente vor für die Angaben des Zeugen Degener** und gegen die Aussage des Zeugen Gebhardt. Es schien, als ob sich die beiden Polizeioffiziere, die doch nur **als Zeugen** geladen waren, **als Ankläger des Zeugen Gebhardt fühlten.** Polizeihauptmann Scholber behauptete schließlich, der Zeuge Gebhardt habe sich in Widerspruch zu seiner Aussage in erster Instanz gesetzt. **„Das wollen wir doch mal protokollieren lassen,"** so schloß der **Zeuge** Scholber seine Rede mit einem Blick auf den Gerichtsschreiber, als ob dieser ein Polizeiwachtmeister wäre, der den Anordnungen des Polizeihauptmanns zu folgen hat.

Hier mag ein Vorgang erwähnt werden, der unseres Wissens einzig dasteht. Unmittelbar vor Beginn der Verhandlung wurde der Zeuge, **Polizeihauptmann Scholber, vom Korridor aus in das Beratungszimmer des Gerichts eingelassen.** Dann begab sich der **Vorsitzende des Gerichts gleichfalls ins Beratungszimmer.** Nach einigen Minuten erschien Herr Scholber wieder im Korridor und der Vorsitzende nahm am Richtertische Platz und eröffnete die Verhandlung, zu welcher Polizeihauptmann Scholber als Zeuge geladen war. Gewiß **ein auffallender Vorgang.**

Der Prozeß nahm schließlich einen für den Angeklagten günstigen Ausgang. Nach langer Beratung erkannte das Gericht auf **Freisprechung,** weil es nicht als vollkommen aufgeklärt ansah, ob der Angeklagte den Polizeileutnant Degener in einer Amtshandlung — nämlich der Zurechtweisung des jungen Mannes, der die Damen belästigt haben soll — gestört habe.

Schutzmann und Schankwirt.

Eines Nachts nach drei Uhr stand der Schankwirt Franz Schulz vor seinem Lokal in der Eckertstraße. Das sah der Kriminalschutzmann Günther. Er glaubte, im Schulzschen Lokal seien noch Gäste, er will auch kurz vorher noch jemand haben herauskommen sehen. Zwei andere Personen, die im Vorbeigehen mit Schulz gesprochen hatten, hielt Günther ebenfalls für Gäste, die aus dem Schulzschen Lokal gekommen seien. Als Günther dies behauptete, der andere es aber bestritt, erhielt er vom Kriminalschutzmann Günther einen Stoß, daß er zu Boden fiel. Nun ging Günther in das Schulzsche Lokal, um auf Gäste zu fahnden, die noch nach der Polizeistunde dem Gerstensaft zuzusprechen sich erdreisteten. Gefunden hat er niemand. Aber er hat den Schankwirt Schulz wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt angezeigt. Schulz soll nämlich — so gibt Günther an — ihn gewaltsam am Betreten des Lokals gehindert haben, indem er die Tür festhielt. — Vor dem Schöffengericht, wo Schulz gestern als Angeklagter, verteidigt vom Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, zu erscheinen hatte, stellte sich heraus, daß der Kriminalschutzmann Günther in seinem Bericht über diese Affäre sagte, er habe von einer Durchsuchung des Schulzschen Lokals Abstand genommen, weil er Gefahr für Leib und Leben fürchtet. Tatsächlich hat er aber den Schankraum und das Vereinszimmer — nach Angabe des Angeklagten auch die Küche und das Klosett — nach nächtlichen Zechern durchsucht, ohne etwas gefunden zu haben.

Von der Anklage des Widerstandes wurde Schulz freigesprochen. Dagegen verurteilte ihn das Gericht wegen Beleidigung des Kriminalschutzmanns Günther. Es wurde als erwiesen angenommen, daß Schulz bei einer anderen Gelegenheit zu einem anderen Polizeibeamten gesagt habe: Wenn er Günther in das finstere Lokal gelassen hätte und es würden ihm nachher zwanzig Mark aus der Kasse gefehlt haben, wer sei es dann gewesen.

Versammlungen.

„Das Eldorado bei Auer!" war das Thema einer am Freitag in den „Markgrafensälen" tagenden Versammlung der kaufmännischen Angestellten der Firma Auer u. Co., die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen zusammengerufen waren. Der Referent Kollege Schmidt ging zuerst auf die allgemeine Lage der Angestellten der Großindustrie ein und schilderte, wie durch die wirtschaftliche Entwickelung der letzten 50 Jahre sich das Arbeitsverhältnis der Angestellten immer schlechter gestaltet habe. Der Großbetrieb mit seiner ausgeprägten Arbeitsteilung enthebt den Unternehmer der Notwendigkeit, qualitative Arbeitskräfte zu beschäftigen und als solche zu entlohnen. Das Interesse und die Freude an der Arbeit wird den Angestellten schon durch die heutige Struktur des Großbetriebes genommen, da der einzelne in solchen Riesenbetrieben vollkommen verschwindet. Ein Heer von Antreibern, Vorsteher genannt, hat dafür zu sorgen, daß die Arbeitskraft des Angestellten bis auf das letzte ausgenützt wird. Wenn hierzu nun noch Zustände treten, wie sie bei der Firma Auer zu finden sind, so ist es an der Zeit, daß sich die zuständige Organisation damit beschäftigt. Die Firma glaubt es mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, daß sie die Angestellten 12—14 Stunden beschäftigt. Ueberarbeit ist an der Tagesordnung und dafür zahlt man fürstliche Gehälter von 21—24 M. pro Woche. Das Gesetz schreibt vor, daß eine Probezeit nicht über drei Monate dauern darf. Die Firma aber versteht es vorzüglich, das Gesetz zu umgehen, indem sie ein oder zwei Tage vor Ablauf dieser Frist entläßt und zwei Tage darauf von neuem engagiert. Interessant ist die Art, wie Abteilungsvorsteher es verstehen, sich durch Ausnützung ihrer Stellung persönliche Vorteile zu verschaffen. Da ist ein junger Mann ohne Stellung, der zufällig im Besitze eines schönen Hundes ist, der die Begehrlichkeit des Herrn Abteilungsvorstehers hervorruft. Man macht dem jungen Manne klar, daß eine Stellung zu haben sei; aber man möchte auch gern den Hund haben. Es findet sich dann schnell noch ein zweiter, der auch gern einen Hund gehabt hätte. Auch der muß erst noch befriedigt werden, und nun hat der junge Mann seine Stellung. Aber wehe dem Angestellten, der es wagt, gegen solche Zustände zu opponieren, er fliegt eben. Einer Dame, die herzkrank ist und deshalb von der Firma ihren achttägigen Urlaub um weitere 14 Tage verlängert bekommt, sagt ein Vorsteher: „Wenn Sie diesen Urlaub antreten, werde ich dafür sorgen, daß Sie Ihre Kündigung erhalten." Und tatsächlich wird diese Dame nachher mit der Begründung entlassen, daß ihre Gesundheit leiden würde, wenn sie weiter bei der Firma beschäftigt wäre. Einer anderen Dame verweigert ein Abteilungsvorsteher Urlaub zur Bestattung ihrer verstorbenen Mutter. Der Referent meinte, daß man nicht annehmen kann, daß die Direktion der Firma von solchen Dingen Kenntnis habe, und daß es nur notwendig sein werde, diese Dinge bekannt zu geben, um sie abzustellen. Aber die Angestellten müßten sich darüber klar werden, daß es einen Weg gibt, solche Dinge von Anfang an unmöglich zu machen, nämlich den Weg der Organisation. Die Angestellten müssen in ihrer Gesamtheit Front machen gegen die schlechte Bezahlung und Behandlung. Das immer mehr Einzug haltende System der Lehrlingsbeschäftigung, jetzt schon zirka 60, die überlange Arbeitszeit, ohne Bezahlung der Ueberstunden, muß die Angestellten davon überzeugen, daß sie nur durch die Organisation in der Lage sind, an den Zuständen etwas zu ändern. Deshalb müssen alle dem Beispiel vieler Kollegen folgen und sich dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen anschließen, der dafür sorgen wird, daß für die Angestellten menschenwürdige Verhältnisse geschaffen werden.

Aus aller Welt.

Der hinzugemogelte Jesuit.

Bei Besprechung der Jesuiteninterpellation am 2. Mai d. J. in der bayerischen Abgeordnetenkammer sprach Abgeordneter Genosse Ad. Müller namens der sozialdemokratischen Fraktion und flocht dabei in seine Ausführungen nachstehende Bemerkungen ein:

„Abg. Dr. Pichler wies gestern die Mitglieder der Linken darauf hin, sie möchten doch die Gelegenheit wahrnehmen, sich mit Jesuiten zu unterhalten. Ich habe diese Gelegenheit schon einmal wahrgenommen. Es ist gar nicht lange her, daß ich mich mit einem Jesuiten unterhalten habe, und ich kann Ihnen sagen, daß er über die Politik des bayerischen Zentrums gerade nicht übermäßig günstig geurteilt hat. Wenn Sie an meinen Worten zweifeln sollten, so bin ich bereit, irgendeinem von Ihnen, wenn mir der betreffende Herr absolute Diskretion verspricht, den Namen zu nennen, damit nicht etwa draußen gesagt werden kann, ich brächte Tatsachen vor, für die der Beweis fehle. Nebenbei bemerkt, der Jesuit war nicht so gefährlich. Ich habe mit ihm und einem anderen Freunde des Jesuitenordens Skat gespielt und es ist hierbei nicht mehr gemogelt worden, als an dem belgunten Taroktisch im Katholischen Vereinshause."

Darauf brachte der „Bayerische Kurier" in Nr. 128 einen Artikel unter der Spitzmarke: „Der hinzugemogelte Jesuit", in dem es u. a. heißt: „Müller glaubte sich wohl im Redaktionsbureau und einen Artikel schmiedend für die „Münchener Post". Dort gehören Erfindungen ja zur Ausstattung des Blattes. In der Abgeordnetenkammer aber sollte er sich solche Mätzchen schenken. Besonders wenn er das Terrain nicht kennt. Wir erklären seine ganz kleine Erzählung für unwahr, denn Jesuiten dürfen von allen Spielen nur Schach spielen. Ich habe, so schreibt uns ein Geistlicher, schon sehr viel mit Jesuiten in und außer ihren Ordenshäusern verkehrt, aber einen skatspielenden Jesuiten noch nicht kennen gelernt. Unter den Roten und ihren Freunden gibt es genug Leute, die tatsächlich die Müllerschen Mätzchen für bare Münze nehmen.

Genosse Müller stellte gegen den „Bayerischen Kurier" Klage wegen Beleidigung, die am Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Mayer durchgeführt wurde. Das Gericht verurteilte den Redakteur Osterhuber, der für die Schmähnotiz verantwortlich ist, zu 100 M. Geldstrafe.

Schwere Schiffskatastrophen.

Am Sonntagnachmittag verunglückte in der Nähe des Forts Lynetten auf der Außenreede von Kopenhagen ein Motorboot mit sechs bis sieben Personen an Bord. Vom Fort eilten sofort ein Dampfboot und ein Ruderboot zu Hilfe, die aber an der Unglücksstelle nur treibende Mützen und einen Bootshaken vorfanden. Die Namen der Verunglückten konnten bisher nicht festgestellt werden. — Wie aus Chicago gemeldet wird, ist während eines Sturmes auf dem Michigansee ein Schulkutter mit 24 jungen Seeleuten untergegangen. Sechs Mann sind ertrunken, fünf andere werden vermißt.

Kämpfende Patrioten.

Während eines Fußballspieles kam es am Sonnabendnachmittag in der Stadt Belfast (Irland) zu ernsten Ausschreitungen. Angehörige der einen Partei entfalteten eine grüne irische Flagge, die sie unter die Zuschauer trugen. Die Anhänger der anderen Partei entfalteten den Union Jack, die englische Nationalflagge. Daraufhin kam es zum Handgemenge. Mauer- und Feldsteine wurden geschleudert. Binnen kurzem befanden sich Tausende von Leuten in einer wütenden Schlägerei. Ueberall sah man Menschen blutend zu Boden fallen. Auch Revolverschüsse wurden während des Kampfes abgefeuert. Die Schutzleute waren machtlos. Erst herbeigezogenen Verstärkungen der Schutzmannschaft gelang es, die Menge auseinanderzubringen. Krankenwagen schafften insgesamt 58 verletzte Personen ins Krankenhaus, von denen fünf Schußwunden hatten und mehrere bedenklich verletzt waren. Am Abend war die Stadt ruhig. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Ein neuer Polizeiskandal.

Die New Yorker Presse berichtet über einen neuen Skandal, in dem wiederum die New Yorker Polizei verwickelt ist. Den Meldungen zufolge hat der Polizeipräfekt aus Rache gegen den Generalstaatsanwalt Whiteman eine Liste veröffentlicht, die die Namen der bekanntesten und berüchtigsten Mitglieder der sogenannten „San Paul Association" enthält. Unter diesen befindet sich auch ein direkter Untergebener des Staatsanwaltes, namens Moritz König. Die genannte Verbrechergesellschaft ist in ganz New York berüchtigt und gefürchtet, weil ihr die schwersten Verbrecher und der Auswurf der New Yorker Gesellschaft angehören.

Schreckenstat eines Rasenden.

In Kinkempois (Prov. Lüttich) hat sich gestern nachmittag ein schreckliches Familiendrama abgespielt. Die Ehefrau Claessens geriet mit ihrem Ehemann in Streit, weil sie sich weigerte, ihm Geld zu geben. Im Verlaufe des Streites gab der Mann aus einem Revolver zahlreiche Schüsse auf seine Frau und seine beiden Kinder, ein 14jähriges Mädchen und einen 10jährigen Knaben, ab. Darauf bearbeitete der Unhold die am Boden liegende Frau noch mit einem Messer, mit dem er ihr mehrere Stiche in das Gesicht, den Hals und den Unterleib versetzte. Die Frau und der 10jährige Knabe sind ihren Verletzungen erlegen. Der Zustand der schwerverwundeten Tochter ist hoffnungslos. Nach der Tat flüchtete der rasende Wüterich aus dem Hause, kehrte aber bald zurück und versuchte das Haus anzuzünden, konnte aber von den herbeieilenden Nachbarn daran verhindert und der Polizei übergeben werden.

Die Methode des Wahnsinns!

Wir lesen in amerikanischen Blättern: Auf dem Paradebett in der Garage seines Eigentümers liegt die Leiche von „Blondy", des Lieblingshundes des verstorbenen Millionärs John W. Gates, den der „entschlafene" Hund um fast ein Jahr „überlebte". Der aristokratische Köter schloß die Augen „zum ewigen Schlaf" am Sonntag, den 18. August, im Hotel Plaza, wo sein Herr bei Lebzeiten eine Reihe von Zimmern bewohnte, für die er lumpige zweimalhunderttausend Mark im Jahr bezahlte. Das zu seinen Hundebütern versammelte Vieh liegt in einem Sarg, der aus dem feinsten Plüsch hergestellt und mit weißer Seide gefüttert ist. Um den Hals hat der Köter eine goldene Kette mit goldenem Glöcklein, die speziell für ihn in Paris gemacht wurde. „Blondy", dessen Leiche einbalsamiert ist, wird auf dem Besitztum eines Freundes der Familie beerdigt werden. Wenn die Gates-Familie von ihrer Reise zurückkehrt, wird die Hundeleiche wieder ausgegraben und nach dem Gatesschen Besitztum in Port Arthur, Texas, übergeführt und dort „mit gebührenden Ehren beigesetzt werden."

Eine wahrhaft göttliche Weltordnung! Hundekadaver werden mit allem Pomp beigesetzt und dem arbeitenden Menschen dient das minderwertige Fleisch der Freibank als erstrebenswerte Delikatesse!

Der Bär in der Leichenkammer.

Im deutschen Nonsberger Dörflein Proveis am Südabhange des Nonsberges hat sich, wie die „Kölnische Zeitung" meldet, eine tragikomische Episode zugetragen, deren Ursache ein ausgewachsenes, über zwei Meter großes Bärenweibchen war, das sich wahrscheinlich von der Brentagruppe herüber in die Gegend von Proveis verirrt hatte. Es war gerade der Nachmittagsgottesdienst in Proveis zu Ende, die Leute wollten sich auf den Heimweg machen, da gab es großen Lärm von Hunden und Leuten, der vom Walde her kam, welcher nicht weit von der Kirche entfernt ist. Ein riesiger Bär rannte, so rasch als es ihm möglich war, durch den Ort der Kirche zu. Panikartig rannten die Leute auseinander, nur einige beherzte Männer hatten den Mut und die Absicht, dem Untier, welches schon seit mehreren Tagen unter den Schafen große Verwüstungen angerichtet hatte, entgegenzutreten. Der Bär bekam Angst, besonders deswegen, weil ihm die Hunde sehr scharf zusetzten, er wagte es nicht, gegen einen Menschen loszugehen, sondern er suchte so rasch als möglich in ein sicheres Versteck zu kommen, und da gerade die Tür zu der Leichenkapelle bei der Kirche offen stand, rannte er schnurstracks in die Leichenkammer. Man verschloß sofort die Türe, nachdem man sich überzeugt hatte, daß Meister Petz sich in seiner Angst unter die große Leichenbahre verkrochen hatte. Sofort wurden Waffen geholt, und als dann einer der Mutigsten die Kapelle betrat, um dem Räuber den Garaus zu machen, zeigte es sich, daß ihnen der Bär ein Schnippchen geschlagen hatte: er war durch das offene Fenster in den nahen Wald entkommen. Bald war das ganze Dorf auf den Beinen, um sich des unerhört schlauen und verwegenen Burschen zu versichern, alle Hunde aus der Umgebung nahmen an dem Jagdzuge teil, aber trotzdem gelang es erst am nächsten Tage, die Spur des Bären auf der Brixneralpe zu erforschen. Der Gendarmeriewachtmeister von Cles schoß ihm dann mit seinem Dienstgewehr oberhalb der Lichter in den Kopf. Im Triumphe wurde der riesenhafte Bär nach Proveis gebracht.

Kleine Notizen.

Schwerer Unfall bei einer Pionierübung. Die Münchener Neuesten Nachrichten melden, daß zwei Pontons beim Abbrechen einer bei Altötting über den Inn geschlagenen Brücke in der Nacht zum Sonntag untergegangen sind. Vierzehn Pioniere seien ins Wasser gefallen und zwei von ihnen ertrunken.

Pesterkrankungen auf einem englischen Dampfer. Auf einem englischen von Rosario eingetroffenen Dampfer sind zwei Pesterkrankungen vorgekommen, von denen ein Fall tödlich verlaufen ist. Der zweite Kranke befindet sich im Quarantänelazarett zu Groden. Der Dampfer hat Hamburg und Cuxhaven bereits wieder verlassen.

Erdbebenmeldungen. Wie ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, ist das vor kurzem von mehreren Erdbeben heimgesuchte Gebiet am Marmarameere durch neuere Erdstöße schwer geschädigt worden. In verschiedenen Ortschaften kam es zu Hauseinstürzen, wobei einige Personen verletzt wurden. Auch in Nordspanien und Südfrankreich wurden in der Nacht zum Montag die Bewohner durch heftige Erdstöße erschreckt. Schaden wurde durch das Beben nicht angerichtet.

Marktbericht von Berlin am 14. Septbr. 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 1,60—30,00.

Briefkasten der Redaktion.

A. Z. 16. Schon lange tot; Anstalt befindet sich in Wörishofen (Bayern). — **J. B. 7.** Wenden Sie sich, bitte, an den Verband der Schneider und Schneiderinnen, S. 14, Sebastianstr. 37—38, dort erfahren Sie alles Nähere. — **Meta S. 30.** 1. Ihre Ansicht ist die richtige. 2. Ueber Träume können wir uns nicht äußern. — **Tour.** Fragen Sie beim Vorsitzenden E. Höselbarth, Petershagen, an. — **K.** Richtig wäre ihnen; jedoch findet die Formel, wie angegeben, keine Anwendung. —

Gutachten No. 26709.

„... Ich bin geradezu entzückt von dem feinen Malzgeschmack, wie hätte ich das gedacht. Von jetzt an werde ich nur noch Kathreiners Malzkaffee trinken."

Der Gehalt macht's!

Keine Butternot!! Keine Butternot!!

Butter billiger!

Hausfrauen!!

Reinschmeckende, uralische Molkereibutter

„Garantiert reine Naturbutter"

liefert in halben Pfundstücken

mit M. 1,30 pro Pfund in Ia Qualität

„ M. 1,20 „ „ „ IIa „

Otto Müller,

Milchgeschäft, 144/6*

Berlin NW. 87, Ufnaustraße 14.

Bettfedern Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betrieb

Berlin S 77, Prinzenstr. 46 u. 47

Bettfedern
zu 1.00, 1.25, 1.50, 1.80, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50 bis 6.00 M per Pfund

Beste Bettenfüllung: echt chinesische
Monopoldaunen
(gesetzlich geschützt)
Pfund **2.85** M., 3-4 Pfund zum grossen Oberbett

Daunen
zu 2.85, 3.50, 4.50, 5.00, 6.50 bis 9.00 M. per Pfund

Metallbettstelle

mit Zugfedermatratze, 33 mm starke Pfosten, 5 Ringe Querstange u. Fussbunde im Kopf- u. Fussteil von Messing. Schwarz lackiert 190 × 90 cm

27.— M.

weisslackiert 50 Pf. mehr

Ausnahmepreis Nr. 1020.

Fertige Betten
bestehend aus **Oberbett, Unterbett, 2 Kissen**
zu 12.—, 15.—, 20.—, 23.50, 28.50, 32.50, 39.—, 46.—, 55.—, 63.—, 77.—, 90.— bis 130.— Mark

Bett-Inlette
vom Stück, das Meter:
Kissenbreite 80/84 cm 52, 70, 80 Pf., 1.05 1.25, 1.55
Oberbettbreite 130 cm 1.10 1.25 1.65 2.00

Jährlicher Umsatz: 3000 Ztr. Bettfedern
von keinem zweiten Geschäft, das an Private verkauft, erreicht

No. 1001

Metallbettstelle
mit Zugfedermatratze, schwarz lackiert, mit Rollen 190 × 80 cm

13.75 M.

weißlackiert 50 Pf. mehr.

Die Ausnahmepreise für Bettstellen nur gegen Vorzeigung des Inserats.

Todes-Anzeigen

Am Sonntag, den 15. September, entschlief sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann und unser guter Vater, der Gastwirt

Leopold Zwarg

Friedeberger Str. 1.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Luise Zwarg nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4¼ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs, Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. 3405

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Leopold Zwarg

(Friedeberger Str. 1) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. September, nachmittags ¼5 Uhr, von der Halle des Bartholomäuskirchhofes in Weißensee, an der Falkenberger Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

220/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel. Bezirk 158.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bildhauer

Ferdinand Schmidtchen

Reichenberger Straße 51, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

220/3 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
(17. Abt. Bez. 273.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Karl Hartmann

(Landsberger Platz 1) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

220/3 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die regen Beileidsbezeugungen bei dem Begräbnis meines Gatten, des Restaurateurs

Max Winter,

sage ich hiermit allen Teilnehmern, vor allem dem Gemeindevertreter Herrn Kubig, dem Wahlverein Pankow, insbesondere der Gruppe VI und dem Arbeiter-Gesangverein, den Kollegen der Glasbläser und der Gastwirte meinen herzlichsten Dank. 16a

Pankow, 16. September 1912.

Wwe. **Minna Winter** geb. **Siegel.**

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter

Johann Lewandowski

(Bezirk Oranienburger Vorstadt)

am 13. September verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs in Reinickendorf, Humboldtstr 64-68, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

142/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

August Weiß

am 14. September im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Elisabeth-Kirchhofes, Ackerstraße, aus statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Hermann Hingst

am 11. September im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Siegfried Eichmann

am 13. September im Alter von 40 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 17. Sept., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Himmelfahrt-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

66/18 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und überaus reichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens unserer innigstgeliebten, herzensguten Gattin und Mutter 3395

Klara Anders, geb. Scholz

sagen wir insbesondere den Herren Direktoren und Kollegen, dem Betriebspersonal vom Hotel Bristol und allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Der tieftrauernde Gatte nebst Kindern.

Danksagung.

Für die reiche Kranzspende und die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten, Arbeitskollegen und Genossen des Wahlvereins Tegel unseren herzlichsten Dank. 334b

Witwe Fritz und Kinder.

Josetti

JUNO

QUALITÄTS-CIGARETTE

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.
Steppdecken in voller Bettgröße

Similiseide	in den Farben bord., blau, oliv	5.25 bis 21.00
Wollatlas		6.75 bis 27.00
Daunendecken		25.00 bis 125.00
Schlafdecken		1.85 bis 48.00

Spezial-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Ohne Anzahlung
Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche u. Decken. Kleine Raten! Billige Preise! Keine Kassierer! Offerten, mit Angabe der Besuchszeit, unter **B. 6** Hauptexpedition des „Vorwärts". 2975b*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.** Amt 4, 3014.

Pollmanns Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,**
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Stempelfabrik
Robert Hecht,
Inh.: Alfr. Schneller
Berlin S. 42, Ritterstr. 114,
liefert schnell und billig alle Arten

Stempel
in bester Ausführung.

Land u. Wald
am gr. Storkower See
mit eigenen Bootsstellen
OR von 7 M. an.
Terraingesellsch. am Storkow- und Scharmützelsee m. b. H., Berlin C. 3, Burg-Strasse 30.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder,**
an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 9308.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Große helle Fabrikräume mit allem Komfort, Doppellicht, Fahrstuhl, elektr. Licht u. Kraft, Zentralheizung etc. umständehalber billig zu vermieten
Neue Hochstr. 20. *
Auskunft b. Verw. o. b. Eigentümer **Marcus, Charlottenburg,** Bismarck-Str. 105.

Deutsches Nationalgetränk.
!!! Unerreicht !!!
40 Pfennig pro Pfund
Edel-Mais-Kaffee
Marke Mai-Ko.
Generaldepot:
Norden, Chausseestr. 116,
Fernspr. Amt Norden 594 u. 2904.
Filialen:
SW., Gneisenaustr. 104 und Blücherstr. 14.
Bei Abnahme von 5 Pfd. frei Haus.
— Niederlagen werden vergeben. —

Möbel-Lechner
Am Rosenthaler Platz **Brunnenstr. 7** Am Rosenthaler Platz
Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stuben u. Küchen **M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.-** Bequeme Abzahlung
Einzelne Möbelstücke von **M. 5.-** Anzahlung an
Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung
Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen
Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.— an M. 5.— Rabatt!
Liefere auch nach auswärts!
Sonntags geöffnet von 8—10

Spezialarzt
f. Haut- und Harnleiden, nerv. Schwäche, „Ehrlich 606" usw.
Dr. Homeyer u. Co. kons. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw. gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8½ Uhr findet im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung statt. Näheres im heutigen Inserat.

Fünfter Wahlkreis, 1a Abt. Heute Dienstag, den 17. Septbr., abends 8½ Uhr: Abteilungsversammlung in den Unions-Festsälen, Greifswalder Str. 222. Tagesordnung: Berichte und Reorganisationsfragen.

Köpenick. Am Mittwoch, den 18. September, abends 8 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung im Kaiserhof (Inh. Ernst) statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen.

Rudow. Heute, Dienstag, den 17. September, abends ½9 Uhr, im Lokal von R. Rolle, Köpenicker Straße: Diskutierabend.

Königs-Wusterhausen und Wildau. Für die Genossen von Königs-Wusterhausen und Wildau findet am Mittwoch, den 18. September, abends 8 Uhr, in den bekannten Bezirkslokalen ein Extra-Zahlabend statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Frühring.

Weltstadtleben schläft niemals ganz ein. Sein Räderwerk klappert unaufhörlich. Schon morgens um 5 Uhr dehnt und streckt Groß-Berlin, als ob es nur eben eingenickt war, wieder kraftvoll seine Glieder. Tausend und aber tausend schlichte Gestalten mit Stullenpaketen, Kaffeekannen und Handwerkszeug, Männer und Frauen, verschwinden in den mäßig erleuchteten Portalen der Ringbahnhöfe oder tauchen aus ihnen bei Ankunft der Züge lawinenartig hervor. Den richtigen Eindruck von diesem Massenverkehr, der hauptsächlich in der siebenten Morgenstunde sich abspielt, gewinnt man erst auf dem Bahnsteig. Wie an schönen Sommersonntagen folgen sich die „Arbeiterzüge" in ganz kurzen Abständen. Bis sechs Uhr gehts noch. Die Züge sind schon stark gefüllt, aber es hat doch jeder einen Sitzplatz. Bald ändert sich das Bild. Fast alle drei Minuten läuft ein vollständig überfüllter Zug ein. So ist es eine Stunde lang auf jeder Ringbahnstation. Wie die Heringe sind die Menschenleiber zusammengedrängt. Man hält es kaum für möglich, daß so viele Personen in dem schmalen Abteil Platz finden können, und mit Schaudern malt man sich die fürcherlichen Folgen einer möglichen Katastrophe, eines Eisenbahnunglückes aus. Man fügt sich in die Lage, weil man muß. Des Frondienstes genau gestellte Uhr macht den Einzelnen widerstandslos. Und mit dieser zwangsweisen Anpassungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung rechnet in Bureaukratenschläue auch die Eisenbahnverwaltung. Sollte jeder um diese Zeit drangvoller Enge ordnungsmäßig befördert werden, müßte sie dreimal so viele Züge einstellen. Mit Nonchalance sieht die Behörde zu, wie die Abteile dritter Klasse zu Pökelfässern werden und die Abteile zweiter Klasse leer im Zuge mitpendeln. Wo in unmittelbarer Nähe von Ringbahnhöfen große Fabrikbetriebe liegen, ist die Ankunft und Entleerung der Frühzüge ein eigenartiges Schauspiel. Wie eine Lawine wälzt es sich aus den Abteiltüren. In wenigen Minuten muß die Fabrikglocke läuten . . . Keiner will zu spät kommen und Strafe zahlen. Auf den großen Stationen sind alle vier Durchlässe geöffnet, und doch staut sich die Menge mit Gedankenschnelle. Jetzt erst sieht man so recht, welche Menschenlast der Zug barg. Die Beamten kontrollieren und knipsen mit stoischer Ruhe. Und kaum sind viele Hunderte durchgelassen, so pfaucht ächzend schon wieder ein Dampfroß auf dem ehernen Schienenwege heran. Das Schauspiel, wie der schaffende Stand zur Tretmühle hastet, beginnt von neuem. . . .

Die Schulversäumnisstrafen

haben in Berlin im letzten Jahre sich weiter vermindert. Der neueste Jahresbericht über das Ergebnis der Ausübung der Schulpolizei durch die Stadtgemeinde meldet, daß im Etatsjahr 1911 (1. April 1911 bis 31. März 1912) nur noch 2852 Strafen verfügt wurden, nicht mehr ganz 13 auf je 1000 Gemeindeschulkinder. Im vorhergehenden Jahre waren noch 3425 Strafen verfügt worden, etwa 15 auf je 1000 Gemeindeschulkinder. Als noch unerledigt wurden aus dem vorhergehenden Jahre 505 Strafsachen hinübergenommen, es waren mithin im Etatsjahr 1911 im ganzen 3357 Strafsachen zu bearbeiten. Erledigt wurden 2837 Sachen, davon 2268 durch Zahlung der Geldstrafen, 164 durch Verbüßung der Haft an Stelle der nicht bezahlten Geldstrafen, 272 durch Zurücknahme der Verfügung, 48 durch Einstellung des Verfahrens, 85 durch gerichtliche Entscheidung, und zwar 56 durch Verurteilung und 29 durch Freisprechung. Der Bericht hebt hervor, daß in mehreren Fällen außer der Strafverfügung gegen die Eltern noch eine polizeiliche Zuführung des betreffenden Kindes veranlaßt wurden. Außerdem sei „bei besonders ungünstigen Familienverhältnissen im Interesse der Kinder Antrag auf Einleitung der Fürsorgeerziehung oder das Einschreiten der Waisendeputation nachgesucht" worden. Daß die Anwendung der hier genannten Zwangsmittel ihre sehr großen Bedenken hat, ist im „Vorwärts" oft gezeigt worden. Den Schutzmann in den Dienst der Schule zu stellen, das bedeutet den Bankrott der Schule. Und welchen „Erfolg" die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung haben kann, was die „Fürsorgeerziehung" manchmal schon aus einem Schulschwänzer schließlich gemacht hat, darüber könnte sich die Schulpolizeiverwaltung der Stadt vielleicht mal bei der Waisenverwaltung informieren.

Zum Ableben des Oberbürgermeisters Kirschner.

Die Leiche des verstorbenen Oberbürgermeisters Kirschner ist nach Berlin übergeführt worden. Vom Anhalter Bahnhof wurden die sterblichen Ueberreste Kirschners nach dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde gebracht. Auf dem Bahnhofe hatten sich Oberbürgermeister Wermuth mit einigen Stadträten eingefunden, die dem Sarge des Verstorbenen nach Friedrichsfelde per Wagen folgten, wo der Trauerkondukt gegen 8 Uhr morgens eintraf.

Kirschner hatte schon im Jahre 1901 endgültig alle Bestimmungen für den Fall seines Ablebens getroffen. Die letztwillige Anordnung Kirschners datiert aus Berlin, den 7. Februar 1901 und hat folgenden Wortlaut:

1. Ich wünsche in möglichst einfacher Weise in einem schlichten sichtenen Sarge, wenn tunlich von der Leichenhalle des betreffenden Friedhofs aus — keineswegs aber vom Rathause aus — beerdigt zu werden.

2. An meiner Beerdigung sollen nur meine nächsten Anverwandten und Freunde mit einem meiner Familie befreundeten Prediger teilnehmen. Ich bitte demnach alle Behörden, Korporationen und Vereine von der Entsendung von Vertretern sowie von allen Kranz- und Blumenspenden Abstand zu nehmen.

3. In gleicher Weise untersage ich alle Nachrufe in den Zeitungen sowie die Abhaltung irgendwelcher Todes- oder Erinnerungsfeierlichkeiten.

4. Bei meiner Beerdigung hat der Prediger nur den 90. Psalm zu verlesen und einige trostreiche Worte an meine Angehörigen zu richten, keineswegs aber länger als fünf Minuten zu sprechen.

Ein Sängerchor soll den ersten und den letzten Vers des Liedes „Es ist bestimmt in Gottes Rat" singen.

(gez.) Martin Kirschner.

Diese Anordnungen Kirschners zeigen den Verstorbenen in seiner ganzen Bescheidenheit. Wie er im Leben jedem äußeren Prunke abhold war, so wollte er auch im Tode sein; ihm genügte, seine Pflicht erfüllt zu haben.

Der Magistrat hat beschlossen, die städtischen Flaggen, welche bereits am Todestage herabgesetzt worden sind, auf allen städtischen Gebäuden bis zum Tage der Beisetzung auf Halbmast zu belassen. Im übrigen hat der Magistrat beschlossen, in den Erweisungen seiner tiefempfundenen herzlichen Teilnahme den Anordnungen des Verstorbenen nachzuleben.

Der Oberbürgermeister Wermuth gedachte in einer gestern morgen im Rathause abgehaltenen außerordentlichen Magistratssitzung des Dahingeschiedenen. Wermuth sagte u. a.:

„Martin Kirschner ist heimgegangen: er ist dahingegangen, ohne daß einer von uns es voraus ahnte, dahingeschieden, ohne daß wir ihm noch einmal die Hand drücken konnten. Nicht mehr sollen wir des Rates teilhaftig werden, den wir von unserem Ehrenbürger zum Wohle der Stadt erhofften und den er uns versprochen hatte. Still ist er dahingegangen, still soll auch seine Beisetzung sein. Ja, er will nicht einmal gestatten, daß wir ihm unsere Liebe und Treue in Worten nachrufen.

Darin liegt keinerlei Abkehr von den Stätten seines Wirkens, oder von seinen Mitarbeitern, von denen er vor wenigen Wochen in tiefster Rührung, in herzlichster Sympathie geschieden ist. Alle, die ihn kannten, sehen darin nur einen Ausdruck seiner Bescheidenheit, seines schlichten aller äußeren Entfaltung abholden Wesens.

Seine Anordnung ist leibhaftig er selbst. Wenn wir sie auch schmerzlich empfinden, müssen wir sie doch als den Ausfluß bürgerlicher Vornehmheit achten.

Wir wollen ihn nicht im Sarge kränken, indem wir seinem Willen zuwiderhandeln, indem wir alles was er getan und uns gewesen ist, jede Faser seines Lebensganges, seines Wirkens wiederholen.

Aber ganz läßt sich treue Anhänglichkeit nicht zurückdrängen. Das wenigstens wollen wir aussprechen, daß ein Mann von uns gegangen. . . .

Ein Mann, nehmt alles nur in allem, ein Mann, der unser war.

Mehr sage ich nicht. Wenn er die prunkvolle Feier, den Nachruf ablehnt, so bedeutet er uns damit, daß wir den mühereichen Pfad der Arbeit ohne Aufenthalt weiter gehen sollen, den er selbst im Dienste der Stadt gewandelt ist.

Das wollen wir in seinem Sinne tun.

Wir rufen ihm nicht nach, aber wir handeln ihm nach und wir gedenken seiner in unwandelbarer Treue fort und fort."

Im Rathause und bei der Familie Kirschner sind zahlreiche Beileidskundgebungen eingegangen, so von allen Vororten Berlins, vom Kaiser, von Reichs- und Staatsbehörden.

Kirschner wird in aller Stille, wie er es gewünscht hat, in seinem Erbbegräbnis in Friedrichsfelde, das er sich vor vielen Jahren kaufte, beigesetzt werden.

Im Streit erschossen wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 2 Uhr der 38jährige Gummireifenhändler Hermann Heintze, Brandenburgische Straße 7 in Wilmersdorf, von dem ebenfalls dort wohnenden 30jährigen Architekten G. Geyer.

Der Erschossene war in der Gastwirtschaft von Karl Butz mit dem Architekten in Streit geraten, der sich auf der Straße fortsetzte. Als die Gäste, darunter auch der später erschossene Heintze, auf den Architekten eindrangen, drohte dieser mit dem Revolver. Drei von den Gästen ließen nun von dem Architekten ab, während H. den Geyer weiter verfolgte, worauf dieser angeblich in der Notwehr schoß. Von fünf Kugeln getroffen, sank Heintze zu Boden. Nun fielen die übrigen Gäste über den Architekten her und entwaffneten ihn. Die alarmierte Feuerwehr erschien und brachte den H. sofort nach der Rettungswache. Hilfe war aber vergebens. Schon auf dem Transport gab er seinen Geist auf. Der Architekt Geyer wurde verhaftet, aber nach Feststellung des Sachverhalts und da kein Fluchtverdacht vorlag, entlassen.

Ein Leichenfund, den man im Humboldthafen machte, bedarf dringend der Aufklärung. Dort landete man vor dem Hause Alexanderufer 5 die Leiche eines Mannes, in der später der 44 Jahre Schriftsetzer Wilhelm Lehmann aus der Uhlandstr. 40 aus Niederschönhausen erkannt wurde. Nach Angaben der Angehörigen des Toten ist sowohl ein Selbstmord des Mannes wie auch ein Unglücksfall ausgeschlossen. Er lebte mit seiner Familie sehr glücklich und hatte eine gutbezahlte Stellung inne. Als er sich am Sonnabendabend von seiner Arbeitsstelle entfernte, suchte er zuerst seine Schwägerin in der Invalidenstraße auf und blieb dort bis um 9 Uhr, um dann, wie er sagte, sich nach seiner Wohnung in Niederschönhausen zu begeben. Sonderbar ist aber, daß von seinem Gelde beim Auffinden der Leiche nur noch 14 Pf. vorgefunden wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß L. beraubt und dann ins Wasser gestoßen worden ist.

Wegen Kindesmordes wurde von der Kriminalpolizei die 19 Jahre alte Verkäuferin Charlotte Knispel aus der Ohmstraße 3 festgenommen. Das Mädchen, das seit längerer Zeit keine Stellung mehr hatte, wohnte seit dem 1. d. M. bei dem Kaufmann Goldbach in Schlafstelle. Als Frau G. ihr Zimmer in Ordnung bringen wollte, fand sie darin die Leiche eines neugeborenen Knaben, der, wie Würgemale am Halse deutlich erkennen lassen, gleich nach der Geburt getötet worden war. Sie übergab den Fund der Polizei, die die kleine Leiche nach dem Schauhause bringen ließ und die Mutter alsbald festnahm.

Ein Straßenbahnunfall, bei dem drei Personen Verletzungen davontrugen, ereignete sich Sonntag nachmittag kurz nach 1 Uhr an der Ecke der Alsen- und Fürst-Bismarck-Straße. Dort stieß eine Automobildroschke mit einem Straßenbahnwagen der Linie 23 zusammen, wobei mehrere Scheiben in Trümmer gingen. Von den Fahrgästen erlitten zwei Herren und eine Dame Schnittwunden im Gesicht und an den Händen. Das Automobil wurde stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

Zu dem Unfall auf dem Neubau der Firma Tietz, über den wir am Sonntag berichteten, wird uns von der Mutter des verunglückten Stukkateurs Schönfeld mitgeteilt, daß ihr Sohn eine schwere Kopfverletzung davongetragen habe, aber seine Verletzungen nicht lebensgefährlich sind. Seine Kameraden hatten den Schwerverletzten irrtümlicherweise schon für tot gehalten.

Dachstuhlbrand im Osten Berlins. Sonntag früh gegen 2 Uhr kam in der Hausburgstraße 12, Ecke Kochhannstraße, gegenüber vom städtischen Vieh- und Schlachthof, ein großer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Als die Feuerwehr mit den Zügen 7 und 20 anrückte, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon in halber Ausdehnung in Flammen. Der leitende Brandmeister ließ sofort zwei mechanische Leitern errichten und mit drei Schlauchleitungen Wasser geben. Nach halbstündiger Löschtätigkeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Der Dachstuhl ist größtenteils vernichtet worden. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist noch nichts Bestimmtes ermittelt.

Zirkus Schumann ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat am Sonnabend seine erste Vorstellung gegeben. Das Programm zeigt das Unternehmen in zirzensischer Beziehung auf voller Höhe stehend. Das gilt besonders von der Vorführung des Schulpferdes „Dünkelberg" durch Direktor Schumann. Großen Wert legt die Direktion auf gute Pferdedressur, die von Ernst Schumann in einem hübschen Sportakt und von Herrn Bono mit seinen 6 Ungarn, 6 Doppelponies, 6 Shettlandponies und 6 schwarzen Pudeln aufgezeigt wurde. Wirksam ergänzt wurden diese Vorführungen durch die 10 Martanis in einem russischen Troika-Reiter-Akt, durch den überraschend geschickten Tscherkessenreiter Gudzow, und durch das Auftreten der beiden Clowns, die auch den Humor zu seinem Recht kommen lassen.

Der „Clou", das bekannte Konzerthaus in der Mauerstraße, eröffnet Sonnabend, den 21. September, abends 8 Uhr, die Wintersaison. Den musikalischen Teil des ersten Abends werden bestreiten das Udel-Quartett unter Führung seines Begründers, des Altmeisters des Quartettgesanges, Professor Udel aus Wien. Ferner wird sich dem musikalischen Berlin Franz von Blon, der Komponist und Dirigent, mit dem neubegründeten Berliner Konzerthausorchester vorstellen.

Die Arbeiter-Bildungsschule sucht neben den sehr empfehlenswerten Unterrichtskursen über die verschiedensten Gebiete, die bereits am 1. Oktober wieder beginnen, auch der Geselligkeit zu dienen. Ihre Sonntagsveranstaltungen dienen der Belehrung, Unterhaltung und der Geselligkeit und erfreuen sich bei den Mitgliedern immer größerer Beliebtheit. Das konnte man am Sonntag wieder beobachten, der uns nach den Arminhallen in der Kommandantenstraße führte. Der große Saal der Arminhallen war so überfüllt, daß die Räumlichkeiten sich als viel zu klein erwiesen. In drangvoll fürchterlicher Enge folgte das Publikum den Lichtbildervorträgen des Herrn Otto Roth. Entsprach auch der über den Heiligen Antonius von Padua von Wilhelm Busch nicht allen Erwartungen, so kam der Humor bei Vorführung der Berliner Denkmäler mehr zu seinem Recht und erheiterte das Publikum in der denkbar besten Weise.

Zeugen gesucht! Fahrgäste, welche am 1. September 1912, nachts 1 Uhr 45 Min., ab Landsberger Platz, Richtung Biehhof, den Vorderperron der Linie 65 benutzt und dem Auftritt zwischen einem Fahrgast und Aufsichtsbeamten der Straßenbahn beigewohnt haben, werden höflichst gebeten, ihre Adressen an Otto Ortmann, Engelufer 14/15 II, Zimmer 42, anzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Die diesjährige Wählerliste

bringt eine bedeutende Beschränkung der Rechte der niederen Steuerzahler mit sich. Die Abgrenzung der diesjährigen Wählerliste kommt in folgenden Zahlen zum Ausdrucke. Es enthält die

I. Abt.	806 Wähler,	die 1 537 652,50 M. Steuern aufbringen,	
die II. „	8096 „	„ 1 536 985,41 „	„ „
„ III. „	36550 „	„ 1 536 868,96 „	„ „

Somit beträgt die Gesamtwählerzahl 44 952 und die Gesamtsteuersumme 4 611 506,87 M.

Der niedrigste Wähler der I. Abteilung zahlt 1218,56 M. Steuern, das Wahlrecht in der II. Abteilung ist an einen Steuersatz von 72 M. geknüpft. Die Wählerliste des vorigen Jahres bot ein wesentlich günstigeres Bild.

Es wählten

				mit einem Steuerbetrag von
528 Wähler	= 1,19 Proz.	. . .	1 318 317 M.	in der I. Abt.
8 864 „	= 19,98 „	. . .	1 318 134 „	„ II. „
34 928 „	= 78,82 „	. . .	1 318 057 „	„ III. „
44 320			3 954 508 M.	

Das Wahlrecht in der I. Abteilung war im vorigen Jahr an den Steuersatz von 815,40 M. gebunden, in der II. Abteilung an 72 M.

Während im vorigen Jahr von den 72 M. Steuerzahlern 2045 in der II. Abteilung und nur 352 in der III. Abteilung wählten, wählten in diesem Jahre 91 Wähler in der II. Abteilung und 2790 in der III. Abteilung.

Die diesjährige Verschlechterung der Liste hat drei Ursachen.

Zunächst das schärfere Anziehen der Steuerschraube, wodurch sich ja das gesamte Steuersoll erhöht, ferner die Erhöhung der Gewerbesteuer, und drittens eine Bestimmung der Städteordnung § 8, wonach alle diejenigen Forensen Stimmrecht haben, die mehr Staats- und Gemeindeeinkommensteuer zahlen, als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner.

Diese Grenze hat sich jetzt durch den Wegzug eines der reichsten Steuerzahler verschoben.

Während bisher nur diejenigen Forensen Wahlrecht hatten, die mehr als 27 000 M. Steuern zahlen, haben jetzt alle Forensen Wahlrecht, welche mehr wie 13 000 M. Steuern entrichten. Dadurch sind fünf Forensen mit einem Steuerbetrage von zirka 72 000 M. in die Wählerliste der ersten Abteilung gekommen.

Allein durch diesen Umstand hat jede Abteilung je 24 000 M. Steuern mehr aufzubringen.

Da nun aber die Steuern in Wirklichkeit von der ersten Abteilung gezahlt werden, sie jedoch nur mit einem Drittel der Summe belastet hat, so werden soviel Wähler der ersten Abteilung, als die übrigen zwei Drittel, also 48 000 M. zahlen, in die zweite Abteilung, und da diese ebenfalls nur 24 000 M. aufzubringen hat, das letzte Drittel auf die dritte Abteilung abgeschoben. Diese verrückte Bestimmung der Städteordnung würde es bei ganz gleichbleibenden Steuerverhältnissen gegen das Vorjahr allein bewirken, daß zirka 700 Wähler mit einem Steuersatz von 72 M. aus der zweiten in die dritte Abteilung hinüberkämen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagmorgen gegen 8½ Uhr am Hermannplatz. Der 21jährige Paul Rühlke wollte den Hinterperron des Motorwagens 3108 der Linie 47 während der Fahrt besteigen, kam jedoch zu Fall und geriet unter den Vorderperron des Anhängewagens. Da der Zug erst nach einigen Sekunden zum Stehen gebracht werden konnte, kam der Verunglückte unter den Schutzrahmen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und R., der das Bewußtsein verloren hatte, hervorgezogen. Man schaffte den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Urban, wo er jedoch bei seiner Aufnahme infolge der erlittenen inneren Verletzungen verstarb.

Wilmersdorf-Halensee.

Ein fortschrittlich-antisemitisches Wahlkartell.

Im bürgerlichen Kommunalleben von Wilmersdorf scheint sich eine beachtenswerte Entwicklung anzubahnen. Bei den im November d. J. stattfindenden Kommunalwahlen sind rund die Hälfte der von 48 auf 60 vermehrten Stadtverordneten neu zu wählen, und in der Hand der Bevölkerung liegt es daher, der Stadtverordneten-

versammlung ein beträchtlich verändertes Bild zu geben. Daß eine derartige Aenderung vonnöten ist, sollte zweifellos erscheinen. Von den 48 Stadtverordneten, die die Kommunalverwaltung zurzeit noch zählt, umfaßt die unter konservativer Leitung stehende „Freie Fraktion" nicht weniger als 38; der Rest setzt sich aus Freisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten zusammen. Die ungesunden Zustände, die sich überall in parlamentarischen Körperschaften zeigen, in denen die Opposition der Zahl nach zur Belanglosigkeit herabgedrückt ist, treten in Wilmersdorf besonders grell hervor. Die Entscheidung über alle wichtigen Angelegenheiten fällt nicht im Plenum, sondern in der geschlossenen Sitzung der großen Fraktion. Das Walten des Magistrats ist völlig vom Befinden der Fraktion abhängig; und wie es um dies Befinden steht, weiß man. In den Angelegenheiten der Sozialpolitik gibt oft genug der nationalliberale Scharfmacher Dr. Leidig den Ton an; und in allen das Interesse der Groß-Berliner Gesamtheit berührenden Fragen sieht man geflissentlich nicht über das Weichbild von Wilmersdorf hinaus und setzt sich, wie dies noch in der Frage des einheitlichen Kommunalsteuerzuschlags geschah, im kurzsichtigen Egoismus in Widerstreit mit der übrigen Groß-Berliner Bevölkerung. Diese gemeingefährliche Kurzsichtigkeit ist von den beiden Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit verurteilt worden; desgleichen erinnern wir uns, daß früher zuweilen auch ein Freisinniger mit einem scharfen Protest hervortrat. Man entledigte sich dann der unbequemen Mahner durch Annahme der in solchen Fällen automatisch gestellten Schlußanträge. Dies Gebaren der Mehrheit hätte mit einiger Geschicklichkeit auch von der bürgerlichen Opposition um so vorteilhafter ausgenutzt werden können, als diese Mehrheit u. a. in der Wohnungsfrage durch systematische Begünstigung des Baues großer Wohnungen eine Politik verfolgte, die auch unter den Grundbesitzern scharfen Widerspruch hervorrief. Kurzum, bei einigem Eifer und gutem Willen wäre es den Fortschrittlern möglich gewesen, der Mehrheitsfraktion gerade in der ersten und zweiten Wählerabteilung manches Mandat abzujagen und so deren Einfluß ganz beträchtlich herabzumindern. Es kam noch hinzu, daß allerhand persönliche Reibereien unter den Konservativen, von denen wir in Nr. 212 einiges berichteten, die Stoßkraft der großen Fraktion schwächten.

Statt nun zum Nutzen der gesamten Bürgerschaft die günstige Gelegenheit auszunutzen, wissen die Fortschrittler allem Anschein nach nichts anderes zu beginnen, als sich mit Haut und Haar den Konservativen zu verkaufen. Dieselben Herren, die vor zwei Jahren noch, wenn auch vergeblich, bei der Sozialdemokratie wegen eines Zusammengehens anklopften, sind jetzt bereit, sich auf Gnade und Ungnade den Herren Leidig und Dröse zu überantworten. Und zwar unter Bedingungen, die man nicht anders als erniedrigend nennen kann. Da erscheint am Ort ein Lokalblatt, das in seinem politischen Teil antisemitisch-alldeutsch und selbstverständlich auch streng arbeiterfeindlich redigiert ist. Gerade der Redakteur und Verleger dieses Blattes wird nun den zum guten Teil jüdischen Anhängern der fortschrittlichen Volkspartei als Kandidat dargeboten; und die Fortschrittler zeigen denn auch Selbstentäußerung genug, den Antisemiten in die Stadtverordnetenversammlung zu befördern. Frägt man nach dem Grunde einer solchen Handlung, so erhält man die Antwort, daß die Furcht bestehe, im nächsten Wahlkampf völlig von der großen Fraktion beiseite geschoben zu werden. Daher gebiete die Not, sich an die Konservativen anzuschmiegen und so die bestehenden Mandate zu retten. Einem Liberalismus, der unter den geschilderten günstigen Umständen so wenig seiner Werbekraft vertraut, ist allerdings nicht zu helfen. Um so notwendiger ist bei dieser Sachlage eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Wilmersdorfer Stadtparlament.

Schöneberg.

Die Erfolge des städtischen Seefischverkaufs in Schöneberg treten jetzt, nachdem der Betrieb fast ein Jahr lang geführt ist, deutlich in die Erscheinung. Schöneberg hat den Seefisch-Ein- und Verkauf bekanntlich als einzige Gemeinde in Groß-Berlin in eigene Regie genommen. Die Fische werden auf Rechnung der Stadt in einem Nordseehafen gekauft und in einem Feurigstraße 4 belegenen Laden durch städtisches Personal verkauft. Die Seefischhalle ist alle Wochentage hindurch von morgens 8—1 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr geöffnet, Donnerstags den ganzen Tag. Auch die Sommermonate hindurch ist der Betrieb voll aufrecht erhalten worden. Das Ergebnis des ersten Betriebsjahres zeigt, daß nicht nur sämtliche laufenden Unkosten, wie Gehälter, Löhne, Beleuchtung, Eis, Reklamekosten usw. haben gedeckt werden können, sondern daß sogar ein Ueberschuß in voller Höhe des Anlagekapitals erzielt worden ist. Der Umsatz an frischen Seefischen betrug insgesamt rund 2100 Zentner im Werte von 53 590 M. bei einer Kundenzahl von 99 255 im Jahr, das sind im Durchschnitt monatlich 210 Zentner im Werte von 5359 M. bei einer Kundenzahl von 9923. Trotz der guten Qualität konnten die Preise fast stets wesentlich unter den in sonstigen Verkaufsstellen in Groß-Berlin geforderten Preisen gehalten werden.

Charlottenburg.

Gärtnerische Schmuckanlagen im Krankenhaus Westend. Im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Leichtkrankenhäuser auf dem Krankenhausgrundstück in Westend, die am 1. Oktober dieses Jahres ihrer Bestimmung übergeben werden sollen, wird der westliche Teil des Geländes nördlich der großen Futtermauer reguliert und mit Gartenanlagen versehen werden. Es entstehen danach vier in sich abgerundete Gärten, in denen zahlreiche schattige Sitzgelegenheiten Platz finden.

Zur Abrundung des städtischen Grundbesitzes will die Stadt Charlottenburg die für Eisenbahnzwecke entbehrlichen, auf den sogenannten Dahlemer Wiesen belegenen Rampenflächen der ehemaligen Berlin-Hamburger Eisenbahn ankaufen. Die zu erwerbenden Flächen bestehen aus 4 Parzellen in einer Gesamtgröße von 239 Quadratmeter, der Kaufpreis für 1 Quadratmeter beträgt 9,50 Mark.

Zu dem am Donnerstag, den 19. September, abends 8½ Uhr, Volkshaus, Rosinenstraße 3, in der Sitzung der Gewerkschaftskommission stattfindenden Vortrag des Genossen Wissel über „Entwickelungstendenzen der modernen Technik" haben sämtliche Vertrauensleute und Funktionäre Zutritt. Der Ausschuß ersucht um zahlreiches Erscheinen.

Der Gesangverein „Charlottenburger Liedertafel" (M. d. A.-S.-B.) veranstaltet am Sonnabend, den 21. September, abends punkt 9 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3, anläßlich seines Stiftungsfestes einen Liederabend unter Mitwirkung von zwei Solisten. Eintritt 30 Pf. Da der Verein auch die Veranstaltungen der Partei usw. unterstützt, so ist der Besuch den Parteigenossen zu empfehlen.

Ober-Schöneweide.

Die heut nachmittag 5 Uhr in der Schulaula, Frischenstraße, tagende Gemeindevertretersitzung wird sich mit dem Antrag der sozialdemokratischen Vertreter auf Ausschließung der Gemeindevertreter und Schöffen von Gemeindearbeiten sowie eines solchen auf Absendung einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag betreffend Teuerungsmaßnahmen und Ergreifen von Maßregeln zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln befassen. Der Zutritt zu der Sitzung steht allen männlichen großjährigen Gemeindeangehörigen frei.

Gegen die Schundliteratur. Im hiesigen Orte ist im Jugendheim, Klarastraße 2, eine Ausgabestelle von Schriften eingerichtet, wie sie bereits in Berlin und vielen seiner Vororte besteht. Die Verleihung und Abgabe der Bücher findet dort Mittwochs und Freitags, abends von 8 bis 9½ Uhr, statt. Es wäre erwünscht, wenn von dieser außerordentlich guten Einrichtung ein recht ausgiebiger Gebrauch gemacht würde, um so der verderblichen Wirkung des Lesens schlechter Schriften wirksam begegnen zu können.

Groß-Lichterfelde.

Der herrschende Teuerungsnotstand wird am besten illustriert durch den kolossalen Andrang bei den öffentlichen Fischverkaufsstellen, die von der Gemeinde seit vorigem Jahre eingeführt worden sind. Die Zahl der Verkaufsstellen, je eine im Osten und im Westen des Ortes, ist eine zu geringe, das Quantum der eingeführten Seefische ungenügend. Innerhalb ganz kurzer Zeit sind sämtliche Vorräte vergriffen und ein großer Teil Käufer muß leider unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Soll die Einrichtung wirklich ihren Zweck erfüllen und der ungeheuren Notlage der minderbemittelten Bevölkerung auch einigermaßen gesteuert werden, dann muß die Gemeindeverwaltung schleunigst eine Vermehrung der Verkaufsstellen vornehmen und für den Einkauf eines weit größeren Quantums von Seefischen Sorge tragen. Die Art und Weise, wie die Gemeindeverwaltung der ganzen Frage der Beschaffung von billigen Nahrungsmitteln und der Frage der abnormen und ständigen Teuerung gegenübersteht, zeugt von einer beneidenswerten Sorglosigkeit. Während die meisten Gemeinden im Umkreise Stellung in der fraglichen Angelegenheit genommen haben, sei es durch Petitionen an die zuständigen Reichsstellen, sei es durch sonstige tatkräftige Maßnahmen, findet man von alledem in Lichterfelde keine Spur; hier herrscht noch völlige Ferienstimmung. Die bedauerliche Tatsache, daß in der Gemeindevertretung immer noch das sozialdemokratische Element fehlt, kommt dem Bedürfnis nach Ruhe in der Gemeindeverwaltung allerdings erheblich zu statten. Die Arbeiterschaft wird jedoch in der nächsten Zeit Gelegenheit erhalten, wiederum den Kampf um den ihr gebührenden Einfluß auf dem Rathaus zu führen.

Der im I. Bezirk (Osten) gewählte Gemeindeverordnete Schmiedemeister Thiel ist verzogen; es muß daher in diesem Bezirk eine Neuwahl stattfinden. Die Parteigenossen werden gut tun, die Agitation beizeiten in geeigneter und intensiver Weise in die Wege zu leiten, alle Kräfte in den Dienst des Wahlkampfes zu stellen, um endlich auch einmal in Lichterfelde den Einzug des ersten sozialdemokratischen Gemeindevertreters ins Rathaus herbeizuführen.

Wannsee.

In der Wahlvereinsversammlung erstatteten die Delegierten zunächst die Berichte von der Kreisgeneralversammlung und der Verbandsgeneralversammlung. In der Diskussion wurde es mit besonderer Genugtuung begrüßt, daß die Verbandsgeneralversammlung künftig schon um 9 Uhr statt wie bisher um 12 Uhr beginnen soll. Man sprach sich weiter dafür aus, daß versucht werden müsse, auf der nächsten Generalversammlung einen Antrag auf Herabsetzung der Zahl der Delegierten zur Annahme zu bringen. Am kommenden Sonnabend soll im „Fürstenhof" eine öffentliche Versammlung stattfinden, die sich mit der Fleischnot beschäftigen und in welcher eine Genossin referieren soll. Geplant ist ferner am Totensonntag die Abhaltung eines Volkslieder- und Balladenabends.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretung. Für das Rechnungsjahr 1911 waren einzelne Positionen im Betrage von 5120 M. überschritten worden. Die Summe wurde nachbewilligt. Die Ortssatzung über die „Reisekosten der Gemeindebeamten" soll auf einen Antrag der 2. Abteilung eine Aenderung erfahren. Die Angelegenheit wurde der Etatkommission überwiesen. Eine lebhafte Debatte setzte beim Punkt „Darlehnsangelegenheiten" ein. Es handelt sich um die Bereitstellung der bereits in der vorigen Sitzung bewilligten 25000 M. für die Errichtung der Versuchsanstalt für Luftfahrt. In der Sitzung vom 1. August wurde beschlossen, noch über drei Punkte Aufklärung einzuholen. Es sollte festgestellt werden: der Name der Anstalt, die Größenverhältnisse und ob die sonst von der Gemeindevertretung gestellten Bedingungen erfüllt seien. Alle Fragen waren befriedigend beantwortet worden. Nunmehr wurde beschlossen, die Summe dem Verein für Luftschiffahrt zu übermitteln. Eine Verfügung des Amtsvorstehers, nach welcher Kellerwohnungen und Hinterhäuser bei Neubauten nicht mehr gebaut werden dürfen, wurde einer Kommission überwiesen. Der Antrag unserer Genossen, Errichtung eines Freibades, wurde nach eingehender Begründung des Genossen Büttner der Badekommission überwiesen. Der Antrag des Genossen auf „Beseitigung der Lebensmittelteuerung" wurde von diesem dahin erweitert, nicht nur den Verkauf von Seefischen, sondern auch von Kartoffeln und billigem Fleisch unverzüglich in die Wege zu leiten. Nach einer Begründung durch den Genossen Zabel und einer regen Diskussion wurde gegen eine Stimmenthaltung beschlossen, die Angelegenheit der Teuerungskommission zur weiteren Erledigung zu übertragen. Diese soll sich zur Beschaffung von billigem Fleisch sofort an die am Orte befindlichen Fleischer wenden, wenn diese kein Entgegenkommen zeigen, an Köpenick oder andere Städte herantreten zwecks gemeinsamen Vorgehens in dieser Frage. Eine lange Debatte zeitigte die Interpellation unserer Genossen betreffend „die Sicherheit des Ortes". Durch die bei der Firma Jürst u. Comp. beschäftigten Streikbrecher sind drei Adlershofer Bürger schwer mißhandelt und zwei erheblich verletzt worden. Ferner wurde Leben und Gesundheit der Bevölkerung durch abgegebene Revolverschüsse schwer bedroht. Genosse Zabel begründete die Interpellation und rügte, daß es der Polizei am Orte anscheinend noch nicht gelungen sei, die Täter zu fassen; dagegen seien des Streikpostenstehens beschuldigte Streikende bereits vor die Schranken des Gerichtes geladen. Redner empfahl die einmütige Annahme einer Resolution, in welcher die Gemeindevertretung ihr Bedauern über die vorgekommenen Ausschreitungen aussprach. Es wurde ferner in der Resolution verlangt, daß der Amtsvorsteher anordnet, daß das Grundstück auch des Nachts unter größere polizeiliche Kontrolle gestellt wird; den Arbeitswilligen alle Schutz- oder sonstige Waffen abgenommen werden und die die Sicherheit des Ortes aufs äußerste gefährdende Elemente nur nach vorheriger Kontrolle ausgehen dürfen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner des gegnerischen Lagers gegen die Resolution aus. Einem erschien die Forderung, den Streikbrechern die Waffen abzunehmen, als ein Eingriff in die persönliche Freiheit (!), ein anderer wollte der Polizei keinen Vorwurf machen, daß es ihr bisher nicht gelungen sei die Raufbolde und Revolverhelden zu fassen, und der Schöffe Müller erklärte, nicht dafür stimmen zu können, da ja noch nicht feststehe, ob auch nicht von anderer Seite geschossen und dadurch die „harmlosen" Arbeitswilligen gereizt worden seien. — Es war daher kein Wunder, daß die Resolution mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt wurde. Ein Antrag des Herrn Dr. Saling, beim Amtsvorsteher anzufragen, was in der ganzen Sache von der Polizei geschehen sei, wurde dann einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger weniger wichtigen Angelegenheiten wurde um ¾12 Uhr die öffentliche Sitzung geschlossen.

Ein größerer Dachstuhlbrand beschäftigte am Sonntag die hiesige freiwillige Feuerwehr. Abends gegen ¾8 Uhr kam im Hause Arndtstraße 7b Feuer zum Ausbruch, das sich bei dem herrschenden starken Winde außerordentlich schnell fast über das ganze Dach verbreitete. Der Wehr gelang es schließlich, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und einen Teil des Dachstuhls zu halten. Die Entstehungsursache des Feuers dürfte auf Brandstiftung zurückzuführen sein. Um den oder die Täter zu ermitteln, welche jetzt schon seit längerer Zeit in Adlershof zum Schrecken der Hausbesitzer und aller in den obersten Stockwerken wohnenden Mieter ihr unheimliches Wesen treiben, hat der Haus- und Grundbesitzerverein eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt.

Der dritte Vortragsabend des Lichtbilderkursus findet am Donnerstag, den 19. September, abends 8½ Uhr im Lokal von Berger, Bismarckstr. 10, statt. Genosse R. Woldt behandelt das Thema: Wanderungen durch deutsche Bergwerke. Die Arbeiterschaft wird ersucht, gerade diesen wichtigen Vortragsabend zu besuchen. Der Eintrittspreis für den Einzelvortrag beträgt 20 Pf., Jugendliche unter 18 Jahren 10 Pf., Arbeitslose frei.

Nieder-Schöneweide.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zunächst unser Genosse Wilhelm Ladendorf eingeführt. Nachdem die Vertretung die Beibehaltung der kommunalen Biersteuer mit 5 gegen 5 Stimmen beschlossen, gelangte die neue Bier- und Branntweinsteuerordnung zur Annahme. Die Verlegung des Standesamts und der Kanalisationsräume nach der Grünauer Straße 2/3 erfolgt im Oktober. Nunmehr begründete Genosse Bengsch folgende von unseren Genossen eingebrachten Anträge: 1. Die Gemeinde möge an den Bundesrat sowie an den Reichstag eine Eingabe richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: Die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperre für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes der Einfuhrscheine. 2. Gemeindliche Einrichtungen eventl. in Verbindung mit anderen Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu schaffen. In bezug auf den ersten Antrag wurde der Vorschlag des Gemeindevorstehers angenommen, der den Anschluß der Gemeinde an das Vorgehen Berlins und Schönebergs verlangt. Betreffs des zweiten Antrages will man sich mit der Nordsee-Fischerei-Gesellschaft in Verbindung setzen und außerdem Vorkehrungen zur Versorgung von weiteren Lebensmitteln treffen. Der Antrag Fricke auf Errichtung einer Unfallstation wurde vorläufig zurückgestellt, um erst mit dem Herrn Dr. Thomsen über die bestehende Einrichtung und ihren eventl. Ausbau zu sprechen.

Pankow-Niederschönhausen.

Ueber Zweck und Nutzen der Arbeiterjugendheime referiert heute, Dienstag, den 17. September, in einer öffentlichen Versammlung im „Pankgrafen", Schloßstraße 1, Stadtverordneter Wutzky-Neukölln. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Oranienburg.

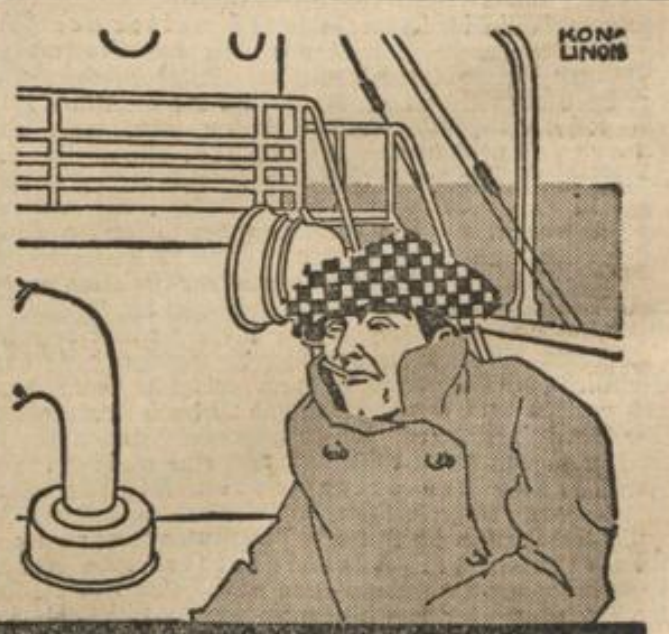
Ein schwerer Unfall hat sich am Sonnabendmorgen in Oranienburg ereignet. Als gegen 7 Uhr früh der 38jährige Arbeiter Bernhardt aus Sachsenhausen den Verschluß der Gasröhren prüfen wollte, gab eine sogenannte Spreize, die zum Absteifen der Schachtwände dient, der Schwere einiger darüber gelegten Bohlen nach und stürzte samt den Bohlen auf den Arbeiter. Erst nach geraumer Zeit gelang es einigen seiner Kollegen, die zur Hilfe herbeigeeilt waren, ihn aus seiner unglücklichen Lage zu befreien. B., der schwere Verletzungen davongetragen hatte, wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzte gebracht, auf dessen Anordnung er nach Anlegung eines Notverbandes einer Berliner Klinik zugeführt wurde.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 9 cm	seit 14. 9. cm[1])	Wasserstand	am 15. 9 cm	seit 14. 9. cm[1])
Memel, Tilsit	216	+6	Saale, Grochlitz	118	—10
Pregel, Insterburg	—21	—2	Havel, Spandau[2])	34	—4
Weichsel, Thorn	302	—6	„ Anthenow[2])	24	—2
Oder, Ratibor	190	+11	Spree, Spremberg[2])	94	+4
„ Krossen	190	—7	„ Beeskow	78	0
„ Frankfurt	194	—20	Weser, Münden	226	—8
Warthe, Schrimm	24	0	„ Minden	333	—27
„ Landsberg	—9	+1	Rhein, Maximiliansau	546	—6
Netze, Vordamm	—4	0	„ Kaub	408	—22
Elbe, Leitmeritz	60	—14	„ Köln	435	—23
„ Dresden	—58	—11	Neckar, Heilbronn	176	—23
„ Barby	238[2])	+8	Main, Hanau	233	—12
„ Magdeburg	188	+18	Mosel, Trier	130	—16

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) in der Nacht vom 14. zum 15. um 1½ Uhr höchster Wasserstand.



Moslem
feinste Qualitäts-Cigarette
Stück 3 ₰

Bei Darmkatarrh, Magenverstimmung Santa Lucia
Stärkungs-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00
Nachahmungen bitte zurückweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessen-Geschäften.

Oskar Wollburg

Berlin N, Brunnenstr. 56.

Herbst-Neuheiten

Kostüme
aus Tuch, Kammgarn u. engl. Stoffen. Feinste Verarbeitung.
19, 27, 38, 52 M.

Hochelegante **Pllüsch-, Velvet- u. Velours du Nord-Mäntel**
auch für starke Damen
32, 48, 66, 85 M.

Mäntel — Ulster
aus echt englischen Stoffen, fesche und aparte Form
9⁷⁵, 16, 24, 38 M.

Backfisch- u. Kinder-Ulster
Mäntel und Kostüme
in mod. Farben u. Stoffarten
4²⁵, 7, 16, 28 M.

Zur gefälligen Beachtung!

Meine in eigenen Werkstätten angefertigten Herbst- und Wintermodelle sind in der zur Zeit stattfindenden **Mode-Ausstellung der Bekleidungs-Industrie im Zoologischen Garten** bis zum 21. September zu besichtigen und stehen meiner werten Kundschaft Eintrittskarten **gratis** in **meinem Geschäftslokal, Brunnenstr. 56,** zur Verfügung.

Kios Cigaretten

Kurprinz 3 Pfg
Fürsten 4 „
Welt-Macht 5 „
Auto-Klub 6 „
Aero-Klub 10 „

Kleine Berliner
Stück 2 Pf.

Ziehung unwiderruflich 24. und 25. September in Bonn.

Erste Pferde-**Rheinische Lotterie**

Lose à 1 Mk. 11 Lose für 10 Mk. Porto und Liste 30 Pf. extra.

5717 Gewinne. Gesamtwert Mark

80 000
darunter 40 Pferde Wert Mark
50 000
und 5672 Gewinne Wert Mark
30 000
Erster Hauptgewinn Wert Mark
10 000

Lose in Lotteriegeschäften, Losverkaufsstellen u. durch Bankgeschäft

Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestraße 8.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Pelzwaren

Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelzen, Kindergarnituren usw.

Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch **Einzelverkauf** zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.

F. Kalman,
Kürschnermstr.
nur Kommandantenstr. **15, I. Et.,** b. d. Beuthstr.
Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1894.

Hackepeter!

Hauptstr. 139 **Schöneberg** Hauptstr. 139

Neu eröffnet! 241b*

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 17. Sept. 1912.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Bajazzi.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Montis Operetten. Goldner Leichtsinn.
Zirkus Albert Schumann. Große Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Aufs Matterhorn.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.
Lessing. Die Weber.
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Berliner. Große Rosinen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Schiller O. Die Lokalbahn. Die Medaille.
Schiller Charlottenburg. Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Residenz. Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Antoliefchen.
Luisen. Der Walzerkönig.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Casino. Der Großfürst.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.
Anfang 8½ Uhr.
Lustspielhaus. So 'n Windhund.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Zapfenstreich.
Walhalla. Nur nicht drängeln.
Folies Caprice. Der keusche Joseph. Der Rehbock.
Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Lore. Die Spieler.
Anfang 10 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Montis Operetten-Theater
(früher **Neues Theater**)
Abends 8 Uhr:
Goldner Leichtsinn.

Deutsches Schauspielhaus
(Komische Oper).
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Egmont.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. — Die Medaille.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus.
Der grüne Kakadu.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop.
Die Schule der Frauen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop.
Die Schule der Frauen.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nachruhm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Talisman.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
Morgen und folgende Tage:
Der Herr von Nr. 19.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8½ Uhr.
Zapfenstreich.
Mittwoch: Die goldene Eva.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Ein nie dagewesener Erfolg!
Nathal und Palma
? Mensch oder Affe ?
M. Vega Trio
der Gipfel der Komik.
Wunderpapagei **Lora**
und 8 weitere Novitäten.

Metropol-Theater.
Wegen Vorbereitung zur neuen Jahresrevue bis inkl. Freitag, den 20. September:
Geschlossen!
Sonnabend, abends ½8 Uhr:
Premiere!

Neue Welt
Arnold Scholz. — Hasenheide 105—114.
Heute Dienstag, den 17. September 1912:
Voigt-Theater früher Bernhard-Rose-Theater
Unser Doktor.
Volksstück mit Gesang in vier Akten von Treptow und Herrmann.
I. Parkett 75 Pf., II. Parkett 60 Pf., Balkon 50 Pf., Entree 40 Pf.
Im Abonnement: I. Parkett 60 Pf., II. Parkett 50 Pf., Balkon 40 Pf.

Andreasstraße 64 **Concordia-Festsäle** Andreasstraße 64
Inh. M. Wendt u. A. Schütze.
Donnerstag, den 19. September 1912:
Eröffnungs-Soiree der allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Anfang 8 Uhr. Vorzugsk. haben Gültigkeit. Entree 30 Pf.
Nach der Soiree: Frei-Tanz.
Sonntag, den 22. September 1912:
1. Militär-Streichkonzert ausgeführt von der Kapelle der Garde-Pioniere unter Leitung des Obermusikmeisters R. Kühle und große Extra-Soiree der **Hoffmanns Sänger.**
Anfang des Konzerts 6 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 Uhr.
Im oberen Saale von 5 Uhr an: Großer Ball.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.)

Folies Caprice.
Täglich 8½ Uhr:
Die Novitäten:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr
Gastspiel der sieben Spaßmacher
„Da tut sich was."
Große Metroparodie-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von Schmelius Feind, Musik von Victus Limburger, in Szene gesetzt von Direktor Ricardo Shoulisez.
Jean Pedro, Fratzi Massiovy, Laatsch Messing, Pepi Papipi, Kohn Erzbishop, Luido Quiotschor.
Pfeifen überall gestattet!

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Vom 1. bis 16. September:
Das glanzvolle Spezialitäten-Programm und „Amor", Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
5 Säle für 80-400 Personen und 2 Kegelbahnen zu vergeben.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Theater:
8 Uhr: Dr. Mühlstaedt-Leipzig:
Aufs Matterhorn.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahr. die Hälfte.

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Der Walzerkönig.

Voigt-Theater.
Heute: Gastspiel in der „Neuen Welt", Hasenheide 108—114.
Unser Doktor.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von L. Treptow.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Residenz-Lichtspiele.
Heute neues Programm.
Hauptschlager:
Bruder und Schwester.
Dramatisches Lebensbild in 3 Akten.
Inhaber dieser Annonce hat in dieser Woche im obigen Theater **freien Eintritt.**

Zirkus Alb. Schumann
Heute Dienstag, abds. 7½ Uhr:
IV. Große Gala-Vorstellung
mit einem für Berlin vollständig neuem Riesen-Weltstadtprogramm.
Besonders hervorzuheben:
10 Martonis, russischer Troika-Akt.
Champagner-Schule auf dem Schulpferd „Dünkelberg"; dressiert und geritten von Direktor Schumann.
Willy Manus mit seinem Zugpferd „Goliath". 2000 Pfund schwer, in der hohen Schule geritten und weitere 15 Attraktionen.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. „Die Brieftasche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.

Die Macht der Töne.
Burleske v. Meysel.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verkäufe.

Drehrollen, Molkereiartikel, Buttermaschinen, Wiegeschalen. Krigar u. Ihssen, Waßmannstraße 29. 2096R

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichinger Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 150, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2103R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897R*

Littauer-Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Turmstraße 39, Beusselstraße 45. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maxstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheit. Teppich-Thomas 2107R

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig

Plüschdecken mit Stickfehlern für halben Wert

Steppdecken, im Schaufenster gelitten, jeden Preises

Portieren, Plüsch, Leinen, Restbestände spottbillig

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, fabelhaft billig

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenthalerstraße 54.

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Gasarme 2,40, Gaswandarme 1,50, staunend billig. — Vier Geschäfte — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenéstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 2008R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.25 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Künstlergardinen, Garnitur 3.85, 4.75, 5.95, 6.65 usw.

Leinen, Tuchportieren, Garnitur 2.85, 3.65, 4.95, 5.50, 6.75, 7.85 usw.

Plüschportieren. 5.65, 6.75, 7.85, 9.85 bis 30 Mark. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Steppdecken, Purpur 2.85, 3.75, 4.25, Simili, Seide 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75, 11.50.

Schlafdecken 0.95, 1.25, 1.65, 2.25, 2.85 bis 35 Mark.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75 usw.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern, in allen Farben, unglaublich unter Preis.

Diwandecken 3.75, 4.50, 5.45, 6.85, 8.50 bis 30 Mark.

Möbelstoff, Läufer, Linoleumreste fabelhaft billig. E. Weizenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2062R*

Trauringe, Gold 3,—. Werner, Uhrmacher, Pappelallee 3. 2126R*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Pommersche Betten. 2 Deckbetten, 2 Kissen, zweischläfig 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Ausstteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe, Prinzenstraße 34. *

4.25 Prachtbett, daunig, Bett, rotrosa gestreift, Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. *

Aussteuerbetten, ganzer Stand, 26,50, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. 2031R*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Milchgeschäfts-Einrichtungen! Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Eisschränke billigst. Spezialfabrik Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. 138/14*

Federbetten, Stand 11,00, zweischläfig 16,00, Plüschportieren, Steppdecken, Jackettanzüge, Plüschdecken, Schmucksachen, Wanduhren, spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstr. 19. *

Brennholz, Buche, Eiche, Erle, 10 Zentner 14 Mark, 5 Zentner 7,50. Kleingeschnittenes Anzündeholz 20 Sack 9,50, 10 Sack 5,—. Kiefernholz, in Holzstücke gespalten, Meter 11,50 liefert frei Keller inklusive Anfuhr Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 1—4. 2995*

Klappsportwagen billig Grenadierstraße 30 II. 142/20*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte, spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 65. *

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! Riesenauswahl! darunter wenig fehlerhafte Prachtstücke 5,50, 6,75, 10,50 bis 72,00. Vorleger, Läuferreste spottbillig nur in Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. Prachtkatalog gratis. *

4.00 Prachtbett, 8,50 daunig, Bett, große Laken 0,85, Damastbezüge 3,60, Steppdecken nur Andreasleihhaus Andreasstraße 38. *

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 14,25, mit schönen Inletten. 2129R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 26,00, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße 38. Fahrgeld vergütet.

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Fracks, Winterpaletots, Ulster und Winterjoppen, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. (Eckhaus Ritterstraße). *

Konfituren-Einrichtung zu verkaufen Carmen-Sylvastraße 161.

Zuglampen-Ausverkauf Wallnertheaterstraße 32. 342b

Milch sofort abzugeben. Specht. Putlitzstraße 2. 146/2*

Tadellose Nähmaschine, spottbillig. Bandeck, Neukölln, Fuldastraße 58 I.

Kinderwagen, nageinen, 20,00, Exerzierstraße 21 b II, Mitzschke.

Geschäftsverkäufe.

2 Geschäfte, gutgehend, Obst-, Gemüse-, Kartoffeln-, Heringe-, Holz- und Kohlengeschäft krankheitswegen billig verkäuflich Stargarderstraße 32.

Restaurant, gutgehend, sofort zu verkaufen Zimmerstraße 59. 2625*

Gedenktillation. Krankheitswegen verkaufe ich mein Geschäft, welches ich 13 Jahre im Besitz habe. Gute Existenz. Gegenüber der Güterauffahrt des Görlitzer Bahnhofes. Rudolf Pietsch, Lübbenerstraße 1 341b

Restaurant, gutes, reelles Geschäft, zu verkaufen. Große Brauereihöhe. Vermittler verbeten. Offerten „1240" befördert Rudolf Mosse, Prinzenstraße 41. 145/10

Material-, Obst-, Gemüsehandlung, existenzfähiges Geschäft, besondere Umstände, billig verkäuflich. Neukölln, Hermannstraße 110 II, Walter. †34

Obst-, Gemüsegeschäft, mit Feuerung, sofort billig verkäuflich. Stephanstraße 60. †80

Gute Bäckerei mit Filiale, 2000 Mark monatlicher Umsatz, zu verkaufen. Zu erfragen in der Vorwärtsspedition Neukölln, Siegfriedstraße 28/29. †118

Milchgeschäft. Münchenerstraße 19, Neukölln. 145/16

Möbel.

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Fossenerstraße 38, Ecke Guerickenstraße. 2901R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Küchenneurichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1944R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.)

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Möbelausverkauf. Wegen vollständiger Auflösung des Geschäfts Möbel und Polsterwaren sehr billig. Leser noch 5 Prozent Rabatt. Fruchtstraße 28 I. 2139R*

Möbelsuchende finden reiche Auswahl in kompletten Einrichtungen, als auch Ergänzungsmöbel zu wirklichen Fabrikpreisen bei Rudolf Möbius, Tischler-Innungsmeister, Ackerstr. 130.

Möbel kaufen Sie reell und billig direkt beim Fachmann. Teilzahlung gestattet. Lager: drei Etagen. Vorwärtsleser fünf Prozent. Oranienstraße 202. 2159R*

Möbel billig, Kleiderschrank 27, Vertiko 27, Sofa 28, Ausziehtisch 15, komplette Küche 45, Bettstelle, Matratzen 25, Kronen, Teppiche, Steinke, Kommandantenstraße 36. 2162R

Spottbillig kauft man Schränke, Vertikos, Bettstellen, Sofas, Spiegel usw., neu, auch gebrauchte, da Gelegenheitskäufe. Elsasserstraße 8 und Oranienstraße 37.

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Wirtschaftsmöbel. Zu ganz spottbilligen Preisen als Gelegenheitskauf sind wieder prachtvolle, sehr wertvolle Herrenzimmer, Salons, Speisezimmer, moderne Küchen, Wohnzimmer, Schlafzimmer in allen Holzarten, einzelne Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke 40, Spiegelschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Waschtoiletten, Kludsessel, Lederstühle, Sofas, Chaiselongue mit schöner Decke 22,50, Plüschgarnituren, Ausziehtische, Trumeaus 30,00 an, Bettstellen, Rohrstühle, Sofatische, Nähtische, Flurgarderoben, über 500 Prachtteppiche extra billig, Tischdecken, Steppdecken, Plüschportieren 7,50 an, Gaskronen, Gardinen, Erbstückstores 3,50 an, Tüllbettdecken, Chaiselonguedecken, Standuhren, Freischwinger 12,00, eine Partie Bilder mit Prachtrahmen sowie andere Gelegenheitskäufe in meinem bekannten großen Möbelspeicher, Andalten Bahnspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke. Gekaufte Möbel können unentgeltlich lagern. Otto Lidcke, Warenspeicher für Gelegenheitskäufe. Für Brautleute, Pensionate, Hotels extra billige Presse. 2058R*

Lennerts Möbel-Gelegenheitskäufe. Enorm große Auswahl in bürgerlichen Ein- bis Drei-Zimmereinrichtungen, ganz bedeutend unter regulärem Preise. Nur neue gediegene Möbel. Für Brautleute bedeutende Ersparnis. Ergänzungsmöbel jeder Art, Büfetts, Standuhren 70,—, Umbauen 65,—, Schreibtische 45,—, Sofas 45,—, Garnituren, Bettstellen, Trumeaus 33,—, Teppiche, Bilder, Klubsessel, Ledersofas, Kronen, Pianos usw. Die Möbel sind in 4 Etagen aufgestellt. Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 2044R*

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags geöffnet. 2066R*

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko, 28,—, Trumeau 45,—, Schreiber, Brunnenstraße 123. 2150R

Plüschsofas 40,00, Chaiselongue, Ausziehtisch, Trumeau, englische Bettstellen 20,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. †106*

Preisauszug der Möbelfirma Josef Kamerling u. Co., Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg, und Brückenstraße 6, Jannowitzbrücke, Ladeneingang. Geschnitzte Hutbodenschränke, Spiegelvertiko 38,00, Auszugsofa 36,00, Muschelschränke, Muschelvertiko 27,00, Kommoden, Spiegelspinden, 18,00, geschliffene Trumeau 29,00, Ausziehtisch 15,00, Zimmerstühle 2,90, Küchenschränke 23,00, Speisezimmerbüfetts 85,00, Schreibtische 32,00, Sofaumbaue 38,00, Spiegelschränke 45,00, englische Bettstellen, Muschel-Bettstellen mit Stahlmatratze 33,00, Ruhebetten 21,00. Durch Barmasseneinkäufe sind unsere Lager überfüllt, daher unsere Leistungsfähigkeit. 301b*

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube, Küche 200, 270—400, zwei Stuben, Küche 400-700, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950-1450. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter: Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muscheldoppelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfetts, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 2104R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 268,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,— 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 2057R*

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Kleiderspind, Vertiko 20,—, Bettstelle 12,—, Waschtuchtische 7,—, Küchen, Umbauten, Sofas, Büfetts 60,—, Schreibtische 22,—, Garnituren 65,—. Zurückgesetzte, verliehen gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung, Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 2101R*

Konkurrenzlos billig sind meine Preise, unerreicht groß ist meine Auswahl in gediegenen Herren-, Speise-, Schlafzimmern, Küchen. Kein Brautpaar versäume vor Kaufabschluß meine großartige Ausstellung zu besichtigen. Auch Sonntags geöffnet! Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 2053R

Möbel-Teilzahlung liefert Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbusertor auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags von 8—10 geöffnet. 2042R*

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl reell und billig liefert auf Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel billigst. 348b*

Hochelegantes Plüschsofa, Umbau, gute Nußbaumwirtschaft, billig Zornhorferstraße 4, Liese. 146/1

Wirtschaft, moderne blühschöne Stuben- und Kücheneinrichtung, noch neu, verkauft umzugshalber spottbillig Bauer, Waßmannstr. 13 I.

Wirtschaft, apartmodern, Prachtküche, verkäuflich. (Händler zwecklos!) Plüschsofa, Umbau, Büfett, Herrenschreibtisch, Ankleideschrank, Trumeau, Chaiselongue, Prachtwandbilder, Gaskrone. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. 145/16

Schleunigster Verkauf einer noch neuen Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, einige Wandbilder, sämtliche Wirtschaftsgegenstände, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

Kinderbettstelle, Klappsportwagen, Joachim, Frankfurter Allee 128, III.

Zwei Muschelbettstellen, sauber erhalten, Spiegelspind, Spiegel, Plüschsofa, verkauft Höfer, Dresdenerstraße 13/14, Hof links. 2167R

Plüschsofas, aufgearbeitete, Fiebig, Andreasstraße 12, Möbelteller. †43

Arbeiter-Wohnungs-Einrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Kein Abzahlungsgeschäft. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. *

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Schallplatten. Großer Posten verliehen gewesener, erstklassig, fast neu, von 0,50 an. Sprechmaschinen- und Schallplatten-Spezialhaus, Neue Königstraße 38. 2079R*

Pianino, schwarz, wie neu, noch mit Garantie, sofort allerbilligst. Menzel, Warschauerstraße 58 I, Vorderhaus. 2168R*

Prachtpianino, neuerbautes (Oststrina) 130 hoch, 200,—. Händler zwecklos! Krüger, Friedenstraße 2 (Königstor). 231/4

Nußbaumpianino, vornehmes, fast neu, verkauft billig Fischer, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 47 (Zahnatelier). 346b

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 2060R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40, Fülnlen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Herrenfahrrad, wirklich gutes 30,00, Freilaufrad, kaum gefahrenes, schnellstens Frankfurter Allee 104, Grosser. 143/17*

Adlerherrenrad, Glockenlager 25,00, Damenfahrrad sofort. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 146/4*

Damenfahrrad billig, Kurbelstickerei Streese, Weißenburgerstraße 30a.

Kaufgesuche.

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Broh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 2040R

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber. Metallschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 7633R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber 3,50, Stanniolpapier, Zinn 3,50, Kupfer bis 1,25, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 2092R*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kasta, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse. Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hollmannstraße 30. *

Münzen, Briefmarken kauft Grossmann, Spandauerbrücke 2. 144/16*

Zahngebisse, Platin, Gold, Metalle kauft Krüger, Elsasserstraße 66.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 271/3*

Stanniolankauf, Zahngebisse, Goldabfälle, Quecksilber. Edelschmelze, Dresdenerstraße 132. 146/3

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 441R*

Monteurkurse, Elektrotechnik, Maschinenbau. Vierteljährlich 25 Mark. Technikum Hoppe, Mathieustraße 13. *

Tanzschule Schebel, Boekers Festsäle, Beberstraße 17. Sonntag um 3, Dienstag 8 Uhr Aufnahme neuer Schüler. Leichteste, faßlichste Methode. 2615*

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3. Schinkel-Akademie, Königlicher Regierungs-Baumeister a. D. Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Technikerkurse, Ingenieurkurse, Polierkurse, Innungsmeisterkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

Technikum Moabit, Berlin NW., Rathenowerstraße 3, Königlicher Regierungsbaumeister a. D. Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Technikerkurse, Ingenieurkurse, Polierkurse, Innungsmeisterkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

Verschiedenes.

Brams, Humorist, Gesellschaft. Lortzingstraße 9. 3265*

Patentanwalt Bethel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kunstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2429R*

„Friedrich-Wilhelm", Generalagentur-Zahlstelle O. 112, Mainzerstraße 24. Lebens-, Arbeiter-, Kinder-, Aussteuerversicherung. Wöchentliche, monatliche Zahlung. Aufnahme bis 65. Lebensjahr. 1961R*

Fensterdichtungen. Große Frankfurterstraße 67. 1973R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. †130*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2396R*

Küchenmöbel streicht Neumeyer, Stargarderstraße 51. 145/14

Inseraten-Buchhalter,

welcher auch mit dem Botenwesen und Buchhandel Bescheid weiß, für Mitte Oktober oder Anfang November. 296/16*

Es wollen sich nur Genossen melden, welche an sicheres und selbständiges Arbeiten gewöhnt sind. Ausführliche Offerten mit Gehaltsforderung an **Wilhelm Müller, Duisburg,** Marienstr. 29.

Handwäscherei Hermann Kudelch, Köpenick, Flemmingstraße 9, wäscht schonendst und sauber. Laken, 4 Handtücher, 4 Taschentücher und Leibwäsche 0,10. Kein Vertauschen. Abholung und Lieferung Donnerstags.

Waschanstalt Breschke, Köpenick, Parissusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag.

Handwäscherei Frau Benk, Köpenick, Grünauerstraße 18, wäscht schonendst Leibwäsche. Laken, vier Handtücher 0,10, großer Bezug 0,15. Abholung, Lieferung Sonnabends.

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen billig, im äußerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 145/13

Gefunden u. verloren

Verloren am Montag Weidenweg 54 ein Buch mit Marken des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Es wird gebeten, dasselbe im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 II, Zimmer 36, gegen Belohnung abzugeben. 3475

Vermietungen.

Wohnungen.

Pankstraße 57, Brunnenpark, Stube, Küche billig. †51*

Hübsche Wohnung, Stube und Küche, 1. fortzugshalber billig. Ogorrek, Mattenstraße 8. †122

Soldinerstraße 41, freundliche Stube und Küche, Gas, Korridor, 18 Mark an zu vermieten. Dauermieter vergüte Umzug. 1195

Ein und zwei Zimmer, mit und ohne Bad, sofort und 1. 10. zu vermieten. Pietsch, Markgrafendamm 32.

Soldinerstraße 16, Zweizimmer-Vorderwohnung, Kammer, Balkon, Zubehör. 294b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen Herrn, Wiesenstraße 10, II links. *

Leeres Balkonzimmer vermietet Förster, Lychenerstraße 24, vorn II.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für 2 Herren oder Damen vermietet Schulz, Elsenstraße 38, Quergebäude I. †140

Freundliche Schlafstelle bei Lindner, Rheinsbergerstraße 49. †24

Möblierte Schlafstelle (vorn) Meißner, Greifenhagenerstraße 84.

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht zum 1. 10. einfach möbliertes Zimmer. Nähe Kottbusertor. Postlagernd „100", Postamt 26. 3435

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Marmorschleifer, Steinmetz, sucht Fink, Dennewitzstraße 19. 338b

Lehrling für Lampenfabrik suchen Adolf Salz u. Co., Stallschreiberstraße 8a. 145/18

Lehrmädchen auf bessere Schürzen, gegen Vergütigung. Petersburger Platz 1. †122*

Lehrmädchen für die Expedition unserer Schirm- und Stockfabrik zum baldigen oder späteren Eintritt gesucht. Letztes Schulzeugnis ist mitzubringen. Remak u. Silber, Lindenstraße 71/72. 335b

Mamsells auf Paletots, ohne Stepperei, verlangt Zeitz, Lortzingstraße 13. †144*

Lehrfräulein für Expedition findet gute Ausbildung. Schirmfabrik, Köpenickerstraße 55. 344b

Mamsells auf verkloppte Paletots. Martin, Dunckerstraße 90a. 145/15

Werkmeister

in der Messingwarmpresserei bewandert, wird sofort **gesucht.**

Offerten mit Referenzen unter **V 17702 X** an **Haasenstein u. Vogler, Genf.** 207/9

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Achtung! Achtung!

Café-Angestellte!

Wegen Maßregelung der organisierten Kellner ist das

Café Abbazia

Inh. **Leop. Mandl,**
Charlottenburg, Am Knie,
für **organisierte Gehilfen** bis auf weiteres **gesperrt.**
Verband der Gastwirtsgehilfen.
Zweigverein der Café-Angestellten.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.